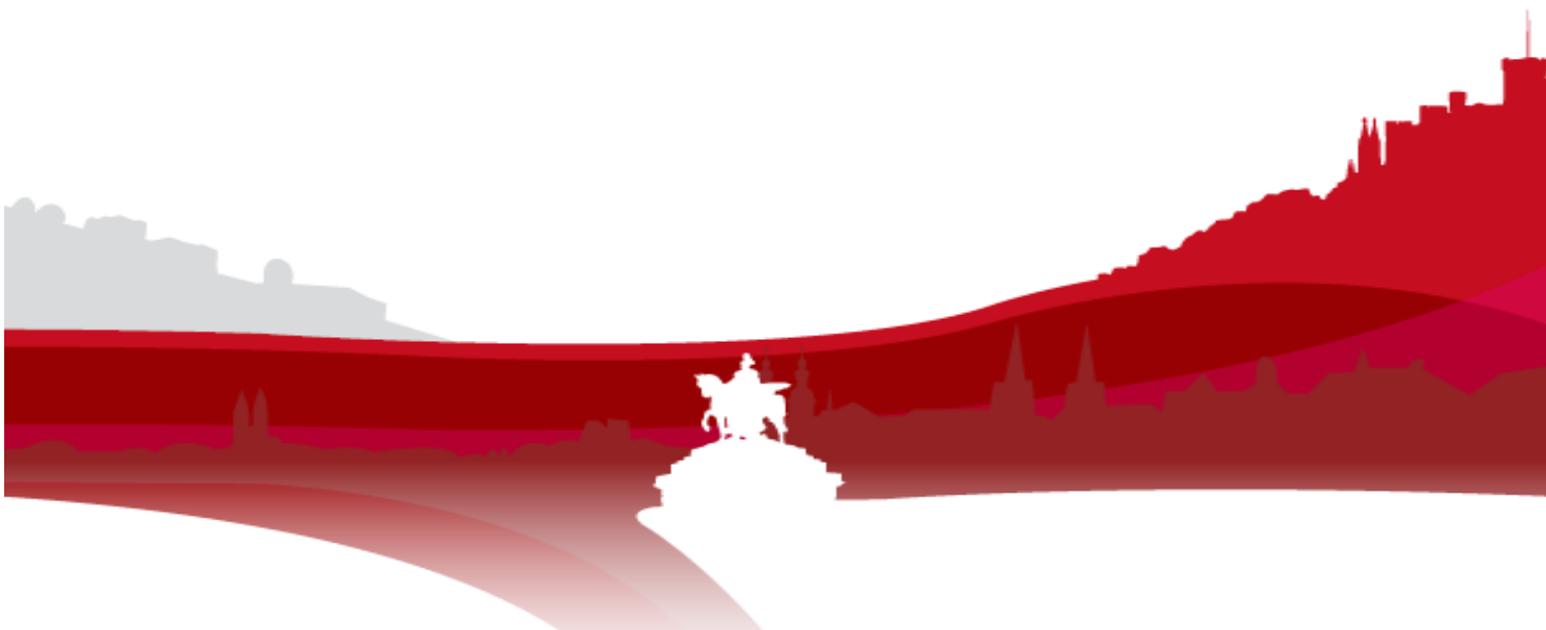


**Prüfung des Jahresabschlusses
der Stadt Koblenz
zum 31. Dezember 2013**



Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Prüfauftrag und rechtliche Grundlagen	5
1.1 Prüfungsauftrag	5
1.2 Prüfungsdurchführung	5
1.3 Rechtliche Grundlagen	6
2. Grundsätzliche Feststellungen	6
2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung	6
2.2 Unregelmäßigkeiten	7
3. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	8
3.1 Gegenstand der Prüfung	8
3.2 Art und Umfang der Prüfung	8
4. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	10
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	10
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	10
4.1.2 Jahresabschluss	12
4.1.3 Rechenschaftsbericht	12
4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	13
4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	13
4.2.2 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen	13
4.2.3 Aufgliederungen und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	14
5. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	25





Anlagen zum Prüfbericht

	Seite
Anlage 1 Bilanz zum 31. Dezember 2013	29
Anlage 2 Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013	35
Anlage 3 Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013	37
Anlage 4 Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013	39
Anlage 5 Anlagenübersicht	77
Anlage 6 Forderungsübersicht	83
Anlage 7 Verbindlichkeitenübersicht	85
Anlage 8 Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen	87
Anlage 9 Rechenschaftsbericht	99
Anlage 10 Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz	125
Anlage 11 Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung	167
Anlage 12 Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse	207
Anlage 13 Kennzahlenberechnung	215





1 Prüfungsauftrag und rechtliche Grundlagen

1.1 Prüfungsauftrag

Nach § 110 GemO i.V.m. § 112 GemO obliegt der Rechnungsprüfung die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013 unter Einbeziehung der Buchführung und des Rechenschaftsberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 der

Stadt Koblenz.

Nach § 108 Abs. 1 GemO hat die Stadt Koblenz zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss unter Beachtung der Regelungen der GemHVO und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Dem Jahresabschluss ist ein Rechenschaftsbericht nach § 49 GemHVO beizufügen.

1.2 Prüfungsdurchführung

Die Prüfung erfolgte in den Verwaltungsräumen der Stadt Koblenz in der Zeit von Oktober 2014 bis April 2015.

Für die Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses waren zuständig:

- | | |
|---------------------|---|
| ■ Amtsleiter | Herr StOVR Harald Klein |
| ■ Prüfgruppenleiter | Herr Dipl.-Volkswirt Olaf Schaub |
| ■ Prüfer/in | Herr Dipl.-Kfm. Frank J. Himpler
Frau StA Sabine Knipp
Frau StA Claudia Zentner
Herr StA Christian Stolz
Herr StOI Jan Bleidt |

Bei der Prüfung sind die Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen und der Entwurf zur Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts einer Gebietskörperschaft (IDW EPS 730) in Form der einschlägigen Prüfungsstandards des Instituts der Wirtschaftsprüfer e. V. beachtet worden.

Über das Ergebnis der Abschlussprüfung berichtet dieser Prüfungsbericht, der in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. gem. IDW PS 450 erstellt wurde.

Dieser Prüfungsbericht wurde um einen besonderen Erläuterungsteil der Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung erweitert, der diesem Bericht als **Anlage 10** und **11** beigefügt ist.



1.3 Rechtliche Grundlagen

Die Rechtsgrundlage dieser Prüfung bezieht sich vor allem auf folgende gesetzliche Bestimmungen in der zurzeit gültigen Fassung:

- Gemeindeordnung (GemO) vom 31. Januar 1994, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. August 2014 (GVBl. S. 181)
- Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 06. April 2010 (GVBl. S. 64)
- Handelsgesetzbuch (HGB) vom 10. Mai 1897, zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 24. April 2015 (BGBl. I S. 642)

2 Grundsätzliche Feststellungen

2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung

Der Rechenschaftsbericht ist gemäß § 113 Abs.2 GemO daraufhin zu prüfen, ob er mit dem vorgelegten Jahresabschluss in Einklang steht und seine sonstigen Aussagen ein korrektes Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde vermitteln. Dabei ist auch zu prüfen, ob die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde zutreffend dargestellt sind.

Der Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 31.12.2013 der Stadt Koblenz (Anlage 9) enthält folgende Kernaussagen zur wirtschaftlichen Lage:

1. Allgemeines und Lage der Gemeinde (Abschnitt 1 und 2)
2. Vermögens- und Finanzlage der Gemeinde (Abschnitt 3)
3. Ertragslage der Gemeinde (Abschnitt 4)
4. Kennzahlen und Gliederung der Teilhaushalte (Abschnitt 5 und 6)
5. Einschätzung der Chancen und Risiken (Abschnitt 7)

Der Inhalt des Rechenschaftsberichtes entspricht den gesetzlichen Anforderungen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Koblenz

Im ersten Teil des Rechenschaftsberichtes wird auf die Organisationsstruktur und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Stadt Koblenz eingegangen. Weiterhin werden die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beschrieben und die schwierige finanzielle Situation der Stadt Koblenz dargestellt. Einzelne Positionen der Ergebnisrechnung werden hinsichtlich Vorjahres- und Planvergleich ausführlich erläutert. Aussagen zum Problem einer dauerhaften Überschuldung – Verbrauch des Eigenkapitals – sowie dieser Entwicklung entgegensteuernde Maßnahmen werden im Rechenschaftsbericht getroffen.

Kennzahlen und Gliederung der Teilhaushalte

Der zweite Teil des Rechenschaftsberichtes beinhaltet einige Kennzahlen des einzuführenden und gesetzlich vorgeschriebenen Kennzahlensystems. Weiterhin wird im Rechenschaftsbericht eine Übersicht der einzelnen Teilhaushalte mit den jeweiligen Produkten aufgezeigt.

Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung

Im letzten Abschnitt werden die zukünftigen Chancen und Risiken der Stadt Koblenz beschrieben. Insbesondere werden Maßnahmen zur Gegensteuerung der defizitären Haushaltslage benannt und es wird auf die Entwicklung der zukünftigen hohen Zinsaufwendungen eingegangen. Abschließend werden die Chancen und hohen Risiken einzelner Projekt und Maßnahmen aufgezählt.

Die Aussagen zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf der Stadt geben insgesamt eine zutreffende Beurteilung der Lage der Stadt Koblenz wieder. Auf folgende Sachverhalte wird hingewiesen:

Die Aussagen zu möglichen langfristigen finanziellen Risiken bezüglich des „Mittelrhein-Forum / Kulturgebäude“ wurden nur unzureichend getroffen.

Aufgrund der durchgeführten Prüfungshandlungen ergeben sich keine Einwendungen gegen die Einschätzung der Lage, zum Fortbestand und zur künftigen Entwicklung der Stadt Koblenz.

Die Rechnungsprüfung ist der Überzeugung, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt.

2.2 Unregelmäßigkeiten

Bei Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses wurden keine Unrichtigkeiten und Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen oder Tatsachen, die schwer wiegende Verstöße des Oberbürgermeisters oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Satzung erkennen lassen, festgestellt.



3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

3.1 Gegenstand der Prüfung

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung, des Jahresabschlusses und über den Rechenschaftsbericht liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt Koblenz.

Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände abzugeben.

Dazu hat die Rechnungsprüfung die Buchführung, die Inventur, das Inventar, die örtlich festgelegte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013, bestehend aus der Bilanz, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen sowie dem Anhang (**Anlagen 1 bis 4**) und des Rechenschaftsberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 (**Anlage 9**) der Stadt Koblenz geprüft. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der GemO bzw. GemHVO aufgestellt.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen über den Jahresabschluss sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft.

Dagegen war die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und strafrechtlicher Tatbestände, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit von Jahresabschluss betreffen, nicht Gegenstand der Prüfung des Jahresabschlusses.

Prüfungsfeststellungen sind der Verwaltungsleitung mitgeteilt und von dieser anerkannt worden. Verstöße die einer besonderen Berichterstattung an dieser Stelle bedürfen, wurden nicht festgestellt.

3.2 Art und Umfang der Prüfung

Ausgangspunkt der Prüfung war der geprüfte und unter dem Datum vom 30. Mai 2014 mit einem eingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 nebst Anhang und Rechenschaftsbericht der Stadt Koblenz.

Die Rechnungsprüfung hat die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2013 nach §§ 110 und 112 GemO und dem risikoorientierten Prüfungsansatz in Anlehnung an die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung und der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Dem risikoorientierten Prüfungsansatz gemäß hat die Rechnungsprüfung eine am Risiko der Stadt Koblenz ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt. Diese Prüfungsplanung wurde auf der Grundlage analytischer Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und des Risikomanagements erstellt.

Darauf aufbauend wurde ein prüffeldbezogenes risikoorientiertes Prüfungsprogramm entwickelt, das auf der Grundlage der festgestellten prüffeldbezogenen Risikofaktoren unter Einbeziehung der Beurteilung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Stadt Koblenz Schwerpunkte, Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegt.

Die Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und die Angaben in Jahresabschluss ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Die Prüfung umfasst aussagebezogene einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl der risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl bzw. zum Teil auf mathematisch-statistischen Verfahren.

Die Prüfungsstrategie des risikoorientierten Prüfungsansatzes hat zu folgenden Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

- Sachanlagevermögen
- Finanzanlagevermögen
- Rückstellungen mit den dazugehörigen Ertrags- und Aufwandpositionen

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden im Hinblick auf diese Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.

Insbesondere wurden folgende Prüfungshandlungen durchgeführt bzw. folgende Prüfungsergebnisse und Arbeiten Dritter verwendet:

- Von der zutreffenden Bilanzierung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie der Verbindlichkeiten hat sich die Rechnungsprüfung durch Einholung von Saldenbestätigungen in Stichproben überzeugt. Die Werthaltigkeit der Forderungen wurde durch eine Analyse der Altersstruktur geprüft.
- Bankbestätigungen von Kreditinstituten wurden eingeholt.
- Zur Prüfung der Pensionsrückstellungen lag der Rechnungsprüfung ein versicherungsmathematisches Gutachten der Rheinischen Zusatzversorgungskasse vor. Auf Grund der Einschätzung der Qualifikation des Sachverständigen sowie der



Beurteilung von Art und Umfang dessen Tätigkeit hat sich die Rechnungsprüfung bei der Prüfung auf dessen Arbeitsergebnisse gestützt.

Alle erbetenen Nachweise und Auskünfte wurden durch die verantwortlichen Fachämter der Stadt Koblenz zur Verfügung gestellt bzw. bereitwillig erteilt. Die zuständigen Fachdienststellen haben die Vollständigkeit des Jahresabschlusses schriftlich bestätigt.

Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.

4 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem gewährleistet eine vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung.

Nach den Prüfungsfeststellungen gewährleistet der im Berichtsjahr angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungstoffes. Die Bestandsnachweise der Vermögensgegenstände, des Kapitals, der Schulden, der Rückstellungen, der Sonderposten, der Bilanzierungshilfen und der Rechnungsabgrenzungsposten sind erbracht.

Die Rechnungsprüfung hat in Stichproben die körperliche Bestandsaufnahme vor Ort geprüft. Die seit Beginn der Eröffnungsbilanz geforderte Inventur der Straßenbeleuchtung ist für den vorliegenden Jahresabschluss noch nicht erfolgt, diese ist für den Jahresabschluss zum 31.12.2014 vorgesehen. Die beabsichtigte Schätzung aller Exponate des Mittelrhein Museums durch einen Sachverständigen, die bis zum Umzug des Museums in den Kulturhybriden des Zentralplatzes vollständig durchgeführt werden sollte, konnte Ende 2012 erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach der Feststellung der Rechnungsprüfung in einigen Teilen nicht den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.

Die Belege wurden im Wesentlichen ordnungsgemäß angewiesen, ausreichend erläutert und übersichtlich abgelegt. In einigen Fällen konnten formale Mängel bei der Handhabung der Kontierungsbelege sowie der Werthaltigkeit der beigefügten buchungsbegründenden Unterlagen festgestellt werden.

Die Zahlen der Vorjahresbilanz wurden richtig im Berichtsjahr vorgetragen. Der Jahresabschluss wurde aus der Buchführung zutreffend entwickelt und von der Stadt Kob-

lenz aufgestellt. Erforderliche Korrekturen aufgrund von Prüfungsfeststellungen aus den Vorjahren in der Finanzsoftware Mach M1 wurden im Bereich der Finanz- und Anlagenbuchhaltung vorgenommen. Durch einige Prüfungsfeststellungen der Vorjahre wurden bei verschiedenen Fachämtern zusätzliche, zeitaufwendige Arbeitsprozesse ausgelöst, die nicht zeitnah im Vorjahresabschluss (31.12.2012) umgesetzt werden konnten. Diese Prüfungsfeststellungen bzw. erforderlichen Korrekturen konnten aber für den Jahresabschluss zum 31.12.2013 bzw. im Rahmen der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt (Korrekturen im Rahmen der Eröffnungsbilanz sind **letztmalig** zum 31.12.2013 möglich) umgesetzt werden. Zur Erreichung dieses Zieles wurde in Absprache mit dem Rechnungsprüfungsamt die Frist für die Aufstellung des Jahresabschlusses um drei Monate auf den **30.09.2014** verschoben.

Bei Zugrundlegung der Nachvollziehbarkeit durch einen sachverständigen Dritten in angemessener Zeit als Beurteilungskriterium, erweist sich die Anlagenbuchhaltung in wesentlichen Teilen als schwer nachprüfbar, bedingt durch die angewandte Buchungstechnik, die eine Vielzahl an Umgehungsbuchungen aufweist. Dieser Umstand wird im Wesentlichen begründet durch die Besonderheiten der Einbindung der **Finanzrechnung innerhalb des MACH-Systems**. Die Validität dieser Begründung kann durch die Rechnungsprüfung abschließend weder bestätigt noch abgelehnt werden. Gleichwohl wurden bei der stichprobenartigen Prüfung von Buchungsfällen in der Mehrzahl der Fälle keine **weiteren** Mängel offenkundig, die eine wesentliche materielle Auswirkung auf die Darstellung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses begründen.

Weiterhin muss die in den Vorjahren getroffene Feststellung, dass die Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen der Stadt Koblenz und ihren jeweiligen Eigengesellschaften nicht übereinstimmen, aufrechterhalten werden. Seitens der städtischen Finanzbuchhaltung wird dieser Umstand durch zeitliche Buchungsunterschiede begründet. Mit Blick auf den in 2015 zu erstellenden Gesamtabschluss sollten zukünftig konzernerheitliche Richtlinien aufgestellt und sowohl durch die Mutter als auch deren Tochtergesellschaften angewandt werden. **Auf die gleich lautende Prüfbemerkung zu den vergangenen Jahresabschlüssen wird verwiesen.**

Zur edv-technischen Verarbeitung der doppischen Buchführung verwendet die Stadt Koblenz für den Jahresabschluss 2012 die Finanzsoftware MACH M1 sowie die MACH Veranlagung der Fa. Mach AG, Lübeck. Da eine Freigabe der Anwendung des Moduls MACH-Veranlagung aufgrund zu erwartender Unzulänglichkeiten nicht verantwortet werden konnte, wurde im Jahr 2010 auf ein selbstentwickeltes Veranlagungsmodul auf der Basis des KOFIN-Systems, das in seinen Grundzügen bereits im früheren kameralen Rechnungswesen zum Einsatz kam, zurückgegriffen.

Für die Finanzsoftware MACH M1 (Version 1.6) wurde herstellerseitig eine Prüfung nach **IDW PS 880** „Erteilung und Verwendung von Softwarebescheinigungen“ durchgeführt. Im Prüfurteil des Wirtschaftsprüfers vom 29. Juni 2007 wurde die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung bei sachgemäßer Anwendung bestätigt. Eine Prüfung der KOFIN-Veranlagung nach IDW PS 880 wurde bisher nicht vorgenommen.

Eine Prüfung der Finanzsoftware MACH M1, in Anlehnung an **IDW PS 850** „Projektbegleitende Prüfung bei Einsatz von Informationstechnologie“ wurde in 2011 abgeschlossen. Das abschließende Ergebnis der Prüfung und das entsprechende Prüfungstestat liegen seit dem 10. August 2011 vor.

Für die Finanzsoftware MACH M1 wurden keine Sachverhalte festgestellt, die dagegen sprechen, dass die von der Stadt Koblenz getroffenen organisatorischen und



technischen Maßnahmen geeignet sind, bei sachgerechter Anwendung die Einhaltung der sich aus den anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der sich aus den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung gem. IDW RS FAIT 1 ergebenden Ordnungsmäßigkeits-, Sicherheits- und Kontrollanforderungen sicherzustellen.

4.1.2 Jahresabschluss

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung sowie die Teilrechnungen sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Die Vermögensgegenstände und die Schulden sowie das Kapital, die Sonderposten, die Bilanzierungshilfen und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet, für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen in ausreichendem Maße gebildet. Da erforderliche Korrekturen aufgrund von Prüfungsfeststellungen im Anlagevermögen weitestgehend nicht vorgenommen wurden, konnten dementsprechende Fehler in der Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht beseitigt werden. Die Stadt Koblenz hat gem. § 12 GemHVO zur Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit bislang keine finale Kosten- und Leistungsrechnung (in Form einer Voll-/Teilkostenrechnung) aufgebaut.

Der Anhang enthält gem. § 48 GemHVO RLP die notwendigen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, insbesondere die von der Stadt Koblenz angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie die sonstigen Pflichtangaben. Die geforderten Anlagen, wie Anlagen-, Forderungs- und Verbindlichkeitenübersicht sowie die Übersicht über die aus Vorjahren fortgeltenden Haushaltsermächtigungen, sind Teil des Anhangs. Der Anlagenspiegel erweist sich hierbei als nicht durchweg fehlerfrei. **Auf die gleich lautende Prüfbemerkung zu den vorangegangenen Jahresabschlüssen wird verwiesen.**

Die Rechnungsprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht.

4.1.3 Rechenschaftsbericht

Der von der Stadtkämmerei aufgestellte und vom Oberbürgermeister bestätigte Rechenschaftsbericht ist diesem Bericht als **Anlage 9** beigefügt.

Der Rechenschaftsbericht entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen nur bedingt den gesetzlichen Vorschriften.

Die Prüfung ergab, dass der Rechenschaftsbericht

- mit dem Jahresabschluss sowie den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht,
- insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt vermittelt,

- die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt,
- alle weiteren nach § 49 GemHVO RLP erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält.

Bedeutsame produktorientierte Ziele und Kennzahlen nach § 4 GemHVO RLP wurden in den Rechenschaftsbericht einbezogen und erläutert. Der Aufbau des Kennzahlensystems befindet sich derzeit noch im Aufbau; eventuell werden weitere wichtige Kennzahlen in die nachfolgenden Jahresabschlüsse mit aufgenommen.

Der Rechnungsprüfung sind keine (weiteren) nach Schluss des Haushaltsjahres eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die zu berichten wäre.

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach Überzeugung der Rechnungsprüfung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung für Kommunen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Koblenz.

4.2.2 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen

Der Jahresabschluss der Stadt Koblenz zum 31.12.2013 ist auf Basis der im Anhang (**Anlage 4**) dargestellten Bewertungsgrundlagen aufgestellt worden. Eine Änderung wesentlicher Bewertungsgrundlagen sowie die Ausübung von Wahlrechte, die aus der Sicht der Rechnungsprüfung wesentliche Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, hat die Stadt Koblenz nicht vorgenommen.

Neben den Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten gehören Annahmen über wertbestimmende Komponenten zu den Bewertungsgrundlagen. Die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden erfordert die Einschätzung zukünftiger Entwicklungen, die mit Risiken und Unsicherheiten verbunden sind. Dieser Zukunftsbezug führt zu Ermessensspielräumen, die der Bilanzierende bei pflichtgemäßer Ausübung seiner Rechnungslegungsverpflichtungen auszufüllen hat. Die Rechnungsprüfung kann naturgemäß die Ausübung der Ermessensspielräume nur auf ihre Plausibilität hin untersuchen. Besonderheiten mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Koblenz haben sich im Rahmen der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten nach Auffassung der Rechnungsprüfung nicht ergeben.

Im Berichtsjahr waren zudem keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses zu verzeichnen.

4.2.3 Aufgliederungen und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden die Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt. Ergänzend wurden zudem einige betriebswirtschaftliche Kennzahlen berechnet.

Nachfolgend werden die wesentlichen, die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage prägenden Sachverhalte erläutert, sofern sie nicht bereits unter dem Gliederungspunkt 2 aufgeführt wurden.

■ Kennzahlen

Im Folgenden werden die wesentlichen Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Anlehnung an das NKF-Kennzahlenset NRW für das Berichtsjahr sowie zur Eröffnungsbilanz, sofern abbildbar, dargestellt. Die Kennzahlen stellen verdichtete Informationen dar, die sich auf wichtige Tatbestände beziehen und diese in konzentrierter Form zur Darstellung bringen. Sie ermöglichen es, komplizierte Strukturen auf relativ einfache Art abzubilden, um möglichst einen umfassenden Überblick über die wirtschaftliche Situation der Stadt Koblenz zu erhalten. Die Formeln zur Kennzahlenberechnung sind in **Anlage 13** aufgeführt.

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung
	in %	in %	
<u>Wirtschaftliche Gesamtsituation</u>			
Aufwandsdeckungsgrad	104,2	99,2	+ 5,0
Eigenkapitalquote 1	39,3	38,4	+ 0,9
Eigenkapitalquote 2	54,5	52,8	+ 1,7
Verschuldungsgrad	82,7	91,6	- 8,9
Fehlbetragsquote	-	1,7	
<u>Vermögenslage</u>			
Anlagevermögensintensität	97,5	97,1	+ 0,4
Infrastrukturquote	38,4	36,7	+ 1,7
Abschreibungsintensität	6,7	6,8	- 0,1
Investitionsquote	111,5	297,0	- 185,5
<u>Finanzlage</u>			
Anlagendeckungsgrad 2	89,3	87,0	+ 2,3
Liquidität 2. Grades	13,5	13,6	- 0,1
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	12,0	12,8	- 0,8
Zinslastquote	4,3	4,5	- 0,2
<u>Ertragslage</u>			
Steuerquote	57,3	54,5	+ 2,8
Zuwendungsquote	8,6	9,0	- 0,4
Personalintensität	21,4	22,7	- 1,3
Sach- u. Dienstleistungsintensität	15,9	16,6	- 0,7
Transferaufwandsquote	8,8	7,9	+ 0,9

Erläuterung der Kennzahlen

Der **Aufwandsdeckungsgrad** zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

Die **Eigenkapitalquote** ist vornehmlich ein Bonitätsindikator. Während die Eigenkapitalquote 1 den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital misst, stellt die Eigenkapitalquote 2 den Anteil des sog. wirtschaftlichen Eigenkapitals am Gesamtkapital dar. Da bei Kommunen die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird beim wirtschaftlichen Eigenkapital die Wertgröße Eigenkapital um diese langfristigen Sonderposten erweitert.



Der **Verschuldungsgrad** als Indikator für das finanzwirtschaftliche Risiko widerspiegelt das Verhältnis von Fremdkapital zum Eigenkapital.

Die **Fehlbetragsquote** gibt Auskunft über den durch ein negatives Jahresergebnis in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil.

Die **Anlagevermögenintensität** gibt Auskunft über das Ausmaß des langfristig gebundenen Vermögens, gemessen durch das Verhältnis des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen (Bilanzsumme).

Die **Infrastrukturquote** stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde entspricht.

Die **Abschreibungsintensität** zeigt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

Die **Investitionsquote** gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen.

Der **Anlagendeckungsgrad 2** gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital dem Anlagevermögen gegenübergestellt.

Die Kennzahl **Liquidität 2. Grades** gibt stichtagsbezogen Auskunft über die kurzfristige Liquidität der Gemeinde. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können.

Wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl **Kurzfristige Verbindlichkeitsquote** beurteilt werden.

Die Kennzahl **Zinslastquote** zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Die **Steuerquote** gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde selbst finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist.

Die **Zuwendungsquote** gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Die **Personalintensität** gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

Die **Sach- und Dienstleistungsintensität** lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Die **Transferaufwandsquote** stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.



■ Vermögenslage

Zur Darstellung der Vermögenslage der Stadt Koblenz werden die Positionen der Bilanz nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefasst, umgruppiert und den vergleichbaren Posten des Vorjahres gegenübergestellt.

Die Rechnungsprüfung verweist darüber hinaus auf die weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in der **Anlage 10** „Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz“.

Vermögen	31.12.2013		31.12.2012		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
<u>Anlagevermögen</u>						
Immaterielle Vermögensgegenstände	56.327	4,1	57.105	4,2	-778	-1,4
Sachanlagen	999.520	72,4	993.194	72,6	6.326	0,6
Finanzanlagen	<u>289.230</u>	<u>21,0</u>	<u>278.427</u>	<u>20,3</u>	<u>10.803</u>	<u>3,9</u>
	<u>1.345.077</u>	<u>97,5</u>	<u>1.328.726</u>	<u>97,1</u>	<u>16.351</u>	<u>1,2</u>
<u>Umlaufvermögen</u>						
Vorräte	6.722	0,5	8.592	0,6	-1.870	-21,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	19.926	1,4	26.375	1,9	-6.449	-24,5
Flüssige Mittel	<u>2.732</u>	<u>0,2</u>	<u>1.507</u>	<u>0,1</u>	<u>1.225</u>	<u>81,3</u>
	<u>29.380</u>	<u>2,1</u>	<u>36.474</u>	<u>2,6</u>	<u>-7.094</u>	<u>-19,4</u>
<u>Rechnungsabgrenzung</u>	5.816	0,4	3.395	0,3	2.421	71,3
Vermögen gesamt	<u>1.380.273</u>	<u>100,0</u>	<u>1.368.595</u>	<u>100,0</u>	<u>11.678</u>	<u>0,9</u>
Kapital						
<u>Eigenkapital</u>	<u>542.786</u>	39,3	<u>525.816</u>	<u>38,4</u>	16.970	3,2
<u>Sonderposten</u>	<u>209.707</u>	15,2	<u>197.333</u>	<u>14,4</u>	12.374	6,3
<u>Fremdkapital</u>						
Rückstellungen	177.382	12,9	163.038	11,9	14.344	8,8
Verbindlichkeiten	<u>449.097</u>	<u>32,5</u>	<u>481.863</u>	<u>35,2</u>	<u>-32.766</u>	<u>-6,8</u>
	<u>626.479</u>	<u>45,4</u>	<u>644.901</u>	<u>47,1</u>	<u>-18.422</u>	<u>-2,9</u>
<u>Rechnungsabgrenzung</u>	1.301	0,1	545	0,1	756	138,7
Kapital gesamt	<u>1.380.273</u>	<u>100,0</u>	<u>1.368.595</u>	<u>100,0</u>	<u>11.678</u>	<u>0,9</u>



Erläuterung der wesentlichen Positionen

Die **Aktivseite** der Bilanz weist ein **Gesamtvermögen** von 1.380.273 T€ aus. Gemessen an der Einwohnerzahl der Stadt resultiert hieraus ein Vermögen von 12.557 € pro Einwohner.

Das Gesamtvermögen der Stadt Koblenz besteht mit einem Anteil von 97,5 % (Vorjahr 97,1 %) annähernd ausschließlich aus langfristig gebundenem Anlagevermögen.

Zu diesem **Anlagevermögen** zählen die immateriellen Vermögensgegenstände mit 56.327 T€, das Sachanlagevermögen mit 999.520 T€ sowie das Finanzanlagevermögen mit 289.230 T€. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich das Anlagevermögen um 16.351 T€ bzw. 1,2%.

Die Position **Immaterielle Vermögensgegenstände** beinhaltet im Wesentlichen „Geleistete Zuwendungen“ (42.971 T€) sowie „Gezahlte Investitionszuschüsse“ (11.216 T€) und verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 778 T€. Den Zugängen inkl. Umbuchungen in Höhe von 2.182 T€ standen Abschreibungen und Abgänge in Höhe von 3.016 T€ gegenüber. Hinzu kommen Korrekturen zur Eröffnungsbilanz i. H. v. von 56 T€.

Das **Sachanlagevermögen**, das sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um ca. 0,6 % erhöht hat, bestimmt mit 999.520 T€ (Vorjahr: 993.194 T€) weitestgehend die Vermögenslage der Stadt Koblenz und repräsentiert rd. drei Viertel des gesamten Anlagevermögens.

Innerhalb des Sachanlagevermögens sind folgende Positionen hervorzuheben:

Das **Infrastrukturvermögen** umfasst mit 530.598 T€ rd. 53,1 % des Sachanlagevermögens. In dieser Position werden vor allem die Straßengrundstücke (24.5848 T€), das Vermögen der Verkehrsinfrastruktur in Form der Gemeinde-, Kreis-, Land- und Bundesstraßen einschließlich der Gehwege (162.669 T€) sowie die ingenieurtechnischen Bauwerke (66.199 T€) erfasst. Der Anstieg des Infrastrukturvermögens gegenüber dem Vorjahr um 28.155 T€ bzw. 5,6 % resultiert im Wesentlichen aus der Korrektur verschiedenartiger Grundstücksflächen und dem Anstieg im Bereich der Fuß- und Gehwege bedingt durch die Übernahme des Buga-Anlagevermögens (vgl. hierzu Erläuterungen zur Anlagenübersicht).

Der Wert der Position **bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte** von 215.476 T€ (Vorjahr: 144.998 T€) setzt sich zusammen aus dem Wert des Grund und Bodens in Höhe von 47.602 T€ sowie dem Wert der Bauten mit 167.874 T€. Bei beiden dominieren die Werte der Schulen mit insgesamt 76.516 T€, der Sportanlagen mit 35.762 T€ und der sonstigen Gebäude mit 75.497 €. Der Anstieg in diesem Bereich ist durch die Aktivierung des Kulturgebäudes (Forum Confluentes) begründet.

Zu den **sonstigen unbebauten Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten** in Höhe von insgesamt 89.249 T€ (Vorjahr: 89.004 T€) zählen vor allem die Grünflächen der Parkanlagen (39.716 T€) und Spielplätze (9.054 T€) sowie die unbebauten Grundstücke für Industrie und Gewerbe (6.367 T€) und Bauland (6.418 T€).

Die **geleisteten Anzahlungen u. Anlagen im Bau** betragen insgesamt 71.910 T€ und haben sich gegenüber dem Vorjahr (170.761 T€) um 98.851 T€ deutlich verringert. Hauptgrund ist zum einen die bereits erwähnte Aktivierung des Kulturgebäudes sowie die Tatsache, dass viele „kleinere“ Maßnahmen durch die Anlagenbuchhaltung abgerechnet werden konnten.

Das Vermögen in der Position **Wald und Forst** in Höhe von 25.633 T€ (Vorjahr: 25.725 T€) setzt sich vornehmlich aus dem Wert der Grundstücke und dem Holzbestand zusammen.

Das **Finanzanlagevermögen** in Höhe von 289.230 T€ (Vorjahr: 278.427 T€) verkörpert neben dem Sachanlagevermögen rd. 21 % des gesamten Anlagevermögens.

Die Hälfte des Finanzanlagevermögens resultiert aus den **Anteilen an verbundenen Unternehmen** mit 159.320 T€ (Vorjahr: 153.948 T€). Der Anstieg des Bilanzwertes gegenüber dem Vorjahr begründet sich aus der Erhöhung des Anteils an der Stadtwerke Koblenz GmbH um 6.803 T€ auf 136.024 T€ abzüglich der Minderung des Beteiligungswerts in Folge der Vermögensübergabe an der Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH um 1.431 T€ auf 16 T€.

Der Wert der **Beteiligungen** von 5.381 T€ resultiert fast ausschließlich aus der Beteiligung an der Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH (5.120 T€).

Mit einem Vermögenswert von 116.920 T€ (Vorjahr: 116.243 T€) trägt die Position **Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten öffentlichen Rechts u. rechtsfähige kommunale Stiftungen** zum Finanzvermögen bei. Hervorzuheben ist hierbei der Bereich des Sondervermögens mit insgesamt 108.258 T€, im Besonderen der Eigenbetrieb Stadtentwässerung (74.434 T€) und der Eigenbetrieb Koblenz Touristik (28.510 T€).

Der Anteil des **Umlaufvermögens** in Höhe von 29.380 T€ (Vorjahr: 36.474 T€) am Gesamtvermögen ist mit 2,1 % gering.

Unter den **Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenständen** in Höhe von 19.926 T€ (Vorjahr: 26.375 T€) werden im Wesentlichen öffentlich-rechtliche Forderungen (18.762 T€) ausgewiesen. Diese bestehen zu einem großen Teil aus Gewerbesteuerforderungen. Um dem Ausfallrisiko Rechnung zu tragen, wurden die gesamten Forderungen durch Einzelwertberichtigungen in Höhe von 5.879 T€ (Vorjahr: 5.337 T€) und eine pauschale Wertberichtigung in Höhe von 4.516 T€ (Vorjahr: 4.080 T€) korrigiert.

Des Weiteren haben **Vorräte** mit einem Wert von 6.722 T€ (Vorjahr: 8.592 T€), vornehmlich im Bereich fertiger Erzeugnisse und Leistungen (6.655 T€) zum gesamten Umlaufvermögen beigetragen.

Die **liquiden Mittel** betragen zum Bilanzstichtag 2.732 T€ und erhöhten sich stichtagsbedingt gegenüber dem Vorjahr um 1.225 T€.

Auf der **Passivseite** resultiert ein **Eigenkapital** von 542.786 T€, das sich gegenüber dem Vorjahr um 16.970 T€ bzw. 3,2 % vermehrt hat. Der Anstieg gegenüber dem Vor-



jahr ist zum einen durch Korrekturen aufgrund der Vorjahresprüfung (3.960 T€) sowie den Jahresüberschuss 2013 (13.010 T€) entstanden. Gemessen an der Bilanzsumme beträgt die Eigenkapitalquote 39,3 % (Vorjahr: 38,4 %), das einem Anteil von 4.938 € pro Einwohner entspricht. Unter Einbezug der Sonderposten, die bei zweckgerechter Verwendung nicht rückzahlbar sind, ergibt sich auf der Basis des sog. wirtschaftlichen Eigenkapitals ein Anteil von 54,5 % im Berichtsjahr (Vorjahr: 52,8 %).

Die Position **Sonderposten** mit einem Wert von 209.707 T€ (Vorjahr: 197.333 T€) besteht annähernd ausschließlich aus dem **Sonderposten zum Anlagevermögen** (209.670 T€). Hierbei handelt es sich um einen Korrekturposten zum Anlagevermögen, der sich im Wesentlichen aus Zuwendungen in Höhe von 126.175 T€ (Vorjahr: 104.193 T€) begründet. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Zuwendungsbeträge des Landes zurückzuführen. Weiterhin wurden Korrekturen aufgrund der Vorjahresprüfung vorgenommen. Neben diesem Sonderposten sind zudem die **Sonderposten aus Beiträgen** in Höhe von 22.311 T€ (Vorjahr: 23.338 T€) hervorzuheben, die vornehmlich aus Erschließungs- und Ausbaubeiträgen resultieren.

Das **Fremdkapital** der Bilanz beträgt 626.479 T€ und reduzierte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 18.422 T€ bzw. 2,9 %. Der Anteil des Fremdkapitals an der Bilanzsumme beträgt 45,4 % (Vorjahr: 47,1 %). Gemessen an der Einwohnerzahl entfallen 5.699 € (Vorjahr: 5.938 €) an Fremdkapital pro Einwohner der Stadt Koblenz. Das Fremdkapital setzt sich zusammen aus den Verbindlichkeiten von 449.097 T€ (Vorjahr: 481.863 T€) und den gebildeten Rückstellungen von 177.382 T€ (Vorjahr 163.038 T€).

Bei den **Verbindlichkeiten**, die mit 449.097 T€ einen Anteil von 32,5 % der Bilanzsumme beanspruchen, ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 32.766 T€ bzw. 6,8 % zu verzeichnen. Im Einzelnen dominieren die **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen** mit 385.728 T€ (Vorjahr: 417.852 T€), die vollumfänglich für Investitionen mit 308.728 T€ (Vorjahr: 324.452 T€) und der Liquiditätssicherung mit 77.000 T€ (Vorjahr: 93.400 T€) dienen. Bei den **Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen** in Höhe von 36.143 T€ (Vorjahr: 35.139 T€) handelt es sich fast ausschließlich um die Bestände der Sonderkassen der jeweiligen Eigenbetriebe.

Der Wert der **Rückstellungen** von 177.382 T€, der einem Anteil von 12,9 % an der Bilanzsumme entspricht, hat sich zum Vorjahr um 14.344 T€ bzw. 8,8 % erhöht.

Die Rückstellungshöhe wird im Wesentlichen bestimmt durch die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Rückstellungen** in Höhe von 148.809 T€ (Vorjahr: 146.549 T€). Diese Position setzt sich im Wesentlichen aus Pensionsrückstellungen (127.241 T€; Vorjahr: 125.331 T€) und Beihilfeverpflichtungen (21.015 T€; Vorjahr: 20.675 T€) zusammen.

Bei den **sonstigen Rückstellungen** in Höhe von 19.754 T€ (Vorjahr: 16.389 T€) fanden insb. die Rückstellungen für Instandhaltungen (1.167 T€), für ausstehende Rechnungen (12.704 T€) und Urlaubs- und Überstunden (3.598 T€; Vorjahr: 3.579 T€) eine angemessene Berücksichtigung.

■ Finanzlage

Zur Erläuterung der Finanzlage werden die Abschlusszahlen in Form einer vereinfachten Kapitalflussrechnung zusammengestellt. Sie gibt Auskunft über die aus der Verwaltungstätigkeit sowie ihr von außen zugeflossenen Finanzmittel. Dafür werden in der vereinfachten Kapitalflussrechnung die Zahlungsströme getrennt nach den Cashflows aus der laufenden Verwaltungstätigkeit, aus der Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit dargestellt.

	31.12.2013	Haushalts- ansatz	Differenz
	TEUR	TEUR	TEUR
Laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	341.489	321.354	+ 20.135
Laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	294.362	306.058	- 11.696
Cashflow der laufenden Verwaltungstätigkeit	+ 47.127	+ 15.296	+ 31.831
Zins- und der sonst. Finanzein- u. -auszahlungen	- 890	- 2.973	+ 2.083
Ordentlicher Cashflow	+ 46.237	+ 12.323	+ 33.914
Außerordentliche Ein- und Auszahlungen	0	0	± 0
Ordentlicher und außerordentlicher Cashflow	+ 46.237	+12.323	+ 33.914
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	22.443	23.318	- 875
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	32.270	34.519	- 2.249
Cashflow aus Investitionstätigkeit	- 9.827	- 11.201	+ 1.374
Ein- u. Auszahlungen aus Investitionskrediten	- 15.011	- 3.269	- 11.742
Ein- u. Auszahlungen aus Krediten d. Liquiditätssicherung	- 21.545	2.147	- 23.692
Veränderung der liquiden Mittel	+ 1.314	0	+ 1.314
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 37.870	- 1.122	- 36.748
Cashflow gesamt	-1.460	± 0	-1.460

Die Summe der Cashflows entspricht der Veränderung des Finanzmittelfonds im Haushaltsjahr, soweit diese nicht auf Wechselkurs- oder sonstigen Wertänderungen beruht.

Effektivverschuldung

	31.12.2013	31.12.2012
	TEUR	TEUR
Fremdkapital insgesamt	626.479	644.901
abzüglich leicht realisierbare Vermögenswerte		
Flüssige Mittel	2.732	1.507
Vorräte	6.722	8.592
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	19.926	26.375
Rechnungsabgrenzungsposten	5.816	3.395
Effektivverschuldung	591.283	605.032



Würden die leicht realisierbaren Mittel in Höhe von 35.196 T€ unmittelbar zur Tilgung des Fremdkapitals (626.479 T€) eingesetzt, verbliebe eine Effektivverschuldung in Höhe von 591.283 T€. Gegenüber dem Stand zum Vorjahr ist die Effektivverschuldung um 13.749 T€ bzw. 2,3 % gesunken.

■ Ertragslage (Vorjahresvergleich)

Die Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung der Stadt Koblenz wurden im Folgenden nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert und den Vorjahreswerten gegenübergestellt.

Die Rechnungsprüfung verweist darüber hinaus auf die weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in der **Anlage 11** „Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung“.

	2013		2012		Differenz	
	T€	%	T€	%	T€	%
Steuern und ähnlich Abgaben	206.867	57,3	174.247	54,5	+32.620	+18,7
Zuwendungen, Umlagen, Transferertrag	31.039	8,6	28.760	9,0	+2.279	+7,9
Ertrag der sozialen Sicherung	57.475	15,9	54.391	17,0	+3.084	+5,7
Öffentlich-rechtliche Entgelte	10.003	2,8	10.526	3,3	-523	-5,0
Privatrechtliche Entgelte	5.954	1,6	5.267	1,7	+687	+13,0
Kostenerstattungen und -umlagen	8.112	2,2	7.816	2,4	+296	+3,8
Sonstiger laufender Ertrag	<u>41.765</u>	<u>11,6</u>	<u>38.526</u>	<u>12,1</u>	<u>+3.239</u>	<u>+8,4</u>
Gesamtertrag	<u>361.215</u>	<u>100,0</u>	<u>319.533</u>	<u>100,0</u>	<u>+41.682</u>	<u>+13,0</u>
Personalaufwand	74.349	20,6	73.057	22,9	+1.292	+1,8
Versorgungsaufwand	7.051	2,0	7.042	2,2	+9	+0,1
Sach-, Dienstleistungsaufwand	55.137	15,3	53.482	16,7	+1.655	+3,1
Abschreibungen	23.386	6,5	21.899	6,9	+1.487	+6,8
Zuwendungen, Umlagen, Transferaufwand	30.520	8,4	25.524	8,0	+4.996	+19,6
Aufwand der sozialen Sicherheit	116.395	32,2	112.552	35,2	+3.843	+3,4
Sonstiger laufender Aufwand	<u>39.968</u>	<u>11,0</u>	<u>28.549</u>	<u>8,9</u>	<u>+11.419</u>	<u>+40,0</u>
Gesamtaufwand	<u>346.806</u>	<u>96,0</u>	<u>322.105</u>	<u>100,8</u>	<u>+24.701</u>	<u>+7,7</u>
Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	14.409	4,0	-2.572	-0,8	+16.981	
Zinsertrag	13.983	3,9	9.323	2,9	+4.660	+50,0
Zinsaufwand	<u>15.370</u>	<u>4,3</u>	<u>14.581</u>	<u>4,6</u>	<u>+789</u>	<u>+5,4</u>
Finanzergebnis	<u>-1.387</u>	<u>-0,4</u>	<u>-5.258</u>	<u>-1,7</u>	<u>+3.871</u>	
Ordentliches Ergebnis	<u>13.022</u>	<u>3,6</u>	<u>-7.830</u>	<u>-2,5</u>	<u>+20.852</u>	
Außerordentliches Ergebnis	<u>-12</u>	<u>0,0</u>	<u>-940</u>	<u>-0,3</u>	<u>+928</u>	
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	<u>13.010</u>	<u>3,6</u>	<u>-8.770</u>	<u>-2,8</u>	<u>+21.780</u>	



Erläuterung der wesentlichen Positionen

Im Berichtsjahr ergab sich ein **Jahresüberschuss** von 13.010 T€, der zur Abdeckung von Jahresfehlbeträgen der Haushaltsvorjahre (2009) verwendet wird. Das positive **Ergebnis der Verwaltungstätigkeit** in Höhe von 14.409 T€ hat sich deutlich verbessert, während das negative **Finanzergebnis** von 1.387 T€ eine deutliche Verbesserung zu verzeichnen hat. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Jahresergebnis um 21.780 T€ verbessert.

Beim **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** übersteigen die Gesamterträge von 361.215 T€ die Gesamtaufwendungen von 346.806 T€ um 4,2 %.

Innerhalb der Erträge aus der laufenden Verwaltungstätigkeit dominieren die **Steuern und ähnlichen Abgaben** mit 206.867 T€ (Vorjahr: 174.247 T€), die im Haushaltsjahr rd. 57,3 % (Vorjahr: 54,5%) der Gesamterträge repräsentieren. Weitere wesentliche Ertragspositionen bestehen in den **Erträgen der sozialen Sicherung** (57.475 T€; Vorjahr: 54.391 T€), **Zuwendungen, Umlagen und Transfererträgen** (31.039 T€; Vorjahr: 28.760 T€) sowie **sonstige laufende Erträge** (41.765 T€; Vorjahr: 38.526 T€).

Die **öffentlich-rechtlichen Erträge** in Höhe von 10.003 T€ resultieren aus der Festsetzung von Gebühren und Beiträgen und wurden zum Zeitpunkt der Bescheiderstellung bilanziert.

Die **sonstigen laufenden Erträge** enthalten die vereinnahmten Konzessionsabgaben aus Wasser, Strom und Gas in Höhe von 7.593 T€, Erträge aus der Veräußerung von Anlage- und Umlaufvermögen (4.891 T€) sowie die Erträge aus Zuschreibungen im Beteiligungsvermögen (7.399 T€). Weiterhin erfolgte auf dieser Position die Auflösung verschiedener Rückstellungen (4.307 T€) sowie die Auflösung aus der Reduzierung der Pauschalwertberichtigung auf Forderungen (295 T€). Korrekturbuchungen im Rahmen der Eröffnungsbilanz führten zu weiteren **Erträgen** und **Aufwendungen** in Höhe von jeweils ca. 11.500 T€. Die **Aktivierten Eigenleistungen** verringerten sich infolge der im Berichtsjahr leicht gesunkenen Bautätigkeit um 218 T€ von 1.766 T€ auf 1.548 T€.

Die Aufwendungen im Rahmen der laufenden Verwaltungstätigkeit wurden durch die Anordnungen der einzelnen Fachämter bewirkt. Im Mittelpunkt stehen hierbei die **Aufwendungen der sozialen Sicherung** (116.395 T€; Vorjahr: 112.552 T€) sowie die **Personalaufwendungen** (74.349 T€; Vorjahr: 73.057 T€). Letztere basieren auf den überführten Daten des IT-Personalwirtschaftssystem TDS und einem anschließenden Datenabgleichung durch das Fachamt.

Die Abschreibungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO belaufen sich im Haushaltsjahr auf 23.386 T€ (Vorjahr: 21.899 T€). Gründe für den Anstieg sind die Aktivierungen bzw. Zugänge im Bereich der Schulen sowie die Übernahme des Sachanlagevermögens der Buga-GmbH.



Das negative **Finanzergebnis** resultiert aus dem Saldo der **Zinserträge** von 13.983 T€ und der **Zinsaufwendungen** von 15.370 T€, es hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3.871 T€ verbessert.

■ Ertragslage (Planvergleich)

Die Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung der Stadt Koblenz wurden im Folgenden nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert und den Haushaltsansätzen gegenübergestellt.

Die Rechnungsprüfung verweist darüber hinaus auf die weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in der **Anlage 11** „Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung“.

	2013		Haushalts- ansatz		Differenz	
	T€	%	T€	%	T€	%
Steuern und ähnlich Abgaben	206.867	57,3	194.991	59,3	+11.876	+6,1
Zuwendungen, Umlagen, Transferertrag	31.039	8,6	32.401	9,9	-1.362	-4,2
Ertrag der sozialen Sicherung	57.475	15,9	58.316	17,7	-841	-1,4
Öffentlich-rechtliche Entgelte	10.003	2,8	10.118	3,1	-115	-1,1
Privatrechtliche Entgelte	5.954	1,6	5.578	1,7	+376	+6,7
Kostenerstattungen und -umlagen	8.112	2,2	8.360	2,5	-248	-3,0
Sonstiger laufender Ertrag	<u>41.765</u>	<u>11,6</u>	<u>19.085</u>	<u>5,8</u>	<u>+22.680</u>	<u>+118,8</u>
Gesamtertrag	<u>361.215</u>	<u>100,0</u>	<u>328.849</u>	<u>100,0</u>	<u>+32.366</u>	<u>+9,8</u>
Personalaufwand	74.349	20,6	78.155	23,8	-3.806	-4,9
Versorgungsaufwand	7.051	2,0	7.199	2,2	-148	-2,1
Sach-, Dienstleistungsaufwand	55.137	15,3	61.594	18,7	-6.457	-10,5
Abschreibungen	23.386	6,5	23.301	7,1	+85	+0,4
Zuwendungen, Umlagen, Transferaufwand	30.520	8,4	27.641	8,4	+2.879	+10,4
Aufwand der sozialen Sicherheit	116.395	32,2	116.541	35,4	-146	-0,1
Sonstiger laufender Aufwand	<u>39.968</u>	<u>11,0</u>	<u>23.323</u>	<u>7,1</u>	<u>+16.645</u>	<u>+71,4</u>
Gesamtaufwand	<u>346.806</u>	<u>96,0</u>	<u>337.754</u>	<u>102,7</u>	<u>+9.052</u>	<u>+2,7</u>
Ergebnis der Verwaltungstätigkeit	14.409	4,0	-8.905	-2,7	+23.314	
Zinsertrag	13.983	3,9	12.146	3,8	+1.837	+15,1
Zinsaufwand	<u>15.370</u>	<u>4,3</u>	<u>15.850</u>	<u>5,0</u>	<u>-480</u>	<u>-3,0</u>
Finanzergebnis	<u>-1.387</u>	<u>-0,4</u>	<u>-3.704</u>	<u>-1,2</u>	<u>+2.317</u>	
Ordentliches Ergebnis	<u>13.022</u>	<u>3,6</u>	<u>-12.609</u>	<u>-3,9</u>	<u>+25.631</u>	
Außerordentliches Ergebnis	<u>-12</u>	<u>0,0</u>	<u>0</u>	<u>0,0</u>	<u>-12</u>	
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	<u>13.010</u>	<u>3,6</u>	<u>-12.609</u>	<u>-3,9</u>	<u>+25.619</u>	

Im Berichtsjahr ergab sich ein **Jahresüberschuss** von 13.010 T€, der zur Abdeckung von Jahresfehlbeträgen der Haushaltsvorjahre (2009) verwendet wird. Gegenüber dem Haushaltsansatz hat sich der Jahresfehlbetrag um 25.619 T€ verbessert.



Weitere Informationen zu einzelnen Abweichungen gegenüber dem Haushaltsansatz finden sich im Erläuterungsteil (siehe **Anlage 11**) dieses Prüfberichtes.

5 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Bestätigungsvermerk der Rechnungsprüfung

Die Rechnungsprüfung hat den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Anhang sowie den Rechenschaftsbericht - der Stadt Koblenz für das Haushaltsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. In die Prüfung wurden die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einbezogen. Die Inventur, die Buchführung sowie die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Rheinland-Pfalz und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt Koblenz. Die Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Rechenschaftsbericht abzugeben.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach § 113 GemO und in Anlehnung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Rechenschaftsbericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt Koblenz sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Buchführung, Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Oberbürgermeisters der Stadt Koblenz sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts.

Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.



Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach der Beurteilung der Rechnungsprüfung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Koblenz.

Der Rechenschaftsbericht steht grundsätzlich in Einklang mit einem den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Koblenz, den 30. Mai 2015


Harald Klein
Amtsleiter"

■ Anlagen zum Prüfbericht

- Anlage 1** Bilanz zum 31. Dezember 2013
- Anlage 2** Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013
- Anlage 3** Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013
- Anlage 4** Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013
- Anlage 5** Anlagenübersicht
- Anlage 6** Forderungsübersicht
- Anlage 7** Verbindlichkeitenübersicht
- Anlage 8** Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen
- Anlage 9** Rechenschaftsbericht
- Anlage 10** Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz
- Anlage 11** Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung
- Anlage 12** Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse
- Anlage 13** Kennzahlenberechnung





Anlage 1 Bilanz zum 31.12.2013

Bilanz zum 31. Dezember 2013

AKTIVA			PASSIVA		
	31.12.2013	31.12.2012		31.12.2013	31.12.2012
	in EUR	in TEUR		in EUR	in TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	56.327.100,49	57.105	Kapitalrücklage	633.865.516,81	629.905
Sachanlagen	999.520.351,65	993.194	Sonstige Rücklagen	0,00	0
Finanzanlagen	289.229.863,58	278.427	Ergebnisvortrag	-104.089.429,41	- 95.319
Vorräte	6.721.924,61	8.592	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	13.010.229,31	-8.770
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	19.925.930,18	26.375	Sonderposten für Belastungen aus komm. Finanzausgleich	0,00	0
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0	Sonderposten zum Anlagevermögen	209.670.186,99	197.286
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben b. EZB, Kreditinstituten u. Schecks	2.732.564,38	1.507	Sonderposten für den Gebührenaussgleich	37.333,40	47
Rechnungsabgrenzungsposten	5.815.596,73	3.395	Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0
			Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten	0,00	0
			Sonderposten aus Anzahlungen f. Grabnutzungsent.	0,00	0
			Sonstige Sonderposten	0,00	0
			Rückstellungen f. Pensionen u. ähnl. Verpflichtungen	148.808.990,51	146.549
			Steuerrückstellungen	8.818.793,00	100
			Rückstellungen für latente Steuern	0,00	0
			Sonstige Rückstellungen	19.753.910,83	16.389
			Anleihen	0,00	0
			Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	385.727.887,78	417.852
			Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	3.336.989,48	3.418
			Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0
			Verbindlichkeiten aus Lieferung u. Leistung	6.971.480,36	7.456
			Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	850,00	0
			Verbindlichkeiten gg. verbund. Unternehmen	9.775.235,75	6.403
			Verbindlichkeiten gg. Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	9.133,85	18
			Verbindlichkeiten gg. Sonderverm., Zweckverb., AöR, rechtsf. komm. Stift.	36.142.777,60	35.139
			Verbindlichkeiten gg. sonst. öffent. Bereich	4.483.924,31	2.277
			Sonst. Verbindlichkeiten	2.648.727,27	9.300
			Rechnungsabgrenzungsposten	1.300.793,78	545
	1.380.273.331,62	1.368.595		1.380.273.331,62	1.368.595





Aktiva	Stand	Stand
	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	TEUR
1 Anlagevermögen	1.345.077.315,72	1.328.726
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	56.327.100,49	57.105
1.1.1 Gewerbliche Schutzrechte u. ähnl. Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werden	290.249,68	382
1.1.2 Geleistete Zuwendungen	42.971.282,68	44.273
1.1.3 Gezahlte Investitionszuschüsse	11.216.112,00	10.904
1.1.4 Geschäfts- oder Firmenwert	0,00	0
1.1.5 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	1.849.456,13	1.546
1.2 Sachanlagen	999.520.351,65	993.194
1.2.1 Wald, Forsten	25.632.848,44	25.724
1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte	89.248.813,98	89.004
1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	215.475.996,30	144.998
1.2.4 Infrastrukturvermögen	530.598.373,74	502.444
1.2.5 Bauten auf fremden Grund und Boden	5.487.828,00	2.613
1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler	37.823.602,73	38.038
1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	10.268.436,49	9.198
1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.074.649,09	10.414
1.2.9 Pflanzen und Tiere	0,00	0
1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	71.909.802,88	170.761
1.3 Finanzanlagen	289.229.863,58	278.427
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	159.320.288,03	153.948
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.887.970,31	2.715
1.3.3 Beteiligungen	5.381.633,51	5.381
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0
1.3.5 Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentl. Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	116.920.456,13	116.243
1.3.6 Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öff. Rechts, rechtsf. komm. Stiftungen	5.660.199,14	0
1.3.7 Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0
1.3.8 Sonstige Ausleihungen	59.316,46	140
2 Umlaufvermögen	29.380.419,17	36.474
2.1 Vorräte	6.721.924,61	8.592
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	67.228,97	354
2.1.2 Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0,00	0
2.1.3 Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren	6.654.695,64	8.238
2.1.4 Geleistete Anzahlungen auf Vorräte	0,00	0



2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	19.925.930,18	26.375
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	18.761.540,96	19.474
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen	3.007.942,57	2.507
2.2.3 Forderungen gegen verbundene Unternehmen	3.809.315,58	3.641
2.2.4 Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	43.648,06	6
2.2.5 Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öff. Rechts, rechtsf. komm. Stiftungen	511.794,22	1.168
2.2.6 Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	178.293,36	102
2.2.7 Sonstige Vermögensgegenstände	4.008.042,76	8.894
2.2.8 Wertberichtigung Forderungen	- 10.394.647,33	-9.417
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0
2.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0
2.3.2 Sonstige Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0
2.4 Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der EZB, Guthaben b. Kreditinstituten u. Schecks	2.732.564,38	1.507
3 Ausgleichsposten für latente Steuern	0,00	0
4 Rechnungsabgrenzungsposten	5.815.596,73	3.395
4.1 Disagio	0,00	0
4.2 Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	5.815.596,73	3.395
Summe Aktiva	1.380.273.331,62	1.368.595

Passiva

1 Eigenkapital	542.786.316,71	525.816
1.1 Kapitalrücklage	633.865.516,81	629.905
1.2 Sonstige Rücklagen	0,00	0
1.3 Ergebnisvortrag	- 104.089.429,41	- 95.319
1.4 Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	13.010.229,31	- 8.770
2 Sonderposten	209.707.520,39	197.333
2.1 Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0,00	0
2.2 Sonderposten zum Anlagevermögen	209.670.186,99	197.286
2.2.1 Sonderposten aus Zuwendungen	126.175.189,99	104.193
2.2.2 Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	22.311.141,41	23.338
2.2.3 Sonderposten aus Anzahlungen für Anlagevermögen	61.183.855,59	69.755
2.3 Sonderposten für den Gebührenausgleich	37.333,40	47
2.4 Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0
2.5 Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten	0,00	0
2.6 Sonderposten aus Anzahlungen für Grabnutzungsentgelte	0,00	0
2.7 Sonstige Sonderposten	0,00	0



3 Rückstellungen	177.381.694,34	163.038
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	148.808.990,51	146.549
3.2 Steuerrückstellungen	8.818.793,00	100
3.3 Rückstellungen für latente Steuern	0,00	0
3.4 Sonstige Rückstellungen	19.753.910,83	16.389
4 Verbindlichkeiten	449.097.006,40	481.863
4.1 Anleihen	0,00	0
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	385.727.887,78	417.852
4.2.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	308.727.818,63	324.452
4.2.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	77.000.069,15	93.400
4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	3.336.989,48	3.418
4.4 Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.971.480,36	7.456
4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	850,00	0
4.7 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	9.775.235,75	6.403
4.8 Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9.133,85	18
4.9 Verbindlichkeiten gegenüber Sonderverm. , Zweckverb., Anstalten d. öff. Rechts, rechtsfähigen kom. Stiftungen	36.142.777,60	35.139
4.10 Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	4.483.924,31	2.277
4.11 Sonstige Verbindlichkeiten	2.648.727,27	9.300
5 Rechnungsabgrenzungsposten	1.300.793,78	545
Summe Passiva	1.380.273.331,62	1.368.595





Anlage 2 Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	2013	2012	Differenz
	EUR	TEUR	TEUR
Steuern und ähnliche Abgaben	206.866.986,04	174.247	+ 32.620
Zuwendungen, allgem. Umlagen und sonstige Transfererträge	31.038.686,01	28.760	+ 2.278
Erträge der sozialen Sicherung	57.475.193,09	54.391	+ 3.084
Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte	10.002.496,95	10.526	- 523
Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.954.059,18	5.267	+ 687
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.111.801,26	7.816	+ 296
Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	- 4.236,28	-34	+ 30
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.548.843,35	1.767	- 218
Sonstige laufende Erträge	40.220.847,77	36.793	+ 3.428
Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit	361.214.677,37	319.533	+41.682
Personalaufwendungen	74.348.903,74	73.057	- 1.292
Versorgungsaufwendungen	7.051.563,79	7.042	- 10
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	55.136.578,54	53.482	- 1.655
Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr.14 GemHVO	23.385.903,76	21.899	- 1.487
Zuwendungen, Umlagen u. sonstige Transferaufwendungen	30.519.706,08	25.524	- 4.995
Aufwendungen der sozialen Sicherheit	116.394.575,12	112.552	- 3.843
Sonstige laufende Aufwendungen	39.968.414,98	28.549	- 11.419
Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	346.805.646,01	322.105	- 24.701
Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	14.409.031,36	- 2.572	+ 16.981
Zinserträge und sonstige Finanzerträge	13.982.453,78	9.323	+ 4.660
Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	15.369.771,42	14.581	- 790
Finanzergebnis	- 1.387.317,64	- 5.258	+ 3.870
Ordentliches Ergebnis	13.021.713,72	- 7.830	+ 20.851
Außerordentliches Ergebnis	- 11.484,41	-940	- 929
Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag)	13.010.229,31	-8.770	+ 21.780





Anlage 3

Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	Stand 31.12.2013	Haushalts- ansatz	Differenz
	TEUR	TEUR	TEUR
Steuern und ähnliche Abgaben	215.036	194.991	+ 20.045
Zuwendungen, allgem. Umlagen und sonstige Trans- fereinzahlungen	26.409	27.564	- 1.155
Einzahlungen der sozialen Sicherung	57.777	58.315	- 538
Öffentlich - rechtliche Leistungsentgelte	8.986	9.134	- 148
Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.626	5.579	+ 1.047
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.053	8.381	- 328
Veränderungen des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	± 0
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.549	1.151	+ 398
Sonstige laufende Einzahlungen	17.053	16.239	+ 814
Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	341.489	321.354	+ 20.135
Personalauszahlungen	71.848	74.471	- 2.623
Versorgungsauszahlungen	7.121	7.199	- 78
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	54.130	62.770	- 8.640
Zuwendungen, Umlagen u. sonstige Transferauszahlungen	27.585	27.641	- 56
Auszahlungen der sozialen Sicherheit	116.396	116.541	- 145
Sonstige laufende Auszahlungen	17.282	17.436	- 154
Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	294.362	306.058	- 11.696
Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	47.127	15.296	+ 31.831
Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	13.618	12.146	+ 1.472
Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	14.508	15.119	- 611
Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen	- 890	- 2.973	+ 2.083
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	46.237	12.323	+ 33.914
Außerordentliche Einzahlungen	0	0	± 0
Außerordentliche Auszahlungen	0	0	± 0
Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0	0	± 0
Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	46.237	12.323	+ 33.914



Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	16.380	18.960	- 2.580
Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	1.006	875	+ 131
Einzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	56	0	+ 56
Einzahlungen für Sachanlagen	1.134	1.005	+ 129
Einzahlungen für Finanzanlagen	0,00	0	± 0
Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	926	93	+ 833
Einzahlungen aus der Veräußerung von Vorräten	2.941	2.385	+ 556
Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	± 0
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	22.443	23.318	- 875
Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	1.676	3.607	- 1.931
Auszahlungen für Sachanlagen	30.275	30.527	- 252
Auszahlungen für Finanzanlagen	0	0	± 0
Auszahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	34	0	+ 34
Auszahlungen für der Erwerb von Vorräten	285	20	+ 265
Sonstige Investitionsauszahlungen	0	365	- 365
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	32.270	34.519	- 2.249
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	- 9.827	- 11.201	+ 1.374
Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag	36.410	1.122	+ 35.288
Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten	12.936	12.201	+ 735
Auszahlungen aus der Tilgung von Investitionskrediten	27.947	15.470	+ 12.477
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten	- 15.011	- 3.269	- 11.742
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	343.818	2.422	+ 341.396
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	365.363	275	+ 365.088
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung	- 21.545	2.147	- 23.692
Abnahme der liquiden Mittel	947	0	+ 947
Zunahme der liquiden Mittel	- 367	0	- 367
Veränderung der liquiden Mittel	1.314	0	+ 1.314
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	- 37.870	- 1.122	- 36.748
Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern	32.533	4.075	+ 28.458
Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern	- 31.073	- 4.075	+ 26.998



Anlage 4 Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

F. Rechtsgrundlage

Der Anhang zur Bilanz zum 31. Dezember 2013 der Stadt Koblenz wurde unter Beachtung des § 108 Abs. 2 Nr. 5 GemO und der §§ 33 Nr. 5, 35 Abs. 2 und Abs. 6, 40 Abs. 2, 43, 44 Abs. 3 und Abs. 4, 45 Abs. 3 und Abs. 4, 46 Abs. 2 und Abs. 3, 47 Abs. 2, 48 GemHVO erstellt.

Die Gliederungsvorschriften der GemHVO fanden uneingeschränkt Beachtung.

Gemäß § 48 Abs. 4 GemHVO werden nachfolgend Erläuterungen nur getätigt, wenn diese nicht von untergeordneter Bedeutung für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind.

Folgende Posten der Bilanz sind weiter untergliedert. Der Einblick in die Lage der Gemeinde wird hierdurch erheblich verbessert.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

2.2.8 Wertberichtigungen zu Forderungen

Zusätzlich zu den in § 47 Abs. 5 GemHVO aufgeführten Bilanzposten wurde zur Verbesserung des Einblicks in die Vermögenslage der Gemeinde und aufgrund der wesentlichen Bedeutung die Bilanzposition 2.2.8 Wertberichtigungen zu Forderungen eingefügt. Hierunter wurden sowohl die pauschalen als auch die einzelnen Wertberichtigungen bilanziert.

G. Angaben zu einzelnen Posten der Bilanz

Aktiva

G.1. Anlagevermögen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Immaterielle Vermögensgegenstände	57.104.597,27 €	56.327.100,49 €	-777.496,78 €
Sachanlagen	993.194.278,14 €	999.520.351,65 €	6.326.073,51 €
Finanzanlagen	278.427.139,24 €	289.229.863,58 €	10.802.724,34 €
	1.328.726.014,65 €	1.345.077.315,72 €	16.351.301,07 €

Das Anlagevermögen der Stadt Koblenz ergibt sich aus den Werten der Vorjahresbilanz sowie den laufenden Zu- und Abgängen im aktuellen Bilanzjahr. Zugänge im Anlagevermögen wurden stets zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten im Sinne des § 34 GemHVO bewertet. Zinsen für das Fremdkapital wurden in die Herstellungskosten nicht mit einbezogen.

Sämtliche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist im Sinne des § 35 Abs. 1 GemHVO, unterlagen im Berichtsjahr einer planmäßigen Abschreibung nach der linearen Methode unter Beachtung der gültigen Abschreibungstabelle für Gemeinden gemäß § 35 Abs. 1 und 2 GemHVO. Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich nicht begrenzt ist, wurden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten ohne Abschreibung angesetzt.



Außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung im Sinne des § 35 Abs. 4 GemHVO wurden im Berichtsjahr nicht vorgenommen.

Es wurden körperliche und buchmäßige Bestandsaufnahmen in den Ämtern 05/ Buga Projektbüro, 09/ Zentrale Vergabestelle und 21/ Stadtkasse unter Anwendung des § 32 Abs. 3 Nr. 2 GemHVO durchgeführt.

Die Anlagenübersicht gemäß § 50 GemHVO ist als Anlage zum Anhang beigefügt und stellt die Entwicklung des Anlagevermögens dar.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass sich vielfältige Veränderungen ergeben haben. Ursache hierfür sind Bewertungsüberprüfungen, die in diesem Jahresabschluss eingearbeitet und gegen die Eröffnungsbilanz korrigiert wurden. Die genauen Darstellungen werden unter den entsprechenden Positionen näher erläutert. Die Buchungen, die als Korrektur zur Eröffnungsbilanz erfasst wurden, stellen sich wie folgt dar:

Bilanzposition	Wert
1.1.2 Geleistete Zuwendungen	56.239,92
1.1.3 Geleistete Investitionszuschüsse	626.250,00
1.2.1 Wald, Forsten	-72.000,00
1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	-2.441.986,73
1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	239.824,15
1.2.4 Infrastrukturvermögen	7.723.460,14
1.2.6 Kunstgegenstände	-1.196.356,00
1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	-34.228,05
1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung	-465.751,23
1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	-48.090,35
Summe des Aktivermögens wurde erhöht	4.387.361,85

Bilanzposition	Wert
2.2.1 Sonderposten aus Zuwendungen	-1.094.495,48 €
2.2.3 Sonderposten aus Auszahlungen für Anlagevermögen	1.462.497,48 €
4.9 Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen	58.878,70 €
Summe de Passivvermögens wurde erhöht um	426.880,70
	4.387.361,85
	-426.880,70
Bilanzielle Gesamtauswirkung 2013 aus Korrektur der Eröffnungsbilanz	3.960.481,15

G.1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände entwickeln sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Gewerbliche Schutzrechte u.ä.	381.353,68 €	290.249,68 €	-91.104,00 €
Geleistete Zuwendungen	44.273.337,00 €	42.971.282,68 €	-1.302.054,32 €
Geleistete Investitionszuschüsse	10.903.918,00 €	11.216.112,00 €	312.194,00 €
Geschäfts- oder Firmenwert	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Anzahlungen auf immaterielle VG	1.545.988,59 €	1.849.456,13 €	303.467,54 €
	57.104.597,27 €	56.327.100,49 €	-777.496,78 €

Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen. Die immateriellen Vermögensgegenstände wurden buchmäßig fortgeschrieben. Sie sind in einer Anlagenbestandsliste einzeln nachgewiesen.



Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens (Gewerbliche Schutzrechte u. ä.) wurden gemäß § 34 Abs. 2 GemHVO zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen angesetzt. Anschaffungsnebenkosten wurden in die Anschaffungskosten einbezogen, hingegen wurden Anschaffungspreisminderungen (im Wesentlichen Rabatte und Skonti) von den Anschaffungskosten abgesetzt. Die Höhe der linearen Abschreibung zwischen dem Anschaffungsdatum der entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände und dem Bilanzstichtag wurde anhand von wirtschaftlichen Nutzungsdauern errechnet, die in der vom Innenministerium des Landes Rheinland-Pfalz bekannt gegebenen Abschreibungstabelle festgeschrieben sind.

Geleistete Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen mit einer mehrjährigen Zweckbindung werden linear über den Zeitraum der Zweckbindung abgeschrieben. Im Rahmen der Eröffnungsbilanzkorrektur wurden die Zuwendungen der Fußgängerbrücke in Horchheim nachaktiviert.

Geleistete Investitionszuwendungen mit einer vereinbarten Gegenleistungsverpflichtung werden linear über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstands bzw. - falls diese kürzer ist - über den Zeitraum der Gegenleistungsverpflichtung abgeschrieben. Im Rahmen der Eröffnungsbilanzkorrektur wurden die gezahlten Zuschüsse an die Aufbaugesellschaft mbH für die Erweiterung für das Stadttheater nachaktiviert.

Bei Zu- und Abgängen von immateriellen Vermögensgegenständen im Berichtsjahr wurde die Abschreibung zeitanteilig berechnet.

G.1.2. Sachanlagevermögen

Das Sachanlagevermögen entwickelt sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Wald, Forsten	25.724.612,05 €	25.632.848,44 €	-91.763,61 €
Sonstige unbebaute Grundstücke	89.004.081,18 €	89.248.813,98 €	244.732,80 €
Bebaute Grundstücke	144.997.689,99 €	215.475.996,30 €	70.478.306,31 €
Infrastrukturvermögen	502.443.691,20 €	530.598.373,74 €	28.154.682,54 €
Bauten auf fremdem Grund und Boden	2.612.652,00 €	5.487.828,00 €	2.875.176,00 €
Kunstgegenstände und Denkmäler	38.038.044,94 €	37.823.602,73 €	-214.442,21 €
Maschinen, technische Anlagen, KfZ	9.198.101,18 €	10.268.436,49 €	1.070.335,31 €
Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.414.230,04 €	13.074.649,09 €	2.660.419,05 €
Pflanzen und Tiere	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	170.761.175,56 €	71.909.802,88 €	-98.851.372,68 €
	993.194.278,14 €	999.520.351,65 €	6.326.073,51 €

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

Das Sachanlagevermögen ergibt sich aus den Werten der Vorjahresbilanz sowie der buchmäßigen Zu- und Abgänge von Vermögensgegenständen im Berichtsjahr. Entsprechende Nachweise liegen in Form von Anlagenbestandslisten bzw. Zu- und Abgangsmeldungen zu den einzelnen oben genannten Positionen vor, der Nachweis der Grundstücke, Straßen, Wege und Plätze wird zusätzlich im geographischen Informationssystem geführt.

Die Vermögensgegenstände wurden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten gemäß § 34 Abs. 2 und 3 GemHVO angesetzt. Bei solchen Vermögensgegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, wurden diese Werte um planmäßige Abschreibungen vermindert. Anschaffungsnebenkosten wurden stets in die Anschaffungskosten einbezogen, hingegen wurden Anschaffungspreisminderungen (im Wesentlichen Rabatte und Skonti) von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Die Herstellungskosten umfassen die Einzelkosten für Material und Fertigung sowie die Sonderkosten der Fertigung.



Die Höhe der linearen Abschreibung zwischen dem Anschaffungs- oder Herstellungsdatum der Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens und dem Bilanzstichtag wurde anhand von wirtschaftlichen Nutzungsdauern errechnet, die in der vom Innenministerium des Landes Rheinland-Pfalz bekannt gegebenen Abschreibungstabelle festgeschrieben sind.

Es folgen spezielle Erläuterungen zu den einzelnen Positionen des Sachanlagevermögens.

G.1.2.1. Wald, Forsten

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Wald, Forsten	25.724.612,05 €	25.632.848,44 €	- 91.763,61 €

Die Waldbewertung (Aufwuchs, Holzbestand) erfolgte in der Eröffnungsbilanz durch das Forsteinrichtungswerk im Festwertverfahren. Als entsprechender Wert wurde ein prozentualer Anteil von 50% angesetzt. Der gebildete Festwert wurde im Berichtsjahr beibehalten. Planmäßig bewirtschaftete Waldbestände wurden im Forsteinrichtungswerk nachgewiesen. Der nicht planmäßig bewirtschaftete Waldbestand wurde gesondert ausgewiesen.

In der Eröffnungsbilanz wurden Waldgrundstücke mit einem falschen Wert angesetzt, dieser wurde im Jahr 2013 angepasst.

G.1.2.2. Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Sonstige unbebaute Grundstücke	89.004.081,18 €	89.248.813,98 €	244.732,80 €

Bäume in Parks, Alleen und im allgemeinen Straßenbereich wurden anhand des Baumkatasters aufgenommen. Die Bewertung des Baumbestandes, des sonstigen Aufwuchs sowie des gesamten Mobiliars (im Wesentlichen Parkanlagen, Straßenbegleitgrün, Spielplätze, Spielgeräte, Sportflächen etc.) erfolgte zu Vergleichswerten gemäß „Grüne Doppik – Werkzeug zur Vermögensbewertung von öffentlichen Grün- und Freiflächen“, entwickelt durch die Fachhochschule Osnabrück. Die so ermittelten Werte wurden in der Eröffnungsbilanz als Festwert abgebildet, gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Koblenz vom 06.07.2009 mit einem prozentualen Anteil in Höhe von 50%. Die BUGA Flächen wurden aus dem Festwert ausgebucht, da sie zum Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz bereits an die BUGA GmbH übergeben wurden. Nach Neuerstellung der Flächen durch die BUGA GmbH wurden diese wieder in das Anlagevermögen der Stadt Koblenz überführt und einzeln aktiviert.

G.1.2.3. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Bebaute Grundstücke	144.997.689,99 €	215.475.996,30 €	70.478.306,31 €

Die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände wurden im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Zu- und Abgänge wurden in der Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß erfasst. Der wesentliche Anstieg ist durch die Aktivierung des Gebäudes Forum Confluentes begründet.

G.1.2.4. Infrastrukturvermögen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Infrastrukturvermögen	502.443.691,20 €	530.598.373,74 €	28.154.682,54 €

Bei der Ersterfassung der Straßen wurden bei der Wertermittlung Doppelerfassungen vorgenommen. Ein Teil wurde bereits im letzten Jahresabschluss korrigiert. In diesem Jahr wurden diese Fälle abschließend gegen die Eröffnungsbilanz bereinigt (7,7 Mio €).



Maßgeblichen Anteil an der Veränderung des Bilanzwertes im Jahr 2013 hat die Korrektur der irrtümlich durchgeführten Bewertung einer Vielzahl von Straßengrundstücken sowie Brückenbauwerken. Auch in dieser Bilanzposition wurden die BUGA Flächen Straßenbegleitgrün im Festwert ausgebucht und als einzelne Vermögensgegenstände durch Übernahme des Anlagevermögens eingebucht.

G.1.2.5. Bauten auf fremdem Grund und Boden

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Bauten auf fremdem Grund und Boden	2.612.652,00 €	5.487.828,00 €	2.875.176,00 €

Die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände wurden im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Zu- und Abgänge wurden in der Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß erfasst. Der diesjährige Zugang betraf vor allem die Abrechnungen der Buga Maßnahmen.

G.1.2.6. Kunstgegenstände und Denkmäler

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Kunstgegenstände und Denkmäler	38.038.044,94 €	37.823.602,73 €	-214.442,21 €

Die Kunstgegenstände des Ludwig-Museums wurden im Berichtsjahr fortgeschrieben. Da es sich hierbei um eine Stiftung handelt, ergeben sich die Werte gemäß der gesetzlichen Vorgaben aus dem Stiftungsvermögen. Die Kunstgegenstände des Mittelrhein-Museums wurden in der Eröffnungsbilanz mit dem Versicherungswert der Kunstgegenstände angesetzt. Bei den Inkunabeln, Folianten etc. im Amt 47/Stadtarchiv wird ebenfalls wie in der Eröffnungsbilanz der Versicherungswert als Vergleichswert angesetzt, da die Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht mehr feststellbar sind.

Im Rahmen der Inventur des Mittelrheinmuseums wurden die Dauerleihgaben (917 T€) und weitere Anlagen (279 T€) bei der Inventur aufgenommen, diese waren aber schon Bestandteil der Eröffnungsbilanz. Aus diesem Grund wurde das Eigenkapital korrigiert.

Bei den Denkmälern handelt es sich auf Grund der Altersstruktur um solche, die bereits vollständig abgeschrieben sind. Eine Ausnahme stellt das so genannte „Romanische Haus“ dar. Im Rahmen der Generalsanierung wurde hier eine Nachaktivierung durchgeführt. Ebenso fanden Abrechnungen der Maßnahmen Feste Franz und Fort Asterstein statt.

G.1.2.7. Maschinen, technische Anlagen, Kraftfahrzeuge

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Maschinen, technische Anlagen, KfZ	9.198.101,18 €	10.268.436,49 €	1.070.335,31 €

Sämtliche Vermögensgegenstände dieser Position wurden ausnahmslos zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände wurden im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Zu- und Abgänge wurden in der Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß erfasst.

Im Zuge der Eröffnungsbilanzkorrektur wurde der Festwert der Brunnen aufgelöst und eine Einzelaktivierung der Brunnen vorgenommen (34 T€).

G.1.2.8. Betriebs- und Geschäftsausstattung

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.414.230,04 €	13.074.649,09 €	2.660.419,05 €



Sämtliche Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt und im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Die Festwerte blieben nach der letztjährigen Überprüfung dieses Jahr mit gleichem Wert bestehen. Lediglich die Festwerte für die Ausstattung der Buga wurden ausgebucht und einzeln aktiviert (466 T€).

In Bezug auf geringwertige Wirtschaftsgüter wurde im Jahr 2010 auf die neue Regelung des § 35 Abs. 3 S. 2 GemHVO umgestellt. Hierbei wurde von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, solche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten im Einzelnen wertmäßig den Betrag von 410,00 € ohne Umsatzsteuer nicht überschreiten, im Jahr ihrer Anschaffung oder Herstellung direkt aufwandswirksam zu buchen. Die entsprechenden Vermögensgegenstände aus dem Jahr 2009 werden dagegen weiter planmäßig abgeschrieben.

Im Übrigen wurden die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Zu- und Abgänge wurden in der Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß erfasst. Es erfolgten durch einige Abrechnungen noch Zugänge in Höhe von 3,5 Mio €.

G.1.2.10 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	170.761.175,56 €	71.909.802,88 €	- 98.851.372,68 €

Hierbei handelt es sich um am Bilanzstichtag noch im Bau befindliche und nicht fertig gestellte Vermögensgegenstände. Die bis zum Bilanzstichtag angefallenen Anschaffungs- und Herstellungskosten wurden vollständig erfasst. Die wertmäßige deutliche Senkung dieser Position ergibt sich durch die Abrechnung des Forum Confluentes (-64,0 Mio. €) sowie die Abrechnung der Maßnahmen Löhrrstraße (-6 Mio. €), Fort Konstatin (-2,2 Mio. €).

G.1.3. Finanzanlagen

Die Werte der Anteile an verbundenen Unternehmen, der Beteiligungen und des Sondervermögens der Eigenbetriebe wurden durch das Beteiligungsmanagement der Stadtwerke Koblenz ermittelt. Das Stiftungsvermögen sowie die langfristigen Ausleihungen wurden durch die Stadtverwaltung ermittelt.

Das Finanzanlagevermögen entwickelt sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Anteile an verbundenen Unternehmen	153.948.054,87 €	159.320.288,03 €	5.372.233,16 €
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.714.619,11 €	1.887.970,31 €	-826.648,80 €
Beteiligungen	5.381.443,11 €	5.381.633,51 €	190,40 €
Ausleihungen an Beteiligungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Anteile Sondervermögen etc.	116.242.909,12 €	116.920.456,13 €	677.547,01 €
Ausleihungen an Sondervermögen etc.	0,00 €	5.660.199,14 €	5.660.199,14 €
Sonstige Wertpapiere des Anlageverm.	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Sonstige Ausleihungen	140.113,03 €	59.316,46 €	-80.796,57 €
	278.427.139,24 €	289.229.863,58 €	10.802.724,34 €

Die Entwicklung des Finanzanlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

G.1.3.1. Anteile an verbundenen Unternehmen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Anteile an verbundenen Unternehmen	153.948.054,87 €	159.320.288,03 €	5.372.233,16 €



Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen hat zum Stichtag der Bilanzaufstellung um 5,4 Mio. € zugenommen. Dies resultiert aus der Erhöhung nach anteiligem Eigenkapital an der Finanzanlage „Stadtwerke Koblenz GmbH“ (+6,8 Mio. €) sowie einer Verminderung der Finanzanlage „Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH“ (-1,4 Mio. €). Die Verminderung beruht auf der bereits erfolgten Übergabe von Vermögensgegenständen an die Stadt Koblenz. Bei den davon noch nicht fertig abgerechneten Bauprojekten (Konrad-Adenauer-Ufer, Neugestaltung Schlossbereich sowie Plateau Ehrenbreitstein) wurde die Bilanzposition Anlagen im Bau um den gleichen Wert erhöht.

G.1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.714.619,11 €	1.887.970,31 €	-826.648,80 €

Die Position beinhaltet die langfristigen Darlehen, die die Stadt Koblenz dem verbundenen Unternehmen „Koblenzer Wohnbau GmbH“ gewährt hat. Die Spalte „Entwicklung“ zeigt die planmäßigen Tilgungen sowie vorzeitig abgelöste Darlehen.

G.1.3.3. Beteiligungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Beteiligungen	5.381.443,11 €	5.381.633,51 €	190,40 €

Unter dieser Bilanzposition befindet sich im Wesentlichen die Beteiligung am Gemeinschaftsklinikum gGmbH in Höhe von 5,12 Mio. €. Die Veränderung des Jahres 2013 ist bedingt durch eine Erhöhung der Beteiligung an dem Unternehmen EKO2 GmbH.

G.1.3.5 Sondervermögen (Eigenbetriebe), Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähige kommunale Stiftungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Anteile Sondervermögen etc.	116.242.909,12 €	116.920.456,13 €	677.547,01 €

Die Bewertung des Sondervermögens der Eigenbetriebe unterlag zum Bilanzstichtag einer Änderung im Wert von 102 T € beim Eigenbetrieb Stadtentwässerung. Zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung lagen mit Ausnahme des Eigenbetriebes „Touristik“ alle festgestellten Beschlüsse der übrigen Eigenbetriebe vor.

Die Erhöhung von 678 T € ergibt sich im Wesentlichen aus der Versorgungsrücklage 2013. Das zu den Finanzanlagen gehörende Stiftungsvermögen wurde mit den entsprechenden Anschaffungskosten angesetzt und buchmäßig auf den Bilanzstichtag fortgeschrieben. Die Werte der einzelnen Stiftungen sowie zugehörigen Sonderposten sind in separaten Bestandslisten erfasst.

G.1.3.6. Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähige Stiftungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Ausleihungen an Sondervermögen etc.	0,00 €	5.660.199,14 €	5.660.199,14 €

Bei der Bilanzposition handelte es sich um eine kurzfristige Ausleihe in 2013 gegenüber den Eigenbetrieben Entsorgungsbetrieb (2,3 Mio €) und Koblenz Touristik (3,3 Mio €).

G.1.3.8. Sonstige Ausleihungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Sonstige Ausleihungen	140.113,03 €	59.316,46 €	-80.796,57 €

Die zu den Finanzanlagen gehörenden langfristigen Ausleihungen wurden mit dem Wert der Ausleihungen zum Bilanzstichtag angesetzt.

G.2. Umlaufvermögen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Vorräte	8.591.842,70 €	6.721.924,61 €	-1.869.918,09 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	26.375.331,49 €	19.925.930,18 €	-6.449.401,31 €
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Kassenbestand, Bankguthaben, etc.	1.507.192,68 €	2.732.564,38 €	1.225.371,70 €
	36.474.366,87 €	29.380.419,17 €	-7.093.947,70 €

G.2.1. Vorräte

Das Vorratsvermögen entwickelt sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	354.180,50 €	67.228,97 €	-286.951,53 €
unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren	8.237.662,20 €	6.654.695,64 €	-1.582.966,56 €
geleistete Anzahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	8.591.842,70 €	6.721.924,61 €	-1.869.918,09 €

Das Vorratsvermögen wurde zum Bilanzstichtag grundsätzlich durch eine körperliche Bestandsaufnahme dezentral in den einzelnen Ämtern erfasst mit Ausnahme der zum Verkauf bestimmten Grundstücke und Gebäude; diese wurden ausgehend vom Ansatz in der Eröffnungsbilanz durch eine buchmäßige Erfassung fortgeführt.

Die Vorräte wurden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Anschaffungsnebenkosten wurden in die Anschaffungskosten einbezogen. Anschaffungspreisminderungen (Skonti, Boni, sonstige Nachlässe) wurden von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Vorräte, deren Anschaffungskosten nicht mehr zu ermitteln waren, im Wert nachrangig sind und bereits seit längeren Zeiträumen auf Lager liegen, wurden aus Vorsichtsgründen analog zur Eröffnungsbilanz weiterhin mit 1,00 € angesetzt.

Den wertmäßig größten Anteil der Vorräte bilden weiterhin die zum Verkauf bestimmten Grundstücke und Gebäude der Stadt. In diesem Jahr ist die Verringerung vor allem durch den Verkauf der Grundstücke aus dem Umlegungsverfahren Südliches Güls begründet.

G.2.2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände entwickelten sich wie folgt:

Nr.	Bezeichnung	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Transferforderungen	19.474.188,55 €	18.761.540,96 €	-712.647,59 €
2.	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferung und Leistung	2.507.096,89 €	3.007.942,57 €	500.845,68 €
3.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	3.641.149,49 €	3.809.315,58 €	168.166,09 €
4.	Forderungen gegen Beteiligungen	6.054,83 €	43.648,06 €	37.593,23 €
5.	Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, etc.	1.168.202,92 €	511.794,22 €	-656.408,70 €
6.	Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	101.994,68 €	178.293,36 €	76.298,68 €
7.	sonstige Vermögensgegenstände	8.893.671,44 €	4.008.042,76 €	-4.885.628,68 €
8.	Wertberichtigung zu Forderungen	-9.417.027,31 €	-10.394.647,33 €	-977.620,02 €
Gesamt		26.375.331,49 €	19.925.930,18 €	-6.449.401,31 €

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich mit dem Nominalwert bewertet und durch eine Buch- bzw. Beleginventur bzw. durch Offene-Posten-Listen der Nebenbücher zum Bilanzstichtag nachgewiesen. Offene Forderungen vor dem Stichtag der Eröffnungsbilanz wurden ursprünglich mittels Migration aus dem Vorkontrollsystem übernommen und anschließend im Rahmen der Debitorenbuchhaltung fortgeschrieben. Dabei wurden Forderungen in Höhe von 284 T € zu viel migriert. Diese wurden gegen die Eröffnungsbilanz ausgebucht. Die Vollständigkeit der Forderungen wurde durch die Fachämter im Rahmen der Vollständigkeitserklärung bestätigt.

Die Abnahme der laufenden Nummer 1, 5 und 7 erklärt sich im Wesentlichen durch tatsächliche Zahlungseingänge auf Forderungen aus 2012 für die Gewerbesteuerumlage und der Erstattung aus der Umsatzsteuermeldung Dezember 2012 sowie der Gemeindeanteil an der Einkommen-/Zinsabschlagsteuer Abrechnung 2013 an das Statistische Landesamt. Ebenso wurde eine Baulandumlegung fertig abgerechnet.

Ein Forderungsspiegel ist dem Anhang beigelegt.

Die Wertberichtigungen entwickeln sich wie folgt:

Nr.	Bezeichnung	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Pauschalwertberichtigung	-4.080.500,00 €	-4.516.200,00 €	435.700,00 €
2.	Einzelwertberichtigungen	-5.336.527,31 €	-5.878.447,33 €	541.920,02 €
Gesamt		-9.417.027,31 €	-10.394.647,33 €	977.620,02 €

Die erkennbaren Einzelrisiken und das allgemeine Kreditrisiko wurden durch die Erfassung von Wertberichtigungen berücksichtigt. Niedergeschlagene Forderungen wurden durch die jeweiligen Fachämter angemessen im Rahmen der Einzelwertberichtigung wertberichtigt. Auf die nicht einzelwertberichtigten Forderungen wurde eine Pauschalwertberichtigung vorgenommen. Der dabei zugrunde gelegte Prozentsatz orientiert sich am vorsichtig geschätzten Ausfallrisiko der jeweiligen Forderungsart. Eine entsprechende Berechnungsgrundlage liegt vor.

Die erfassten Wertberichtigungen haben sich im Haushaltsjahr nur geringfügig um 10 % erhöht.

G.2.3. Wertpapiere des Umlaufvermögens

Die hierunter zu bilanzierenden Positionen wurden auf den EB 83/Eigenbetrieb Koblenz Touristik ausgelagert und sind in dessen Bilanz ausgewiesen.

G.2.4. Liquide Mittel

Die liquiden Mittel entwickelten sich wie folgt:

Nr.	Bezeichnung Konto	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Sparkasse Koblenz	1.298.638,28 €	2.241.970,72 €	943.332,44 €
2.	Volksbank Koblenz Mittelrhein	4.037,67 €	283.074,14 €	279.036,47 €
3.	Deutsche Bundesbank Koblenz	4.348,67 €	765,34 €	-3.583,33 €
4.	Deutsche Bank Koblenz	19.788,83 €	7.033,23 €	-12.755,60 €
5.	Landesbank Baden-Württemberg	868,59 €	306,41 €	-562,18 €
6.	Commerzbank Koblenz	9.874,81 €	360,30 €	-9.514,51 €
7.	SEB-Bank Koblenz	1.357,94 €	834,99 €	-522,95 €
8.	HypoVereinsbank Koblenz	365,67 €	1.662,93 €	1.297,26 €
9.	Postbank Köln	127.526,79 €	157.052,12 €	29.525,33 €
10.	Barkasse	6.826,35 €	4.471,25 €	-2.355,10 €
11.	Diverse Handkassen der Ämter	33.559,08 €	35.032,95 €	1.473,87 €
Gesamt		1.507.192,68 €	2.732.564,38 €	1.225.371,70 €

Die liquiden Mittel wurden zum Nennwert angesetzt.

Der Stand der Barkassen stimmt mit dem Stand des Kassenbuchs zum Bilanzstichtag überein. Die Kontokorrentguthaben sind durch Tagesauszüge zum Bilanzstichtag nachgewiesen. Die Sparguthaben stimmen mit dem Ausweis im Sparbuch zum Bilanzstichtag überein. Der in der Bilanz ausgewiesene Bestand der liquiden Mittel stimmt mit dem entsprechenden Bestand im Tagesabschluss der Stadtkasse zum Bilanzstichtag überein.

G.4. Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten setzt sich aus folgenden Einzelposten zusammen und ist damit im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 Mio.€ gestiegen:

Nr.	Bezeichnung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens	Bestand 31.12.
1.	Zuführung ARAP Instandhaltung EB 70	2.038.101,46 €
2.	SGB XII	1.492.183,81 €
3.	BA-Abbuchung	1.285.100,81 €
4.	Versorgungsbezüge 01/2014 RVK	634.150,00 €
5.	UHV	114.624,00 €
6.	WJH	95.199,00 €
7.	Heimpflegekosten	75.247,54 €
8.	Kunstversicherung	33.982,68 €
9.	Maschinelle Buchungen von aktiven Rechnungsabgrenzungsposten	28.000,85 €
10.	Restliche	19.006,58 €
Gesamt		5.815.596,73 €

Diese Posten wurden durch Abfragen bei den einzelnen Ämtern ermittelt. Die jeweiligen Abgrenzungen wurden durch entsprechende Unterlagen belegt. Die Bewertung erfolgte mit dem Nominalwert der Ausgaben des Haushaltsjahres oder der Haushaltsvorjahre, die Haushaltsfolgejahre betreffen.

Grund für den Anstieg sind die Zahlungen an den Eigenbetrieb Entsorgung für die Beauftragung der laufenden Straßenunterhaltung. Maßnahmen in Höhe von 2 Mio. € konnten nicht im Haushaltsjahr 2013 erbracht werden. Sie wurden bereits teilweise in 2014 umgesetzt.

Die beiden anderen großen Beträge stellen die Sozialhilfeleistungen nach SGB XII dar (1,5 Mio €) sowie die Zahlung an die Bundesanstalt für Arbeit aufgrund der Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung aus dem SGB II (1,3 Mio. €).



Passiva

G.1. Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich wie folgt:

Nr.	Bezeichnung	2010	2011	2012	2013
1.	Kapitalrücklage	643.190.946,88	654.905.477,28	600.785.311,08	629.905.035,66
1a.	Korrekturen zur Eröffnungsbilanz	11.714.530,40	-54.120.166,20	29.119.724,58	3.960.481,15
2.	Sonstige Rücklagen				
3.	Ergebnisvortrag				
	2008				
	2009	-51.796.625,77	-51.796.625,77	-51.796.625,77	-51.796.625,77
	2010		-28.029.205,74	-28.029.205,74	-28.029.205,74
	2011			-15.493.505,09	-15.493.505,09
	2012				-8.770.092,81
4.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-28.029.205,74	-15.493.505,09	-8.770.092,81	13.010.229,31
	Summe	575.079.645,77	505.465.974,48	525.815.606,25	542.786.316,71

Das Eigenkapital wurde zum Nennwert angesetzt.

G.1.1. Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage hat sich durch den Übergangsgewinn im Rahmen der Eröffnungsbilanz aus der Überleitung der kameralen Rechnungslegung zur Doppik ergeben.

G.1.2. Korrekturen zur Eröffnungsbilanz

Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses wurden Fehler bei der Aufstellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 entdeckt. Diese wurden entsprechend der in § 14 Abs. 4 KomDoppikLG angezeigten Vorschrift gegen das Eigenkapital bereinigt. Bei den einzelnen Erläuterungen zu den Posten der Bilanz sind die jeweiligen Bestandskorrekturen im Detail erläutert.

Die Korrekturen belaufen sich saldiert auf eine Erhöhung der Kapitalrücklage in Höhe von 3.960.481,15 € und betreffen hauptsächlich die Bereiche im Infrastrukturvermögen.

G.1.3 Ergebnisvortrag

Der Jahresfehlbetrag des Vorjahres wurde gemäß § 18 Abs. 4 GemHVO vorgetragen. Der Ergebnisvortrag setzt sich somit nunmehr aus den Jahresfehlbeträgen der Haushaltsjahre 2009 bis 2012 zusammen.

G.1.4 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag

Der Jahresüberschuss für das Jahr 2013 beträgt 13.010.229,31 €, was im Vergleich zum Jahresfehlbetrag des Vorjahres (8.770.092,81 €) eine Ergebnisverbesserung um + 21,8 Mio. € bedeutet.

Dieser Überschuss wird im Folgejahr gemäß § 18 Abs. 3 Nr. 1 GemHVO zur Abdeckung von Jahresfehlbeträgen der fünf Haushaltsvorjahre verwendet.



G.2. Sonderposten

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
SoPo zu Belastungen aus dem kom. Finanzausgleich	0,00 €	0,00 €	0,00 €
SoPo zum Anlagevermögen	197.286.019,43 €	209.670.186,99 €	12.384.167,56 €
SoPo für Gebührenaussgleich	46.934,29 €	37.333,40 €	-9.600,89 €
SoPo mit Rücklageanteil	0,00 €	0,00 €	0,00 €
SoPo aus Grabnutzungsentgelten	0,00 €	0,00 €	0,00 €
SoPo aus Anzahlungen für Grabnutz.	0,00 €	0,00 €	0,00 €
sonstige Sonderposten	0,00 €	0,00 €	0,00 €
	197.332.953,72 €	209.707.520,39 €	12.374.566,67 €

G.2.2. Sonderposten zum Anlagevermögen

Die Sonderposten zum Anlagevermögen entwickelten sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Aus Zuwendungen	104.192.550,14 €	126.175.189,99 €	21.982.639,85 €
Aus Beiträgen	23.338.403,41 €	22.311.141,41 €	- 1.027.262,00 €
Aus Anzahlungen	69.755.065,88 €	61.183.855,59 €	- 8.571.210,29 €
	197.286.019,43 €	209.670.186,99 €	12.384.167,56 €

Die Sonderposten zum Anlagevermögen wurden mit den ursprünglichen Zuführungsbeträgen abzüglich der bis zum Bilanzstichtag vorzunehmenden Auflösungen angesetzt. Die Auflösung der Sonderposten erfolgte ertragswirksam entsprechend der Abschreibung der bezuschussten Vermögensgegenstände.

Eine Kontrolle der Sonderposten aus Zuwendungen hat einen Korrekturbedarf aufgrund von zu ändernden Wertansätzen ergeben. Die Korrekturen wurden gegen die Eröffnungsbilanz vorgenommen und stellen sich wie folgt dar (siehe auch entsprechende Posten des Anlagevermögens):

Bilanzposition	Wert
2.2.1 Sonderposten aus Zuwendungen	-1.094.495,48 €
2.2.3 Sonderposten aus Auszahlungen für Anlagevermögen	1.462.497,48 €
Summe	368.002,00 €

G.2.2.1. Zuwendungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Aus Zuwendungen	104.192.550,14 €	126.175.189,99 €	21.982.639,85 €

Die Stadt hat im Haushaltsjahr Zuwendungen erhalten, die nach § 38 Abs. 2 GemHVO in den Sonderposten einzustellen waren. Der Nachweis der Zuwendungen erfolgte durch die entsprechenden Fachämter.

Die Entwicklung wird fast ausschließlich durch die Korrektur der falschen Anschaffungs-/Herstellungskosten der Sonderposten aus Zuwendungen in der Eröffnungsbilanz geprägt. Mittels Korrekturbuchungen im Rahmen der Straßen und Brückenbauwerke wurden die historischen Anschaffungs-/Herstellungskosten erhöht.

G.2.2.2. Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Aus Beiträgen	23.338.403,41 €	22.311.141,41 €	-1.027.262,00 €



Beiträge und ähnliche Entgelte fallen bei der Stadt Koblenz im Bereich der Erschließungs- und Ausbaubeiträge sowie der Ausgleichsbeträge an. Diese Werte wurden vom zuständigen Fachamt nach oben beschriebener Vorgehensweise ermittelt und den einzelnen Vermögensgegenständen des Infrastrukturvermögens zugeordnet. Die Sonderposten wurden somit auf den Bilanzstichtag fortgeschrieben.

Bei Vermögensgegenständen, die in der Eröffnungsbilanz mit einem Festwert angesetzt wurden, wurden die Sonderposten analog zu den Vermögensgegenständen mit 50% angesetzt.

Die Minderung ist durch die planmäßige Ertragsauflösung begründet analog der Abschreibung des dazugehörigen Anlagevermögens.

G.2.2.3. Sonderposten aus Anzahlungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Aus Anzahlungen	69.755.065,88 €	61.183.855,59 €	-8.571.210,29 €

Aufgrund der gültigen Erschließungs- und Ausbaubeitragsatzung hat die Stadt für verschiedene im Bau befindliche Maßnahmen bereits Vorausleistungen auf noch abzurechnende Maßnahmen erhoben. In diesem Posten sind sämtliche Beiträge für Maßnahmen dargestellt, die noch nicht abschließend abgerechnet sind. Teilweise handelt es sich bei den Werten neben den noch im Bau befindlichen Maßnahmen um bereits bautechnisch abgeschlossene, jedoch aufgrund von anhängigen Gerichtsverfahren beitragsrechtlich noch nicht endabgerechnete Maßnahmen. Aufgrund der Vielzahl der in Koblenz anhängigen Rechtsverfahren sowie aufgrund der ebenfalls großen Anzahl der wertmäßig jeweils anzupassenden Vermögensgegenstände, werden diese Maßnahmen erst nach Beendigung der anhängigen Verfahren und Endabrechnungen auf den eigentlichen Sonderposten umgebucht und aufgelöst. Der verspäteten Abrechnung wird durch eine Verkürzung der Auflösungsdauer Rechnung getragen.

Analog dazu wurde mit Zuweisungen des Landes Rheinland-Pfalz verfahren, die für entsprechende noch nicht abgeschlossene Baumaßnahmen gewährt wurden.

Die Minderung der Position ergibt sich überwiegend aus den abgerechneten Zuwendungen aus den Buga Maßnahmen.

G.2.3. Sonderposten für den Gebührenaussgleich

Der Sonderposten für den Gebührenaussgleich entwickelte sich wie folgt:

Nr	Bezeichnung	Stand 01.01.	Zuführung	Auflösung	Bestand
1.	Rücklage KSI	46.934,29 €	0,00 €	-9.600,89 €	37.333,40 €

Bei der Position handelt es sich um Rücklagen, die im Rahmen der zentralen Aufgabe zum Betrieb des kommunalen Studieninstitutes im Laufe der Jahre gebildet wurden. Der Anteil wurde bewusst als Sonderposten dargestellt, da es sich nicht um Eigenvermögen der Stadt Koblenz handelt. Die Absenkung beruhte auf den negativen Ergebnissen der Vorjahre.

Weitere Sachverhalte wurden auf die Eigenbetriebe ausgegliedert und sind in deren Bilanzen abgebildet.

G.2.4. Sonderposten mit Rücklagenanteil

In diesem Bereich sind keine Sachverhalte bekannt.



G.2.5. Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten

Die Grabnutzungsentgelte sind auf den Eigenbetrieb 67/ Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen der Stadt ausgelagert und werden dort bilanziert. Daher trifft dieser Sachverhalt nicht auf die Stadt Koblenz zu.

G.2.6. Sonderposten aus Anzahlungen für Grabnutzungsentgelte

Grabnutzungsentgelte sind auf den Eigenbetrieb 67/ Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen der Stadt ausgelagert und werden dort bilanziert. Daher trifft dieser Sachverhalt nicht auf die Stadt Koblenz zu.

G.3. Rückstellungen

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Rückstellungen für Pensionen u.ä.	146.548.815,55 €	148.808.990,51 €	2.260.174,96 €
Steuerrückstellungen	100.000,00 €	8.818.793,00 €	8.718.793,00 €
Rückstellungen für latente Steuern	0,00 €	0,00 €	0,00 €
sonstige Rückstellungen	16.388.947,83 €	19.753.910,83 €	3.364.963,00 €
	163.037.763,38 €	177.381.694,34 €	14.343.930,96 €

G.3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen entwickelten sich wie folgt:

Nr.	Art der Rückstellung	Stand 01.01.	Zuführung	Auflösung	Bestand
1.	Pensionsrückstellungen	125.330.635,19 €	1.913.517,24 €	0,00 €	127.244.152,43 €
2.	Beihilferückstellungen	20.675.431,36 €	339.685,72 €	0,00 €	21.015.117,08 €
3.	Ehrensold	219.332,00 €	16.843,00 €	0,00 €	236.175,00 €
4.	Dienstherrenwechsel §107 BeamtVG	323.417,00 €	0,00 €	-9.871,00 €	313.546,00 €
Gesamt		146.548.815,55 €	2.270.045,96 €	-9.871,00 €	148.808.990,51 €

Rückstellungen für Pensionen wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen zum Teilwert nach § 6a Abs. 3 EStG bilanziert. Dabei wurden ein Rechnungszinssatz von 6% und die aktuellen biometrischen Tabellen nach Heubeck zugrunde gelegt. Die Berechnung wurde von der Pensionskasse RZVK für die Stadt durchgeführt. In den Rückstellungen der Stadt Koblenz wurden auf Grund der Dienstherreneigenschaft auch die Rückstellungen der in den Eigenbetrieben eingesetzten Beamten ausgewiesen, mit Ausnahme derjenigen des EB 85/ Eigenbetrieb Stadtentwässerung, der die auf ihn entfallenden Beträge selbst bilanziert.

Der Ermittlung der Rückstellungen für Beihilfen wurden die landeseinheitlich vorgegebenen Werte, die sich aus einem prozentualen Zuschlag auf die Veränderung der Pensionsrückstellungen errechnen, zugrunde gelegt. Der Zuschlag ermittelte sich auf der Basis aktueller Werte der Stadt Koblenz der letzten drei Jahre vor dem Bilanzstichtag.

Die Rückstellungen für Ehrensold wurden mit dem Barwert angesetzt. Zur Ermittlung der Rückstellungen wurden die anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik zugrunde gelegt. Dabei wurden ein Rechnungszinssatz von 6% und die aktuellen biometrischen Tabellen nach Heubeck angewendet.

Die Rückstellungen für Verbindlichkeiten aus Dienstherrenwechsel nach §107 BeamtVG wurden auf Grund der durch Gutachten der Rheinischen Versorgungskasse ermittelten Werte gebildet.



G.3.2 Rückstellungen für Steuern

Die Zuführung der Steuerrückstellung begründet sich durch eine von der Stadt Koblenz zu leistende zukünftige Gewerbesteuererückstattung.

Bei dem verbleibenden Betrag der Rückstellung handelt es sich um die für diesen Sachverhalt nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung verbleibende voraussichtliche Verpflichtung.

G.3.3 Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen entwickeln sich wie folgt:

Nr.	Art der Rückstellung	Stand 01.01.	Zuführung	Inanspruchn.	Auflösung	Bestand
1.	Rückstellung für Instandhaltungen	3.192.500,00 €	342.000,00 €	-545.194,87 €	-1.821.871,59 €	1.167.433,54 €
2.	Rückstellung ausstehende Rechnungen	5.802.623,67 €	9.142.006,80 €	-1.647.336,20 €	-593.004,63 €	12.704.289,64 €
3.	Rückstellungen für Dienstjubiläen	79.783,60 €	481,30 €	0,00 €	0,00 €	80.264,90 €
4.	Altersteilzeitrückstellungen	89.459,94 €	165.502,42 €	0,00 €	-22.137,80 €	232.824,56 €
5.	Urlaubsrückstellungen Beamte	731.772,51 €	35.780,69 €	0,00 €	0,00 €	767.553,20 €
6.	Urlaubsrückstellungen Angestellte	1.188.530,66 €	62.457,00 €	0,00 €	0,00 €	1.250.987,66 €
7.	Überstundenrückstellungen Beamte	764.517,57 €	0,00 €	-9.176,49 €	0,00 €	755.341,08 €
8.	Überstundenrückstellungen Angestellte	893.855,60 €	0,00 €	-69.728,02 €	0,00 €	824.127,58 €
9.	Prozesskostenrückstellung	383.864,00 €	124.127,34 €	-14.433,88 €	-21.106,12 €	472.451,34 €
10.	Rückstellung Evakuierungsmaßnahme	20.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	20.000,00 €
11.	Geschäftsunterlagen	1.038.600,00 €	0,00 €	0,00 €	-139.374,19 €	899.225,81 €
12.	Rückstellung Zentralplatz	203.440,28 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	203.440,28 €
13.	Hangsicherung Rittersturz	2.000.000,00 €	0,00 €	-83.586,76 €	-1.700.000,00 €	216.413,24 €
14.	Interne Jahresabschlusskosten	0,00 €	159.558,00 €	0,00 €	0,00 €	159.558,00 €
13.		16.388.947,83 €	10.031.913,55 €	-2.369.456,22 €	-4.297.494,33 €	19.753.910,83 €

Die Rückstellungen sind insgesamt in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme angesetzt.

Im Jahr 2013 entwickelten sich die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung wie folgt:

Nr.	Art der Rückstellung	Stand 01.01.	Zuführung	Inanspruchn.	Auflösung	Bestand
1.	Sanierung Elektroleitungen	330.000,00 €	0,00 €	9.353,02 €	0,00 €	320.646,98 €
2.	Schachtabdeckung Schängel-Brunnen Rathaus I	6.000,00 €	0,00 €	0,00 €	6.000,00 €	0,00 €
3.	Erneuerung Bodenbeläge Rathaus II	20.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	20.000,00 €
4.	Aufzug Schängel-Center	15.000,00 €	0,00 €	0,00 €	15.000,00 €	0,00 €
5.	Energiersparende Maßnahmen Rathaus I	15.000,00 €	0,00 €	333,20 €	0,00 €	14.666,80 €
6.	Erneuerung Bodenbeläge Rathaus I	25.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	25.000,00 €
7.	Sanierung Küche (Raum 102) Rathaus I	23.500,00 €	0,00 €	12.497,22 €	11.002,78 €	0,00 €
8.	Fensteranstrich Rathaus II	5.000,00 €	0,00 €	0,00 €	5.000,00 €	0,00 €
9.	Brandschutz Rathaus I Beschilderung Fluchtweg	30.000,00 €	0,00 €	0,00 €	30.000,00 €	0,00 €
10.	Decke Hilda Gymnasium	230.000,00 €	0,00 €	195.931,19 €	27.868,81 €	6.200,00 €
11.	Wasserschaden BBS Wirtschaft	0,00 €	342.000,00 €	0,00 €	0,00 €	342.000,00 €
12.	Mauersanierung Trenn-/Stützwand Garten Herlet	20.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	20.000,00 €
13.	Instandhaltungsmaßnahme Forstbetriebshof	40.000,00 €	0,00 €	21.080,24 €	0,00 €	18.919,76 €
14.	Instandsetzung Gülser Brücke	1.700.000,00 €	0,00 €	0,00 €	1.700.000,00 €	0,00 €
15.	Instandsetzung STW Rittersturz	145.000,00 €	0,00 €	145.000,00 €	0,00 €	0,00 €
16.	Instandsetzung Blindtal, Hangseitige STW	36.000,00 €	0,00 €	36.000,00 €	0,00 €	0,00 €
17.	Instandsetzung Blindtal, STW Haus Nr. 14	27.000,00 €	0,00 €	0,00 €	27.000,00 €	0,00 €
18.	Instandsetzung STW Kolonnenweg	400.000,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	400.000,00 €
19.	Instandsetzung STW Brentanostraße	125.000,00 €	0,00 €	125.000,00 €	0,00 €	0,00 €
	Summe	3.192.500,00 €	342.000,00 €	545.194,87 €	1.821.871,59 €	1.167.433,54 €

Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen wurden nur für solche Sachverhalte gebildet, für die die Abarbeitung in der in § 36 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO genannten Frist hinreichend beabsichtigt ist.

Rückstellungen für ausstehende Rechnungen wurden aufgrund der Meldungen der Fachämter ermittelt und werden in separaten Bestandslisten nachgewiesen. Die Zuführung von 9,1 Mio € ist vor allem durch den Vertrag



mit der Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft begründet (7 Mio. €). Dies sind nachträgliche Kosten aus den bereits abgeschlossenen Maßnahmen der Vorjahre (2005-2007). Diese Kosten sind erst mit Ablauf des Vertrages zu verrechnen. Des Weiteren wurden die Belegbuchungen des 1. Quartals auf abgrenzungswürdige Vorgänge in Form von Stichproben geprüft.

Die Rückstellung für Dienstjubiläen wurde auf Grund der Meldung des Fachamtes berücksichtigt. Die Stadt Koblenz hat für alle tarifvertraglich Beschäftigten eine Rückstellung für Zuwendungen anlässlich eines Dienstjubiläums zu bilden. Als Grundlage dienten die dem Fachamt vorliegenden Mitarbeiterlisten. Berechnet wurde die Rückstellung nach den vom Bundesministerium für Finanzen im Rundschreiben vom 08. Dez. 2008 an die obersten Finanzbehörden der Länder verfügbaren Vorgaben. Bei der Bewertung der Rückstellung wurde von dem zugebilligten Wahlrecht Gebrauch gemacht und das Pauschalwertverfahren (Ziffer 10) gewählt. Die Höhe des Teilwertes nach dem Pauschalwertverfahren wurde entsprechend der Richtlinientafel „G“ von Prof. Klaus Heubeck mit einem Richtzinsfuß von 5,5 % richtig festgesetzt.

Die Rückstellungen für Altersteilzeit berücksichtigen sowohl den Erfüllungsrückstand als auch die Verpflichtung zur Zahlung von Aufstockungsbeträgen.

Die Urlaubsrückstellungen der Beamten und Angestellten wurden auf Grund der im Fachamt durchgeführten Berechnungen eingestellt. Als Grundlage dienten die geführten Urlaubslisten. Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten wurden anteilig Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt. Die Überstunden der Beamten und Angestellten wurden auf Grund der im Fachamt durchgeführten Berechnungen eingestellt. Als Grundlage dienten die geführten Überstundenlisten. Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten wurden anteilig Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt.

Prozesskostenrückstellungen wurden auf Grund der Meldungen der jeweiligen Fachämter gebildet. Zu Grunde liegen die geschätzten zukünftig zu erwartenden Prozesskosten. Als Schätzwert wurden in der Regel ca. 10% des zu erwartenden Streitwertes berücksichtigt.

Auf Grund der Verpflichtung zur Aufbewahrung der Geschäftsunterlagen, die das Handelsgesetzbuch (HGB) und die Abgabenordnung (AO) regeln, wurde eine Rückstellung gebildet. Nach dem Gesetz sind Geschäftsunterlagen nach Ablauf des Jahres der Erstellung für 6 bzw. 10 Jahre aufzubewahren. Zur Berechnung dieser Bilanzposition wurde der Gesamtbestand der städtischen Archive quadratmetergenau ermittelt und die Mitaufwendungen bzw. die anteilige Gebäudeabschreibung sowie die anteiligen Gemeinkosten (Strom, Wasser, Reinigung etc.) einbezogen. Es wurde pauschal ein Betrag von 20 % für nicht archivierungspflichtige Unterlagen abgezogen.

Im Rahmen eines Gutachtens wurde erhebliche Gefahren bei der Hanganlage Rittersturz festgestellt. Hier mussten sofortige Maßnahmen zur Gefahrenabwehr eingeleitet werden. Die geschätzten Gesamtkosten dieser Sicherungsmaßnahmen belaufen sich auf die eingestellte Summe. Da die Rückstellung bis auf die ausstehende Rechnung der Gutachterkosten seit drei Jahren nicht in Anspruch genommen wurde, ist sie im Jahresabschluss 2013 aufgelöst worden.

G.4. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt. Ein Verbindlichkeitsspiegel ist der Anlage beigelegt.

Die Verbindlichkeiten entwickelten sich wie folgt:

Art der Verbindlichkeit	HH-VJ	HH	Entwicklung
Anleihen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme	417.852.597,50 €	385.727.887,78 €	-32.124.709,72 €
Verbindlichkeiten, die Krediten gleichkommen	3.417.658,96 €	3.336.989,48 €	-80.669,48 €
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	7.456.405,12 €	6.971.480,36 €	-484.924,76 €
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00 €	850,00 €	850,00 €
Verbindlichkeiten ggü. verb. Untern.	6.402.669,36 €	9.775.235,75 €	3.372.566,39 €
Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	18.026,17 €	9.133,85 €	-8.892,32 €
Verbindlichkeiten ggü. Sondervermögen etc.	35.138.642,54 €	36.142.777,60 €	1.004.135,06 €
Verbindlichkeiten ggü. dem sonstigen öffentlichen Bereich	2.277.556,68 €	4.483.924,31 €	2.206.367,63 €
sonstige Verbindlichkeiten	9.300.006,85 €	2.648.727,27 €	-6.651.279,58 €
Gesamt	481.863.563,18 €	449.097.006,40 €	-32.766.556,78 €

Im Folgenden werden einzelne Positionen näher erläutert.

G.4.1. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen entwickelten sich wie folgt:



Nr	Institut	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Abgrenzung Zinsaufwand lt. Berechnung	4.249.333,80 €	3.993.540,68 €	-255.793,12 €
2.	Land Rheinland-Pfalz	3.351.557,32 €	2.234.371,64 €	-1.117.185,68 €
3.	Investitions- und Strukturbank RLP (ISB)	3.671.000,00 €	0,00 €	-3.671.000,00 €
4.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	31.178,78 €	0,00 €	-31.178,78 €
5.	Berlin-Hannoversche Hypobank	1.756.209,32 €	1.694.798,17 €	-61.411,15 €
6.	Eurohypo AG	245.303,08 €	106.654,78 €	-138.648,30 €
7.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	1.045.944,69 €	955.125,86 €	-90.818,83 €
8.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	3.514.615,57 €	3.393.800,78 €	-120.814,79 €
9.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	1.675.841,45 €	1.639.079,93 €	-36.761,52 €
10.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	269.070,86 €	134.510,86 €	-134.560,00 €
11.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	9.929.989,41 €	9.299.573,33 €	-630.416,08 €
12.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	5.626.657,23 €	0,00 €	-5.626.657,23 €
13.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	5.365.024,17 €	5.199.525,09 €	-165.499,08 €
14.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	3.613.039,90 €	3.509.098,61 €	-103.941,29 €
15.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	1.448.958,18 €	1.356.685,32 €	-92.272,86 €
16.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	3.010.760,04 €	2.887.551,64 €	-123.208,40 €
17.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	1.634.121,34 €	1.568.758,36 €	-65.362,98 €
18.	Dexia Kommunalbank Deutschland AG	2.753.591,52 €	2.445.260,73 €	-308.330,79 €
19.	Commerzbank AG	2.939.333,50 €	2.515.512,06 €	-423.821,44 €
20.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	2.188.281,51 €	1.926.177,04 €	-262.104,47 €
21.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	1.296.112,78 €	1.000.247,06 €	-295.865,72 €
22.	Dt. Genossenschafts-Hypobank	747.317,81 €	680.513,70 €	-66.804,11 €
23.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	966.081,90 €	782.150,84 €	-183.931,06 €
24.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	4.469.352,78 €	4.405.326,49 €	-64.026,29 €
25.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	1.293.927,06 €	1.224.100,95 €	-69.826,11 €
26.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	324.152,60 €	162.337,01 €	-161.815,59 €
27.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	2.886.309,84 €	2.706.034,36 €	-180.275,48 €
28.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	2.947.648,98 €	2.816.621,34 €	-131.027,64 €
29.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	2.958.161,31 €	2.867.957,51 €	-90.203,80 €
30.	WL Bank AG Westfälische Landschaft I	2.166.631,19 €	2.100.922,43 €	-65.708,76 €
31.	Dexia Kommunalbank Deutschland AG	1.540.000,00 €	1.450.000,00 €	-90.000,00 €
32.	Dexia Kommunalbank Deutschland AG	2.550.000,00 €	2.360.000,00 €	-190.000,00 €
33.	HypoVereinsbank - UniCredit Bank AG	0,00 €	3.531.000,00 €	3.531.000,00 €
34.	Sparkasse Koblenz	3.088.266,76 €	2.933.218,94 €	-155.047,82 €
35.	Sparkasse Koblenz	4.007.983,18 €	3.915.832,10 €	-92.151,08 €
36.	HSH Nordbank AG	1.412.964,11 €	1.338.229,22 €	-74.734,89 €
37.	WestLB AG	6.986.174,15 €	6.373.140,64 €	-613.033,51 €
38.	Norddeutsche Landesbank	5.284.833,93 €	4.509.097,59 €	-775.736,34 €
39.	Norddeutsche Landesbank	6.563.306,07 €	6.291.868,67 €	-271.437,40 €
40.	Norddeutsche Landesbank	2.783.006,14 €	2.388.773,31 €	-394.232,83 €
41.	Norddeutsche Landesbank	3.881.430,64 €	3.436.824,43 €	-444.606,21 €
42.	Norddeutsche Landesbank	1.235.220,23 €	1.158.922,18 €	-76.298,05 €
43.	NRW-Bank	5.924.758,03 €	5.850.638,33 €	-74.119,70 €
44.	NRW-Bank	1.655.433,41 €	1.612.481,94 €	-42.951,47 €
45.	NRW-Bank	732.676,14 €	683.830,38 €	-48.845,76 €



Nr	Institut	HH-VJ	HH	Entwicklung
46	Norddeutsche Landesbank	2.393.585,15 €	2.364.158,29 €	-29.426,86 €
47	Norddeutsche Landesbank	1.602.267,36 €	1.526.150,01 €	-76.117,35 €
48	Norddeutsche Landesbank	1.844.664,74 €	1.766.062,38 €	-78.602,36 €
49	Norddeutsche Landesbank	11.100.000,00 €	10.700.000,00 €	-400.000,00 €
50	Norddeutsche Landesbank	9.170.449,97 €	8.839.983,29 €	-330.466,68 €
51	Norddeutsche Landesbank	9.250.000,03 €	8.916.666,71 €	-333.333,32 €
52	Bayerische Landesbank München	18.666.666,64 €	17.999.999,96 €	-666.666,68 €
53	NRW-Bank	19.950.000,00 €	19.250.000,00 €	-700.000,00 €
54	Landesbank Baden-Württemberg	8.625.000,00 €	8.325.000,00 €	-300.000,00 €
55	Bayerische Landesbank München	2.768.053,87 €	2.626.053,87 €	-142.000,00 €
56	Landesbank Baden-Württemberg	0,00 €	4.070.653,25 €	4.070.653,25 €
57	Bayerische Landesbank München	0,00 €	5.334.875,66 €	5.334.875,66 €
58	Landesbank Baden-Württemberg	48.536.623,64 €	47.713.985,02 €	-822.638,62 €
59	Landesbank Baden-Württemberg	1.249.000,00 €	1.111.000,00 €	-138.000,00 €
60	NRW-Bank	3.240.000,00 €	3.100.000,00 €	-140.000,00 €
61	Kreditanstalt für Wiederaufbau	603.060,18 €	561.468,64 €	-41.591,54 €
62	Kreditanstalt für Wiederaufbau	1.485.484,83 €	1.392.640,35 €	-92.844,48 €
63	Kreditanstalt für Wiederaufbau	1.173.705,18 €	1.104.662,36 €	-69.042,82 €
64	Kreditanstalt für Wiederaufbau	1.704.931,51 €	1.610.211,63 €	-94.719,88 €
65	Kreditanstalt für Wiederaufbau	3.059.954,00 €	2.910.686,00 €	-149.268,00 €
66	Kreditanstalt für Wiederaufbau	2.924.040,00 €	2.784.800,00 €	-139.240,00 €
67	Kreditanstalt für Wiederaufbau	118.275,00 €	39.425,00 €	-78.850,00 €
68	Kreditanstalt für Wiederaufbau	2.640.000,00 €	2.520.000,00 €	-120.000,00 €
69	Kreditanstalt für Wiederaufbau	4.002.000,00 €	3.828.000,00 €	-174.000,00 €
70	Kreditanstalt für Wiederaufbau	8.113.920,00 €	7.775.840,00 €	-338.080,00 €
71	Kreditanstalt für Wiederaufbau	5.294.116,00 €	4.941.174,00 €	-352.942,00 €
72	Kreditanstalt für Wiederaufbau	4.810.000,00 €	4.810.000,00 €	0,00 €
73	Kreditanstalt für Wiederaufbau	8.700.000,00 €	8.400.000,00 €	-300.000,00 €
74	Debeka Lebensversicherung	4.137.110,71 €	0,00 €	-4.137.110,71 €
75	Debeka Lebensversicherung	7.873.028,75 €	7.659.362,34 €	-213.666,41 €
76	Debeka Lebensversicherung	3.395.073,93 €	3.304.865,57 €	-90.208,36 €
Gesamt		324.452.572,20 €	308.727.818,63 €	15.724.753,57 €

Die Darlehensbestände wurden durch Darlehensauszüge nachgewiesen. Die auf das Haushaltsjahr 2013 entfallenden Zinsen, welche erst im Haushaltsjahr 2014 zahlungswirksam werden, wurden abgegrenzt und auf Grund des Wahlrechts offen in der Bilanzposition ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Liquiditätssicherung entwickelten sich wie folgt:

Nr.	Institut	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Sparkasse Koblenz - Konto 885	25,30 €	69,15 €	43,85 €
2.	Sparkasse Koblenz - Tagesgeldkonto 1007913	400.000,00 €	0,00 €	-400.000,00 €
3.	ING Diba - Tages-/Termingeld	68.000.000,00 €	67.000.000,00 €	-1.000.000,00 €
4.	Sonstige Banken	25.000.000,00 €	10.000.000,00 €	-15.000.000,00 €
5.	Sparkasse Altdarlehen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Gesamt		93.400.025,30 €	77.000.069,15 €	-16.399.956,15 €

Die Darlehensbestände wurden durch Darlehensauszüge nachgewiesen.

G.4.3. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

Die Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen entwickelten sich wie folgt:



Nr.	Sachverhalt	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	für Grundschule Niederberg	741.372,96 €	720.921,48 €	-20.451,48 €
2.	für Mensaneubau Asterstein	261.996,00 €	255.758,00 €	-6.238,00 €
3.	für Schulbau-Sanierung	0,00 €	0,00 €	0,00 €
4.	für Speisesaal Diesterwegschule/ St. Castor	556.200,00 €	543.840,00 €	-12.360,00 €
5.	Max-von-Laue Gymnasium (geplant: 1.481.000 €)	1.318.090,00 €	1.288.470,00 €	-29.620,00 €
6.	Jugend- und Bürgerzentrum Koblenz-Karthause	540.000,00 €	528.000,00 €	-12.000,00 €
Gesamt		3.417.658,96 €	3.336.989,48 €	-80.669,48 €

Die Verbindlichkeit wurde im Rahmen der in § 103 GemO i. V. m. § 47 Abs. 6 Nr. 4.3 GemHVO genannten Vorschrift gebildet. Hierbei handelt es sich um Darlehen der Koblenzer Wohnungsbau GmbH. Auf Grund der Bilanzklarheit wurde der Posten in die Eröffnungsbilanz der Bilanz der Stadt Koblenz übernommen, da die Darlehen zu 100% durch die Stadt Koblenz refinanziert werden. Die Darlehen dienen weitestgehend der Absicherung von Investitionen auf dem Schulsektor. Vergleiche zu dem Sachverhalt auch Mutius/Rentsch, Kommunalverfassungsrecht Schleswig-Holstein, Kiel 2003, Erl. 17 zu §85 Go SchIH. Die Darlehensbestände werden analog zur entsprechenden Tilgung ertragswirksam aufgelöst.

G.4.5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entwickelten sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	7.456.405,12 €	6.971.480,36 €	- 484.924,76 €

Die Verbindlichkeiten wurden im Rahmen der Kreditorenbuchhaltung fortgeschrieben und durch Offene-Posten-Listen nachgewiesen. Die Vollständigkeit wurde von den Fachämtern im Rahmen der Vollständigkeitserklärungen bestätigt. Die Verminderung beruht im Wesentlichen auf Vorgängen, die aufgrund der wirtschaftlichen Zugehörigkeit noch in das abgelaufene Haushaltsjahr gebucht.

G.4.7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen entwickelten sich wie folgt:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	6.402.669,36 €	9.775.235,75 €	3.372.566,39 €

Die Veränderung ergibt sich im Wesentlichen durch die Bilanzierung des Sanierungsvertrages mit der Koblenzer Wohnungsbau GmbH, so dass in den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen nunmehr ein Betrag in Höhe von 2,3 Mio. € aufwandswirksam aufgenommen wurde.

G.4.9. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen

Die Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen entwickelten sich wie folgt:



Liquiditätskredite				
Nr.	Bezeichnung	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	EB 17 Kommunales Gebietsrechenzentrum	2.297.343,96 €	2.367.702,42 €	70.358,46 €
2.	EB 67 Grünflächen-und Bestattungswesen	1.197.938,45 €	805.970,04 €	-391.968,41 €
3.	EB 70 Koblenzer Entsorgungsbetrieb	3.184.384,54 €	0,00 €	-3.184.384,54 €
4.	EB 83 Koblenz Touristik	282.805,79 €	0,00 €	-282.805,79 €
5.	EB 85 Stadtentwässerung Koblenz	28.015.733,12 €	32.588.676,84 €	4.572.943,72 €
6.	Jagdgenossenschaft links der Mosel	31.360,61 €	38.264,19 €	6.903,58 €
7.	Jagdgenossenschaft rechts des Rheins	40.015,47 €	38.705,55 €	-1.309,92 €
Summe		35.049.581,94 €	35.839.319,04 €	789.737,10 €
Verrechnungskonten				
Nr.	Bezeichnung	HH-VJ	HH	Entwicklung
8.	EB 67 Grünflächen-und Bestattungswesen	-204.148,60 €	200.191,35 €	404.339,95 €
9.	EB 70 Koblenzer Entsorgungsbetrieb	-279.416,91 €	0,00 €	279.416,91 €
10.	EB 83 Koblenz Touristik	0,00 €	0,00 €	0,00 €
11.	EB 85 Stadtentwässerung Koblenz	193.147,84 €	98.716,48 €	-94.431,36 €
12.	Jagdgenossenschaft links der Mosel	-101,05 €	-16.366,98 €	-16.265,93 €
13.	Jagdgenossenschaft rechts des Rheins	-101,06 €	0,00 €	101,06 €
14.	Konto 3531 - laufendes Mitbuchkonto	379.680,38 €	20.917,71 €	-358.762,67 €
Summe		89.060,60 €	303.458,56 €	214.397,96 €
Entwicklung (gesamt)				
Bezeichnung	HH-VJ	HH	Entwicklung	
Liquiditätskredite	35.049.581,94 €	35.839.319,04 €	789.737,10 €	
Verrechnungskonten	89.060,60 €	303.458,56 €	214.397,96 €	
Gesamtsumme	35.138.642,54 €	36.142.777,60 €	1.004.135,06 €	

Ausgewiesen werden Verbindlichkeiten gegenüber den Eigenbetrieben der Stadt Koblenz. Die Posten wurden mit den Eigenbetrieben abgestimmt und von diesen bestätigt. Die Verbindlichkeiten entstanden durch die laufenden Verrechnungskonten und die Zahlungsabwicklung über die Einheitskasse. Sie dienen ausschließlich der Liquiditätssicherung. Unter Konto 3531 wurden Verbindlichkeiten aus dem laufenden Geschäftsbetrieb der Stadt Koblenz gegenüber dem Sondervermögen ausgewiesen. Im Haushaltsjahr 2013 wurden Korrekturen von der Eröffnungsbilanz vorgenommen in Höhe von 58 T€. Einnahmen des Eigenbetriebs Stadtentwässerung sind doppelt übernommen worden und wurden ausgebucht.

G.4.10. Sonstige Verbindlichkeiten

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Sonstige Verbindlichkeiten	9.300.006,85 €	2.648.727,27 €	-6.651.279,58 €

Die Vermessung des Zentralplatzes ist erfolgt. Damit konnten die Grundstücke korrekt in das Anlagevermögen umbucht werden. Diese Umbuchungen hat eine Reduktion von 5,25 Mio. € zur Folge. Durch die Grundstücksan- und -verkäufe gegenüber der Forum Mittelrhein Koblenz GmbH & Co. KG konnte die Stadt Koblenz einen Gewinn von 1,1 Mio. € erzielen.



G.5. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten entwickelten sich wie folgt:

Nr	Bezeichnung	Stand 01.01.	Zuführung	Auflösung	Bestand
1.	Kursgebühren VHS	73.151,78 €	67.234,00 €	- 73.151,78 €	67.234,00 €
2.	Großes Abo Stadttheater	23.010,67 €	23.263,50 €	- 23.010,67 €	23.263,50 €
3.	Kleines Abo Stadttheater	129.307,50 €	137.748,92 €	- 129.307,50 €	137.748,92 €
4.	Kartenverkauf Bunter Nachmittag	1.336,00 €	612,00 €	- 1.336,00 €	612,00 €
5.	Zuwendung Kinderstadtplan	3.000,00 €	- €	- 3.000,00 €	- €
6.	Zuwendung Lotto RLP	500,00 €	250,00 €	- 500,00 €	250,00 €
7.	Abrechnung der Sozialhilfe vom Land	- €	712.052,84 €	- €	712.052,84 €
8.	Zuwendung Rosenmontagsdisco	- €	2.222,00 €	- €	2.222,00 €
9.	Zuwendung Tischtennisplatte	- €	30,00 €	- €	30,00 €
10.	Rentenzahlung Januar	- €	57.407,91 €	- €	57.407,91 €
11.	Nutzungsentschädigung Wald über 25 Jahre	- €	24.666,67 €	- €	24.666,67 €
12.	Fahrzeugwerbung VW Caddy	3.991,50 €	- €	- 2.817,36 €	1.174,14 €
13.	Fahrzeugwerbung Fiat Ducato	14.474,00 €	- €	- 4.342,20 €	10.131,80 €
14.	Erbbaurechtsablöse Viktoriastraße	297.000,00 €	- €	- 33.000,00 €	264.000,00 €
Gesamt		545.771,45 €	1.025.487,84 €	- 270.465,51 €	1.300.793,78 €

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden durch Abfragen in den jeweiligen Fachämtern ermittelt und durch Rechnungen bzw. Verträge belegt. Die Bewertung erfolgte mit dem Nominalwert. Die Posten werden in den Folgejahren aufgelöst.

H. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

Im Folgenden werden im Überblick Erläuterungen zur Ergebnisrechnung aufgeführt. Weitergehende Informationen auf Gesamt- und Teilhaushaltsebene können den „Erläuterungen der erheblichen Abweichungen im Ergebnis- und Finanzhaushalt“ entnommen werden.

H.1. Erträge

Ertrags- und Aufwandskonten (gem. §2 Abs. 1 GemHVO)	Ergebnis des Haushaltsjahres in T€	Ergebnis des Haushalts- vorjahres in T€	Ergebnis- veränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€
1 Steuern und Ähnliche Abgaben	206.867	174.247	32.620
2 Zuwendungen, all. Umlagen und sonst. Transfererträge	31.039	28.760	2.278
3 Erträge der sozialen Sicherung	57.475	54.391	3.084
4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentg.	10.002	10.526	-523
5 Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.954	5.267	687
6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.112	7.816	296
7 Erhöhung o. Verminderung d. Bestands an fertigen und unfert. Erzeugnissen	-4	-34	30
8 Andere aktivierte Eigenleistungen	1.549	1.767	-218
9 Sonstige laufende Erträge	40.221	36.793	3.428
10 Summe der lfd. Erträge aus Verwaltungstätigkeit (Summe 1 - 9)	361.215	319.533	41.682

H.1.1. Allgemein

Die öffentlich-rechtlichen Erträge resultieren aus der Festsetzung von Steuern, Gebühren und Beiträgen. Diese wurden zum Zeitpunkt der Bescheiderstellung bilanziert.



Privat-rechtliche Erträge wurden grundsätzlich zum Zeitpunkt erfasst, wenn die Lieferung erfolgt ist bzw. die Dienstleistung erbracht wurde.

Detaillierte Erläuterungen zur Entwicklung der Erträge können der Teilhaushaltsentwicklung entnommen werden.

H.1.2. Sonstige laufende Erträge

Sonstige laufende Erträge in T€	Ergebnis des Haushaltsjahres in T€	Ergebnis des Haushaltsvorjahres in T€	Ergebnisveränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€
Erträge aus der Anpassung von Bilanzpositionen	81	8.681	-8.600
Erträge aus der Zuschreibung von Beteiligungsvermögen	7.400	8.461	-1.061
Erträge aus Konzessionsabgaben	7.594	7.675	-81
Ordnungsrechtliche Erträge (Bußgelder, Säumnis- und Vollstreckungsgebühren) sowie Mahngebühren	3.061	2.838	223
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen	295	2.772	-2.477
Erträge aus der Baulandumlegung Südliches Güls	0	2.337	-2.337
Erträge aus der Baulandumlegung Bubenheim	362	0	362
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	4.307	2.409	1.898
Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen	4.892	513	4.379
sonstige Erträge	12.229	1.107	11.122
davon periodenfremde Erträge	11.845	495	11.350
Gesamt	40.221	36.793	3.428

H.1.3. Aufgliederung Periodenfremde Erträge

Bezeichnung	HH Betrag in T€	HH-VJ Betrag in T€
Korrekturen Anlagevermögen	11.527	314
Restabwicklung USt VJ	268	0
Rückforderung an Mitarbeiter	18	0
Neuberechnung Zinsen Sonderkasse 2011 für KSK	14	0
Auflösung Rücklage KSI	5	5
Korrektur Amt für Brand- und Katastrophenschutz	4	0
Vereinnahmung Kleinbeträge Stadtkasse	3	0
Rückerstattungsanspruch aus einem Gutachten Straßenbau	2	0
Erstattungen EVM	2	15
Korrekturen Sozialversicherungen	2	0
Diverse Korrekturen Postenverrechnung aus Vorjahren	0	7
Bauvorhaben Vorjahre	0	55
Abrechnungen der Jahre 2010 und 2011 für die Bischöfliche Realschule Koblenz	0	30
Erträge im Rahmen des Nutzungsrechtsvertrages mit der Schängel Center-Immobilien GmbH	0	27
Veräußerung Eigentumswohnungen	0	22
Abrechnungen Stromrechnungen Vorjahre	0	11
Konzessionsabgabe Strom	0	9
Gesamtergebnis	11.845	495



H.2. Aufwendungen

Ertrags- und Aufwandskonten (gem. § 2 Abs. 1 GemHVO)	Ergebnis des Haushaltsjahres in T€	Ergebnis des Haushalts- vorjahres in T€	Ergebnis- veränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€
11 Personalaufwendungen	-74.349	-73.057	-1.292
12 Versorgungsaufwendungen	-7.051	-7.042	-10
13 Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	-55.137	-53.482	-1.655
14 Abschreibung gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO	-23.386	-21.899	-1.487
15 Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 15 GemHVO			
16 Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	-30.520	-25.524	-4.995
17 Aufwendungen der sozialen Sicherung	-116.395	-112.552	-3.843
18 Sonstige laufende Aufwendungen	-39.968	-28.549	-11.419
19 Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe 11 - 18)	-346.806	-322.105	-24.701

H.2.1 Allgemein

Aufwendungen wurden durch die Anordnungen der einzelnen Fachämter bewirkt. Die Vollständigkeit wurde durch die Fachämter bestätigt.

Detaillierte Erläuterungen zur Entwicklung der Aufwendungen können der Teilhaushaltsentwicklung entnommen werden.

H.2.2. Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen werden durch Schnittstelle aus dem Lohnprogramm Fidelis übernommen. Die Aufteilung auf die verschiedenen Unterkonten erfolgt durch Überleitung von Lohnarten zu Konten und Hinterlegung der Kostenstelle je Mitarbeiter. Die Vollständigkeit wurde durch Abgleichung der Daten durch das Fachamt nachgewiesen.

H.2.3 Abschreibungen

Abschreibungen werden automatisiert durch das System gebucht. Die Abschreibungen wurden im Rahmen der Stichprobe auf Plausibilität geprüft.

H.2.4 Sonstige laufende Aufwendungen

Sonstige laufende Aufwendungen in T€	Ergebnis des Haushaltsjahres in T€	Ergebnis des Haushaltsvorjahres in T€	Ergebnisveränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	738	757	-19
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	8.758	8.143	615
<i>davon Mieten, Pachten, Leasing</i>	2.870	2.838	32
<i>davon EDV-Aufwendungen</i>	4.033	4.085	-52
Geschäftsaufwendungen	2.453	2.248	205
Aufwendungen für Beiträge, Versicherungen und Sonstiges	1.815	1.680	135
Verluste aus dem VK von Anlagevermögen	2.167	867	1.300
Wertberichtigungen von Forderungen	1.235	3.149	-1.914
Aufwendungen für Steuern	1.715	1.121	594
Zuschüsse an Fraktionen	318	283	35
sonstige Aufwendungen	18	64	-46
Periodenfremde Aufwendungen	20.752	10.237	10.515
Summe	39.968	28.549	11.419

H.2.5. Aufgliederung Periodenfremde Aufwendungen

Bezeichnung	HH Betrag in T€	HH-VJ Betrag in T€
Korrekturen Anlagenbuchhaltung Eröffnungsbilanz	12.225	1.030
Anpassungsbuchungen Vertrag Koblenzer Wohnbau	7.048	8.916
Abrechnungen Bauvorhaben Vorjahre	775	55
Konzessionsabgabe Strom	255	173
Korrektur EB 67 SGD- und BImA-Parkplätze	194	0
Rückzahlungen Zuwendungen	102	0
Konzessionsabgabe Gas	57	0
Korrektur Altbestände Überleitung TDS von ZEB	55	0
Nachzahlung Jugendamt an Kita für 2007	22	0
Nachzahlung Zuwendungen Amt für Brand- und Katastrophenschutz	10	0
Restabwicklung Umsatzsteuer Vorjahre	9	24
Diverse Korrekturen Postenverrechnung aus Vorjahren	0	3
Personalkosten 2011 an die Arge	0	30
Abrechnung Vertrag Nutzungsrecht Schängelcenter	0	6
Gesamtergebnis	20.752	10.237

H.3. Verwendung des Jahresergebnisses

Der Jahresüberschuss wird im Folgejahr nach § 18 Abs. 3 GemHVO mit den Verlustvorträgen verrechnet.

H.4. Außerordentliches Ergebnis

Ertrags- und Aufwandskonten (gem. §2 Abs. 1 GemHVO)	Ergebnis des Haushaltsjahres in T€	Ergebnis des Haushaltsvorjahres in T€	Ergebnisveränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€
25 Außerordentliche Erträge	0	0	0
26 Außerordentliche Aufwendungen	-11	-940	-929
27 Außerordentliches Ergebnis	-11	-940	-929

Die außerordentlichen Aufwendungen beziehen sich vollständig auf die Reduzierung der im Vorjahr bilanzierten Forderung aufgrund eines Rückerstattungsanspruchs an die Buga Koblenz 2011 GmbH.



I. Sonstige Angaben

I.1. Trägerschaften bei Sparkassen, die nicht bilanziert sind

Die Stadt Koblenz ist Mitglied im Zweckverband Sparkasse Koblenz mit dem Sitz in Koblenz. Ausschließlicher Zweck des Zweckverbands, dem neben der Stadt Koblenz auch der Landkreis Mayen-Koblenz angehört, ist die Trägerschaft bei der Sparkasse Koblenz mit dem Sitz in Koblenz.

Eine Bilanzierung erfolgte nicht, da die Stadt keine Einlagen, weder in das Stamm- noch in das Dotationskapital der Sparkasse geleistet hat.

I.2. Währungsumrechnungen

Falls nötig wurden Fremdwährungen in Euro umgerechnet. In diesen Fällen wurde folgendermaßen vorgegangen:

- Die Umrechnung der Anschaffungskosten des Anlagevermögens, die ursprünglich auf Fremdwährung lauteten, erfolgte mit dem Anschaffungskurs.
- Die Bewertung der Forderungen, die auf Fremdwährung lauten, erfolgte mit dem Kurs des Tages der Entstehung der Forderungen. Sofern der Umrechnungskurs zum Bilanzstichtag unter dem Kurs des Entstehens der Forderungen lag, wurde dieser der Umrechnung zugrunde gelegt. Insoweit wurde dem Niederwertprinzip Rechnung getragen.
- Der Umrechnung der Verpflichtungen aus Devisentermingeschäften erfolgte mit dem Terminkurs.
- Währungsumrechnungen auf Grund der Euromstellung wurden zum festgelegten Umrechnungskurs von 1,95583 € vorgenommen.

I.3. Einschränkungen von Grundbesitzrechten

Die Recherche nach Grundbesitzrechten ist durch die Technik des Grundbuchsystems äußerst personalintensiv. Die Personalsituation im zuständigen Sachgebiet des hiesigen Amtes im Jahr 2013 hat sich gegenüber den letzten Jahren nicht verändert. Die Aufgabenstellung wird erfüllt, sobald ein/e Mitarbeiter/in zur Erledigung dieser Aufgabenstellung freigestellt werden kann.

Die Gemeinde hat mit der Kevag GmbH mit Sitz in Koblenz und der Gasversorgung EVM GmbH mit Sitz in Koblenz je einen Konzessionsvertrag geschlossen. Darin gestattet sie dem Konzessionsnehmer die Nutzung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze.

I.4. Drohende finanzielle Belastungen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden

Gem. § 48 GemHVO sind im Anhang drohende finanzielle Belastungen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden, anzugeben.

In den Koblenzer Schulen besteht ein erheblicher Sanierungsstau. Dieser beläuft sich auf ca. 200 Mio. €. Zur Beseitigung des Sanierungsstaus wurde ein „Masterplan Schulen“ aufgestellt, welcher im Rahmen der Haushaltsberatungen 2012 verabschiedet wurde. Ziel des Planes ist es, den Sanierungsstau in den nächsten 10 Jahren im Wesentlichen mit einem Volumen von jährlich 7 Mio. € plus etwaiger Zuwendungen Dritter (z. B. Landeszuwendung

aus dem Schulbauprogramm) abzubauen. Diese Bereitstellung ist das absolute Mindestmaß, um dem nach wie vor prekären Sanierungsstau zu begegnen.

Wegen des Zustandes der Schulgebäude und weiterer nicht festgestellter Mängel oder Schäden, impliziert mit etwaigen Naturereignissen und Unvorhergesehenem, ist eine ständige Fortschreibung und Aktualisierung erforderlich. Die Maßnahmenabwicklung richtet sich nach Prioritätenfestlegung. Höchste Priorität genießen die aus dringenden sicherheitsrelevanten Gründen sofort umzusetzenden Maßnahmen. Hierzu zählen insbesondere Brandschutz- und Fassadensanierungen. Darauf folgende werden Projekte wahrgenommen, die zur Verbesserung der energetischen Eigenschaften der Gebäude dienen (Sanierung von Fenster, Dach, Heizung etc.). Zuletzt kommen die Verbesserungen in Betracht, um die Anforderungen des Rahmenraumprogramms zu erfüllen.

Im Bereich der städtischen Brückenbauwerke ergibt sich nach wie vor ein beachtlicher Sanierungsbedarf. Zur Beseitigung des Sanierungsstaus wurde dem Stadtrat im Juni 2011 der Masterplan „Brücken“ vorgestellt. In den nächsten 10 Jahren werden demnach ca. 120 Mio. € für Neubau und Instandhaltungsmaßnahmen von Ingenieurbauwerken benötigt. Des Weiteren sind an laufenden Unterhaltungskosten jährlich rd. 3 Mio. € bereit zu stellen. Es wird eine unabwiesbare Aufgabe der Stadt sein, mittelfristig einen mindestens befriedigenden Bauwerkszustand zu erreichen und dauerhaft zu sichern. Zurzeit hat das Land die Förderung entsprechender Projekte bis Ende 2014 mit 75 v.H. der zuwendungsfähigen Kosten in Aussicht gestellt. Für 2014 bis 2019 kann mit einer Förderung von 65 v. H. der zuwendungsfähigen Kosten gerechnet werden.

In der Prioritätenfrage der umzusetzenden Maßnahmen stehen im Vordergrund die Instandsetzung der Europabrücke, der Balduinbrücke und der Pfaffendorfer Brücke.

Die Planungen für den Neubau der Vorlandbrücke Lützel sind abgeschlossen. Die Baumaßnahme wird in 2014 ausgeschrieben. Baubeginn ist im Sommer 2014.

Die Instandsetzungsmaßnahmen der Balduinbrücke wurden im Januar 2013 vergeben. Die Arbeiten werden zurzeit durchgeführt.

Die Instandsetzung der Pfaffendorfer Brücke ist in Planung. Baubeginn ist planmäßig 2017

I.5. Finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverträgen und kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Die Gemeinde ist mit monatlichen Leasingzahlungen in Höhe von 1.848,25 € belastet. Finanziellen Verpflichtungen aus Leasingverträgen bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

I.6. Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten

Es sind keine Sachverhalte bekannt.

I.7. Sonstige Haftungsverhältnisse

Zum Bilanzstichtag bestehen folgende Haftungsverhältnisse:

	Gesamtbetrag T€	Davon gegenüber Tochterorganisationen T€
1. Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln	---	---
2. Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften	34.090	33.953
3. Gewährleistungen		
3.1. für eigene Leistungen		
a) unselbstständige Garantien, die über die gewöhnliche Garantie hinausgehen	---	---
b) selbstständige Gewährleistungsverträge	---	---
Summe Gewährleistungen für eigene Leistungen	---	---
3.2. für fremde Leistungen		
a) Freistellungsverpflichtungen	---	---
b) Haftungsübernahmen	---	---
c) Liquiditätsgarantien	---	---
d) Werthaltigkeitsgarantien	---	---
e) Einstehen für die Bezahlung abgetretener oder verkaufter Forderungen	---	---
f) Garantie für die Ausführung von Arbeiten Dritter	---	---
g) Schuldmitübernahme	---	---
h) Haftungen für Bürgschaften und Garantien Dritter	---	---
i) Bürgschafts-, Garantie- und Schuldbefreiungsversprechen	---	---
j) bindende Versprechen gegenüber dem Gläubiger eines Dritten auf dessen Wunsch eine Grundsuld oder eine andere Sicherheit für die Verpflichtung des Schuldners zu bestellen	---	---
k) Patronatserklärungen, die ein bürgschaftsähnliches Rechtsverhältnis begründen	---	---
Summe Gewährleistungen für fremde Leistungen	---	---
4. Bedingt rückzahlbare Zuwendungen / Zuschüsse	---	---
Insgesamt	34.090	33.953

Zu 2.: In dieser Position ist gegenüber Dritten ein Betrag in Höhe von 137,8 T€ enthalten. Dies betrifft die Restschuld eines Darlehens des TuS Rot-Weiß Koblenz e. V., für das die Stadt Koblenz eine modifizierte Ausfallbürgschaft übernommen hat.

I.8. In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen, die noch keine Verbindlichkeiten begründen

Folgende Verpflichtungsermächtigungen wurden in Anspruch genommen, die jedoch noch keine Verbindlichkeiten begründen:

Projekt	Maßnahmebezeichnung	Betrag
<i>Teilhaushalt 5</i>		
P371013	Ersatzbeschaffung Löschfahrzeug	420.000 €

I.9. Sonstige Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können

Im Haushaltsjahr 2013 waren hierzu keine Sachverhalte bekannt.

I.10. Noch nicht erhobene Entgelte und Abgaben

Für folgende Erschließungs- und Ausbaumaßnahmen, die bis zum Bilanzstichtag fertig gestellt wurden, wurden noch keine Entgelte oder Abgaben erhoben (Die Aufstellung erfolgte nach der in § 48 Abs. 2 Nr. 14 GemHVO vorgegeben Form):

I.10.1. Erschließungsbeiträge

NR.	Maßnahme	Datum der Fertigstellung	Voraussichtliche Höhe der Beiträge	Erhobene Vorausleistungen	Voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung	Begründung für noch nicht erfolgte Erhebung
1	A 61 B'Plan257c Achse 3 Verl. Str. aus Entwicklungsbereich südl.; Am Rübenacher Wald		642.600,00 €	539.117,72 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	sachliche Beitragspflicht nicht entstanden, da ein Teil der Straße fehlt; bisher nur Ablösung
2	Egon-Klepsch-Weg	2012	133.596,26 €	133.596,26 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	noch keine sachliche Beitragspflicht entstanden
3	Fritz von Unruh Str.von a)Garagenzufahrt bis Ortsumgehung	Februar 2004	179.003,46 €	161.519,46 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht und Ablösung	Keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung. Einnahme aus Erschließungsbeiträgen ist abhängig vom Verkauf der Grundstücke (Ablösung).
4	Fritz von Unruh Straße von b) Hans-Maria-Lux bis Ortsumgehung	Straße mit Ausnahme unselbständige Anhängsel fertig	690.070,47 €	412.690,63 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht und Ablösung	Keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung und bisher keine techn. Fertigstellung. Einnahme aus Erschließungsbeiträgen ist abhängig vom Verkauf der Grundstücke (Ablösung).
5	Gulisastraße	2012		0,00 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	Eigenständigkeit war zu klären, Erhebung nach Bildung Erschließungseinheit, noch keine sachliche Beitragspflicht entstanden
6	Helene Rothländer Str.	nur Unterbau Straße hergestellt	241.548,71 €	232.250,10 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht und Ablösung	Keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung und bisher keine techn. Fertigstellung. Einnahme aus Erschließungsbeiträgen ist abhängig vom Verkauf der Grundstücke (Ablösung).
7	Herm. Dienz Str von a)Fritz-von-Unruh bis Hans-Maria-Lux	August 2008	143.816,61 €	115.676,26 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht und Ablösung	Widmung vom 25.08.2012. Einnahme aus Erschließungsbeiträgen ist abhängig vom Verkauf der städtischen Grundstücke (Ablösung)
8	Herm. Dienz Str von b) Hans-Maria-Lux bis Veit-Rummel	nur Unterbau Straße hergestellt	50.060,37 €	0,00 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht und Ablösung	Keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung und bisher keine techn. Fertigstellung. Einnahme aus Erschließungsbeiträgen ist abhängig vom Verkauf der städtischen Grundstücke (Ablösung).
9	Karl-Mannheim-Str.	2012	4.031.780,69 €	1.031.780,69 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	noch keine sachliche Beitragspflicht entstanden
10	Karl Tesche -Straße	Mai 2008	1.347.789,27 €	1.347.789,27 €	Dezember 2014	Widmung/Bestandskraft erst am 25.08.2012 erfolgt
11	Ludwig-Denke-Str.	2012	416.158,17 €	416.158,17 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	noch keine sachliche Beitragspflicht entstanden



NR.	Maßnahme	Datum der Fertigstellung	Voraussichtliche Höhe der Beiträge	Erhobene Vorausleistungen	Voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung	Begründung für noch nicht erfolgte Erhebung
12	Maria Detzel Str. a) nördlicher Teil	nur Unterbau Straße hergestellt	114.730,76 €	38.968,11 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht und Ablösung	Keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung und bisher keine techn. Fertigstellung. Einnahme aus Erschließungsbeiträgen ist abhängig vom Verkauf der Grundstücke (Ablösung).
13	Maria Detzel Str. b) südlicher Teil	nur Unterbau Straße hergestellt	69.077,20 €	36.272,50 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht und Ablösung	Keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung und bisher keine techn. Fertigstellung. Einnahme aus Erschließungsbeiträgen ist abhängig vom Verkauf der Grundstücke (Ablösung).
14	Sonneneck	August 2008	366.938,93 €	157.330,23 €	Juli 2014	Grunderwerb und Widmung fehlen
15	Veit Rummel Straße	nur Unterbau Straße hergestellt	287.690,31 €	117.571,43 €	abhängig von Entstehung sachl. Beitragspflicht	Keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung und bisher keine techn. Fertigstellung. Einnahme aus Erschließungsbeiträgen ist abhängig vom Verkauf der Grundstücke (Ablösung).

I.10.2. Ausbaubeiträge und Ausgleichsbeträge

Ausbaubeiträge:

NR.	Maßnahme	Datum der Fertigstellung	Voraussichtliche Höhe der Beiträge	Erhobene Vorausleistungen	Voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung	Begründung für noch nicht erfolgte Erhebung
1	Aachenerstr. 3. BA	Februar 2011	15.321,11 €	15.321,11 €	Mai 2014	Vorausleistungserhebungen - wegen der finanziellen Bedeutung - wurden vorgezogen. Entwässerung. Eingang Schlussrechnung am 11.05.2011
2	Andernacher Straße	November 2013	11.362,43 €	11.362,43 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	keine sachliche Beitragspflicht, da Schlussrechnung fehlt
3	Emserstr. Stadtteilmittelpunkt H'heim	Oktober 2009	353.501,19 €	353.501,19 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	Abrechenbarkeit erst nach Beendigung des 2. BA
4	Friesenstr. einschließlich Kreisel	Mai 2011	194.087,75 €	169.226,78 €	Oktober 2014	sachliche Beitragspflicht erst mit Eingang Schlussrechnung 27. November 2012 entstanden; Anpassung Stadtanteil an Stadtrechtsausschussentscheidung erforderlich
5	Herberichstr.von Wallersheimer Weg bis Brenderweg	Dezember 2006	231.575,84 €	231.575,84 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	sachliche Beitragspflicht nicht entstanden/Grunderwerb nicht abgeschlossen
6	Kardinal Kremenzt Str.	Juni 2006	75.589,68 €	75.589,68 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	sachliche Beitragspflicht nicht entstanden/Grunderwerb nicht abgeschlossen (Enteignungsverfahren)
7	Kastorhof	Mrz 11	22.274,40 €		Januar 2014	Wegen der Kürze der Bauzeit keine Vorausleistung. Dann war Urteil Rheinzollstraße war zu berücksichtigen.
8	Konrad-Adenauer-Ufer	Februar 2011	225.465,29 €	225.465,29 €	08. Januar 2014	
9	Kornfortstr. von Peter Altmeier-Ufer bis Auf der Danne	April 2011	39.727,97 €	39.727,97 €	Juni 2014	Vorausleistungserhebungen - wegen der finanziellen Bedeutung - wurden vorgezogen. Entwässerung



NR.	Maßnahme	Datum der Fertigstellung	Voraussichtliche Höhe der Beiträge	Erhobene Vorausleistungen	Voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung	Begründung für noch nicht erfolgte Erhebung
10	Löhrndell	April 2011	386.683,35 €	386.683,35 €	November 2014	keine sachliche Beitragspflicht, umfangreiche Kostenermittlungen notwendig, Schlussvermessung fehlt, evtl. Ablösungen
11	Löhrstr. Abschnitt Schloßstr. bis Friedrich Ebert Ring, Hohenfelderstr. (Gehweg)	April 2011	208.114,55 €	208.114,55 €	September 2014	Bisher fehlte sachliche Beitragspflicht, da Arbeiten wie im Ausbauprogramm beschlossen, nicht abgeschlossen waren.
12	Löhrstr. von Altengraben bis Münzplatz, Grenze San-gebiet - Marktstraße-	Dezember 2010	152.934,86 €	18.914,19 €	März 2014	nach Urteil VG vom 09.07.12 fast alle Bescheide aufgehoben; Änderung des Stadtanteiles am 27.09.12 auf 55%
13	Löhrstr. von Löhrndell bis Altengraben	tw. Mai 2011	1.152.099,45 €	1.152.099,45 €	abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	Keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlendem Ausbau Kleinschmittgäßchen
14	Mendelssohnstraße	Juni 2013	36.344,86 €	36.344,86 €	Juli 2014	Eingang Schlussrechnung am 25.06.2013
15	Mittelstr. Bornsgasse bis Alte Heerstr.	November 2005	160.537,46 €	160.537,46 €	Juli 2014	sachliche Beitragspflicht erst mit Abschluss Grunderwerb in 2013 entstanden
16	Neustadt (Seite Schloss), verlaufend von Straße Clemensplatz bis zum Beginn des anbaufreien Bereichs einschl. Grundstück Neustadt 24, Flurstück 1044/227	Februar 2011	61.757,64 €	61.757,64 €	abhängig von Widerspruchsverfahren	Widerspruchsverfahren
17	Neustadt (Seite Schloßndell), verlaufend von der Clemensstraße bis zum Friedrich-Ebert-Ring	März 2011	70.459,49 €	70.459,49 €	abhängig von Widerspruchs-verfahren, im Übrigen für 2014 geplant	Widerspruchsverfahren
18	Niederberger Höhe von Friesenstr. bis General-Allen- Str.	Mai 2011	201.578,83 €	201.578,83 €	u. a. abhängig von Klageverfahren	sachliche Beitragspflicht erst mit Eingang Schlussrechnung 27. November 2012 entstanden; Klageverfahren
19	Niederberger Höhe von Friesenstr. bis Greiffenklastr. Beginn Außenbereich	Mai 2011	323.968,58 €	323.968,58 €	u. a. abhängig von Klageverfahren	sachliche Beitragspflicht erst mit Eingang Schlussrechnung 27. November 2012 entstanden; Klageverfahren
20	Niederberger Höhe von L 127 bis General- Allen- str.	Mai 2011	63.000,26 €	63.000,26 €	u. a. abhängig von Klageverfahren	sachliche Beitragspflicht erst mit Eingang Schlussrechnung 27. November 2012 entstanden; Klageverfahren
21	Rheinstr. von Konrad-Adenauer - Ufer bis Karmeliterstr.	Februar 2011	272.923,69 €	272.923,69 €	Oktober 2014	Eingang Schlussrechnung erst am 24.06.2013
22	Sebastianistr./ Grunderwerb				abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht	nur Grunderwerb Abrechnung, Kostenspaltung, Straßenbau vor vielen Jahren abgerechnet. Noch keine sachliche Beitragspflicht, da Grunderwerb noch nicht abgeschlossen.
23	Stresemannstr.	März 2011	259.996,96 €	259.996,96 €	Juni 2014	Wird zusammen mit den anderen Buga Maßnahmen in diesem Bereich abgerechnet.
24	Vogelweide	Juni 2013	12.713,35 €	12.713,35 €	November 2014	Eingang Schlussrechnung am 09.07.2013



Ausgleichsbeträge:

Nr.	Maßnahme	endgültig festgesetzt	Vorauslstg.	laufende Verfahren	Begründung	voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung
1	Sanierung Altstadt	390.090,12	486.995,54	356.021,65	Sanierungsverfahren noch nicht abgeschlossen, laufende Rechtsstreitigkeiten	2014
2	Sanierung Ehrenbreitstein	89.663,51	46.861,00	35.993,00	Sanierungsverfahren noch nicht abgeschlossen, laufende Rechtsstreitigkeiten	2014
3	Boelckekaserne, Hoevelstraße u. Behringstraße	0,00	335.947,00	0,00	Sanierungsverfahren noch nicht abgeschlossen	2014
4	Sanierung Zentralplatz	770.962,00	0,00	0,00	Sanierungsverfahren noch nicht abgeschlossen	2016

I.11. Subsidiärhaftung aus der Zusatzversorgung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Zur Subsidiärhaftung aus der Zusatzversorgung von Tarifangestellten werden folgende Angaben gemacht: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Stadt sind bei der Rheinischen Versorgungskasse versichert. Es bestehen Versorgungszusagen gemäß dem ATV-K (Altersvorsorge-TV-Kommunal), dem Betriebsrentengesetz sowie der Satzung der Rheinischen Versorgungskasse, die wie folgt ausgestaltet sind: Im Haushaltsjahr 2013 betrug der Umlagesatz 4,25 % der Lohn- und Gehaltssumme brutto. (Mit berücksichtigt wurde auch das vom Arbeitgeber zu zahlende Sanierungsgeld). Nach Auskunft der Versorgungskasse ist eine Erhöhung des Umlagesatzes nicht beabsichtigt. Die umlagepflichtigen Löhne und Gehälter beliefen sich im Haushaltsjahr 2013 auf 40.406 T€. Die Stadt zahlte im Haushaltsjahr 2013 an die Versorgungskasse Umlagen in Höhe von 3.131 T€

Nach den §§ 58, 59 der Satzung der Rheinischen Versorgungskasse wird der Überschuss in der Pflichtversicherung und in der freiwilligen Versicherung, der sich entsprechend dem versicherungstechnischen Geschäftsplan ergibt, in die Rückstellung für Leistungsverbesserung eingestellt, soweit er nicht zur Bildung weiterer geschäftplanmäßig festgelegter Rückstellungen benötigt wird. Diese Rückstellung kann zusätzlich zur Deckung von Fehlbeträgen herangezogen werden, wenn die Verlustrücklage nicht ausreicht. Reicht die Verlustrücklage in der Pflichtversicherung (Abrechnungsverband II) zur Deckung von Fehlbeträgen nicht aus, kann die Kasse den Pflichtbeitrag (§ 62) erhöhen, soweit nicht die Rückstellung für Leistungsverbesserung in Anspruch genommen wird. Zur Deckung von Fehlbeträgen bei der Pflichtversicherung (Abrechnungsverband I) kann die Kasse den Zusatzbeitrag (§ 64) – soweit ein solcher erhoben wird – erhöhen; Satz 1 Halbsatz 2 gilt entsprechend.

I.12. Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente mit folgendem Umfang, beizulegenden Werten und Buchwerten befanden sich im Besitz der Stadt. Bei den nachfolgenden Finanzinstrumenten (gemäß § 48 Abs. 2 Nr. 17 GemHVO) handelt es sich um die Kategorie „zinsbezogene Geschäfte“:

Art	Umfang	Barwert
SWAP Ref. 263790M - langer Swap	Laufzeit: 12.12.2005 - 29.12.2020 Ursprungskapital: 2.111.243,07 € Stand am 31.12.2013: 1.111.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 3,92 %	-116.301,23 €
SWAP Ref. 30211 - Swap 2	Laufzeit: 15.12.2005 - 30.03.2020 Ursprungskapital: 4.128.626,02 € Stand am 31.12.2013: 3.100.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 4,125 %	-454.536,44 €
SWAP Ref. 267597M - langer Swap	Laufzeit: 30.12.2005 - 30.03.2025 Ursprungskapital: 2.025.568,80 € Stand am 31.12.2013: 1.450.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 3,975 %	-202.643,60 €
SWAP Ref. 30143 - Swap 2	Laufzeit: 30.12.2005 - 30.01.2023 Ursprungskapital: 3.622.262,03 € Stand am 31.12.2013: 2.360.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 4,025 %	-320.091,52 €
SWAP Ref.-Nr. 4808448/20699366FT	Laufzeit: 01.03.2007 - 02.03.2024 Ursprungskapital: 4.237.781,12 € Stand am 31.12.2013: 3.531.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 4,6495 %	-716.820,04 €
Swap Ref. 513225	Laufzeit: 30.12.2013 - 30.12.2016 Bezugsbetrag: 20.000.000,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 2,845 %	-1.283.146,20 €
Swap Ref. 520113	Laufzeit: 21.11.2010 - 21.01.2018 Bezugsbetrag: 14.077.770,00 € Bank zahlt variabel 3-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt variabel, <u>max.</u> 3,45 %, jedoch <u>auch dann 3,45 %</u> , wenn 3-M-Euribor <= 1,00 % ist	-1.365.522,08 €
Swap Ref. 513076	Laufzeit: 22.11.2010 - 22.01.2018 Bezugsbetrag: 25.922.230,00 € Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt fest 2,48 %	-1.769.672,23 €
Swap Ref. 3751234L	Laufzeit: 01.12.2010 - 30.10.2015 Bezugsbetrag: 20.000.000,00 € Bank zahlt variabel 3-Monats-Euribor Stadt Koblenz zahlt - bis 30.04.2012 <u>variabel</u> , max. 1,5 % - ab 30.04.2012 <u>fest</u> 2,555 %	-892.501,20 €
Gesamt		-7.121.234,54 €

Bei den Barwerten handelt es sich um indikative Bewertungen der jeweiligen Banken, die keine rechtsgeschäftliche Bindungswirkung auf die Bilanzierung entfalten. Die Barwerte stellen keine handelbaren Kurse oder Preise dar. Die Bewertung erfolgt auf Basis aktueller Marktdaten unter Verwendung marktüblicher Bewertungsmethoden (z. B. Diskontierungsmethode).

I.13. Beteiligungen

Die Gemeinde ist an folgenden Organisationen mit mindestens 5 % direkt oder indirekt beteiligt. Die angegebenen Daten entsprechen jeweils den aktuell vorliegenden Informationen des Beteiligungsmanagements der Stadtwerke Koblenz GmbH:



I.13.1. Direkte Beteiligungen

Name/Rechtsform	Sitz	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in T€*	Ergebnis des Geschäftsjahres in T€	betreffendes Geschäftsjahr	Hinweis
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH	Koblenz	100	7.638	1.187	2013	festgestellt
Koblenzer- Entsorgungs- und Verwaltungs GmbH	Koblenz	100	202	10	2013	festgestellt
Koblenzer Wohnungsbau GmbH	Koblenz	100	33.334	774	2013	festgestellt
Sporthalle Oberwerth GmbH	Koblenz	100	89	19	2013	festgestellt
Stadtwerke Koblenz GmbH	Koblenz	100	136.023	16.203	2013	festgestellt
Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH	Koblenz	66,6	798	-157	2013	festgestellt
Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz - St. Elisabeth Mayen gGmbH	Koblenz	50	34.147	1.348	2013	festgestellt
Kevag AG	Koblenz	35	65.588	19.260	2013	festgestellt*
Koblenz Stadtmarketing GmbH	Koblenz	33,3	26	3	2013	festgestellt
Romantischer Rhein-Tourismus GmbH	Koblenz	33,3	24	-6	2013	festgestellt
TZK Technologie Zentrum Koblenz GmbH	Koblenz	28,39	922	33	2013	festgestellt
Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH	Koblenz	11,11	28	0	2013	festgestellt

* Ergebnisabführungsvertrag

I.13.2 Indirekte Beteiligungen

Name/Rechtsform	Sitz	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in T€*	Ergebnis des Geschäftsjahres in T€	betreffendes Geschäftsjahr	Hinweis
Energieversorgung Mittelrhein GmbH	Koblenz	48,39	171.128	30.451	2013	festgestellt
Flugplatz Koblenz-Winningen GmbH	Koblenz	63,07	1.476	62	2013	festgestellt
GVZ-E Güterverkehrszentrum Entwicklungsgesellschaft mbH	Koblenz	95,04	128	0	2013	festgestellt
Ehrenbreitsteiner Schrägaufzug GmbH	Koblenz	100	1.083	-19	2013	festgestellt
EKO2 GmbH	Koblenz	22,01	215.775	39.628	2013	festgestellt
Kraftwagen-Verkehr Koblenz GmbH	Koblenz	45	1.695	78	2013	festgestellt
Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH	Koblenz	73,8	18.302	737	2013	festgestellt
Wasserwerk Koblenz/Weißenthurm GmbH	Koblenz	60	4.463	152	2013	festgestellt
Windpark Westerald GmbH	Waigandshain	11,11	1.728	75	2013	festgestellt
Gemeinschaftsklinikum Service GmbH	Koblenz	50	74	9	2013	festgestellt
Koblenzer Verkehrs-Service GmbH	Koblenz	35	6.262	363	2013	festgestellt
Kevag Telekom GmbH	Koblenz	17,5	2.542	906	2013	festgestellt
Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH	Koblenz	35	1.336	260	2013	festgestellt
Kevag Verteilnetz GmbH*	Koblenz	35	25	0	2013	festgestellt
Gasversorgung Westerald GmbH*	Höhr-Grenzhausen	56,24	68.242	0	2013	festgestellt
EVM Netz GmbH*	Koblenz	56,24	500	0	2013	festgestellt
Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH	Koblenz	42,12	2	-3.125	2013	festgestellt
Energiebeteiligung Mittelrhein GmbH	Koblenz	56,24	54.862	-732	2013	festgestellt
Propan Rheingas GmbH	Brühl	8,44	Komplementärin der GmbH & Co. KG, daher kein eigener Abschluss			
Propan Rheingas GmbH & Co. KG	Brühl	8,44	16.776	2.238	2013	festgestellt
FWM Fernwärmeversorgung GmbH	Mayen	5,62	1.443	328	2013	festgestellt

* Energieabführungsvertrag mit Muttergesellschaft



I.13.3. Eigenbetriebe der Stadt Koblenz

Name/Rechtsform	Sitz	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital* in T€	Ergebnis des Geschäftsjahres in T€	betreffendes Haushaltsjahr	Hinweis
Grünflächen- und Bestattungswesen	Koblenz	100	1.055	41	2013	festgestellt
Koblenz-Touristik	Koblenz	100	36.076	1.120	2012	festgestellt*
Stadtentwässerung	Koblenz	100	144.523	4.864	2013	festgestellt
Kommunaler Servicebetrieb	Koblenz	100	15.386	1.161	2013	festgestellt
Kommunales Gebietsrechenzentrum	Koblenz	100	5.307	195	2013	festgestellt
* Jahresabschluss per 31.12.2013 ist noch nicht aufgestellt.						

I.14. Organisationen, für die die Gemeinde uneingeschränkt haftet

Aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder vertraglicher Vereinbarungen haftet die Gemeinde uneingeschränkt für folgende Organisationen:

Name / Rechtsform	Sitz	Rechtsform	Mithaftung Dritter	Haftungsgrund
Eigenbetrieb Koblenz-Touristik	Koblenz	Eigenbetrieb	entfällt	entfällt
Koblenzer Entsorgungsbetrieb	Koblenz	Eigenbetrieb	entfällt	entfällt
Eigenbetrieb Kommunales Gebietsrechenzentrum Koblenz	Koblenz	Eigenbetrieb	entfällt	entfällt
Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen	Koblenz	Eigenbetrieb	entfällt	entfällt
Eingebetrieb Stadtentwässerung Koblenz	Koblenz	Eigenbetrieb	entfällt	entfällt

I.15. Personalbestand

Die durchschnittliche Zahl der Beamtinnen und Beamten sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zeigt folgende Übersicht:

Durchschnittliche Anzahl	HH-VJ	HH
Beamtinnen / Beamte*	454	448
– davon teilzeitbeschäftigt	63	63
Beschäftigte*	1267	1197
- davon teilzeitbeschäftigt	437	412
Insgesamt *	1721	1645
Anwärterinnen und Anwärter	29	25
Auszubildende	40	60
Insgesamt	69	85
Beamtinnen/Beamte im Erziehungsurlaub/in Elternzeit	8	7
Beschäftigte im Erziehungsurlaub/in Elternzeit	16	26
Insgesamt	24	33
Leiharbeiter	---	---

Quelle: Werte der vierteljährigen Personalstandstatistik zum 31.12.2013 (ohne Eigenbetriebe)

* inkl. Auszubildende im aktuellen Haushaltsjahr



I.16. Mitglieder des Stadtrats

Der Stadtrat besteht aus folgenden Mitgliedern:

a) Vorsitz: Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig

b) Ratsmitglieder:

Stand 31.12.2012	Datum des Ausscheidens	Name des Ersatzmitglieds	Datum des Eintritts	Stand 31.12.2013
Ackermann, Hans-Peter				Ackermann, Hans-Peter
Altmaier, Christian				Altmaier, Christian
Assenmacher, Hans-Jörg	31.07.2013	Stephan Otto	01.08.2013	Stephan Otto
Bäcker, Sabine				Bäcker, Sabine
Balmes, Peter				Balmes, Peter
Bastian, Manfred				Bastian, Manfred
Baum, Walter				Baum, Walter
Biebricher, Andreas				Biebricher, Andreas
Biewer, Leo				Biewer, Leo
Bocklet, Herbert				Bocklet, Herbert
Bohn, Eitel				Bohn, Eitel
Bordelle, Michael				Bordelle, Michael
Contento, Vito				Contento, Vito
Coßmann, Bernd				Coßmann, Bernd
Diederichs-Seidel, Uwe				Diederichs-Seidel, Uwe
Diehl, Manfred				Diehl, Manfred
Gniffke, Manfred				Gniffke, Manfred
Dr. Gross, Michael				Dr. Gross, Michael
Heinrich, Heribert				Heinrich, Heribert
Heinrich-Lotz, Christiane				Heinrich-Lotz, Christiane
Henchel, Paul				Henchel, Paul
Herrmann, Karin				Herrmann, Karin
Hoernchen, Birgit				Hoernchen, Birgit
Hoernchen, Edith				Hoernchen, Edith
Hoffmann, Ute				Hoffmann, Ute
Hömberger, Monika				Hömberger, Monika
Honsdorf, Heinz				Honsdorf, Heinz
Claudia Kriebs				Claudia Kriebs
Keul-Göbel, Angela				Keul-Göbel, Angela
Klein, Franz-Josef				Klein, Franz-Josef
Dr. Kneis, Joachim				Dr. Kneis, Joachim
Krebs, Gundula				Krebs, Gundula
Kübler, Julia Maria				Kübler, Julia Maria
Kühlenthal, Edgar				Kühlenthal, Edgar
Langner, David	31.01.2013	Ursula Hühnerfeld	01.02.2013	Ursula Hühnerfeld

Stand 31.12.2012	Datum des Ausscheidens	Name des Ersatzmitglieds	Datum des Eintritts	Stand 31.12.2013
Lehmkühler, Gerhard				Lehmkühler, Gerhard
Lipinski-Naumann, Marion				Lipinski-Naumann, Marion
Mehlbreuer, Andrea				Mehlbreuer, Andrea
Naumann, Fritz				Naumann, Fritz
Dr. h.c. Pieper, Friedhelm				Dr. h.c. Pieper, Friedhelm
Pilger, Detlev				Pilger, Detlev
Probst, Claudia				Probst, Claudia
Reinstädler, Wolfram				Reinstädler, Wolfram
Rosenbaum, Karl-Heinz				Rosenbaum, Karl-Heinz
Rosenbaum, Werner				Rosenbaum, Werner
Sauer, Monika				Sauer, Monika
Scherhag, Mark				Scherhag, Mark
Schmidt, Hermann-Josef				Schmidt, Hermann-Josef
Schulte-Wissermann, Isabell	02.09.2013	Marion Mühlbauer	10.09.2013	Marion Mühlbauer
Schumann-Dreyer, Anna-Maria				Schumann-Dreyer, Anna-Maria
Schupp, Thorsten				Schupp, Thorsten
Stölzgen, Harald				Stölzgen, Harald
Voell, Gerhard				Voell, Gerhard
Wefelscheid, Stephan				Wefelscheid, Stephan
Weis, Anita				Weis, Anita
Wiechmann, Nils				Wiechmann, Nils

I.17. Unterlassen von Angaben und Erläuterungen

Alle Bilanzpositionen wurden erläutert. Von dem in § 48 Abs. 4 GemHVO genannten Wahlrecht wurde kein Gebrauch gemacht.

I.18. Unterzeichnung Bilanz

Die Bilanz zum 31.12.2013 wird wie folgt unterzeichnet.

Koblenz den,

(Der Oberbürgermeister)
(Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig)





Anlage 5 Anlagenübersicht

Anlagenübersicht GJ 2013 [in EUR]

Stand 04.03.2015

Posten	Gem. § 47 (4) Nr. 1 GemHVO	Anschaffung- und Herstellungskosten					Abschreibungen, Wertberichtigungen					Restbuchwerte		Kennzahlen		Wertminderung durch unterlassene Instandhaltung, Altlasten, Sonstiges	
		AHK zum 31.12. des Vorjahres	Zugänge im HH-Jahr	Abgänge im HH-Jahr	Umbuchungen im HH-Jahr	AHK zum 31.12. des HH-Jahres	aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres	Zuschreibungen im HH-Jahr	Abschreibungen im HH-Jahr	AFA Umbuchungen im HH-Jahr	Abschreibungen auf Abgänge	kumulierte Abschreibungen zum 31.12. des HH-Jahres	Buchwert am 31.12. des HH-Jahres	Buchwert am 31.12. d. Vorjahres	Durchschn. Abschreibungssatz		Durchschn. Restbuchwert
ANLAGENSPIEGEL		1.630.022.379,09	51.533.398,22	-19.231.878,26	-735.701,76	1.661.588.197,29	297.778.743,58	0,00	23.385.291,50	0,00	-4.653.153,51	316.510.881,57	1.345.077.315,72	1.332.243.635,51	1,4%	81,0%	0,00
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände		85.919.926,33	1.367.999,38	-65.771,12	814.396,78	88.036.551,37	28.759.089,16	0,00	2.959.935,84	0,00	-9.574,12	31.709.450,88	56.327.100,49	57.160.837,17	3,4%	64,0%	0,00
1.1.1 Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1.679.648,55	36.481,84	-771,12	0,00	1.715.359,27	1.298.294,87	0,00	127.585,84	0,00	-771,12	1.425.109,59	290.249,68	381.353,68	7,4%	16,9%	0,00
1.1.2 Geleistete Zuwendungen		67.450.393,00	1.028.050,00	-65.000,00	0,00	68.413.443,00	23.120.816,10	0,00	2.330.147,22	0,00	-8.803,00	25.442.160,32	42.971.282,68	44.329.576,90	3,4%	62,8%	0,00
1.1.3 Gezahlte Investitionszuschüsse		15.243.896,19	0,00	0,00	814.396,78	16.058.292,97	4.339.978,19	0,00	502.202,78	0,00	0,00	4.842.180,97	11.216.112,00	10.903.918,00	3,1%	69,8%	0,00
1.1.4 Geschäfts- oder Firmenwert		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0%	0,0%	0,00
1.1.5 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände		1.545.988,59	303.467,54	0,00	0,00	1.849.456,13	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.849.456,13	1.545.988,59	1.545.988,59	0,0%	100,0%	0,00
1.2 Sachanlagen		1.265.675.313,53	37.024.566,86	-17.892.565,15	-1.550.098,54	1.283.257.216,70	269.019.654,42	0,00	19.360.790,02	0,00	-4.643.579,39	283.736.865,05	999.520.351,65	996.655.659,11	1,5%	77,9%	0,00
1.2.1 Wald, Forsten		25.652.612,05	878,31	-2.744,16	-17.897,76	25.632.848,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.632.848,44	25.652.612,05	0,00	100,0%	0,00	
1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		86.680.834,75	707.568,42	-9.066.821,62	11.193.835,54	88.515.417,09	118.740,30	0,00	147.862,81	0,00	0,00	266.603,11	89.248.813,98	86.582.094,45	0,2%	99,7%	0,00
1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		166.102.687,72	386.063,15	-1.041.466,27	74.568.034,62	240.015.319,22	20.865.173,58	0,00	3.862.592,01	0,00	-188.442,67	24.538.322,92	215.475.996,30	145.237.514,14	1,6%	89,8%	0,00
1.2.4 Infrastrukturvermögen		741.500.869,03	4.187.075,71	-4.683.626,97	31.897.500,04	772.901.817,81	232.202.267,35	0,00	12.891.406,30	0,00	-2.790.229,58	242.303.444,07	530.598.373,74	509.286.601,68	1,7%	68,7%	0,00
1.2.5 Bauten auf fremdem Grund und Boden		3.188.919,87	0,00	0,00	3.003.929,98	6.192.849,85	576.267,87	0,00	128.753,98	0,00	0,00	705.021,85	5.487.828,00	2.612.652,00	2,1%	88,6%	0,00
1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler		36.953.171,86	2.241,96	-21.237,10	1.024.084,77	37.958.261,49	111.482,92	0,00	23.175,84	0,00	0,00	134.658,76	37.823.602,73	36.841.688,94	0,1%	99,6%	0,00
1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge		17.696.401,92	633.357,58	-1.062.512,24	1.846.860,90	19.114.108,16	8.533.720,09	0,00	1.014.025,82	0,00	-702.074,24	8.845.671,67	10.268.436,49	9.162.681,83	5,3%	53,7%	0,00
1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung		16.560.481,12	884.750,64	-969.595,20	3.541.155,20	20.016.791,76	6.612.002,31	0,00	1.292.973,26	0,00	-962.832,90	6.942.142,67	13.074.649,09	9.946.478,81	6,5%	65,3%	0,00
1.2.9 Pflanzen und Tiere		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0%	0,0%	0,00
1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau		171.339.335,21	30.222.631,09	-1.044.561,59	-128.607.601,83	71.909.802,88	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	71.909.802,88	171.339.335,21	0,00	0,0%	100,0%	0,00
1.3 Finanzanlagen		278.427.139,23	13.140.831,98	-1.273.541,99	0,00	290.294.429,22	0,00	0,00	1.064.565,64	0,00	0,00	1.064.565,64	289.229.863,58	278.427.139,23	0,4%	99,6%	0,00
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen		153.948.054,87	6.802.895,43	-366.096,63	0,00	160.384.853,67	0,00	0,00	1.064.565,64	0,00	0,00	1.064.565,64	159.320.288,03	153.948.054,87	0,7%	99,3%	0,00
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen		2.714.619,10	0,00	-826.648,79	0,00	1.887.970,31	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.887.970,31	2.714.619,10	0,00	100,0%	0,00	
1.3.3 Beteiligungen		5.381.443,11	190,40	0,00	0,00	5.381.633,51	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.381.633,51	5.381.443,11	0,0%	100,0%	0,00	
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0%	0,0%	0,00
1.3.5 Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen		116.242.909,12	677.547,01	0,00	0,00	116.920.456,13	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	116.920.456,13	116.242.909,12	0,0%	100,0%	0,00	
1.3.6 Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsf. komm. Stiftungen		0,00	5.660.199,14	0,00	0,00	5.660.199,14	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.660.199,14	0,00	0,0%	100,0%	0,00	
1.3.7 Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0%	100,0%	0,00
1.3.8 Sonstige Ausleihungen		140.113,03	0,00	-80.796,57	0,00	59.316,46	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	59.316,46	140.113,03	0,0%	100,0%	0,00	



*** Diese Positionen enthalten die im Bilanzbericht näher erläuterten Anpassungen zur Eröffnungsbilanz.**

Folgende Beträge sind in die einzelnen Zeilen eingeflossen:

1.1.2 Geleistete Zuwendungen:

Erhöhung um 587.629,10 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Einspielung Fußgängerbrücken, Nr. 86 Konto 8913)

1.1.3 Gezahlte Investitionszuschüsse:

Erhöhung um 626.250,00 EUR in der Spalte "Umbuchungen im HH-Jahr" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Korrektur Zuschuss Erweiterung Stadttheater, Nr. 105 Konto 8913)

1.2.1 Wald, Forsten:

Senkung um 72.000 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Korrektur A6251232, Nr. 2 Konto 8913)

1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte:

Erhöhung um 78.095,37 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Korrektur Grundstücke, Nr. 119 Konto 8913)

Erhöhung um 6.205,15 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Korrektur Grundstücke, Nr. 116 Konto 8913)

Erhöhung um 92.826,99 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Korr. P611003-01, Nr. 103 Konto 8913)

Erhöhung um 26.642,69 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Einbuchung BUGA Bestandswerte, Nr. 109 Konto 8913)

Erhöhung um 2.812,44 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Korrektur A6750138+9, Nr. 4 Konto 8913)

Senkung um 17.066,62 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Korrektur A6251561, Nr. 4 Konto 8913)

Erhöhung um 33.273,69 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Korrektur 6210465, Nr. 5 Konto 8913)

Erhöhung um 152,80 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Korrektur 6611437, Nr. 14 Konto 8913)

Erhöhung um 158.156,77 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (6210541, Nr. 6 Konto 8913)

Erhöhung um 158.753,83 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Korrektur 6710019, Nr. 49 Konto 8913)

Senkung um 2.981.839,84 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Festwerte Buga, Nr. 8 Konto 8913)

1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte:

Erhöhung um 365.846,33 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Korrektur Grundstücke, Nr. 116 Konto 8913)

Senkung um 126.022,18 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Korrektur A1050038, Nr. 48 Konto 8913)

1.2.4 Infrastrukturvermögen:

Senkung um 20.257,37 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Korrektur Grundstück, Nr. 117 Konto 8913)

Erhöhung um 883,51 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Korrektur Grundstück, Nr. 118 Konto 8913)

Erhöhung um 357.904,09 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Einspielung Straßen, Nr. 123 Konto 8913)

Erhöhung um 117.579,81 EUR in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr " bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr und aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres" (Einspielung Straßen, Nr. 125 Konto 8913)

Erhöhung um 105.045,31 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Einspielung Stützbauwerke, Nr. 124 Konto 8913)

Erhöhung um 61.026,74 EUR in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr " bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr und aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres" (Einspielung Stützbauwerke, Nr. 126 Konto 8913)

Erhöhung um 262.053,61 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Korrektur Grundstücke, Nr. 116 Konto 8913)

Senkung um 24.738,74 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Korrektur Schilder 16% zu hohe AHK in EB Nr. 6 Konto 8913)

Erhöhung um 10.148,95 EUR in der Spalte "Zuschreibung im HH-Jahr" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres" (Korrektur Schilder 16% zu hohe AHK in EB Nr. 6 Konto 8913)

Senkung um 15.183,35 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Abgang Schilder nach 2000, Nr. 44+47 Konto 8913)

Senkung um 4558,35 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abschreibungen auf Abgänge" (Abgang Schilder nach 2000, Nr. 44+47 Konto 8913)



Erhöhung um 695,75 EUR in der Spalte "Zuschreibung im HH-Jahr" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Abgang Schilder nach 2000, Nr. 44+47 Konto 8913)

Erhöhung um 4.555,01 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Einspielung Schilder nach 2000, Nr. 67 Konto 8913)

Senkung um 153.226,88 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Abgang Schilder vor 2000, Nr. 42+43 Konto 8913)

Senkung um 151.794,88 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abschreibungen auf Abgänge" (Abgang Schilder vor 2000, Nr. 42+43 Konto 8913)

Erhöhung um 404,51 EUR in der Spalte "Zuschreibung im HH-Jahr" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Abgang Schilder vor 2000, Nr. 42+43 Konto 8913)

Erhöhung um 127.955,49 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Einspielung Schilder vor 2000, Nr. 66 Konto 8913)

Erhöhung um 8.549,85 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Korr. P611003-01, Nr. 102 Konto 8913)

Erhöhung um 127.270,39 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Einbuchung BUGA Bestandswerte, Nr. 109 Konto 8913)

Senkung um 14.347,68 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Doppelt erfasstes Straßenbegleitgrün A6622579-586, Nr. 106+107 Konto 8913)

Senkung um 3.699,68 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abschreibungen auf Abgänge" (Doppelt erfasstes Straßenbegleitgrün A6622579-586, Nr. 106+107 Konto 8913)

Erhöhung um 375,43 EUR in der Spalte "Zuschreibung im HH-Jahr" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Doppelt erfasstes Straßenbegleitgrün A6622579-586, Nr. 106+107 Konto 8913)

Senkung um 4.833,34 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr"(Korrektur A6250080, Nr. 4 Konto 8913)

Erhöhung um 34.544,15 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr"(Korrektur A6250133, Nr. 4 Konto 8913)

Senkung um 52.055,87 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr"(Korrektur A6150196, Nr. 13 Konto 8913)

Senkung um 64.601,09 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr"(Korrektur 6610772, Nr. 3 Konto 8913)

Senkung um 12.523.845,93 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Abgang Stützbauwerke, Nr. 32, 33, 34 Konto 8913)

Senkung um 988.185,93 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abschreibungen auf Abgänge" (Abgang Stützbauwerke, Nr. 32, 33, 34 Konto 8913)

Erhöhung um 226.122,59 EUR in der Spalte "Zuschreibung im HH-Jahr" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Abgang Stützbauwerke, Nr. 32, 33, 34 Konto 8913)

Erhöhung um 10.160.006,01 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Einspielung Stützbauwerke, Nr. 86 Konto 8913)

Senkung um 1.877.952,59 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Abgang Trogbauwerke, Nr. 31, 33, 34 Konto 8913)

Senkung um 261.862,59 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abschreibungen auf Abgänge" (Abgang Trogbauwerke, Nr. 31, 33, 34 Konto 8913)

Erhöhung um 59.998,84 EUR in der Spalte "Zuschreibung im HH-Jahr" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Abgang Trogbauwerke, Nr. 31, 33, 34 Konto 8913)

Erhöhung um 4.091.114,69 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Einspielung Trogbauwerke, Nr. 86 Konto 8913)

Senkung um 26,00 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Abgang Verkehrszeichenbrücken, Nr. 27, 33, 34 Konto 8913)

Erhöhung um 440.883,50 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Einspielung Verkehrszeichenbrücken, Nr. 86 Konto 8913)

Senkung um 1.793.599,09 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Abgang Lärmschutzwände, Nr. 30, 33, 34 Konto 8913)

Senkung um 122.976,09 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abschreibungen auf Abgänge" (Abgang Lärmschutzwände, Nr. 30, 33, 34 Konto 8913)

Erhöhung um 28.179,58 EUR in der Spalte "Zuschreibung im HH-Jahr" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Abgang Lärmschutzwände, Nr. 30, 33, 34 Konto 8913)

Erhöhung um 859.398,56 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Einspielung Lärmschutzwände, Nr. 86 Konto 8913)

Senkung um 180.464,24 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Abgang Spundwände, Nr. 28, 33, 34 Konto 8913)

Senkung um 20.713,24 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abschreibungen auf Abgänge" (Abgang Spundwände, Nr. 28, 33, 34 Konto 8913)

Erhöhung um 4.744,41 EUR in der Spalte "Zuschreibung im HH-Jahr" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Abgang Spundwände, Nr. 28, 33, 34 Konto 8913)

Erhöhung um 206.014,82 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Einspielung Spundwände, Nr. 86 Konto 8913)

Senkung um 1.910.885,38 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Abgang Fußgängerbrücke, Nr. 29, 33, 34 Konto 8913)

Senkung um 226.157,38 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abschreibungen auf Abgänge" (Abgang Fußgängerbrücke, Nr. 29, 33, 34 Konto 8913)

Erhöhung um 51.820,31 EUR in der Spalte "Zuschreibung im HH-Jahr" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Abgang Fußgängerbrücke, Nr. 29, 33, 34 Konto 8913)

Erhöhung um 2.223.814,24 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Einspielung Fußgängerbrücken, Nr. 86 Konto 8913)

Senkung um 19.693.902,42 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Abgang Straßen vor 2000, Nr. 17, 19, 20 Konto 8913)

Senkung um 15.975.319,42 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abschreibungen auf Abgänge" (Abgang Straßen vor 2000, Nr. 17, 19, 20 Konto 8913)



Erhöhung um 170.443,27 EUR in der Spalte "Zuschreibung im HH-Jahr" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Abgang Straßen vor 2000, Nr. 17, 19, 20 Konto 8913)

Erhöhung um 7.739.567,47 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Einspielung Straßen vor 2000, Nr. 50 Konto 8913)

Senkung um 32.726.941,64 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Abgang Brücken, Nr. 25, 33, 34 Konto 8913)

Senkung um 4.639.544,64 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abschreibungen auf Abgänge" (Abgang Brücken, Nr. 25, 33, 34 Konto 8913)

Erhöhung um 994.856,41 EUR in der Spalte "Zuschreibung im HH-Jahr" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Abgang Brücken, Nr. 25, 33, 34 Konto 8913)

Erhöhung um 45.547.487,52 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Einspielung Brücken, Nr. 86 Konto 8913)

Senkung um 170.949,98 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Abgang doppelt erfasstes Grün, Nr. 23, 24 Konto 8913)

Senkung um 108.046,98 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abschreibungen auf Abgänge" (Abgang doppelt erfasstes Grün, Nr. 23, 24 Konto 8913)

Erhöhung um 4.474,83 EUR in der Spalte "Zuschreibung im HH-Jahr" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Abgang doppelt erfasstes Grün, Nr. 23, 24 Konto 8913)

Senkung um 1.122.793,58 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Abgang Straßen nach 2000, Nr. 18, 21, 22 Konto 8913)

Senkung um 146.584,58 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abschreibungen auf Abgänge" (Abgang Straßen nach 2000, Nr. 18, 21, 22 Konto 8913)

Erhöhung um 33.581,99 EUR in der Spalte "Zuschreibung im HH-Jahr" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Abgang Straßen nach 2000, Nr. 18, 21, 22 Konto 8913)

Erhöhung um 262.581,50 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Einspielung Straßen nach 2000, Nr. 51 Konto 8913)

Senkung um 4.768.499,60 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Abgang BUGA Altflächen, (Straßen etc.), Nr. 35-37 Konto 8913)

Senkung um 2.176.968,60 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abschreibungen auf Abgänge" (Abgang BUGA Altflächen, (Straßen etc.), Nr. 35-37 Konto 8913)

Erhöhung um 124.872,28 EUR in der Spalte "Zuschreibung im HH-Jahr" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Abgang BUGA Altflächen, (Straßen etc.), Nr. 35-37 Konto 8913)

Senkung um 14.149,44 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Festwerte Buga, Nr. 8 Konto 8913)

Senkung um 1.579.773,68 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Abgang Fußgängerunterführungen, Nr. 26, 33, 34 Konto 8913)

Senkung um 261.315,68 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abschreibungen auf Abgänge" (Abgang Fußgängerunterführungen, Nr. 26, 33, 34 Konto 8913)

Erhöhung um 59.865,41 EUR in der Spalte "Zuschreibung im HH-Jahr" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Abgang Fußgängerunterführungen, Nr. 26, 33, 34 Konto 8913)

Senkung um 533.633,09 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Einspielung Fußgängerunterführungen, Nr. 86 Konto 8913)

Erhöhung um 3.005.353,24 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Einspielung Fußgängerunterführungen, Nr. 86 Konto 8913)

Erhöhung um 58.457,45 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Einspielung Gabionenwände, Nr. 86 Konto 8913)

Erhöhung um 194.159,58 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Einspielung Sonderbauwerke, Nr. 86 Konto 8913)

Senkung um 102.860 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Abgang Verkehrstechnik, Nr. 38-40 Konto 8913)

Senkung um 60.858 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abschreibungen auf Abgänge" (Abgang Verkehrstechnik, Nr. 38-40 Konto 8913)

Erhöhung um 2.566,63 EUR in der Spalte "Zuschreibung im HH-Jahr" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Abgang Verkehrstechnik, Nr. 38-40 Konto 8913)

Erhöhung um 47.518,08 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Einspielung Verkehrstechnik, Nr. 86 Konto 8913)

1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler:

Senkung um 1.196.356,00 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Korrektur A4510215, Nr. 115 Konto 8913)

1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge:

Senkung um 28.100,98 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Abgang Festwert Brunnen, da Einzelaktivierung A6710004 (Konto 8913 Nr. 99))

Erhöhung um 55.112,17 EUR in der Spalte "aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abschreibungen im HH-Jahr" (Neu Einspielung Brunnen (Konto 8913 Nr.94-98)

Senkung um 9.306,20 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Festwerte Buga, Nr. 8 Konto 8913)

1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung:

1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung: Senkung um 465.751,23 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Festwerte Buga, Nr. 8 Konto 8913)

1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau:

Senkung um 60.000 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres " bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Korrektur P401553-04, Nr. 122 Konto 8913)

Senkung um 6.814,69 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Ausbuchung wg. Doppelerfassung P661090-XX, Nr. 1 Konto 8913)



Erhöhung um 33.891,21 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Korrektur P661037+42, Nr. 7 Konto 8913)

Senkung um 15.166,87 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Korrektur A6610854-6, P661042, Nr. 12 Konto 8913)

Erhöhung um 695.061,61 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" (Korrektur Konto 0955)

Senkung um 2.326.541,68 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Korrektur Konto 0955, Steuerbuchung Kulturbau)

1.3.6 Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsf. komm. Stiftungen :

Senkung um 61.522.530,18 EUR in der Spalte "Zugänge im HH-Jahr" bei gleichzeitiger Erhöhung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Korrektur Konto 1221+12211)

1.3.8 Sonstige Ausleihungen

Erhöhung um 0,13 EUR in der Spalte "AHK zum 31.12. des Vorjahres" bei gleichzeitiger Senkung in der Spalte "Abgänge im HH-Jahr" (Korrektur Konto 13622)





Anlage 6 Forderungsübersicht

lfd. Nr.	Art (gem. § 47 Abs. 4 Nr 2.2 GemHVO)	Forderungen zum 31.12.2013 mit einer Restlaufzeit			Stand zum 31.12.2013 (Nominalwert)	Abzinsung zum 31.12.2013	Stand der Wertberichtigungen zum 31.12.2013*	Stand zum 31.12.2013 (Bilanzwert)	Stand zum 31.12. des Haushaltsvorjahr (Bilanzwert)
		bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren					
1.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	19.560.861,13	7.465.016,58	3.294.699,80	30.320.577,51	N.V.	10.394.647,33	19.925.930,18	26.375.331,49**
1.1.	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	9.063.801,88	6.447.374,87	3.250.364,21	18.761.540,96	N.V.	-	18.761.540,96	19.474.188,55
1.2.	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.969.368,34	996.427,38	42.146,85	3.007.942,57	N.V.	-	3.007.942,57	2.507.096,89
1.3.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	3.809.315,58	-	-	3.809.315,58	N.V.	-	3.809.315,58	3.641.149,49
1.4.	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	43.648,06	-	-	43.648,06	N.V.	-	43.648,06	6.054,83
1.5.	Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige komm. Stiftungen	511.794,22	-	-	511.794,22	N.V.	-	511.794,22	1.168.202,92
1.6.	Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	177.505,06	788,30	-	178.293,36	N.V.	-	178.293,36	101.994,68
1.7.	Sonstige Vermögensgegenstände	3.985.427,99	20.426,03	2.188,74	4.008.042,76	N.V.	-	4.008.042,76	8.893.671,44

* davon Pauschalwertberichtigung:

4.516.200,00 €

** Abzgl Wertberichtigungen VJ

9.417.027,31 €





Anlage 7 Verbindlichkeitenübersicht

lfd. Nr.	Art (gem. § 47 Abs. 5 Nr. 4 GemHVO)	Verbindlichkeiten zum 31.12.2013			Stand zum 31.12.2013 (Nominalwert)	Abzinsung zum 31.12.2013	Stand zum 31.12.2013 (Bilanzwert)	davon durch Grundpfandrechte oder ähnliche Rechte	Art und Form der Sicherheit	Stand zum 31.12.2012 (Bilanzwert)
		bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren						
in €										
1.	Anleihen	-	-	-	-	N.V.	-			N.V.
2.	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	114.199.243,68	57.067.939,00	214.460.705,10	385.727.887,78	N.V.	385.727.887,78	385.727.887,78	Kommunalkredit	417.852.597,50
	davon:									
3.	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	37.199.174,53	57.067.939,00	214.460.705,10	308.727.818,63	N.V.	308.727.818,63	308.727.818,63	Kommunalkredit	324.452.572,20
4.	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	77.000.069,15	-	-	77.000.069,15	N.V.	77.000.069,15	77.000.069,15	Kommunalkredit	93.400.025,30
5.	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	-	-	3.336.989,48	3.336.989,48	N.V.	3.336.989,48	3.336.989,48	Bürgschaft	3.417.658,96
6.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	-	-	-	-	N.V.	-	-	-	-
7.	Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	6.970.359,20	1.238,16	117,00	6.971.480,36	N.V.	6.971.480,36	6.971.480,36	Eigentumsvorbehalt	7.456.405,12
8.	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	850,00	-	-	850,00	N.V.	850,00		keine	-
9.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.667.742,40	8.107.493,35	-	9.775.235,75	N.V.	9.775.235,75		keine	6.402.669,36
10.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9.133,85	-	-	9.133,85	N.V.	9.133,85		keine	18.026,17
11.	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	36.142.777,60	-	-	36.142.777,60	N.V.	36.142.777,60	36.142.777,60	Auf Grund gesetzl. Bestimmungen zur Einheitskasse	35.138.642,54
12.	Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	3.934.731,64	549.192,67	-	4.483.924,31	N.V.	4.483.924,31	-	keine	2.277.556,68
13.	Sonstige Verbindlichkeiten	2.648.727,27	-	-	2.648.727,27	N.V.	2.648.727,27	-	keine	9.300.006,85
14.	Summe der Verbindlichkeiten	165.573.565,64	65.725.863,18	217.797.577,58	449.097.006,40	N.V.	449.097.006,40	432.179.135,22		481.863.563,18





Anlage 8 Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen

lfd. Nr.	Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres	Planungsdaten des Haushaltsfolgejahres (2014)	Planungsdaten des zweiten Haushaltsfolgejahres (2015)	Planungsdaten des dritten Haushaltsfolgejahres (2016)	Planungsdaten der weiteren Haushaltsfolgejahre
1. Aufwandsermächtigungen						
	Teilhaushalt 1	77.000	24.018.747	24.087.913	24.300.265	-
	Teilhaushalt 2	0	1.715.620	1.726.267	1.737.003	-
	Teilhaushalt 3	0	1.639.967	1.647.238	1.654.039	-
	Teilhaushalt 4	0	930.382	1.025.800	867.341	-
	Teilhaushalt 5	94.370	21.757.390	21.439.544	21.824.955	-
	Teilhaushalt 6	0	131.628.490	132.619.160	133.683.219	-
	Teilhaushalt 7	218.400	7.291.913	6.836.160	6.893.872	-
	Teilhaushalt 8	3.816.447	26.514.761	24.801.898	24.073.917	-
	Teilhaushalt 9	0	25.677.006	25.672.225	25.821.886	-
	Teilhaushalt 10	273.221	53.364.496	53.252.398	54.417.272	-
	Teilhaushalt 11	0	27.075.750	27.650.450	28.894.350	-
2. Auszahlungsermächtigungen						
2.1	Ordentliche und außerordentliche Auszahlungen					
	Teilhaushalt 1	77.000	22.463.393	22.516.232	22.712.156	-
	Teilhaushalt 2	0	1.664.157	1.674.317	1.684.560	-
	Teilhaushalt 3	0	1.570.977	1.577.657	1.583.861	-
	Teilhaushalt 4	0	908.259	973.403	803.268	-
	Teilhaushalt 5	94.370	19.682.628	19.311.645	19.561.933	-
	Teilhaushalt 6	0	129.121.404	130.154.023	131.213.277	-
	Teilhaushalt 7	218.400	5.373.596	4.911.936	4.964.738	-
	Teilhaushalt 8	3.816.447	23.345.358	21.535.827	20.745.001	-
	Teilhaushalt 9	0	23.384.576	23.375.923	23.521.697	-
	Teilhaushalt 10	273.221	38.464.056	38.059.219	38.764.189	-
	Teilhaushalt 11	0	43.025.250	45.015.550	47.511.550	-
2.2	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit					
	Teilhaushalt 1	137.000	810.000	60.000	60.000	-
	Teilhaushalt 2	0	0	0	0	-
	Teilhaushalt 3	0	10.000	10.000	10.000	-
	Teilhaushalt 4	2.869.960	2.515.500	1.800.500	1.205.500	-
	Teilhaushalt 5	467.490	1.759.000	599.000	1.370.000	-

	Teilhaushalt 6	8.716.920	1.172.300	146.000	146.000	-
	Teilhaushalt 7	2.209.930	2.850.000	343.000	55.000	-
	Teilhaushalt 8	213.510	7.333.490	4.228.990	1.269.195	-
	Teilhaushalt 9	26.740	35.000	35.000	35.000	-
	Teilhaushalt 10	15.588.450	29.703.000	17.662.500	13.707.500	-
	Teilhaushalt 11	0	0	0	0	-
2.3	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
	Teilhaushalt 1-11	15.744.600	16.728.100	17.266.200	17.457.318	-
	3. Ermächtigungen für die Aufnahme von Investitionskrediten					
	Teilhaushalt 1-11	12.200.945	26.733.200	13.927.460	5.750.655	-
	4. Aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdende Auszahlungen					
	Teilhaushalt 1	0	0	0	0	0
	Teilhaushalt 2	0	0	0	0	0
	Teilhaushalt 3	0	0	0	0	0
	Teilhaushalt 4	972.568	0	0	0	0
	Teilhaushalt 5	0	659.000	0	0	0
	Teilhaushalt 6	7.869.560	940.300	0	0	0
	Teilhaushalt 7	600.000	0	0	0	0
	Teilhaushalt 8	470.000	1.727.000	0	0	0
	Teilhaushalt 9	0	0	0	0	0
	Teilhaushalt 10	6.972.500	8.470.000	6.628.500	0	0
	Teilhaushalt 11	0	0	0	0	0

Rechenschaftsbericht zum Haushaltsjahr 2013

Die Gemeinde hat nach **§ 108 Abs. 3 GemO** dem Jahresabschluss als Anlage einen Rechenschaftsbericht beizufügen. Im Rechenschaftsbericht sind nach **§ 49 GemHVO** der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Gemeinde so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dazu ist im Rechenschaftsbericht ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses zu geben und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Haushaltsjahr abzulegen. Ebenso hat eine Analyse der Haushaltswirtschaft, der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune zu erfolgen. Letztlich sollte auch auf Vorgänge von besonderer Bedeutung eingegangen werden und Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde dargestellt werden.

Die diesem Rechenschaftsbericht zugrunde liegende Haushaltssatzung wurde vom Rat der Stadt Koblenz am 14.12.2012 beschlossen. Am 02.05.2013 wurde die Festsetzung des Höchstbetrages der Liquiditätskredite im Rahmen der Haushaltssatzung 2013 durch Ratsbeschluss angepasst. Eine weitere Änderungssatzung zur Haushaltssatzung 2013 beschloss der Rat in seiner Sitzung am 21.06.2013. In dieser Sitzung erfolgte ein Beitrittsbeschluss zur Versagung eines Investitionskredites durch die Aufsichtsbehörde für ein veranschlagtes Einzelprojekt (Jugendtreff Güls) und die entsprechende Anpassung des Gesamtbetrages der Investitionskredite in der Haushaltssatzung für den Kernhaushalt, sowie eine Anpassung des Gesamtbetrages der Investitionskredite für den Eigenbetrieb „Koblenz-Touristik“. Ebenso wurde gleichzeitig der Realsteuerhebesatz der Grundsteuer B in einer eigenständigen Hebesatzsatzung von 400 v. H. auf 420 v. H. erhöht.

Die Historie des Haushaltsgenehmigungsprozesses wird nachstehend kurz erläutert: Mit Schreiben vom 21.12.2012 wurde die Haushaltssatzung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion vorgelegt. Ergänzende angeforderte Unterlagen wurden der Aufsichtsbehörde am 19.02.2013 nachgereicht.

Die gesetzlich vorgeschriebenen Genehmigungen der Investitionskredite und Verpflichtungsermächtigungen wurden seitens der ADD mit Schreiben vom 27.03.2013 für Kernhaushalt und Eigenbetriebe grundsätzlich erteilt. Ein Investitionskredit in Höhe von 90.000 € wurde dagegen im Kernhaushalt für das Investitionsprojekt „Jugendtreff Güls“ und der beantragte Gesamtbetrag der Investitionskredite für den Eigenbetrieb „Koblenz-Touristik“ in Höhe von 800.000 € wurden jeweils versagt.

Der Beschluss über die Haushaltssatzung 2013 wurde gleichzeitig wegen Verstöße gegen die Haushaltsausgleichsgebote und den Grundsatz der stetigen Aufgabenerfüllung mit v. g. Schreiben mit der Maßgabe beanstandet, über zusätzliche Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen innerhalb des freiwilligen städtischen Leistungsbereichs eine Ergebnisverbesserung von mindestens 3.483.783 € sicherzustellen.

Gegen die Verfügung der ADD vom 27.03.2013 wurde seitens der Stadt mit Schreiben vom 08.04.2013 zunächst Widerspruch eingelegt.

Das nachfolgende Verständigungsverfahren mit der ADD Trier führte zur Beschlussfassung und Umsetzung diverser Konsolidierungsmaßnahmen (u. a. v. g. Erhöhung Hebesatz der Grundsteuer B, zusätzliche Gewinnausschüttung Stadtwerke), sodass im Er-

gebnis die ursprüngliche Einsparauflage der ADD von rd. 3,5 Mio. € in einer weiteren Haushaltsverfügung der ADD vom 05.07.2013 auf 383.783 € reduziert werden konnte. In Höhe der verbliebene Haushaltskonsolidierungsaufgabe von rd. 384.000 € wurde vom Oberbürgermeister danach eine haushaltswirtschaftliche Sperre gemäß § 101 GemO ausgesprochen. In einem nachfolgenden Haushaltskonsolidierungsprozess konnte der verbliebene Konsolidierungsbetrag durch verschiedene Maßnahmen erreicht werden.

Der am 08.04.2013 eingelegte Widerspruch gegen die Haushaltsverfügung wurde mit Schreiben vom 29.07.2013 von der Verwaltung zurückgenommen.

Die Haushaltssatzung 2013 wurde am 02.07.2013 durch Veröffentlichung in der Rhein-Zeitung öffentlich bekannt gemacht. Der Haushaltsplan lag nachfolgend zur Einsichtnahme im Rathaus aus.

Im Haushaltsplan 2012 wurden zum ersten Mal flächendeckend für alle als „wesentlich“ erachteten Produkte im Sinne der GemHVO Produktstrategien erhoben, die Aussagen zu Zielen, Maßnahmen und Ressourceneinsatz der Produkte enthalten und mit Kennzahlen fixiert. Mit Vollendung dieses ersten Teilprojektes zur Einführung eines strategischen Ziel- und Kennzahlensystems wurde ein erster Schritt zur strategischen Gesamtsteuerung gemacht. Betroffen davon waren im Haushaltsplan 2012 damals insgesamt 21 Ämter und 50 Produkte.

Für den Haushalt 2013 wurde in einigen Bereichen die Zielstrategie angepasst (z.B. Mittelrhein-Museum, Haupt- und Personalamt, Gleichstellungsstelle). Ebenso wurde vereinzelt bei Produkten aufgrund fehlender Steuerungsrelevanz auf die Ausweisung von zusätzlichen Kennzahlen verzichtet, bzw. neue Produkte mit Kennzahlen ausgestattet.

Eine Anpassung mit neuen aussagekräftigen Kennzahlen erfolgte bei ca. 10 Fachämtern. Hierbei wurde bewusst Wert auf wirtschaftliche Kennzahlen (z. B. Zuschussbedarf je Besucher beim Mittelrhein-Museum und Stadttheater) oder Indikatoren mit überregionalem Interesse (z.B. Rückgriffsquote) gelegt.

In der Weiterentwicklung dieses Prozesses sollen für die Stadt Koblenz im Rahmen eines strategischen Programms Zielfelder beschlossen werden, auf deren Basis in der weiteren Entwicklung auch eine Anpassung der Zielstrategien und Kennzahlen der einzelnen Produkte ggfls. erforderlich ist.

Eine Auswertung der Ergebnisse und die Durchführung einer Abweichungsanalyse durch einen Plan-Ist-Vergleich erfolgte im Haushaltsplan 2013 nicht, da dies Bestandteil eines noch aufzubauenden Berichtswesens sein wird (2014/2015).

2. Lage der Gemeinde

2.1 Organisation der Gemeinde

Die **rechtliche Struktur** der **Gemeinde** stellt sich wie folgt dar:

- Koblenz ist eine kreisfreie Stadt gemäß § 7 GemO

Die **Organe** der Gemeinde sind:



- der **Oberbürgermeister**
Herr Prof. Dr. Joachim Hofmann – Göttig

- der **Stadtrat**

Der aktuelle Stadtrat der Stadt Koblenz besteht aus 56 gewählten Ratsmitgliedern und dem Oberbürgermeister.

Die **letzte Kommunalwahl** hat am **25. Mai 2014** stattgefunden. Der Stadtrat wird alle 5 Jahre neu gewählt, so dass die nächste Wahl 2019 stattfinden wird.

Die **Zusammensetzung** des **Stadtrates** im Einzelnen:

	<u>Wahlergebnis 2009</u>	<u>Wahlergebnis 2014</u>
- CDU	19 Ratsmitglieder	21 Ratsmitglieder
- SPD	14 Ratsmitglieder	14 Ratsmitglieder
- BIZ	6 Ratsmitglieder	3 Ratsmitglieder
- Grüne	6 Ratsmitglieder	8 Ratsmitglieder
- FDP	5 Ratsmitglieder	2 Ratsmitglieder
- FBG	5 Ratsmitglieder	3 Ratsmitglieder
- LINKE	1 Ratsmitglied	2 Ratsmitglieder
- AfD	-/-	2 Ratsmitglieder*
- SfK	-/-	1 Ratsmitglied*

* Während der Legislaturperiode hat sich das Ratsmitglied der SfK der FBG angeschlossen. Ebenfalls wechselte ein Mitglied der Linken-Fraktion zur BIZ.

2.2 Aufbau der Gemeindeverwaltung

1. Dezernat I

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann – Göttig

Stabsstellen Dezernatsleitungen

Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit

Gleichstellungsbeauftragte

Personalrat

Stabsstelle Zentrale Vergabestelle

Haupt- und Personalamt

Rechnungsprüfungsamt

Kämmerei und Steueramt

Stadtkasse

Rechtsamt

Kommunales Studieninstitut

Bürgeramt

Umweltamt

BUGA-Projektbüro

Amt für Wirtschaftsförderung

Eigenbetrieb „Kommunales Gebietsrechenzentrum“

Eigenbetrieb „Koblenz-Touristik“

2. Dezernat II

Bürgermeisterin Hammes – Rosenstein

Ordnungsamt

Standesamt

Amt für Brand- und Katastrophenschutz

Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales



Sport- und Bäderamt
Eigenbetrieb „Kommunaler Servicebetrieb Koblenz“

3. Dezernat III

Kulturdezernent Knopp
Kultur- und Schulverwaltungsamt
Ausgleichsamt
Stadtbibliothek
Volkshochschule
Musikschule
Städtische Museen
Stadttheater
Stadtarchiv

4. Dezernat IV

Baudezernent Prümm
Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung
Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement
Zentrales Gebäudemanagement
Tiefbauamt
Eigenbetrieb „Grünflächen- und Bestattungswesen“
Eigenbetrieb „Stadtentwässerung“



2.3 Rahmenbedingungen

- Nachfolgend werden die Gemeindeflächen dargestellt:

Nutzung	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013
	Fläche in ha					
Gebäude, Freifläche	2.101	2.059	2.027	2.049	2.062	2.064
Betriebsfläche	84	95	116	116	114	114
Erholungsfläche	483	494	504	515	517	512
Verkehrsfläche	1.092	1.103	1.103	1.103	1.105	1.104
Landwirtschaftsflächen	2.552	2.531	2.511	2.501	2.483	2.488
Waldfläche	3.498	3.540	3.551	3.552	3.556	3.548
Wasserfläche	546	546	546	546	548	551
Fl. anderer Nutzung	147	137	137	137	127	131
Bodenfläche insgesamt	10.504	10.504	10.505	10.508	10.512	10.512

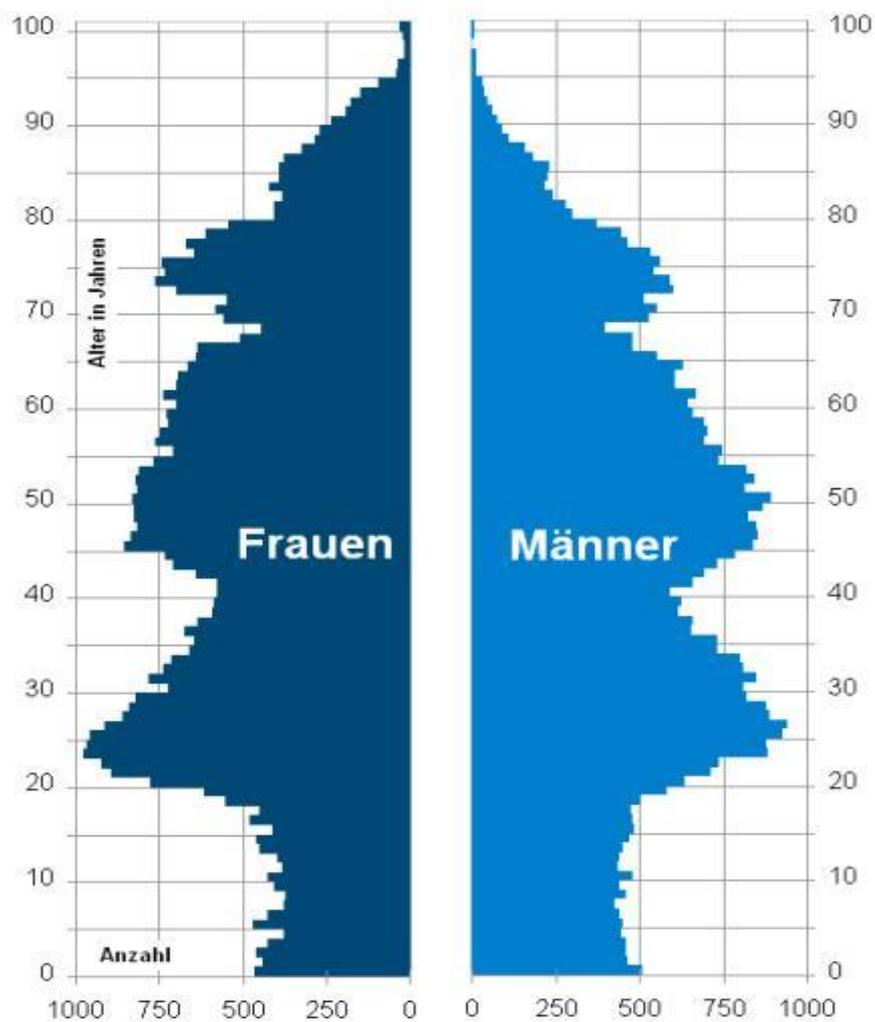
- Zur Darstellung der Bevölkerungsentwicklung können folgende Übersichten beitragen:

Bevölkerungsdaten von Koblenz

Einwohner	31.12.1998	31.12.2003	31.12.2008	31.12.2013
- Einwohner gesamt	108.695	107.599	106.802	109.922
Geschlecht				
- Männlich	51.559	51.118	51.153	52.969
- Weiblich	57.136	56.411	55.649	56.953
Nationalität				
- Deutsche	99.254	97.540	97.385	99.988
- Ausländer	9.441	10.059	9.417	9.334
Alter in Jahren				
- unter 18	18.209	17.610	16.443	15.856
- zwischen 18 und 65	69.937	67.591	66.590	70.311
- 65 und älter	20.549	22.398	23.769	23.755
Konfession				
- katholisch	65.896	60.892	57.492	55.673
- evangelisch	21.833	20.724	20.488	20.525



Bevölkerungspyramide 2013



Quelle: KoStatIS; Stand November 2013

▪ **Entwicklung der Arbeitslosenzahlen**

Strukturelle Gruppen	2010	2011	2012	2013
- Arbeitslose	4.045	3.552	3.783	3.633
Geschlecht				
- Männlich	2.226	1.919	2.008	1.932
- Weiblich	1.819	1.633	1.775	1.700
Nationalität				
- Deutsche	3.252	2.893	3.060	2.915
- Ausländer	790	657	723	716

Alter in Jahren				
- unter 25 Jahren	386	351	350	323
- 55 und älter	579	568	664	715
Weitere strukturelle Gruppen				
- Schwerbehinderte	227	237	206	184
- Langzeitarbeitslose	1.218	1.049	1.211	1.181

- Im nachfolgenden werden die **Hebesätze** der Grund- und Gewerbesteuer der Stadt Koblenz, sowie ausgewählter kreisfreier Städte in Rheinland-Pfalz dargestellt:

Gemeindebezeichnung	Hebesätze 2013		
	Gewerbesteuer	Grundsteuer B	Grundsteuer A
Kaiserslautern	410	420	310
Koblenz	410	420	340
Ludwigshafen am Rhein	375	420	320
Mainz	440	440	290
Trier	420	420	350

3. Vermögens- und Finanzlage

Zusammengefasstes Ergebnis

3.1 Bilanz

Die Bilanz hat die Aufgabe, das kommunale Vermögen und dessen Veränderungen wertmäßig nachzuweisen, sowie die Finanzierung des Vermögens darzustellen.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2013 beträgt 1.380 Mio. EUR und erhöhte sich um 11 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr.

Zum Schluss des Haushaltsjahres weist die Bilanz ein positives Eigenkapital in Höhe von 542,8 Mio. EUR aus.

Die Ursachen der Erhöhung sind unter 3.5 Darstellung der Vermögens- und Finanzlage beschrieben.



Bilanz zum 31.12.2013

	31.12. Haushalts- vorjahr in €	31.12. Haushalts- jahr in €		31.12. Haushalts- vorjahr in €	31.12. Haushalts- jahr in €
Aktiva			Passiva		
Immaterielle			Kapitalrücklage	629.905.035,66	633.865.516,81
Vermögensgegenstände	57.104.597,27	56.327.100,49	Sonstige Rücklagen	0,00	0,00
Sachanlagen	993.194.278,14	999.520.351,65	Ergebnisvortrag	-95.319.336,60	-104.089.429,41
Finanzanlagen	278.427.139,24	289.229.863,58	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-8.770.092,81	13.010.229,31
Vorräte	8.591.842,70	6.721.924,61	Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	26.375.331,49	19.925.930,18	Finanzausgleich	0,00	0,00
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	Sonderposten zum Anlagevermögen	197.286.019,43	209.670.186,99
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der Europäischen Zentralbank, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.507.192,68	2.732.564,38	Sonderposten für den Gebührenausgleich	46.934,29	37.333,40
Rechnungsabgrenzungsposten	3.395.276,46	5.815.596,73	Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,00	0,00
			Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten	0,00	0,00
			Sonderposten aus Anzahlungen für Grabnutzungsentgelte	0,00	0,00
			Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
			Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	146.548.815,55	148.808.990,51
			Steuerrückstellungen	100.000,00	8.818.793,00
			Rückstellungen für latente Steuern	0,00	0,00
			Sonstige Rückstellungen, (z. B. Instandhaltung)	16.388.947,83	19.753.910,83
			Anleihen	0,00	0,00
			Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme	417.852.597,50	385.727.887,78
			Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	3.417.658,96	3.336.989,48
			Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0,00
			Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	7.456.405,12	6.971.480,36
			Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	850,00
			Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	6.402.669,36	9.775.235,75
			Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	18.026,17	9.133,85
			Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	35.138.642,54	36.142.777,60
			Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	2.277.556,68	4.483.924,31
			Sonstige Verbindlichkeiten	9.300.006,85	2.648.727,27
			Rechnungsabgrenzungsposten	545.771,45	1.300.793,78
	1.368.595.657,98	1.380.273.331,62		1.368.595.657,98	1.380.273.331,62



	31.12.2013	31.12.2012	Differenz
Eigenkapital	542.786.316,71 €	525.815.606,25 €	16.970.710,46 €
Kapitalrücklage	633.865.516,81 €	629.905.035,66 €	3.960.481,15 €
Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Ergebnisvortrag	-104.089.429,41 €	-95.319.336,60 €	-8.770.092,81 €
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	13.010.229,31 €	-8.770.092,81 €	21.780.322,12 €

Die Erhöhung des Eigenkapitals ergibt sich aus dem Anstieg der Kapitalrücklage durch Korrekturen zur Eröffnungsbilanz in Höhe von 3,9 Mio. EUR, sowie durch den Jahresüberschusses von 13 Mio. €. Bei einer Bilanzsumme von 1.380 Mio. EUR beträgt die Eigenkapitalquote 39,32%.

	2010	2011	2012	2013
Eigenkapitalquote in %	43,11	38,62	38,42	39,32

Die Eigenkapitalquote zeigt das Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme. Eine hohe Eigenkapitalquote kann einen Indikator für die „Gesundheit“ der Kommunalfinanzen darstellen. Sie wurde in der Eröffnungsbilanz stark durch die Erstbewertung des Vermögens beeinflusst. Im Zeitvergleich zeigt eine über längere Zeit sinkende Eigenkapitalquote strukturelle Probleme des Haushaltes.

3.2 Ergebnisrechnung

▪ Planvergleich:

In der Ergebnisrechnung wird ein **Jahresüberschuss** in Höhe von **rd. 13 Mio. EUR** ausgewiesen, der um 25,6 Mio. EUR **unter** dem im Nachtragshaushaltsplan 2013 veranschlagten Jahresfehlbedarf von 12,6 Mio. EUR liegt.

Ursächlich hierfür waren insbesondere Mehrerträge von 11,9 Mio. EUR bei den Steuern und 22,3 Mio. EUR bei den sonstigen laufenden Erträgen. Der Aufwandsbereich endete mit einer Verschlechterung von rd. 9 Mio. EUR im Vergleich zum Nachtragsplan 2013.

▪ Ergebnisveränderung zum Vorjahr:

Im Ergebnisvergleich zum Vorjahr 2012 (Jahresfehlbetrag 8,8 Mio. EUR) ergibt sich eine **Verbesserung** von **21,8 Mio. EUR**.

Die laufenden Erträge stiegen in 2013 gegenüber dem Vorjahr um 41,7 Mio. EUR (13,05 %). Allein die Steuern und Abgaben wuchsen im Vergleichszeitraum von 174,25 Mio. EUR um 32,62 Mio. EUR (18,72 %) auf 206,87 Mio. EUR. Weitere Zuwächse von 3,1 Mio. EUR (+5,7 %) sowie 3,43 Mio. EUR (+ 9,32 %) ergaben sich bei den Erträgen der sozialen Sicherung bzw. sonstigen laufenden Erträgen.

Die Zinserträge und sonst. Finanzerträge sind in 2013 gegenüber 2012 um 4,7 Mio. EUR (50 %) gestiegen.

Die laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit sind im Vergleichszeitraum um 24,7 Mio. EUR (7,67 %) gestiegen.

Einzeln betrachtet:

- Personal- u. Versorgungsaufwendungen: + 1,30 Mio. EUR (1,62 %)



- Aufwendungen f. Sach- u. Dienstleist.:	+ 1,65 Mio. EUR (3,10 %)
- Abschreibungen:	+ 1,49 Mio. EUR (6,79 %)
- Zuwendungen u. a.:	+ 5,00 Mio. EUR (19,57 %)
- Aufwendungen soziale Sicherung:	+ 3,84 Mio. EUR (3,41 %)
- Sonstige laufende Aufwendungen:	+11,42 Mio. EUR (40,00 %)

Die Zinsaufwendungen stiegen im Betrachtungszeitraum um 0,79 Mio. EUR (5,41 %).

3.3 Finanzrechnung

In der Finanzrechnung beträgt der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit 47,13 Mio. EUR und liegt mit 31,83 Mio. EUR über dem geplanten Ansatz im Nachtragshaushaltsplan 2013 von 15,3 Mio. EUR.

Die im Nachtrag 2013 mit 34,52 Mio. EUR (zzgl. 45,1 Mio. EUR übertragene Ermächtigungen) geplanten Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen konnten wegen der späten Haushalts- und Nachtragshaushaltsgenehmigungen 2013 lediglich mit 32,27 Mio. EUR kassenwirksam werden.

Obgleich die Neuaufnahme von Investitionskrediten in Höhe von 44,8 Mio. EUR (32,6 Mio. Rest aus 2012 und 12,2 Mio. aus dem lfd. Jahr) möglich gewesen wäre, wurden im Berichtszeitraum keine neuen Investitionskredite aufgenommen. Bei dem in Kontenzeile 45 „Einzahlungen aus der Aufnahmen von Investitionskrediten“ ausgewiesenen Betrag von 12,9 Mio. € handelt es sich ausschließlich um Umschuldungen. Dieser Umschuldungsbetrag ist auch in Zeile 46 „Auszahlung zur Tilgung von Investitionskrediten“ enthalten, sodass der in Kontenzeile 47 „Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten“ ausgewiesene Betrag von 15,0 Mio. EUR die tatsächlich in 2013 gebuchte Verminderung des Investitionskreditbestandes widergibt.

Im Nachtragshaushaltsplan veranschlagte Investitionszuwendungen von 18,96 Mio. EUR wurden mit 16,38 Mio. EUR (- 2,58 Mio. EUR) im Investitionsbereich kassenwirksam.

Die geplante Finanzierung des Investitionshaushalts mit Erschließungs- und Ausbaubeiträgen von 0,88 Mio. EUR konnte tatsächlich mit 1,0 Mio. EUR (+0,12 Mio. EUR) verwirklicht werden.

3.4 Haushaltsausgleich

Die **Ergebnisrechnung** ist ausgeglichen. Der Jahresüberschuss bemisst sich auf 13 Mio. EUR.

Ebenso konnte auch die **Finanzrechnung** ausgeglichen werden. Hierfür ist es grundsätzlich erforderlich, dass der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen ausreicht, um die Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von Investitionskrediten zu decken. Der Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen beträgt 46,24 Mio. EUR. Abzüglich eines Umschuldungsbetrags von 12,9 Mio. EUR bemessen sich die planmäßigen Tilgungen auf 15 Mio. EUR.

Es ergibt sich somit eine freie Finanzspitze in Höhe von 31,24 Mio. EUR.

Der Haushaltsausgleich ist in der **Bilanz** gewährleistet, weil bisher noch kein negatives Eigenkapital ausgewiesen wurde.

Im Hinblick auf die beschlossenen Haushaltspläne 2014 und 2015 ist zurzeit nicht von einem Erreichen des Haushaltsausgleichs in den Finanzplanungsjahren auszugehen. Die Bilanz wird dagegen auf der Basis der in der Eröffnungsbilanz festgestellten guten Eigenkapitalquote (52,53 %) mittelfristig noch ein positives Eigenkapital darstellen können.



3.5 Darstellung der Vermögens- und Finanzlage

▪ Darstellung Vermögenslage

In Anknüpfung an die grundsätzlichen Ausführungen zur Bilanz zum 31.12.2013 (s. Abschnitt 3.1) sind folgende Entwicklungen hervorzuheben:

- Das Sachanlagevermögen enthält in den Bebauten Grundstücken den Zugang des Forum Confluentes und im Infrastrukturvermögen die Korrekturen der Eröffnungsbilanz im Bereich Straßen und Brückenbauwerke. Darüber hinaus sind die Bauten auf fremden Grund sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung angestiegen durch die Abrechnung der von der Buga GmbH übertragenen Vermögensgegenstände. Demgegenüber steht eine signifikante Senkung der Anlagen im Bau. So dass das Sachanlagevermögen in Summe lediglich einer Erhöhung von 6,3 Mio. EUR unterlag.
- Die Finanzanlagen haben sich um 10,8 Mio. EUR erhöht. Die ist begründet in dem Anstieg der kurzfristigen Forderungen gegenüber den Eigenbetrieben „Koblenz Touristik“ und „Kommunaler Servicebetrieb Koblenz“ um zusammen 5,6 Mio. EUR. Der restliche Anstieg entsteht durch den Wertzuwachs der Beteiligung an der Stadtwerke Koblenz GmbH. Aufgrund der gebildeten Gewinnrücklage und des damit verbundenen höheren Eigenkapitals, erhöht sich auch der Wert der Beteiligung.

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Immaterielle Vermögensgegenstände	57.104.597,27 €	56.327.100,49 €	-777.496,78 €
Sachanlagen	993.194.278,14 €	999.520.351,65 €	6.326.073,51 €
Finanzanlagen	278.427.139,24 €	289.229.863,58 €	10.802.724,34 €
	1.328.726.014,65 €	1.345.077.315,72 €	16.351.301,07 €

Die korrespondierenden **Sonderposten** sanken um 12,38 Mio. EUR:

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Aus Zuwendungen	126.175.189,99 €	104.192.550,14 €	21.982.639,85 €
Aus Beiträgen	22.311.141,41 €	23.338.403,41 €	- 1.027.262,00 €
Aus Anzahlungen	61.183.855,59 €	69.755.065,88 €	- 8.571.210,29 €
	209.670.186,99 €	197.286.019,43 €	12.384.167,56 €

Die **Forderungen** und sonstigen Vermögensgegenstände sind im Vergleich zur Vorjahresbilanz um ca. 6,4 Mio. EUR gesunken und betragen zum Stichtag 31.12.2013 19,9 Mio. EUR:

Nr.	Bezeichnung	HH-VJ	HH	Entwicklung
1.	Öffentlich-rechtliche Forderungen, Transferforderungen	19.474.188,55 €	18.761.540,96 €	-712.647,59 €
2.	Privatrechtliche Forderungen aus Lieferung und Leistung	2.507.096,89 €	3.007.942,57 €	500.845,68 €
3.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	3.641.149,49 €	3.809.315,58 €	168.166,09 €
4.	Forderungen gegen Beteiligungen	6.054,83 €	43.648,06 €	37.593,23 €
5.	Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, etc.	1.168.202,92 €	511.794,22 €	-656.408,70 €
6.	Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	101.994,68 €	178.293,36 €	76.298,68 €
7.	sonstige Vermögensgegenstände	8.893.671,44 €	4.008.042,76 €	-4.885.628,68 €
8.	Wertberichtigung zu Forderungen	-9.417.027,31 €	-10.394.647,33 €	-977.620,02 €
Gesamt		26.375.331,49 €	19.925.930,18 €	-6.449.401,31 €

Die **Rückstellungen** haben sich um 14,3 Mio. EUR auf 177,3 Mio. EUR erhöht. Dies resultierte aus einem Anstieg der Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen in Höhe von 2,2 Mio. EUR, einem Anstieg der Steuerrückstellungen von 8,7 Mio. EUR und einer Erhöhung der sonstigen Rückstellungen von 3,3 Mio. EUR.

Bilanzposition	HH-VJ	HH	Entwicklung
Rückstellungen für Pensionen u.ä.	146.548.815,55 €	148.808.990,51 €	2.260.174,96 €
Steuerrückstellungen	100.000,00 €	8.818.793,00 €	8.718.793,00 €
Rückstellungen für latente Steuern	0,00 €	0,00 €	0,00 €
sonstige Rückstellungen	16.388.947,83 €	19.753.910,83 €	3.364.963,00 €
	163.037.763,38 €	177.381.694,34 €	14.343.930,96 €

Die **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen** verringerten sich im Jahr 2013 um insgesamt 37,3 Mio. EUR auf 416,5 Mio. EUR. Hierbei verringerten sich die Verbindlichkeiten aus der Kreditaufnahme für Investitionen um 15,7 Mio. EUR und die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme zur Liquiditätssicherung (Geldmarkt, Eigenbetriebe und unverzinsliche Landeskredite) um 21,5 Mio. EUR.

Bilanzposition	31.12.2012	31.12.2013	Veränderung/EUR
4.2.1 "Verb. aus Kreditaufn. für Investitionen"	324.452.572,20 €	308.727.818,63 €	-15.724.753,57 €
Verb. aus Kreditaufn. zur Liquiditätssich.	129.273.395,99 €	107.728.381,72 €	-21.545.014,27 €
<i>davon in Bilanzposition</i>			
4.2.2 "Verb. aus Kreditaufn. Zur Liquiditätssich.	93.400.025,30 €	77.000.069,15 €	
4.9 "Verb. gegenüber Sondervermögen"	35.049.581,94 €	30.179.119,90 €	
4.10 "Verb. gegenüber dem sonst öffentl Bereich"	823.788,75 €	549.192,67 €	
Verb. aus Kreditaufnahmen	453.725.968,19 €	416.456.200,35 €	-37.269.767,84 €

Die restlichen Verbindlichkeiten unterscheiden sich nicht wesentlich zum Vorjahr.

Art der Verbindlichkeit	HH-VJ	HH	Entwicklung
Verbindlichkeiten, die Krediten gleichkommen	3.417.658,96 €	3.336.989,48 €	-80.669,48 €
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	7.456.405,12 €	6.971.480,36 €	-484.924,76 €
Verbindlichkeiten ggü. verb. Untern.	6.402.669,36 €	9.775.235,75 €	3.372.566,39 €
Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	18.026,17 €	9.133,85 €	-8.892,32 €
Verbindlichkeiten ggü. Sondervermögen etc.	35.138.642,54 €	36.142.777,60 €	1.004.135,06 €
Verbindlichkeiten ggü. dem sonstigen öffentlichen Bereich	2.277.556,68 €	4.483.924,31 €	2.206.367,63 €
sonstige Verbindlichkeiten	9.300.006,85 €	2.648.727,27 €	-6.651.279,58 €
Gesamt	64.010.965,68 €	63.368.268,62 €	-642.697,06 €



▪ **Darstellung Finanzlage**

	Nachrichtlich: Ansätze (Basis: Haushaltsplan 2015)					
	Ist 2013	2014	2015	2016	2017	2018
Saldo laufende Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	47.127.436	-6.222.990	13.884.614	13.902.968	10.389.542	10.802.786
Saldo Zins- u. sonstige Finanzen u. -auszahlungen	-890.290	-7.166.232	-13.210.194	-13.497.822	-14.148.189	-15.531.717
Saldo ordentliche und außerordentliche Ein- und Auszahlungen	46.237.146	-13.389.222	674.420	405.146	-3.758.646	-4.728.932
Einzahlungen Investitionstätigkeit	22.442.944	11.741.690	18.198.610	21.503.110	17.753.650	22.322.680
abzüglich						
Auszahlungen Investitionstätigkeit	32.270.407	28.803.940	43.597.820	31.035.700	31.432.700	37.945.900
Saldo Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-9.827.463	-17.062.250	-25.399.210	-9.532.590	-13.679.050	-15.623.220
Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag	36.409.683	-30.451.472	-24.724.790	-9.127.444	-17.437.696	-20.352.152
Einzahlungen Investitionskreditaufnahme (*1)	12.936.529	18.062.250	26.399.210	10.122.590	14.269.050	16.213.220
abzüglich						
Auszahlungen Tilgungen von Investitionskrediten (*2)	27.947.314	15.942.000	16.651.700	17.270.700	17.736.000	18.253.400
Saldo Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten	-15.010.785	2.120.250	9.747.510	-7.148.110	-3.466.950	-2.040.180

- alle Beträge in Euro -

(*1): Ist 2013 berücksichtigt lediglich Umschuldungen

(*2): Ist 2013 berücksichtigt: Umschuldungen von rd. 12,9 Mio. €

Erläuterungen zur Finanzrechnung:

Der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit beträgt 47,13 Mio. EUR. Gegenüber dem Planansatz 2013 von 15,3 Mio. EUR hat er sich um 31,83 Mio. EUR verbessert. Der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit wird in 2013 verringert um den negativen Saldo der Zins- und der sonstigen Finanzen- und -auszahlungen in Höhe von 0,9 Mio. EUR.

Per Saldo wird in der Jahresrechnung 2013 ein ordentliches Ergebnis von 46,23 Mio. EUR dokumentiert.

Es wurden Investitionsauszahlungen in Höhe von insgesamt 32,27 Mio. EUR kassenwirksam, denen Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von 22,44 Mio. EUR gegenüberstehen. Der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit beträgt – 9,83 Mio. EUR.



Summarische Darstellung Investitionen 2013 nach Teilhaushalten

TH	Bezeichnung	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo
1	Innere Verwaltung	18.210	86.605	-68.395
2	Bürgerdienste	0	0	0
3	Umwelt	4.510	4.510	0
4	Wirtschaft	7.763.366	10.922.945	-3.159.579
5	Sicherheit u. Ordnung	103.488	551.805	-448.317
6	Jugend u. Soziales	61.947	647.504	-585.557
7	Sport	1.300	1.174.245	-1.172.945
8	Schulen	945.169	3.605.962	-2.660.793
9	Kultur	0	17.921	-17.921
10	Bauen, Wohnen, Verkehr	13.544.954	15.258.910	-1.713.956
11	Zentrale Finanzdienstleistungen	0	0	0
	Summe	22.442.944	32.270.407	-9.827.463

- alle Beträge in Euro -

Wesentliche Projekte Investitionshaushalt 2013

Bezeichnung	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo
Kulturbau Zentralplatz	4.872.149	10.507.065	-5.634.916
Umgestaltung Zentralplatz	1.452.494	381.203	1.071.291
Umlegung Bubenheim	0	1.563.236	-1.563.236
Sanierung Zentralplatz mit umliegenden Straßen	1.530.158	2.595.170	-1.065.012
Sanierung Balduinbrücke	2.712.838	4.273.888	-1.561.050
Hochwasserschutzmaßnahmen Lützel, Neuendorf, Wallersheim	907.284	1.448.844	-541.560
Brückenbauwerk Langemarckplatz	412.800	41.688	371.112
Sanierungsvertrag Wohnbau	0	2.099.957	-2.099.957
Brandschutzmaßnahme BBS Technik	235.000	795.000	-560.000

- alle Beträge in Euro -

4. Ertragslage

4.1 Darstellung Ergebnisrechnung

Die Entwicklung der Ertragslage der Stadt spiegelt sich in der Ergebnisrechnung wieder. In der Ergebnisrechnung wird die Ertrags- und Aufwandsstruktur dargestellt. Nachfolgend erfolgt zunächst eine **verkürzte tabellarische Darstellung der Ergebnisrechnung 2013:**

	Nachrichtlich Ansätze (Basis Haushaltsplan 2015)					
	Ist 2013	2014	2015	2016	2017	2018
Steuern u. ähnliche Abgaben, öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte, privatrechtliche Leistungsentgelte, Erhöhung o. Verminderung d. Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen, andere aktivierte Eigenleistungen, sonst. lfd. Erträge	264.588.997	208.789.442	220.454.700	223.782.531	229.462.085	235.072.560
abzüglich						
Personalaufwendungen, Versorgungsaufwendungen; Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Abschreibungen, sonst. lfd. Aufwendungen	199.891.365	207.441.465	203.585.397	201.047.734	199.318.481	200.393.024
Zwischensumme 1	64.697.632	1.347.977	16.869.303	22.734.797	30.143.604	34.679.536
Zuwendungen, allgemeine Umlagen, sonstige Transfererträge, Kostenerstattungen und Kostenumlagen, Erträge der sozialen Sicherung	96.625.680	106.353.068	116.850.199	112.200.713	110.972.635	108.352.025
abzüglich						
Transferaufwendungen, Aufwendungen der sozialen Sicherung	146.914.281	147.703.346	149.229.588	151.123.654	153.290.254	154.854.294
Zwischensumme 2	-50.288.601	-41.350.278	-32.379.389	-38.922.941	-42.317.619	-46.502.269
Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	14.409.031	-40.002.301	-15.510.086	-16.188.144	-12.174.015	-11.822.733
Finanzergebnis	-1.387.318	-7.132.492	-13.210.194	-13.497.822	-14.148.189	-15.531.717
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen	-11.484	0	0	0	0	0
Jahresergebnis	13.010.229	-47.134.793	-28.720.280	-29.685.966	-26.322.204	-27.354.450

- alle Beträge in Euro -

4.2 Zusammengefasstes Ergebnis

In der Ergebnisrechnung wird ein positives laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit in Höhe von 14,4 Mio. EUR gegenüber dem Planansatz von -8,9 Mio. EUR dargestellt. Es wird vermindert durch das negative Finanzergebnis von 1,39 Mio. EUR als Saldo der Zinserträge/ sonstigen Finanzerträge und der Zinsaufwendungen/ sonstigen Finanzaufwendungen. Zusätzlich ergeben sich außerordentliche Aufwendungen von 0,01 Mio. EUR.

Es wird letztlich ein Jahresergebnis (=Überschuss) in Höhe von 13 Mio. EUR ausgewiesen. Für die folgenden Haushaltsjahre wird auf Grundlage der Haushaltspläne 2013 und 2014 wieder mit Fehlbeträgen gerechnet.

4.3 Nicht zahlungswirksame Aufwendungen/ Erträge im Ergebnishaushalt:

	Planung	Ist-Buchung	Differenz
2 Zuwendung, allg. Uml.+so. Transferertr.	4.837.373,75 €	4.632.907,16 €	-204.466,59 €
4 Öffentlich-rechtl. Leistungsentgelte	984.107,00 €	992.933,32 €	8.826,32 €
9 Sonstige laufende Erträge	1.939.793,00 €	12.207.702,39 €	10.267.909,39 €
10 Summe lfd. Erträge Verwalt.tätigkeit	7.761.273,75 €	17.833.542,87 €	10.072.269,12 €
11 Personalaufwendungen	3.683.602,27 €	2.455.362,86 €	-1.228.239,41 €
14 Abschreibungen gem.§2Abs.1Nr.14GemHVO	23.301.673,00 €	23.385.903,76 €	84.230,76 €
18 Sonstige laufende Aufwendungen	5.833.905,00 €	3.402.752,72 €	-2.431.152,28 €
19 Summe lfd. Aufwend. Verwalt.tätigkeit	32.819.180,27 €	29.244.019,34 €	-3.575.160,93 €
20 Lfd. Ergebnis aus Verwalt.tätigkeit	-25.057.906,52 €	-11.410.476,47 €	13.647.430,05 €
24 Ordentliches Ergebnis	-25.057.906,52 €	-11.410.476,47 €	13.647.430,05 €
28 Jahresergebnis	-25.057.906,52 €	-11.410.476,47 €	13.647.430,05 €

5. Kennzahlen

Im Folgenden werden die wesentlichen Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage der Stadt Koblenz dargestellt. Kennzahlen stellen verdichtete Informationen dar, die sich auf wichtige Tatbestände beziehen und diese in konzentrierter Form zur Darstellung bringen. Sie ermöglichen es, komplizierte Strukturen auf einfache Weise darzustellen und einen Überblick über die wirtschaftliche Situation der Stadt Koblenz zu erhalten.

Aufwandsdeckungsgrad

ER 2012			ER 2013			EH 2014		
Ertrag	Aufwand	Quote	Ertrag	Aufwand	Quote	Ertrag	Aufwand	Quote
328.855.577,80	336.685.365,67	97,67%	375.197.131,15	362.175.417,43	103,60%	323.599.828,00	370.734.621,00	87,29%

Der Aufwandsdeckungsgrad gibt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

A Ertragsquoten

		ER 2012		ER 2013		EH 2014	
		Betrag	Quote	Betrag	Quote	Betrag	Quote
1	Steuerertragsquote	173.499.891,97 €	54,30%	206.051.986,04 €	57,04%	175.528.500,00 €	55,70%
2	Zuwendungsquote	28.760.326,15 €	9,00%	31.038.686,01 €	8,59%	36.463.538,00 €	11,57%
3	Ertragsquote der sozialen Sicherung	54.391.416,40 €	17,02%	57.475.193,09 €	15,91%	62.319.700,00 €	19,78%
4	Leistungsentgeltquote	23.609.119,80 €	7,39%	24.068.357,39 €	6,66%	23.478.649,00 €	7,45%
5	Quote der sonstigen Erträge	38.524.815,40 €	12,06%	41.765.454,84 €	11,56%	16.452.123,00 €	5,22%
	Gesamt ¹	319.532.851,89 €	99,77%	361.214.677,37 €	99,77%	315.142.510,00 €	99,71%

1) Die jeweiligen Differenzbeträge zu 100 % sind auf die in Teilhaushalt 06 "Soziales und Jugend" in Produktzeile 1 "Steuern und ähnliche Abgaben" eingeplanten Leistungsbeteiligungen für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende zurückzuführen. Diese Beträge (ER 2012: 747.282,17 €, ER 2013: 815.000 €, EH 2014: 900.000 €) sind in der Tabelle nicht enthalten.

Erläuterungen:



- 1 Die Steuerertragsquote beschreibt den prozentualen Anteil der Erträge, die die Kommune aus Steuern bezieht (EH, Anteil v. Pos. 1 - Kontenart 401 - 403), bezogen auf die Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit. Hierunter fallen Realsteuern, Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern sowie sonstige Gemeindesteuern.
- 2 Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit eine Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist. Der Anteil der Erträge aus Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonstigen Transfererträgen wird an der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit dargestellt.
- 3 Anteil der Erträge der sozialen Sicherung an der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit.
- 4 Anteil der öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Leistungsentgelte sowie Kostenerstattungen/ -umlagen an der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit.
- 5 Anteil der Erträge aus der Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen, anderen aktivierten Eigenleistungen und sonstigen laufenden Erträgen an der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit.

B Aufwandsquoten		ER 2012		ER 2013		EH 2014	
		Betrag	Quote	Betrag	Quote	Betrag	Quote
1	Personal- und Versorgungsaufwandsquote (Intensität I)	80.098.689,51 €	24,87%	81.400.467,53 €	23,47%	86.942.090,00 €	24,48%
2	Sach- und Dienstleistungsintensität (Intensität I)	53.481.775,70 €	16,60%	55.136.578,54 €	15,90%	68.665.530,00 €	19,33%
3	Abschreibungsintensität I	21.899.331,69 €	6,80%	23.385.903,76 €	6,74%	27.956.884,00 €	7,87%
4	Transferaufwandsquote	25.524.352,99 €	7,92%	30.519.706,08 €	8,80%	25.318.481,00 €	7,13%
5	Soziallastquote I	112.551.789,80 €	34,94%	116.394.575,12 €	33,56%	122.384.865,00 €	34,46%
6	Quote der sonstigen laufenden Aufwendungen	28.549.036,78 €	8,86%	39.968.414,98 €	11,52%	23.876.961,00 €	6,72%
	Gesamt	322.104.976,47 €	100,00%	346.805.646,01 €	100,00%	355.144.811,00 €	100,00%

Erläuterungen:

- 1 Die Personal- und Versorgungsintensität I gibt an, welchen Anteil die Personal- und Versorgungsaufwendungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit ausmachen.



- 2 Anteil der Sach- und Dienstleistungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.
- 3 Anteil der Abschreibungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.
- 4 Anteil der Zuwendungen, Umlagen und sonstigen Transferaufwendungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.
- 5 Die Soziallastquote I zeigt an, welchen Anteil die Aufwendungen der sozialen Sicherung an den laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit ausmachen.
- 6 Anteil der sonstigen laufenden Aufwendungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.

Einwohnerzahl zum 31.12.
d.J. ²⁾

		108.900	109.922	110.677
		ER 2012	ER 2013	EH 2014
		Betrag	Betrag	Betrag
7	Personal und Versorgungsaufwendungen je Einwohner	735,53 €	740,53 €	785,55 €
8	Sach- und Dienstleistungsin- tensität je Einwohner	491,11 €	501,60 €	620,41 €
9	Sozialaufwendungen je Ein- wohner	1.033,53 €	1.058,88 €	1.105,78 €

2) Quelle: Statistisches Jahrbuch, Oktober 2014; Monatlicher Bevölkerungsbericht Dezember 2014

Personal- und Versorgungsaufwendungen je Einwohner =

$$\frac{\text{Personal- und Versorgungsaufwendungen}}{\text{Einwohnerzahl}}$$



$$\text{Sach- und Dienstleistungsintensität je Einwohner} = \frac{\text{Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen}}{\text{Einwohnerzahl}}$$

$$\text{Sozialaufwendungen je Einwohner} = \frac{\text{Aufwendungen der sozialen Sicherung}}{\text{Einwohnerzahl}}$$

		ER 2012		ER 2013		EH 2014	
		Betrag	Quote	Betrag	Quote	Betrag	Quote
10	Zinslastquote	13.059.968,81 €	4,05%	13.676.602,69 €	3,81%	14.467.060,00 €	4,18%
11	Zinsdeckungsquote	13.059.968,81 €	4,09%	13.676.602,69 €	4,05%	14.467.060,00 €	4,61%

Erläuterungen:

- 10 Die Zinslastquote zeigt die Belastung aus Zinsaufwendungen für Investitionskredite und Liquiditätskredite im Verhältnis zu den laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit an.
- 11 Die Zinsdeckungsquote zeigt an, in welchem Umfang die laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit von den Zinsaufwendungen für Investitionskredite und Liquiditätskredite aufgezehrt werden.

Einwohnerzahl zum 31.12. d.J. ³⁾

	108.900	109.922	110.677
	ER 2012	ER 2013	EH 2014
	Betrag	Betrag	Betrag



Zinsaufwendungen für Investitionskredite	11.949.773,36 €	12.068.573,15 €	12.005.960,00 €
Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite	1.110.195,45 €	1.608.029,54 €	2.461.100,00 €
Zinsaufwendungen (gesamt) je Einwohner	119,93 €	124,42 €	130,71 €

3) Quelle: Statistisches Jahrbuch 2014; Monatlicher Bevölkerungsbericht Dezember 2014

Entwicklung der Kreditverschuldung der Stadt Koblenz ohne Sondervermögen mit Sonderrechnung (ohne Zinsabgrenzung)

Stand	Einwohnerzahl	Investitionskreditverschuldung		Liquiditätskreditverschuldung		Gesamtkreditverschuldung	
		in €	je Einw.	in €	je Einw.	in €	je Einwohner
31.12.2011	106.742	277.269.844,28 €	2.597,57 €	116.376.011,00 €	1.090,26 €	393.645.855,28 €	3.687,83 €
31.12.2012	108.900	320.203.238,40 €	2.940,34 €	129.273.396,00 €	1.187,08 €	449.476.634,40 €	4.127,43 €
31.12.2013	109.922	304.734.277,95 €	2.772,28 €	107.728.381,72 €	980,04 €	412.462.265,67 €	3.752,32 €
vorläufig 31.12.2014	110.677	314.662.555,65 €	2.843,07 €	119.293.129,00 €	1.077,85 €	433.955.684,55 €	3.920,92 €



6. Gliederung der Teilhaushalte

Die Stadt Koblenz hat in den jeweiligen Teilhaushalten folgende Produkte gebildet:

Teilhaushalt 01 „Innere Verwaltung“

Verantwortlich: Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig

1111	Verwaltungssteuerung
1113	Öffentlichkeitsarbeit
1116	Gleichstellung
1117	Personalvertretung
1149	Zentrale Vergabestelle
1114	Gremien
1121	Personal
1122	Allgemeine Personalwirtschaft
1131	Organisation
1145	Zentrale Dienste
1211	Statistik
5222	Mietspiegel
1181	Rechnungsprüfung
1161	Finanzverwaltung
1162	Zentrale Buchhaltung/Vollstreckung
1191	Recht
1146	Versicherung
1226	Schiedsamt
3516	Sozialversicherungsangelegenheiten
2313	Kommunales Studieninstitut

Teilhaushalt 02 „Bürgerdienste“

Verantwortlich: Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig

1223	Bürgerservice
------	---------------

Teilhaushalt 03 „Umwelt“

Verantwortlich: Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig

1115	Lokale Agenda 21
5374	Abfallrecht
5522	Gewässeraufsicht und Bodenschutz
5541	Naturschutz/Landschaftspflege
5611	Umweltschutzmaßnahmen

Teilhaushalt 04 „Wirtschaft“

Verantwortlich: Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig

5117	Stadtentwicklung – BUGA 2011
5711	Kommunale Wirtschaftsförderung



Teilhaushalt 05 „Sicherheit und Ordnung“

Verantwortlich: Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein

1118	Integrationsbeauftragter und Beirat für Migration und Integration
1212	Wahlen
1221	Sicherheit und Ordnung
1231	Verkehrsüberwachung
1232	Erlaubnisse Verkehr/Kfz-Zulassungswesen
1241	Lebensmittelüberwachung
5732	Märkte, Kirmesse
1227	Personenstandswesen und sonstige Beurkundungen
1261	Brandschutz
1262	Leitstelle
1281	Zivil- und Katastrophenschutz

Teilhaushalt 06 „Jugend und Soziales“

Verantwortlich: Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein

3111	Grundversorgung u. Hilfe gem. SGB XII
3121	Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)
3122	Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalt
3131	Hilfen für Asylbewerber
3141	Soziale Einrichtungen
3211	Kriegsopferfürsorge
3311	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
3411	Unterhaltsvorschussleistungen
3431	Betreuungsleistungen
3511	Sonstige Soziale Hilfen und Leistungen
3521	Bildung und Teilhabe
3611	Förderung von Kindern in Tageseinricht./Tagespflege
3621	Jugendarbeit
3631	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe
3641	Jugendhilfeplanung
3651	Tageseinrichtungen für Kinder
3661	Einrichtungen der Jugendarbeit

Teilhaushalt 07 „Sport“

Verantwortlich: Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein

4211	Förderung des Sports
4241	Sportstätten und Bäder



Teilhaushalt 08 „Schulen“

Verantwortlich: Beigeordneter Knopp

2012	Allgemeine Schulverwaltung
2111	Grundschulen
2121	Hauptschulen
2151	Realschulen plus
2171	Gymnasien
2181	Integrierte Gesamtschule
2211	Förderschulen
2311	Berufsbildende Schulen
2411	Schülerbeförderung
2431	Schulartübergreifende Maßnahmen
•	Lastenausgleich

Teilhaushalt 09 „Kultur“

Verantwortlich: Beigeordneter Knopp

2621	Musikpflege
2811	Heimat- und Kulturpflege
2911	Förderung Kirchen- u. sonst. Religionsgemeinschaften
2721	Stadtbibliothek
2711	Volkshochschule
2631	Musikschule
2511	Mittelrhein-Museum
2512	Ludwig-Museum
2611	Stadttheater
2522	Stadtarchiv

Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen und Verkehr“

Verantwortlich: Beigeordneter Prümm

1143	Ausgleichsflächen
5111	Räumliche Planungs- u. Entwicklungsmaßnahmen
5211	Bau- und Grundstücksordnung
5231	Denkmalschutz- und pflege
5221	Wohnungsbauförderung
5471	ÖPNV
1142	Liegenschaften
5112	Geoinformation
5113	Grundstückswertermittlungen
5551	Kommunaler Forstbetrieb
1144	Zentrales Gebäudemanagement
1233	Straßenverkehrsbehörde
5411	Gemeindestraßen
5421	Kreisstraßen
5431	Landesstraßen
5441	Bundesstraßen
5461	Parkeinrichtungen
5481	Fähren
5521	Gewässerunterhaltung



Teilhaushalt 11 „Zentrale Finanzdienstleistungen“

Verantwortlich: Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig

6111	Steuern, Allg. Zuweis. U. Umlagen
6121	Sonst. Allg. Finanzwirtschaft
6129	HH-weite Sonderbuchungssachverhalte
6221	Nichtrechtsfähige Stiftungen
6261	Beteiligungen, Anteile, Wertpapiere

7. Prognosebericht – Chancen und Risiken

Der vom Rat beschlossene Ergebnishaushalt des Jahres 2015 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 28,72 Mio. EUR ab.

Die sich aus der mittelfristigen Finanzplanung der Jahre 2016 ff ergebenden **Fehlbeträge** stellen sich in folgender Höhe dar:

2016: 29,69 Mio. EUR; **2017:** 26,32 Mio. EUR; **2018:** 27,35 Mio. EUR

Das **Eigenkapital** entwickelt sich unter Berücksichtigung der zuvor genannten Jahresergebnisse auf der Basis der Haushaltsplanung 2014 demnach wie folgt:

	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018
Fehlbeträge	8.770.093	-13.010.229	47.134.792	28.720.280	29.685.966	26.322.204	27.354.450
Aufgelaufenes Eigenkapital	525.815.606	542.786.317	495.651.525	466.931.245	437.245.279	410.923.075	383.568.625

- Beträge in EUR-
2013: inkl. Bilanzkorrektur in Höhe von 3,9 Mio. €

Bei einer weiterhin anzunehmenden jährlichen Fehlbetragsentwicklung von durchschnittlich rd. 25 Mio. EUR würde mit Ablauf des Jahres 2034 die bilanzielle Überschuldung drohen.

Die voraussichtliche mittelfristige **Entwicklung der Steuern und Abgaben**, basierend auf der Haushaltsplanung 2015, stellt sich wie folgt dar:

	Ist 2012	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Steuern u. Abgaben	174,2	206,8	176,4	189,9	196,1	201,7	207,3

- Beträge in Mio. EUR-

Nach der Haushaltsplanung 2015 entwickelt sich das „**laufende Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit**“ wie folgt:

	Ist 2012	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	- 2,5	14,4	- 40,0	- 15,5	- 16,2	- 12,2	- 11,8

- Beträge in Mio. EUR-

Ungeachtet der prognostizierten Entwicklung des lfd. Ergebnisses aus Verwaltungstätigkeit werden sich die Jahresfehlbeträge nach der aktuellen Planung 2015 (s. vorseitige Tabelle) in den kommenden Jahren stetig auf einem hohen Niveau von knapp unter 30 Mio. EUR p. a. bewegen.

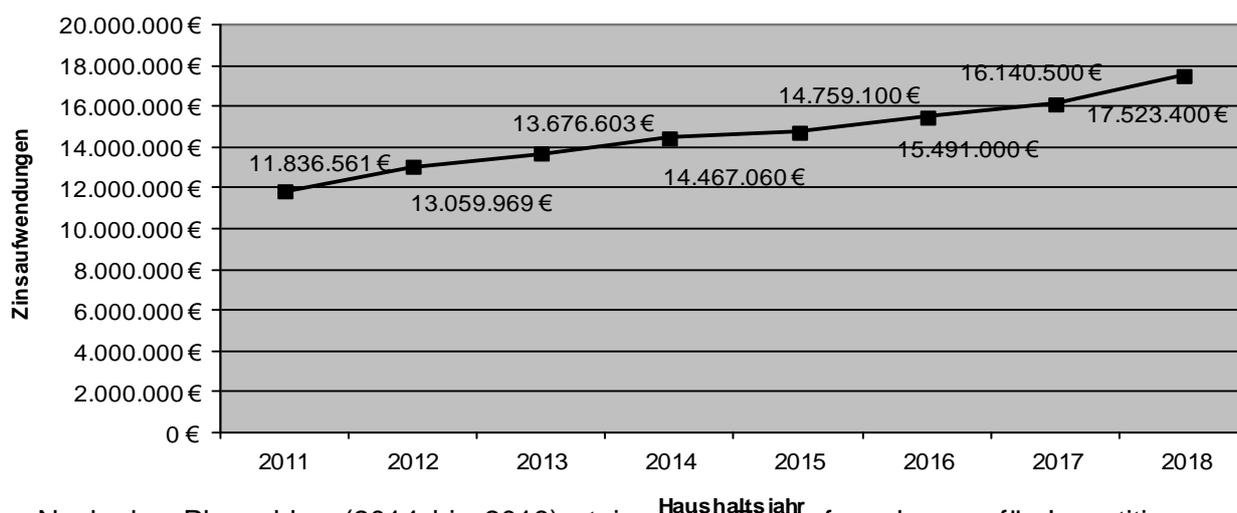
Ursächlich hierfür ist die im Rahmen der Haushaltsplanung 2015 prognostizierte negative Entwicklung der **Zinsaufwendungen u. sonstigen Finanzaufwendungen** (Kontenzeile 22, Ergebnishaushalt):

	Ist 2012	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Zinsaufwendungen u. sonstige Finanzaufwendungen	-14,6	-15,4	-15,6	-16,5	-17,0	-18,0	-18,5

- Beträge in Mio. EUR-

Resultierend aus der stetig steigenden Investitions- und Liquiditätskreditverschuldung erfahren die **Zinsaufwendungen für Kredite** in den kommenden Haushaltsjahren eine Steigerung:

Planmäßige Entwicklung der Zinsaufwendungen für Investitions- und Liquiditätskredite (einschließlich Derivatgeschäfte)



Nach den Planzahlen (2014 bis 2018) steigen die Zinsaufwendungen für Investitions- und Liquiditätskredite einschließlich der zur Zinssicherung abgeschlossenen Derivatgeschäfte innerhalb von fünf Jahren um rd. 3,85 Mio. € (28,13 %). Hierbei eingerechnet sind schon die in den kommenden Jahren zu erwartenden Zinserhöhungen.

Weitere erhebliche finanzielle Belastungen sind weiterhin im **Kinder- und Jugendhilfebereich** auf der Grundlage gesetzlicher Bestimmungen vorgegeben:

Die gesetzlichen Änderungen zur **Kindertagesbetreuung** haben auf Bundesebene den Rechtsanspruch neu geregelt. Seit dem 1.8.2013 haben alle Kinder ab einem Jahr einen Rechtsanspruch auf Betreuung in einer Kindertagesstätte oder in der Kindertagespflege.

Für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sind daher dauerhaft hohe finanzielle Mittel aufzuwenden. Dabei geht es nicht nur formal darum, den Rechtsanspruch von Kindern ab Vollendung des ersten Lebensjahres zu erfüllen. Die Kindertageseinrichtungen erfüllen vielmehr einen unverzichtbaren Bildungsauftrag und sichern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die betrieblichen Einrichtungen stellen durch ihre arbeitsplatznahe Kinderbetreuung einen Standortvorteil zur Gewinnung und Sicherung von Fachkräften dar.



Mit der Fertigstellung und Inbetriebnahme der städt. Baumaßnahmen Oberwerth, Rauental und Güls wurden 180 neue Plätze geschaffen. Am Standort des Bundeswehrzentralkrankenhauses wurde in 2014 eine dreigruppige Betriebskindertagesstätte in Betrieb genommen, die 35 Kinder von 0 Jahren bis zum Schuleintritt aufnehmen kann. Weitere Baumaßnahmen in Lützel, auf der Karthause und in Rübenach konnten bis zum Jahresende 2014 noch nicht abgeschlossen werden.

Perspektivisch stehen darüber hinaus mehrere Sanierungsmaßnahmen von Kindertageseinrichtungen freier Träger an, über die in den nächsten Jahren zu entscheiden sein wird, insbesondere St. Josef in der Südlichen Vorstadt, St. Martin in Kesselheim, Maria Himmelfahrt Asterstein und St. Beatus auf der Karthause. Neben der Schaffung zusätzlicher Plätze für Kinder unter 3 Jahren steht hier die Erhaltung und energetische Sanierung der Bausubstanz im Vordergrund, was aber in der Regel mit hohen Investitionskosten verbunden ist.

Der Bund und das Land beteiligen sich nach wie vor an den Investitionskosten des U3-Ausbaus; allerdings ist das Genehmigungsverfahren auf Landesebene mit hohem Verwaltungsaufwand und engen Fristsetzungen und Unsicherheiten verbunden, was wiederum die Planungssicherheit für Kommune und freie Träger erheblich beeinflusst. Die Tatsache, dass die Investitionszuschüsse des Landes nicht mehr zeitnah während bzw. nach der Baumaßnahme abgerufen werden können, führte dazu, dass die Stadt Koblenz die Vorfinanzierung der Landeszuschüsse zusagen musste.

Aufgrund aktueller gesetzlicher Regelung (Gesetz zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung... vom 22.12.2014) gewährt der Bund aus dem Bundessondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ Ländern und Kommunen Finanzhilfen für Investitionen in Tageseinrichtungen und zur Kindertagespflege für Kinder unter drei Jahren, für Rheinland-Pfalz 25.861.025 €. Den Ländern obliegen die Regelung und Durchführung des Verfahrens zur Verwendung. Seitens der kommunalen Spitzenverbände wurde gefordert, dass die Finanzmittel uneingeschränkt den Kommunen zufließen. Hierbei ist neben dem noch nicht abgeschlossenen quantitativen Ausbau auch eine Mittelverwendung zur qualitativen Verbesserung der Kinderbetreuung in den Blick zu nehmen, insbesondere Sprachförderung, Inklusion, erhöhter sozialpädagogischer Förderbedarf, Elternarbeit – um nur einige Stichworte zu nennen.

Einhergehend mit den gestiegenen und weiterhin notwendigen Investitionsausgaben wird es dauerhaft zu steigenden Personalkosten im Kitabereich kommen. Dies ist eine konsequente Folge der Schaffung zusätzlicher Plätze und Verkleinerung von Gruppen, die Kinder ab 1 Jahr aufnehmen; die jährlichen Tarifsteigerungen sind ebenso von Bedeutung. Für das Jahr 2015 haben die Gewerkschaften einen „harten Tarifstreit“ für höhere Löhne und eine verbesserte Eingruppierung im Erzieherbereich angekündigt.

Die kirchlichen Träger haben darüber hinaus weitere Sparmaßnahmen für Kindertagesstätten ab dem Jahr 2017 angekündigt; mit den konkreten Verhandlungen hierzu ist im Jahr 2016 zu rechnen. Perspektivisch ist daher eine höhere Beteiligung der Stadt Koblenz an den Kosten der kirchlichen Träger nicht auszuschließen.

Im **Bereich Asyl** sind durch die weltweiten Krisenherde, insbesondere aus Syrien und Irak auch im Jahre 2015 mit steigenden Zuweisungen seitens des Landes zu rechnen. Aus diesem Grunde werden auch in diesem Jahr deutlich steigende Aufwendungen für den Lebensunterhalt einschließlich der Unterbringung dieser Menschen sowie notwendige Krankenhilfearwendungen erwartet.

Bei Haushaltsplanaufstellung rechneten wir für das Jahr 2015 mit etwa 280 Neufällen und insgesamt 700 Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten werden.



Die Kosten dafür steigen daher sehr stark an. 2010 belief sich das Ergebnis (Aufwendungen abzüglich Erträge) noch auf 1,2 Mio. €. Im Jahre 2015 werden es bereits über 3,2 Mio. € sein. Die Kosten, die die Stadt alleine schultern muss, haben sich in den letzten fünf Jahren fast verdreifacht.

Denn im Gegensatz zu anderen Bundesländern erstattet das Land Rheinland-Pfalz den Kommunen nur Pauschalbeträge und nicht die tatsächlich entstehenden Aufwendungen. Daher ist es erforderlich, dass Bund und Land den Kommunen einen Ausgleich für diese Mehrbelastungen zur Verfügung stellen.

Im Teilhaushalt 7 „Sport“ rückt der **Neubau des Hallenbades** in den Fokus:

Der Neubau eines Hallenbades beinhaltet die Chance einen dem Bedarf gerecht werdenden und energetisch optimierten Bau zu errichten. Hierdurch können die späteren Betriebserträge- und –kosten maßgeblich beeinflusst werden.

Das Grundstück für den Neubau wird im Jahr 2015 durch die noch zu gründende Bäder GmbH erworben.

Das Land hat die grundsätzliche Förderbereitschaft für den Neubau eines Hallenbades mit bis zu 3 Mio. € in Aussicht gestellt. Damit hat das Land aus unserer Sicht auch grundsätzlich anerkannt, dass eine Großstadt wie Koblenz, an 2 Flüssen gelegen, im Rahmen der Daseinsvorsorge seiner Bevölkerung eine adäquate Möglichkeit bieten muss, schwimmen zu lernen bzw. den Schwimmsport auszuüben. Somit sollten Gründe des Gemeinwohls (VV zu § 103 GemO) darstellbar sein.

Sowohl der Stadtvorstand als auch alle im Stadtrat vertretenen Fraktionen unterstützen den Neubau eines Hallenbades.

Die im Jahre 2008 von Altenburg sowie die im Jahr 2013 von der Firma con.pro erstellten Machbarkeitsstudien kommen schlussendlich beide zum Ergebnis, das Koblenz ausreichend Nachfrage und Bedarf für ein Familien- und Wohlfühlbad mit einem an den Bedarf der Koblenzer Bevölkerung angepassten Raumkonzept (siehe Konzeptanalyse der Arbeitsgruppe) hat.

Wenn Koblenz nicht einen weiteren weichen Standortfaktor verlieren möchte, ist der Neubau des Hallenbades zwingend erforderlich.

Ebenfalls sind jedoch auch Risiken im Zusammenhang mit dem Neubau des Hallenbades verbunden.

Zum einen besteht ein Wettbewerbsrisiko, da der Ist-Zustand des Marktes zwar analysiert werden kann, jedoch lassen sich Vorhersagen zur Marktentwicklung nur prognostizieren.

Ebenfalls besteht ein wirtschaftliches Risiko. An den meisten Standorten stellen Bäder defizitäre Einrichtungen dar. Hier muss durch eine vorausschauende Planung das kalkulierbare Defizit minimal gehalten werden. Durch entsprechende energetische Maßnahmen muss ebenso der zukünftige Energiebedarf minimiert werden.

Ebenso werden sich weitere **deutliche Belastungen des städtischen Haushalts** im Rahmen des Teilhaushalts 8 „**Schulen**“ ergeben:

Nachdem bereits beträchtliche Haushaltsmittel für Schulsanierungen im Rahmen des Konjunkturpaketes aufgewendet wurden (2010: 6,5 Mio. EUR; 2011: 12,2 Mio. EUR) sind jedoch weitere erhebliche Investitionen zur Sanierung der Koblenzer Schulen erforderlich.

Bereits in 2009 wurde deshalb durch die Koblenzer Wohnbau ein externes Unternehmen, die Firma IWB aus Braunschweig, mit der Erfassung des Sanierungsstaus beauftragt. Die IWB



hat die relevanten Gebäudedaten erhoben und damit einen Ist-Zustand der Gebäudeschäden hergestellt.

Als Ergebnis wurde nach Abschluss der Konjunkturpaket-II Maßnahmen ein Sanierungsstau von ca. 193 Mio. € festgestellt. Zur Beseitigung des Sanierungsstaus wurde mit Beschluss des Stadtrates vom 23.03.2012 (BV/0021/2012) der **Masterplan Schulen** aufgestellt.

Der Masterplan ist mit dem Ziel gestartet, den Sanierungsstau innerhalb von 10 Jahren im Wesentlichen mit einem Volumen von jährlich 7 Mio. EUR plus etwaiger Zuwendungen Dritter (bspw. Landeszuwendung aus dem Schulbauprogramm) abzubauen.

Wegen des Zustandes der Schulgebäude und weiterer nicht festgestellter Mängel oder Schäden, impliziert mit etwaigen Naturereignissen und Unvorhergesehenem, ist bereits bei Aufstellung des Masterplans klar gewesen, dass eine ständige Fortschreibung und Aktualisierung erforderlich sein wird. Diese Prognose ist in den Jahren 2012-2014 tatsächlich eingetreten. Ein Beispiel an dieser Stelle sind z.B. die Abhangdecken im Hilda-Gymnasium, welche im Zuge der Brandschutzsanierung für 600.000 € saniert werden mussten. In der Version des Haushaltsplanes 2015 umfasst der Masterplan 30 laufende oder geplante Maßnahmen.

An der grundsätzlichen Ausrichtung des Masterplans hat sich bei ständiger Fortschreibung jedoch nichts geändert. Höchste Priorität genießen die aus dringenden sicherheitsrelevanten Gründen sofort umzusetzenden Maßnahmen. Hierzu zählen insbesondere Brandschutz- und Fassadensanierungen. Darauf folgend werden Projekte wahrgenommen, die zur Verbesserung der energetischen Eigenschaften der Gebäude dienen (Sanierung von Fenster, Dach, Heizung etc.). Zuletzt kommen die Verbesserungen in Betracht, um die Anforderung des Rahmenraumprogramms zu erfüllen.

Nachdem gegen Ende des Haushaltsjahres 2012 zahlreiche Maßnahmen begonnen werden konnten, wurden diese Anfang 2013 fortgesetzt und die Umsetzung der Maßnahmen hat Fahrt aufgenommen und die ersten Erfolge werden sichtbar. In Anbetracht des in 2009 festgestellten erheblichen Sanierungsstaus i.H.v. ca. 193 Mio. € und den ersten Erfahrungen des Zentralen Gebäudemanagements bleibt die Abarbeitung im Rahmen der zunächst für 10 Jahre zur Verfügung gestellten Mittel von 7 Mio. € zzgl. etwaiger Fördermittel ein sehr ambitioniertes Ziel. Aus heutiger Sicht müsste der Masterplan Schulen bereits auf 20 Jahre ausgeweitet werden.

Der seit dem ersten Schulhalbjahr 2012 vorliegende Schulentwicklungsplan könnte für die Folgejahre die Festlegung von prioritären Maßnahmen maßgeblich beeinflussen. Eine der ersten Auswirkungen ist die Gründung eines Förder- und Beratungszentrums am Schulstandort Asterstein. Weitere Sanierungsmaßnahmen im Gebäude der Hans-Zulliger-Schule mussten deshalb vorerst zurückgestellt werden.

Der Schulsanierungsvertrag mit der Koblenzer Wohnbau wird nach Abstimmung mit der ADD Trier zum 31.12.2016 aufgehoben. Bis dahin erbringt die Wohnbau die vertraglich vorgeschriebene Sanierungsleistung. Im Anschluss daran werden die weiteren Maßnahmen verstärkt über das Zentrale Gebäudemanagement der Stadt Koblenz abgewickelt.

Für den Bereich der **Koblenzer Ingenieurbauwerke (insbesondere Brückenbauwerke)** besteht auch weiterhin ein erheblicher Investitionsbedarf. Seit 2008 führt das städtische Tiefbauamt die in DIN 1076 verbindlich vorgeschriebenen Bauwerksprüfungen regelmäßig durch. Aufgrund der vorliegenden Ergebnisse dieser Prüfungen wurde für das kommende Jahrzehnt ein deutlicher Handlungsbedarf an Neubau- und Instandsetzungsmaßnahmen von Ingenieurbauwerken festgestellt. Dabei rücken aufgrund der geografischen Lage der Stadt Koblenz insbesondere die über den Rhein und die Mosel führenden Brücken in den Vordergrund. Die Erkenntnisse führten zu der Erstellung eines **Masterplans Brücken**, der dem Stadtrat in seiner Sitzung am 16. Juni 2011 zur Kenntnis vorgelegt wurde. Danach ergibt sich für einen Zeitraum von 10 Jahren bereits ein Finanzbedarf an Baukosten und Ingenieurleistungen von ca.



120 Mio. EUR ohne Einbeziehung etwaiger Baukostenerhöhungen. Des Weiteren sind an laufenden Unterhaltungskosten jährlich rund 2,5 Mio. EUR bereit zu stellen.

Auch für die anderen Ingenieurbauwerke wie Stützwände, Verkehrszeichenbrücken, Lärmschutzwände etc. wurden die Bauwerksprüfungen zwischenzeitlich größtenteils abgeschlossen. Hier hat sich ebenfalls gezeigt, dass in den kommenden Jahren deutlich mehr Finanzmittel für die Unterhaltung bzw. die Erneuerung dieser Bauwerke aufgebracht werden müssen, als dies in den vergangenen Jahren der Fall war. Es hat sich allerdings herausgestellt, dass der Zustand der Stützwände im Allgemeinen besser ist als der der Brücken, so dass der Fokus bis auf Einzelfälle nach wie vor eindeutig auf den Brücken liegt.

Es ist nach wie vor eine unabweisbare Aufgabe der Stadt, mittelfristig einen mindestens befriedigenden Bauwerkszustand zu erreichen und dauerhaft zu sichern.

Die vom Land zu erwartende Förderung von investiven Brückenbaumaßnahmen im Rahmen des LVFGKom/FAG beträgt zurzeit noch für alle Förderanträge, die bis Ende des Jahres 2014 beim Fördergeber eingereicht wurden, bis zu 75 % der zuwendungsfähigen Kosten. Danach wird die Förderung nach dem derzeitigen Modell 2019 auslaufen. Wie sich die Förderung kommunaler Verkehrsprojekte im Anschluss gestalten wird, ist derzeit noch völlig ungeklärt. Aufgrund der allgemein festzustellenden schwierigen Finanzlage der öffentlichen Hand kann es auch zu einer deutlichen Reduzierung der Fördermittel kommen.

Von den im Masterplan Brücken ausgewiesenen Projekten wurde zwischenzeitlich die Instandsetzung der Ingenieurbauwerke am Langemarckplatz mit einem Investitionsvolumen von rund 1,0 Mio. EUR erfolgreich abgeschlossen.

Es ist in diesem Zusammenhang grundsätzlich festzuhalten, dass der Masterplan Brücken nicht als starres Konstrukt zu betrachten ist, das in der zum Zeitpunkt seiner Erstellung festgelegten Reihenfolge abgearbeitet wird. Vielmehr kann sich durch verschiedene Gründe immer wieder eine Verschiebung der Dringlichkeit einzelner Projekte ergeben. Dies können beispielsweise gravierende Verschlechterungen von Bauwerken oder Bauwerksteilen sein, Bündelung oder Entzerrung von Maßnahmen, verkehrliche Belange, finanztechnische Aspekt u. v. m.

Die Bauleistungen für die Instandsetzung der Balduinbrücke sind vergeben und werden derzeit ausgeführt. Bis Ende des Jahres 2013 waren alle Arbeiten, die Verkehrsbehinderungen auf der Brücke nach sich ziehen, planmäßig abgeschlossen. Im Jahr 2014 erfolgte die Instandsetzung aller innen liegenden Bauwerksteile. 2015 werden die Lager an der Nordrampe erneuert. Wasserstandsbedingt konnten 2014 nicht sämtliche Leistungen an den Außenflächen der Brücke erledigt werden, daher müssen im Jahr 2015 noch Restarbeiten ausgeführt werden. Das Gesamtbudget ist im Haushalt mit 8 Mio. EUR veranschlagt. Eine verbindliche Förderzusage des Landes in Höhe von 75 % liegt vor.

Die Bauvorbereitungen für die Erneuerung der Brücke in der Ravensteynstraße haben sich verzögert, da die Aufsichtsbehörde (ADD Trier) nicht von der Unabweisbarkeit der Maßnahme zu überzeugen war und daher keine Mittelfreigabe erreicht werden konnte. Es wurden daher weitere ergänzende Vorlagen vorgelegt. Mittlerweile ist die Zustimmung der ADD erfolgt und die Bauvorbereitungen sind in vollem Gange. Für das neue Bauwerk wurde der Stadt von Seiten des Landes bereits grundsätzlich eine Förderung in Aussicht gestellt.

Die Bauvorbereitungen für die Erneuerung der Fußgängerbrücke über der Bahn in Stolzenfels laufen ebenfalls mit Hochdruck. Da es sich um eine Kreuzung mit der DB AG handelt, waren im Vorfeld umfangreiche Abstimmungen erforderlich. Diese sind vollständig abgearbeitet und das Vergabeverfahren für die Baumaßnahme wurde zwischenzeitlich eingeleitet. Der Montagezeitpunkt für das neue Bauwerk wird voraussichtlich im Juli 2015 sein.



Die Erneuerung des Gehwegs an der Eisenbahnbrücke Güls, die mit einem Budget von 1,7 Mio. EUR (konsumtiv) veranschlagt wurde, ist zwischenzeitlich in die Jahre 2017/18 verschoben worden, weil die Deutsche Bahn AG ebenfalls Baumaßnahmen an der Brücke durchführen will. Da die Deutsche Bahn AG sich an den sehr hohen Gerüstkosten beteiligen wird, kommt es zu erheblichen Kosteneinsparungen für die Stadt Koblenz. Ursprünglich sollte die Maßnahme bereits 2013/14 durchgeführt werden, die DB AG hat allerdings mittlerweile angekündigt, ihre Maßnahme aus finanziellen Gründen zu verschieben.

Aufgrund des gravierenden Schadensfortschritts an der Vorlandbrücke im Ortsteil Lützel bereitete das Tiefbauamt im Jahr 2013 die Erneuerung der Vorlandbrücke Lützel vor. Das vorgeschriebene EU-weite offene Vergabeverfahren nach VOB/A-EG wurde Anfang 2014 mit der Auftragsvergabe abgeschlossen. Baubeginn war im August 2014. Mit der Fertigstellung der Maßnahme ist im Frühjahr 2016 zu rechnen. Die Brückenerneuerung wird sich voraussichtlich in einem Kostenrahmen von rund 13 Mio. EUR bewegen. Für die Baumaßnahme wurden Zuwendungen in Höhe von rund 8,9 Mio. Euro durch das ISIM bewilligt. Da es aus verkehrlichen Gründen nicht möglich ist, zwei Flussbrücken im Zuge von Bundesstraßen (B 9 und B 49) gleichzeitig zu bearbeiten, können die Baumaßnahmen an der Pfaffendorfer Brücke daher voraussichtlich frühestens im Jahr 2017 nach der Fertigstellung der Vorlandbrücke Lützel beginnen.

Bei den laufenden Planungen für die Erneuerung des Überbaus der Pfaffendorfer Brücke sowie der beiden Rampenbauwerke wurde das Vorentwurfsstadium abgeschlossen. Eine Vorzugsvariante wurde durch die Stadt zwischenzeitlich festgelegt. Im derzeitigen Planungsstand werden die Gesamtkosten auf rund 40 Mio. € geschätzt. Die Entwurfsbearbeitung wurde begonnen. Noch im Jahr 2015 soll das erforderliche Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden.

Auf der Europabrücke wurde eine nicht mehr instand zu setzende Schilderbrücke mit einem Kostenvolumen von rund 85.000 € erneuert. Ebenfalls erneuert wurden zwei abgängige Schilderbrücken im Bubenheimer Kreisel. In der Bauvorbereitung befinden sich darüber hinaus wie im Masterplan Brücken ausgewiesen zwei weitere Schilderbrücken, die im Jahr 2015 erneuert werden.

Ausgeschrieben und vergeben wurden die Bauarbeiten für die Sicherungsmaßnahmen am nicht mehr standsicheren Kreuzungsbauwerk Mainzer Straße / Friedrich-Ebert-Ring.

Im Bereich der Einmündung Simmerner Straße / Hüberlingsweg wurde eine nicht mehr stand-sichere Fußgängerbrücke abgerissen und aus Wirtschaftlichkeitsgründen durch einen signalisierten ebenerdigen Überweg ersetzt.

Neben den erwähnten Brückenbaumaßnahmen wurden auch diverse Stützwände im Stadtgebiet ertüchtigt, instand gesetzt bzw. erneuert (Blindtal, Brentanostraße, Rittersturz, Anglerheim in Horchheim). Weitere Stützwände (Neuer Weg, Steilgasse, Kolonnenweg) befinden sich in der Bauvorbereitung.

Ein Teil einer eingestürzten Stützwand im Verlaufe des Ankerpfades in Lay wurde erneuert. Zum weiteren Vorgehen in Bezug auf die gesamte erneuerungswürdige Stützwand liegt dem Stadtvorstand eine Beschlussvorlage vor, die Wand und damit auch den Weg aus Kostengründen aufzugeben und zurückzubauen.

Im Hinblick auf den zukünftigen großen Finanzbedarf im angesprochenen Aufgabenbereich muss verwaltungsseitig von einer spürbaren Belastung der kommenden städtischen Haushalte ausgegangen werden. Dazu zählen auch die Zinsbelastungen aus den erforderlichen Kreditaufnahmen. Die Zinskonditionen sind zwar historisch gesehen derzeit äußerst günstig ausgelegt, können aber durchaus in einem relativ kurzen Zeitraum auf ein höheres Niveau aus-schlagen. Dies gilt wenn auch mit unterschiedlichen Zinsszenarien sowohl für die aufzuneh-

menden Investitionskredite als auch für die Liquiditätskredite, beim Letzteren, wenn es darum geht, die angesprochenen Unterhaltungsmaßnahmen zu finanzieren.

Der Bilanzposten „**Anlagen im Bau**“ dient der Sammlung der einzelnen aktivierungsfähigen Bestandteile der Herstellungskosten, die bei endgültiger Fertigstellung bzw. Betriebsbereitschaft summiert auf die endgültige Anlage nach der Vermögensverwendung umgebucht werden.

Während der Bauphase werden die unterschiedlichen Zugänge wie Fremd- oder Eigenleistungen auf der Anlage im Bau gesammelt. Mit der Umbuchung auf die endgültige Anlage wird die Anlage im Bau entsprechend ihrer Vermögensverwendung entlastet und die endgültige Anlage bebucht, ab dann beginnen auch die Abschreibungen. Hierfür wird eine Abschreibungsplanung für den Vermögensgegenstand festgelegt, die die Grundlage für die planmäßigen Abschreibungen bildet. In aller Regel wird eine lineare Abschreibung durchgeführt. Für Anlagen im Bau dürfen keine planmäßigen Abschreibungen vorgenommen werden.

In diesem Haushaltsjahr ist erstmalig eine Senkung der Anlagen im Bau möglich gewesen. Dies ist vor allem begründet in der zeitnahen Abrechnung der großen Maßnahme Forum Confluentes und der übertragenen Vermögensgegenstände der Buga GmbH an die Stadt Koblenz. Das Verfahren der quartalsweisen Berichterstattung an den Stadtvorstand sowie einer verbesserten Absprache zwischen Fachämtern und Finanzbuchhaltung hat sich positiv auf die Abrechnungen der Anlagen im Bau ausgewirkt. Aus diesem Grund und wegen der nachlassenden Neuinvestitionen geht die Finanzbuchhaltung davon aus, dass eine Personalreduktion in diesem Sachgebiet in den Jahren 2014/ 2015 geplant werden kann, ohne dass es zu Zeitverzögerungen in den Abrechnungen der Bauvorhaben kommt.

Aus dem Bereich der **städtischen Beteiligungsgesellschaften** ist zu berichten, dass

1.
auf der Grundlage der Stadtratsbeschlüsse vom 19.12.2012 das Verfahren zur Verschmelzung von **Energieversorgung Mittelrhein GmbH (EVM)** und **Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft (KEVAG)** weitergeführt wurde. Zwischenzeitlich ist im Jahr 2014 die Verschmelzung rückwirkend zum 01.01.2014 erfolgt – das Unternehmen trägt nunmehr den Namen **evm - Energieversorgung Mittelrhein AG**.
2.
auf der Grundlage des Stadtratsbeschlusses vom 19.12.2012 die Untersuchung hinsichtlich einer Kooperation des **Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz- St. Elisabeth Mayen gGmbH** mit der Stiftungsklinikum Mittelrhein GmbH, die in einer Fusion münden soll, fortgeführt wurden. Diese Fusion wurde im Jahr 2014, rückwirkend zum 01.01.2014, vertraglich fixiert – das Unternehmen trägt nunmehr den Namen **Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH**. Am Stammkapital dieser Gesellschaft ist die Stadt Koblenz mit nominell 5.120.000 Euro (= 25 %) beteiligt.
3.
die zum 31.12.2012 beantragte Liquidation der **Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH** am 07.01.2013 in das Handelsregister eingetragen wurde, Die Liquidation wird in 2015 abgeschlossen werden. Das dann verbleibende Restvermögen ist an die Stadt Koblenz auszukehren. Diese hat es ausschließlich für steuerbegünstigte Zwecke zu verwenden; eine diesbezügliche verbindliche Auskunft des Finanzamts Koblenz liegt bereits vor.



Des Weiteren stellt sich die zu erwartende wirtschaftliche Perspektive des Großprojektes **„Mittelrhein-Forum/Kulturgebäude“** positiv dar:

Vorbemerkung:

Die grundlegenden Zielsetzungen des Projektes Zentralplatz/Forum Mittelrhein sind in der Broschüre Zentralplatz (Version Nr. 3) dargelegt. Diese Broschüre ist erstmalig im Jahre 2008 anlässlich des Abschlusses des städtebaulichen Wettbewerbsverfahrens (in der Version 1) herausgegeben worden. In gekürzter Form werden nochmals die wesentlichen Argumente im nachfolgenden Text aus der Version 3 wiedergegeben:

a) Sanierungsgebiet Zentralplatz

Sanierungsgebiet Zentralplatz gesetzt, um den anhaltenden Funktions- und Frequenzverlust im Bereich Zentralplatz/Innenstadt aufzuhalten bzw. umzukehren. Die Mindernutzung und Leerstände von Ladenlokalen und Büroflächen in den oberen Etagen soll durch die wieder erhöhte Kundenfrequenz aufgrund des neuen Shopping-Centers und des Kulturgebäudes im Bereich Zentralplatz begegnet werden. Damit ergibt sich die Chance, dass mehr und höherwertige Arbeitsplätze im Bereich Zentralplatz und damit einhergehende Einkommenseffekte generiert werden.

b) Attraktivitätssteigerung im Bereich der Innenstadt/Zentralplatz

Mit dem neuen Shopping-Center und dem neuen Kulturgebäude kann sich die Innenstadt der Stadt Koblenz im kommunalen Wettbewerb zukünftig neu positionieren und seine führende Stellung im Einzelhandel und im Tourismus/Kulturangebot für die Region behaupten und ausbauen. Neben den neu geschaffenen Arbeitsplätzen im Shopping-Center wird die erhöhte Besucher- und Kundenfrequenz auch die umliegenden Einzelhandels- und sonstigen Dienstleistungsunternehmen (hier insbesondere Gastronomie) unterstützen. Es ist von Umsatzwachsen und einhergehenden erhöhten Beschäftigungszahlen auszugehen. Soweit die Unternehmen gewerbesteuerpflichtig sind, ist mit erhöhtem Gewerbesteueraufkommen zu rechnen. Für das neue Shopping-Center ist bereits die Zahlung von erheblichen Grundsteuern anzusetzen (Mehreinnahmen für die Kommune).

Ziel ist eine Erhöhung der Einzelhandels-Zentralität, und damit zusätzliche Kaufkraftzuflüsse aus der Region zu generieren.

c) Kulturbau

neue Stadtbibliothek

Die neue, attraktive und zukunftsorientierte Zentralbibliothek im Forum Confluentes am Zentralplatz fungiert als zentrale Bildungs- und Informationseinrichtung für die Stadt und die Region und ist damit ein kultureller Ort der Information, der Bildung und der Kommunikation für Kinder und Erwachsene aus allen Schichten. Sie zeigt aufgrund des hohen Kundenzuspruchs seit der Eröffnung im Juni 2013, dass den Bürgerinnen und Bürgern des Oberzentrums Koblenz ein neuzeitliches und attraktives Bildungsangebot bereitgestellt und von diesen auch angenommen wird.

Vor allem die Lesefähigkeit als Primärkompetenz kann somit sowohl bei den Kindern als auch bei den Migranten frühzeitig gefördert und unterstützt werden. Die positiven sozialen Auswirkungen (bessere Schulabschlüsse etc.) können nur aufgezeigt, aber nicht finanziell bewertet werden. Die neue Zentralbibliothek wirkt durch die Zusammenlegung von Kinder- und Jugendbibliothek und der Erwachsenenbibliothek als Kommunikationsplattform zwischen den verschiedenen Altersgruppen (Demografie) und auch zwischen den verschiedenen sozialen und ethnischen Gruppen der Stadt.

Neue Touristeninformation mit Romanticum

Die neue Touristeninformation im Kulturgebäude fungiert als Ausgangs- und Zielpunkt, insbesondere für geführte Stadtführungen aber auch für den Einzelreisenden. Insgesamt steht die



Förderung des Tourismus und die Verlängerung der Verweildauer der Touristen im Vordergrund. Hierzu zählt auch das neue Angebot des Romanticum. Die Verlängerung der Verweildauer der Touristen führt automatisch zu einer höheren Auslastung der Hotels in Koblenz und somit zu mehr Arbeitsplätzen und höheren Umsätzen in der Gastronomie.

Kulturgebäude – neues Mittelrhein-Museum

Mit dem neuen Mittelrhein-Museum kann der Kultur- und Bildungsauftrag des Museums besser als bisher umgesetzt werden. Hierzu zählen insbesondere auch die pädagogischen Möglichkeiten (Malraum) im Mittelrhein-Museum für Kleinkinder und Schüler. Im Zusammenwirken mit dem Romanticum wird dem Besucher und Touristen ein weiteres Angebotsselement in inhaltlich und räumlich verbesserter Qualität angeboten werden. Ein Besuch des Mittelrhein-Museums bietet sich als weiterer Baustein für den Touristen beim Aufenthalt in Koblenz an, um die Verweildauer zu verlängern.

Kulturgebäude – öffentliche Dachterrasse

Der Panoramaaufzug wird die Besucher und Gäste vom Foyer bis direkt auf die Dachterrasse befördern. Diese öffentliche Dachterrasse ist ein weiterer Baustein für die Gestaltung des Aufenthalts der Touristen in Koblenz und zur Verlängerung der Aufenthaltsdauer beiträgt.

Kulturgebäude - multifunktionales Foyer (bis 300 Personen)

Mit dem Foyer im Kulturgebäude verfügt die Stadt auch über einen Veranstaltungsraum mit Bestuhlung für bis zu 300 Besucher. Damit können auch kleine und mittelgroße Veranstaltungen in einem attraktiven Umfeld gestaltet werden. Dies verbessert sowohl die Lebensqualität für die in Koblenz wohnende und arbeitende Bevölkerung als auch die Möglichkeit, neue Veranstaltungsangebote im Kulturgebäude durchzuführen. Auch hier werden die Veranstaltungen sich nicht nur an die Bürger, sondern auch an die Besucher und Touristen der Stadt Koblenz richten.

d) Zentralplatz – Neugestaltung Straßen und Platz

Mit der Neugestaltung der Platzfreifläche bietet sich ein neuer zentraler Veranstaltungsort für Open-Air-Veranstaltungen und andere Veranstaltungsformen an. Dies führt zu einer Erhöhung der Besucher- und Kundenfrequenz für den Zentralplatz und für die angrenzenden Bereiche. Die Stadt Koblenz kann hier auch als Eigentümer der öffentlichen Platzfläche durch die Erteilung von Sondererlaubnissen und anderen Veranstaltungen (Nutzungsentgelte) Einnahmen generieren, die auf dem alten Zentralplatz aufgrund der fehlenden Attraktivität nicht möglich waren bzw. nicht stattfanden oder nachgefragt wurden. Die neue Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raumes soll zu einer Verlängerung der Verweildauer des Besuchers und des Touristen führen und damit den Umsatz im Bereich Einzelhandel und Gastronomie weiter fördern.

e) Risiko Kulturgebäude

Beim Betrieb des Kulturgebäudes liegen die Risiken seitens der Stadt Koblenz vorrangig in steigenden Lohnkosten. Ein weiteres Risiko liegt bei Immobilien immer in der Entwicklung der Energie- und Instandhaltungskosten, da hier ein Volumen von 103.000 m³ zu unterhalten und zu beheizen/kühlen ist. Ebenso belasten die Abschreibungen den städtischen Haushalt.

f) Schlussbemerkung zum Großprojekt „Mittelrhein-Forum/Kulturgebäude“

Eine finanzpolitische Bewertung der Effekte sowohl des Shopping-Centers als auch des Kulturgebäudes ist seit einigen Jahren durch entsprechende Fachgutachten möglich. Hierzu hat es eine Unterrichtung in der Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses vom 30.11.2011 gegeben. Viele Effekte werden erst mit einem gewissen Zeitversatz eintreten, da die Erhöhung der Kundenfrequenz nicht schlagartig eintreten wird. Auch die Erzeugung der finanzwirtschaftlichen Effekte wird zeitversetzt bei der Stadt Koblenz eintreffen. Im Jahr 2012 wurde die Betriebskostenschätzung aktualisiert und weiter differenziert.

Insbesondere der Impuls durch den Neubau spiegelt sich in zahlreichen sichtbaren Erneuerungen und Renovierungen in angrenzenden Quartieren wider. Damit wurde eine Qualitätsoffensive gestartet, die sich fortsetzen wird.



Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs:

Der Verfassungsgerichtshof (VGH) hatte dem Gesetzgeber aufgegeben, bis **spätestens** zum **1.1.2014** eine verfassungsmäßige Regelung vorzulegen. Dabei differenzierte der VGH zwischen dem vertikalen und dem horizontalen Finanzausgleich. Er stellte im Ergebnis fest, dass sowohl die vertikale Verteilungssymmetrie (Land-Kommunen) als auch das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung verletzt ist. Ein wesentlicher Fehler waren dabei die hohen und steigenden Soziallasten der Träger der Sozial- und Jugendhilfe.

Mit dem am 08. Oktober 2013 verabschiedeten Landesgesetz zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs wurden die aus Sicht des Landes sich aus dem Urteil ableitenden erforderlichen Regelungen getroffen.

Als zentrale Änderung im Rahmen des Ausgleichssystems wurden die Schlüsselzuweisungen ergänzt. Mit den neu geschaffenen Schlüsselzuweisungen C1 und C2 werden aus Sicht des Gesetzgebers Entlastungen für die Kommunen im Sozialbereich geschaffen.

Neben dieser wesentlichen Änderung umfasst das Gesetz noch weitere Änderungen, wie z.B. die Änderung der Schlüsselzuweisung B1 (Zuweisung für kreisfreie Städte wurde um 15 Euro je Einwohner von 46 Euro auf 61 Euro angehoben).

Es bleibt jedoch festzuhalten, dass auch aus heutiger Sicht noch keine abschließende Bewertung zu dieser Gesetzesänderung in inhaltlicher und finanzieller Hinsicht getroffen werden kann, da neben den sicherlich positiven auch negative Anpassungen vorgenommen wurden, die sich erst zu einem späteren Zeitpunkt bewerten lassen. Definitiv kann aber heute schon festgehalten werden, dass sich die Komplexität des rheinland-pfälzischen Finanzausgleichssystems noch weiter erhöht hat.

Seitens der kommunalen Spitzenverbände wurde bereits koordiniert, dass einige Kommunen das neue LFAG erneut vom Verfassungsgerichtshof überprüfen lassen.

Der Ausgang eines solchen Verfahrens bleibt abzuwarten.



Anlage 10 Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz

AKTIVA

1	Anlagevermögen	31.12.2013	1.345.077.315,72 €
		31.12.2012	1.328.726.014,65 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	56.327.100,49	57.104.597,27
Sachanlagen	999.520.351,65	993.194.278,14
Finanzanlagen	289.229.863,58	278.427.139,24
	1.345.077.315,72	1.328.726.014,65

Eine von den Anschaffungs- und Herstellungskosten ausgehende Darstellung der Entwicklung der einzelnen Bilanzposten des Anlagevermögens enthält der Anlagespiegel (**Anlage 5**).

1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	31.12.2013	56.327.100,49 €
		31.12.2012	57.104.597,27 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Gewerbl. Schutzrechte, Rechte, Lizenzen	290.249,68	381.353,68
Geleistete Zuwendungen	42.971.282,68	44.273.337,00
Gezahlte Investitionszuschüsse	11.216.112,00	10.903.918,00
Anzahlungen auf immat. Vermögensgegen.	1.849.456,13	1.545.988,59
	56.327.100,49	57.104.597,27

1.1.1	Gewerbliche Schutzrechte u. ähnliche Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten	31.12.2013	290.249,68 €
		31.12.2012	381.353,68 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:



	<u>EUR</u>
Stand am 31.12.2012	381.353,68
Zugänge	36.481,84
Abschreibungen	<u>- 127.585,84</u>
Stand am 31.12.2013	290.249,68

Die Zugänge beinhalten die Anschaffungskosten für verschiedene Softwarepakete und zusätzliche Lizenzen bereits implementierter Software.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	127.585,84 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

1.1.2 Geleistete Zuwendungen	31.12.2013	42.971.282,68 €
	31.12.2012	44.273.337,00 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 31.12.2012	44.273.337,00
Korrektur Eröffnungsbilanz	+ 56.239,90
Zugänge inkl. Umbuchungen	1.028.050,00
Abgänge	- 56.197,00
Abschreibungen	<u>- 2.330.147,22</u>
Stand am 31.12.2013	42.971.282,68

Die Zugänge inkl. Umbuchungen setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>EUR</u>
Investitionskostenzuschuss Stadtentwässerung	690.785,00
Zuschuss Kita St. Laurentius	174.192,00
Zuschuss Erweiterung Kita Sonnenblume	140.000,00
Zuschüsse für Sportgeräte	<u>23.073,00</u>
	1.028.050,00

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	2.330.147,22 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

Die mit einer vereinbarten, mehrjährigen Gegenleistungsverpflichtung oder einer mehrjährigen Zweckbindung verbundenen geleisteten Zuwendungen zur Anschaffung von Vermögensgegenständen wurden buchmäßig fortgeschrieben.

Geprüft wurden im Wege des Jahresabschlusses 2013 zum einen Zugänge im Bereich der Kindertagesstätten, weiterhin wurden die Zuschüsse an verschiedene Sportvereine zur Beschaffung von Sportgeräten einer näheren Betrachtung unterzogen. Gezahlt wurden hier gemäß den Sportförderrichtlinien jeweils 20 % der zuwendungsfähigen Kosten.



In Ausnahmefällen beträgt dieser 33 1/3 %, wenn die Geräte auch von Schulen genutzt werden.

Bei dem Zuschuss an die Stadtentwässerung in Höhe von 690.785 € handelt es sich um den Investitionskostenanteil des Straßenbaulastträgers an der Straßenoberflächenentwässerung für Gemeinde-, Landes-, Kreis- und Bundesstraßen sowie öffentliche Plätze.

1.1.3 Gezahlte Investitionszuschüsse	31.12.2013	11.216.112,00 €
	31.12.2012	10.903.918,00 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2012	10.903.918,00
Zugänge	814.396,78
Abschreibungen	<u>- 502.202,78</u>
Stand am 31.12.2013	11.216.112,00

Bei den Zugängen handelt es sich ausschließlich um Zuschüsse zur Errichtung eines Erweiterungsbaus am Stadttheater. Die Aufbaugesellschaft hat diesen Erweiterungsbau auf einem von ihr erworbenen Grundstück errichtet (Grundstück und Bau im Anlagevermögen der Aufbaugesellschaft). Die Stadt Koblenz hat die Maßnahme bezuschusst und ein entsprechendes immaterielles Anlagegut angelegt. Zwischen der Aufbaugesellschaft und der Stadt Koblenz besteht ein Mietvertrag über die Nutzung des Erweiterungsbaus. In diesem Zusammenhang wurde die Maßnahme „Deinhard-Passage“ (Außenanlage des Erweiterungsbaus sowie Fertigstellung der Passage und Schaffung eines durchgehenden Weges) ebenfalls von der Stadt bezuschusst.

Die bisher geleisteten Zuschüsse wurden anteilig gemäß der vereinbarten Zweckbindung bzw. Gegenleistungsverpflichtung abgeschrieben.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	502.202,78 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

1.1.5 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	31.12.2013	1.849.456,13 €
	31.12.2012	1.545.988,59 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2012	1.545.988,59
Zugänge	<u>303.467,54</u>
Stand am 31.12.2013	1.849.456,13

Wesentliche Zugänge in 2013 waren der 1. Abschlag eines Zuschusses zur Erweiterung der Kindertagesstätte St. Antonius in Koblenz-Lützel in Höhe von 200.000 € sowie ein



Teilbetrag von 84.825 € (90 %) des bewilligten Zuschusses zur Grundsanierung des Außenengeländes der Kindertagesstätte an der Christuskirche.

Ansonsten verteilt sich der Schlusssaldo von rd. 1,8 Mio. € im Wesentlichen auf mehrere Zuschüsse für den Zentralplatz (Rückbau Deinhard Gelände), den Bubenheimer Kreisel sowie verschiedene Baumaßnahmen an Kindertagesstätten.

In den Vorjahren wurde diese Bilanzposition dominiert von der Abbildung des Großprojektes „Bundesgartenschau 2011“, da dieses Konto unterjährig als Sammelkonto für die Bundesgartenschau GmbH genutzt und zum Bilanzstichtag durch Umbuchung auf die entsprechende Finanzanlage ausgeräumt wurde.

1.2 Sachanlagen	31.12.2013	999.520.351,65 €
	31.12.2012	933.194.278,14 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Wald, Forsten	25.632.848,44	25.724.612,05
Sonstige unbebaute Grundstücke	89.248.813,98	89.004.081,18
Bebaute Grundstücke	215.475.996,30	144.997.689,99
Infrastrukturvermögen	530.598.373,74	502.443.691,20
Bauten auf fremden Grund	5.487.828,00	2.612.652,00
Kunstgegenstände, Denkmäler	37.823.602,73	38.038.044,94
Maschinen, technische Anlagen, KFZ	10.268.436,49	9.198.101,18
Betriebs- u. Geschäftsausstattung	13.074.649,09	10.414.230,04
Anzahlungen, Anlagen im Bau	71.909.802,88	170.761.175,56
	999.520.351,65	993.194.278,14

1.2.1 Wald, Forsten	31.12.2013	25.632.848,44 €
	31.12.2012	25.724.612,05 €

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2012	25.724.612,05
Korrektur Eröffnungsbilanz	- 72.000,00
Umbuchungen bzw. Umgliederungen	- 17.897,76
Abgang	- 2.744,16
Zugang	+ 878,31
Stand am 31.12.2013	25.632.848,44

Bei der Korrektur zur Eröffnungsbilanz handelt es sich um die Ausräumung eines Zahlendrehers bei einem Anlagenstammsatz.



Im Gegensatz zur Eröffnungsbilanz erfolgt der Ausweis als kumulierter Bilanzwert, d.h. eine Differenzierung hinsichtlich der Grundstückswerte und des Baumbestands nach Holzart ist nicht erfolgt. Für die Folgejahre wird die Fortführung eines differenzierten Ausweises empfohlen. Der diesbezügliche Hinweis des Vorjahresprüfberichts wird insofern **eindringlich** wiederholt.

1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	31.12.2013	89.248.813,98 €
	31.12.2012	89.004.081,18 €

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 31.12.2012	89.004.081,18
Korrektur Eröffnungsbilanz	- 2.441.986,73
Zugänge	707.568,42
Umbuchungen	11.193.835,54
Abschreibungen	-147.862,81
Abgänge	<u>-9.066.821,62</u>
Stand am 31.12.2013	89.248.813,98

Im Berichtsjahr wurden die BUGA-Flächen, wie z.B. der Schloßgarten, Blumenhof, sowie versch. Spielplätze (u.a. Spielplatz Bleidenberg, Wasserspielplatz vor dem Schloß, Spielplatz E'Stein), die im Rahmen der BUGA erstellt worden sind, in den Bestand aufgenommen. Gleichzeitig wurde aus dem Bestand heraus die Gewerbefläche des ehemaligen Rhodenwaldinstituts veräußert, so dass im Saldo ein Zuwachs von rd. 245 T€ zu verzeichnen ist.

Korrekturen gegen das Eigenkapital sind in Höhe von 2.441.986,73 € durchgeführt worden.

Im Einzelnen wurden korrigiert

	<u>EUR</u>
Korrektur BUGA Festwert	-2.981.839,84
Korrektur A6750138 + A6750139	2.812,44
Korrektur A6251561	-17.066,62
Korrektur 6210465	33.273,69
Korrektur 6611437	152,80
Einbuchung Bestandswerte BUGA	26.642,69
Korrektur P611003	92.826,99
Korrektur 6710019	158.753,83
Einspielung 6210541	158.156,77
Korrektur Grundstück	6.205,15
Korrektur Grundstück	<u>78.095,37</u>
	- 2.441.986,73



Die Umbuchungen resultieren, wie auch schon im Vorjahr, vornehmlich aus Verschmelzungen und Zerlegungen von Flurstücken. Weiterhin ergaben sich Umbuchungen innerhalb des Sachanlagevermögens oder in das Umlaufvermögen.

Die Zugänge, die in der Anlagenübersicht ausgewiesen werden, umfassen die Zugänge aus Umbuchungen, die Nachaktivierungen zu einzelnen Anlagen sowie die tatsächlichen Zugänge von Anlagen durch Ankäufe.

Die Zu- und Abgänge wurden stichprobenweise geprüft.

Die Position „Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte“ beinhaltet zum Bilanzstichtag 31.12.2013 immer noch Grundstücke im Wert von ca. 500.000 €, die aber im Laufe des Jahres 2010 verkauft wurden und auf den neuen Eigentümer wirtschaftlich übergegangen sind. Der Verkauf wurde über DLP-Konten abgewickelt. Die abschließende Abwicklung des Verkaufs wird im Jahresabschluss 2014 erfolgen.

1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	31.12.2013	215.475.996,30 €
	31.12.2012	144.997.689,99 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 31.12.2012	144.997.689,99
Korrekturen Eröffnungsbilanz	239.824,15
Zugänge	386.063,15
Umbuchungen	74.568.034,62
Abgänge	-853.023,60
Abschreibungen	- 3.862.592,01
Stand am 31.12.2013	<u>215.475.996,30</u>

Eine nachträgliche Erfassung der Betriebsvorrichtungen ist erfolgt. Ebenfalls ist die Aufnahme von Kunst am Bau erfolgt. Die Prüfungsfeststellungen aus den Vorjahren entfallen somit.

Die Umbuchungen inkl. Zugänge verteilen sich im Wesentlichen auf Zugänge durch Aktivierung, wie z.B. den Kulturbau / Forum Confluentes mit einem Volumen von über 66,5 Mio. € (veredelter Rohbau inkl. Innenausbau), Brandschutzmaßnahmen an Schulgebäuden (BBS-Technik) für 3,1 Mio. €, den Neubau der Grundschule Güls für 3,2 Mio. € sowie die Sanierung des Fort Konstantin für 2,2 Mio. €.

Um Wiederholungen zu vermeiden wird an dieser Stelle auf die Position 1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau verwiesen, die eine Darstellung der wesentlichen Bauvorhaben enthält, die im Berichtsjahr durch Umbuchung auf diese Bilanzposition überführt worden sind.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	3.862.592,01 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

Die bilanziellen Abschreibungen wurden auf Plausibilität geprüft. Die Abschreibungen gliedern sich wie folgt auf:

	<u>EUR</u>
Wohnbauten	20.798,55
soziale Einrichtungen	158.741,68
Schulgebäude und -turnhallen	2.366.756,16
Kulturanlagen	228.705,33
Sportanlagen	472.064,00
Verwaltungsgebäude	115.285,00
Sonstige Gebäude	511.070,91
Korrektur sonst. Gebäude	-10.829,62
	<u>3.862.592,01</u>

Korrekturen gegen die Eröffnungsbilanz:

	<u>EUR</u>
Anpassung Grundstückswert	365.846,33
Anpassung Grundstückswert (A1050038)	-126.022,18
	<u>239.824,15</u>



1.2.4 Infrastrukturvermögen	31.12.2013	530.598.373,74 €
	31.12.2012	502.443.691,20 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Infrastruktur (Grundstücke u. ä.)	6.351.685,98	7.199.310,34
Brücken	32.595.326,49	34.488.292,00
Ingenieurtechnische Anlagen	2.859.376,87	2.705.544,00
Stützbauwerke	23.095.393,99	20.730.602,00
Grundstücke Gleisanlagen	300.078,90	300.078,90
Verteilungsanlagen	1.210,00	1.512,00
Abfallanlagen (Grundstücke u. ä.)	996.859,52	1.017.116,89
Straßen, Wege, Plätze (Grundstücke u. ä.)	248.583.980,95	244.312.128,36
Bundesstraßen	11.118.081,96	11.463.252,00
Landstraßen	5.535.759,44	5.857.124,00
Kreisstraßen	11.500.967,22	10.050.848,59
Gemeindestraßen	81.263.274,25	78.497.220,95
Gehwege	53.251.515,28	48.023.481,65
Straßenbegleitgrün	14.390.947,38	14.705.134,82
Fußwege	9.811.110,60	21,60
Radwege	1.707.709,36	1.328.696,00
Landwirtschaftliche Wege	2.872.401,00	3.148.412,00
Forstwirtschaftliche Wege	1.492.531,00	1.581.202,00
Parkplätze	13.527.314,97	11.917.872,54
Lichtsignalanlagen	1.506.604,17	1.460.314,00
Techn. Anlagen der Verkehrslenkung	320.031,75	265.877,00
Sonstige Verkehrslenkungsanlagen	284.799,15	174.552,00
Infrastrukturanlagen zur Unterhaltung	1.319.532,46	1.317.811,46
Straßenbeleuchtung	3.458.071,03	1.872.616,03
Uferbefestigungen	1.810.766,00	0,00
Sonstige Infrastruktur, Grundstücke u. ä.	643.044,02	24.670,07
	530.598.373,74	502.443.691,20

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2012	502.443.691,20
Korrekturen Eröffnungsbilanz	6.854.910,48
Zugänge	4.187.075,71
Umbuchungen	31.897.500,04
Abgänge	-1.893.397,39
Abschreibungen	-12.891.406,30
Stand am 31.12.2013	530.598.373,74

Insgesamt betrachtet hat die Bilanzposition des Infrastrukturvermögens mit rd. 28,2 Mio. € (5,6 %) einen deutlichen Zuwachs zu verzeichnen. Dieser beruht auf der Aktivierung bestimmungsgemäß nutzbarer Vermögensgegenstände.



Im Einzelnen handelt es sich um Straßenbaumaßnahmen und die damit einhergehende wertmäßige Erhöhung der Positionen Straßengrundstücke (rd. 4 Mio. €), Gemeindestraßen (rd. 2,6 Mio. €), Kreisstraßen (rd. 1,5 Mio. €), Straßenbeleuchtung (1,6 Mio. €), Gehwege (5,2 Mio. €) und Fußwege im Wert von 9,8 Mio. €.

Der starke Anstieg im Bereich der Fußwege beruht auf der Übernahme der BUGA-Flächen, die nicht mehr im Festwert „Flächenherstellung“, sondern nach Art der betroffenen Vermögensgegenstände abgebildet werden.

Weitere Positionen wie die Stützbauwerke, Parkplätze und Uferbefestigungen tragen zusammen mit rd. 5,7 Mio. € ebenfalls zur Wertsteigerung des Infrastrukturvermögens bei.

Korrekturen der Eröffnungsbilanz wurden aufgrund falscher Bewertung im Bereich der Grundstücke für Straßen, Wege, Plätze und Verkehrslenkungsanlagen durchgeführt. Die Korrektur beläuft sich insgesamt auf 262.053,61 €.

Im Detail handelt es sich um folgende Korrekturen

Brückenbauwerke

Die Brückenbauwerke wurden in Teilbauwerken und nicht mehr - wie in der Eröffnungsbilanz - in Einzelbauwerken dargestellt. Dies führte in Summe zu einer marginalen Erhöhung des Wertes um ca. 5%.

Straßen

Die im Jahr 2012 begonnene Anpassung der Restbuchwerte der Straßen wurde im Jahr 2013 fortgeführt und beendet.

Dies hat zur Folge, dass der Restbuchwert der Anlagen nun höher liegt, aufgrund der herabgesetzten Nutzungsdauer, jedoch in der Vergangenheit die Abschreibungssätze zu niedrig bemessen waren. Insgesamt sind dadurch rd. 800.000 € mehr an Aufwand angefallen, der in 2013 als periodenfremder Aufwand erfasst werden muss, da der Aufwand für Abschreibungen der Vorjahre zu gering bemessen war.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	12.891.406,30 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

Die Prüfung der Abschreibungen des Infrastrukturvermögens ergab, dass diese im Wesentlichen nach den Vorschriften des § 35 GemHVO durchgeführt wurden, jedoch die oben festgestellten Korrekturen vorzunehmen waren, um eine korrekte Darstellung des Anlagenvermögens zu gewährleisten.

1.2.5 Bauten auf fremden Grund und Boden	31.12.2013	5.487.828,00 €
	31.12.2012	2.612.652,00 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:



	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Mahnmale	1,00	1,00
Stadien	2.061.738,00	2.146.863,00
Sonstige Gartenanlagen	2.734.359,00	0,00
Sonstige Sportstätten	691.730,00	465.788,00
	<u>5.487.828,00</u>	<u>2.612.652,00</u>

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2012	2.612.652,00
Umbuchungen	3.003.929,98
Abschreibungen	<u>- 128.753,98</u>
Stand am 31.12.2013	5.487.828,00

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	128.753,98 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

Bauten auf fremden Grund und Boden sind dann gegeben, wenn das Grundstückseigentum vom Gebäudeeigentum getrennt ist. Die Bewertungen der Bauten auf fremden Grund und Boden erfolgten analog der Bewertung der bebauten Grundstücke. Die Position beinhaltet im Wesentlichen die Bausubstanz des Stadions Oberwerth sowie anderer Sportanlagen im Stadtgebiet. Die Umbuchungen im Bereich der Sonstigen Gartenanlagen resultieren aus der Abrechnung der BUGA-Flächen.

Zuschreibungen und Abgänge sind im Haushaltsjahr nicht erfolgt.

1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler	31.12.2013	37.823.602,73 €
	31.12.2012	38.038.044,94 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Denkmäler und sonst. Kunstgegenstände	24.067.807,88	23.092.689,48
Gemälde	9.413.567,35	10.609.923,35
Skulpturen	4.342.227,50	4.335.432,11
	<u>37.823.602,73</u>	<u>38.038.044,94</u>



Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2012	38.038.044,94
Korrekturen Eröffnungsbilanz	-1.196.356,00
Zugänge	2.241,96
Umbuchungen	1.024.084,77
Abgänge	-21.237,10
Abschreibungen	-23.175,84
Stand am 31.12.2013	37.823.602,73

Im Berichtsjahr wurde im Bereich der Gemälde aufgrund der Inventur des Amtes 45 eine Korrektur in Höhe von rd. 1,2 Mio. € erforderlich. Diese Korrektur beruht auf der Anpassung des Versicherungswertes. Aufgrund fehlender Vergleichswerte aus dem An- und Verkauf, wurde der Versicherungswert als Bewertungsmaßstab herangezogen, der eine zulässige Vereinfachungsmöglichkeit gem. der GemEBilBewVO darstellt.

Die Zugänge von rd. 1 Mio. € beruhen in erster Linie auf Nachaktivierungen zu Denkmälern, wie z.B. der Sanierung des Fort Asterstein, Romanisches Haus und der Feste Franz sowie der Aktivierung einer Stele.

Die fälschlicherweise in der Eröffnungsbilanz mit eingebuchten Dauerleihgaben i.H.v. 917.042 € wurden ergebnisneutral gegen das Eigenkapital im Jahresabschluss 2013 ausgebucht. Weiterhin wurden Anlagen im Wert von rd. 279.000 € korrigiert, die im Rahmen der Inventur als Zugänge angelegt worden sind, jedoch bereits in der Eröffnungsbilanz enthalten waren.

1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	31.12.2013	10.268.436,49 €
	31.12.2012	9.198.101,18 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Fahrzeuge	2.113.479,96	2.317.390,00
Maschinen und technische Anlagen	2.664.932,53	1.242.198,18
Betriebsvorrichtungen	5.490.024,00	5.638.513,00
	10.268.436,49	9.198.101,18

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2012	9.198.101,18
Korrekturen Eröffnungsbilanz	-35.419,35
Zugänge einschließlich Umbuchungen	2.480.218,48
Abgänge	-360.438,00
Abschreibungen	-1.014.025,82
Stand am 31.12.2013	10.268.436,49



Die Zugänge einschließlich Umbuchungen wurden in Stichproben geprüft und betreffen die drei Bereiche Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen sowie die Betriebsvorrichtungen. Im Einzelnen wurden z.B. Fahrzeuge für die Feuerwehr angeschafft. Ferner wurden Anlagenstammsätze, einzelne BUGA-Flächen betreffend, auf Konten der Betriebstechnik umgebucht. Diese Umbuchungen betreffen im Wesentlichen den Panoramaaufzug (T€ 450), den Brunnen Schlossvorplatz (T€ 320) und die Technik für den Wasserspielplatz (182 T€).

Die Korrektur der Eröffnungsbilanz betrifft im Wesentlichen den Abgang von Anlagen (insbesondere ein Brunnen), die ursprünglich mit einem Festwert aktiviert wurden und nun einzeln aktiviert worden sind.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

Bilanzielle Abschreibungen	1.014.025,82 €
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,00 €

Die Abschreibungen wurden stichprobenweise anhand der Anlagenstammsätze betragsmäßig überprüft und die Gegenbuchung auf dem entsprechenden Konto der Ergebnisrechnung nachvollzogen. Die Prüfung ergab jeweils Übereinstimmung.

Die Abgänge wurden stichprobenweise anhand der Buchungen im Bilanzkonto überprüft. Es ergaben sich keine Beanstandungen.

Die differenzierte Bewertung von Betriebsvorrichtungen innerhalb der städtischen Gebäude erfolgte erst ab 2009. Auf eine bilanzielle Trennung in Gebäude und Betriebsvorrichtung wurde bei den zur Eröffnungsbilanz aktivierten Anlagegütern aufgrund von unverhältnismäßig hohem Ermittlungsaufwand verzichtet. Seit 2009 werden demnach Betriebsvorrichtungen, die Bestandteil von Gebäuden sind, einzeln aktiviert und abgeschrieben.

1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung	31.12.2013	13.074.649,09 €
	31.12.2012	10.414.230,04 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Betriebsausstattung	1.023.110,93	1.182.459,31
Geschäftsausstattung	5.596.181,82	5.518.019,05
Medienbestand	1.909.337,96	1.612.957,96
GWG	12.297,00	156.907,00
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.533.721,38	1.943.886,72
	<u>13.074.649,09</u>	<u>10.414.230,04</u>



Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2012	10.414.230,04
Korrekturen Eröffnungsbilanz	-465.751,23
Zugänge	884.750,64
Umbuchungen	3.541.155,20
Abgänge	-6.762,30
Abschreibungen	-1.292.973,26
Stand am 31.12.2013	13.074.649,09

Die Zugänge inkl. Umbuchungen wurden in Stichproben geprüft und sind allesamt durch Rechnungen belegt. Es ergaben sich keine Beanstandungen. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Beschaffungen für das Kulturgebäude sowie die Aktivierung bzw. Umbuchung von Vermögen, welches von der BUGA GmbH auf den Kernhaushalt übertragen wurde. Für das Kulturgebäude wurden im Bereich des Museums 347 T€, der Stadtbibliothek T€ 544 und der Telekommunikationsanlage 296 T€ aktiviert. Der Spielplatz Bleidenberg (642 T€) sowie der Wasserspielplatz (147 T€) waren die größten Posten im Bereich der Umbuchungen des BUGA-Vermögens.

Die Korrektur der Eröffnungsbilanz betrifft die Bewertung des Anlagevermögens im Rahmen der BUGA 2011. Hier wurden die Anlagegüter ursprünglich mit Festwerten bewertet, was zum 31.12.2013 durch Einzelbewertungen korrigiert wurde.

In Gegensatz zur gesetzlichen Regelung des § 35 Abs. 3 GemHVO wurde im **Jahresabschluss 2009** zur Abschreibung der geringwertigen Wirtschaftsgüter § 6 Abs. 2 EStG angewandt. Demnach wurde eine Abgrenzung der Vermögensgegenstände anhand der steuerlichen Grenzen von 150 und 1.000 € durchgeführt und, sofern nach dieser Vorschrift erforderlich, die Bildung eines Sammel pools geringwertiger Wirtschaftsgüter mit einer 5-jährigen Abschreibungsdauer vorgenommen.

Ab dem Jahr 2010 wurden die bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung verbuchten geringwertigen Wirtschaftsgüter auf die Regelung des § 35 (3) Satz 2 GemHVO umgestellt. Hierbei wurde von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, solche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten im Einzelnen den Wert von 410 € Netto nicht überschreiten, im Jahr ihrer Anschaffung oder Herstellung aufwandswirksam zu buchen. Die entsprechenden Vermögensgegenstände aus dem Jahr 2009 werden dagegen weiterhin planmäßig abgeschrieben.

Eine stichprobenweise Überprüfung der Inventarisierung führte zu keinen Beanstandungen.

1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	31.12.2013	71.909.802,88 €
	31.12.2012	170.761.175,56 €

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:



	EUR
Stand am 31.12.2012	170.761.175,56
Korrekturen Eröffnungsbilanz	578.159,65
Zugänge	30.222.631,09
Umbuchungen	-128.607.601,83
Abgänge	-1.044.561,59
Stand am 31.12.2013	71.909.802,88

Die Bilanzposition der Anlagen im Bau beinhaltet die bis zum Bilanzstichtag getätigten städtischen Investitionen für Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, die am Bilanzstichtag noch nicht ihrer bestimmungsgemäßen Nutzung übergeben werden konnten. Diese Position verzeichnet einen hohen Rückgang von rd. 98,8 Mio. € gegenüber dem Vorjahr, der sich vor allem durch die Aktivierung fertig gestellter Anlagen im Bau ergibt, die ihrer bestimmungsgemäßen Nutzung übergeben werden konnten und damit der Abschreibung unterliegen.

Zur Reduzierung der Bilanzposition „Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau“ hat u.a. die Aktivierung nachfolgend genannter Projekte maßgeblich beigetragen:

Bezeichnung der Maßnahme	€
Kulturbau veredelter Rohbau	65.490.254,09
Löhrstraße	6.397.477,23
Konrad-Adenauer-Ufer -Dt. Eck-, Rheinstraße und KAU - Stresemannstr - Rheinstr	4.562.382,28
Umgestaltung Zentralplatz	4.159.315,35
Neubau GS Güls	3.146.388,64
Brandschutzmaßnahme BBS Technik	3.113.745,03
Konrad-Adenauer-Ufer (mit Rheinstufenanlagen vor dem Schloss)	2.943.105,71
Fort Konstantin	2.237.224,29
Schlossgarten	2.211.510,88
Schlossvorplatz	2.205.853,08
Peter-Altmeier-Ufer	2.182.778,78
Aussichtsbauwerk Plateau Ehrenbreitstein	1.998.326,71
Umgestaltung Zentralplatz	1.915.106,98
Neugestaltung Neustadt	1.824.166,03
August-Horch-Straße (Kreisel)	1.684.551,11
Generalsanierung Goethe Schule	1.349.864,12
Spielplatz Bleidenberg inkl. Gebäude Werk Bleidenberg	1.333.840,28
Ausbau Stresemannstraße	1.147.068,75
KVP Friesenstraße	1.136.236,30
Zugang Schrägaufzug	1.093.590,29
Emser Straße	1.053.819,54
BimA-Parkplatz	1.014.558,72

(aufgrund der Vielzahl der Maßnahmen sind nur Projekte mit einem Wert von mehr als 1 Mio. € aufgeführt)



Insofern bestätigt sich hier die Annahme des Vorjahres, dass die Anlagenbuchhaltung der Entwicklung der vergangenen Jahre deutlich entgegengewirkt hat und dies auch weiter beabsichtigt. Voraussetzung hierfür ist die enge Abstimmung zwischen den ausführenden Fachämtern und der Anlagenbuchhaltung.

Durch die Entwicklung und Inkraftsetzung der „Arbeitsrichtlinie Anlagevermögen, Sonderposten und Vorräte“ zeigt sich eine deutliche Verbesserung im Abrechnungsprozess gegenüber den Vorjahren. Von einer temporären Überlastung des Abrechnungsprozesses im Bereich der Anlagenbuchhaltung, wie es in den Vorjahren der Fall war, kann insofern nicht mehr ausgegangen werden. Vielmehr gelangen die Fachämter durch die Vereinheitlichung des Abrechnungsprozesses nun deutlich schneller zur Abrechnung der Projekte.

Die Annahme der Rechnungsprüfung, dass sich der temporäre Überlastungszustand im Abrechnungsprozess mit fortschreitender Dauer entzerren wird und letztendlich in den kontinuierlichen Abbau der bereits aufgelaufenen Abschreibungen mündet ist nun erstmals eingetreten.

Es kann somit festgestellt werden, dass ein durch die Rechnungsprüfung empfohlener und durch die Anlagenbuchhaltung umgesetzter, geregelter Ablauf zur Abrechnung und Aktivierung der bestimmungsgemäß nutzbaren Anlagen im Bau erfolgreich implementiert werden konnte und sich dadurch ein geregelter Abrechnungsprozess etabliert hat.

Da die Abschreibung jedoch erst mit der Aktivierung (Umbuchung auf die entspr. Bilanzposition) des Vermögensgegenstandes einsetzt, weist die Ergebnisrechnung, wie in den Vorjahren auch, zu geringe Aufwendungen für Abschreibungen aus (siehe Prüfberichte zum Jahresabschluss 2009 bis 2012).

An dieser Stelle muss die Feststellung der Jahre 2009-2012 wiederholt werden, dass die bis zur Aktivierung aufgelaufene Abschreibung nicht nachgeholt werden kann (keine Verlängerung der Nutzungsdauer des Anlagegutes möglich), so dass sich die Abschreibungsbeträge ab dem Zeitpunkt der Aktivierung auf die verbleibende Nutzungsdauer des Anlagegutes verteilen, was dann zwar zu gleichmäßigen, aber erhöhten Abschreibungen führt, und damit zwangsläufig materielle Auswirkungen auf die Ergebnisrechnungen der Folgejahre nach sich zieht.

Die Rechnungsprüfung geht daher, wie in den Jahren 2009-2012 bereits eingeschätzt, mit einem weiteren, deutlichen Anstieg der Abschreibungen, insb. nach der Fertigstellung des „Forum Confluentes“ sowie einer sukzessiven Aktivierung der bereits nutzbaren Vermögensgegenstände der Anlagen im Bau aus.

1.3 Finanzanlagen	31.12.2013	289.229.863,58 €
	31.12.2012	278.427.139,24 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:



	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Anteile an verbundene Unternehmen	159.320.288,03	153.948.054,87
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.887.970,31	2.714.619,11
Beteiligungen	5.381.633,51	5.381.443,11
Sondervermögen, Zweckverbände, AöR, rechtsfähige kommunale Stiftungen	116.920.456,13	116.242.909,12
Ausleihungen an Sondervermögen etc.	5.660.199,14	0,00
Sonstige Ausleihungen	59.316,46	140.113,03
	<u>289.229.863,58</u>	<u>278.427.139,24</u>

1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	31.12.2013	159.320.288,03 €
	31.12.2012	153.948.054,87 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Anteil %	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Stadtwerke Koblenz GmbH	100,0	136.023.834,64	129.220.939,21
Aufbaugesellschaft mbH	100,0	3.178.088,00	3.178.088,00
Koblenzer Wohnungsbau GmbH	100,0	20.050.439,20	20.050.439,20
Sporthalle Oberwerth GmbH	100,0	51.276,19	51.276,19
Bundesgartenschau GmbH	66,6	16.650,00	1.447.312,27
		<u>159.320.288,03</u>	<u>153.948.054,87</u>

Die Stadt Koblenz verfügt über Anteile an fünf verbundenen Unternehmen mit einem Vermögenswert von insgesamt 159.320.288,03 €. Mit Ausnahme der Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH besteht bei allen dieser Unternehmen eine Beteiligung in Höhe von 100 v.H. (Eigengesellschaften). Alle Anteile sind im Beteiligungsbericht gem. § 117 GemO i.V.m. § 52 GemHVO angegeben und erläutert.

■ Stadtwerke Koblenz GmbH

Die Beteiligung an der Stadtwerke Koblenz GmbH erhöht sich um 6.802.895,43 Euro, bedingt durch die Zunahme des Eigenkapitals der Stadtwerke GmbH und der Bewertung der Anteile anhand der Eigenkapitalspiegelbildmethode. Als nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge wurde die Anteilserhöhung unter dem Ertragskonto 46622 erfasst.

■ Bundesgartenschau GmbH

Die Beteiligung an der Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH mindert sich um 1.430.662,27 €, bedingt durch die Übergabe von Vermögensgegenständen aus der Bundesgartenschau 2011 an die Stadt Koblenz bzw. deren Eigenbetriebe. Korrespondierend erhöhen sich hierdurch die betreffenden Vermögenspositionen.



1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	31.12.2013	1.887.970,31 €
	31.12.2012	2.714.619,11 €

Diese Ausleihungen beinhalten 11 Darlehensverträge mit dem verbundenen Unternehmen Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH im Rahmen von Bausanierungs- bzw. Modernisierungsvorhaben.

Die Veränderungen im Zeitablauf resultieren aus Darlehenstilgungen gem. den vertraglich vereinbarten Tilgungsplänen und außerplanmäßigen Tilgungen.

1.3.3 Beteiligungen	31.12.2013	5.381.633,51 €
	31.12.2012	5.381.443,11 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Anteil %	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Gemeinschaftsklinikum gGmbH	50,00	5.120.000,00	5.120.000,00
Technologie Zentrum GmbH	28,39	247.001,35	247.001,35
EK02 GmbH	0,01	11.264,40	11.074,00
Verkehrsverbund RM GmbH	11,11	3.067,76	3.067,76
Volksbank Mittelrhein e.G.	k.A.	300,00	300,00
		<u>5.381.633,51</u>	<u>5.381.443,11</u>

Die Stadt Koblenz verfügt über Beteiligungen mit einem Vermögenswert von insgesamt 5.381.633,51 €. Die Beteiligung an dem Gemeinschaftsklinikum Kemperhof – St. Elisabeth Mayen gGmbH bestimmt zu rd. 95 % die Höhe dieser Bilanzposition. Alle Beteiligungen sind im Beteiligungsbericht gem. § 117 GemO i. V. m. § 52 GemHVO angege- ben und erläutert.

1.3.5 Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	31.12.2013	116.920.456,13 €
	31.12.2012	116.242.909,12 €

In dieser Position sind die wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen), rechtlich unselbständige Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen (z.B. Ruhegeld- und Versorgungskassen), das Stiftungsvermögen sowie die Mitgliedschaft in einem Zweckverband und einer vorhandenen Anstalt des öffentlichen Rechts auszuweisen.

Das **Sondervermögen** umfasst die fünf Eigenbetriebe der Stadt Koblenz mit einem Vermögenswert von insgesamt 108.257.931,59 Euro. Der Eigenbetrieb 85 Stadtentwässerung bestimmt zu rd. 69 % die Höhe dieses Vermögens.

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:



	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
EB 17: KGRZ	1.161.786,75	1.161.786,75
EB 67: Grünflächen- u. Bestattungswesen	568.789,46	568.789,46
EB 70: Koblenzer Entsorgungsbetrieb	3.582.814,30	3.582.814,30
EB 83: Koblenz Touristik	28.510.108,89	28.510.108,89
EB 85: Stadtentwässerung	74.434.432,19	74.332.147,42
	<u>108.257.931,59</u>	<u>108.155.646,82</u>

Es bestehen keine erläuterungswürdigen Veränderungen der Vermögenswerte zum Bilanzstichtag.

Das Vermögen aus **Zweckverbänden und Anstalten des öffentlichen Rechts** umfasst zwei Zweckverbände mit einem Vermögenswert von insgesamt 277.833,58 €. Hierzu zählen:

Zweckverband „Industriepark A61/ GVZ-Koblenz“	257.152,30 Euro
Zweckverband „Tierkörperbeseitigung in RLP“	20.681,28 Euro

Gegenüber dem Vorjahr ergaben sich keine Veränderungen des Wertansatzes, der anhand des auf die Stadt Koblenz entfallenden anteiligen Eigenkapitals bewertet wurde.

Das **Stiftungsvermögen** im Berichtsjahr beträgt 4.163.454,67 Euro und wurde anhand des Buchwerts des eingelegten Vermögens bewertet sowie auf den 31.12.2013 fortgeschrieben. Im Berichtsjahr bestehen folgende Vermögen:

Stiftung von Düsseldorf	Stiftung Zehe	Vermächtnis Brambosch Schaelen
Philipine-Kerwer-Stiftung	Nachlass Straub	Nachlass Willisch / Sauer
Stiftung Mohr	Nachlass Born	Nachlass Rothländer
Stiftung Petrou	Nachlass Neddermeyer	Nachlass Pöschmann
General-Allen-Spende	Nachlass Legner	Stiftung Erich u. Irmgard Schneider
Nachlass Rüttgers	Nachlass Blettner	

Die Entwicklung dieser Stiftungen wird in einer gesonderten Bestandsliste aufgezeichnet und fortgeschrieben. Im Berichtsjahr neu hinzugekommen ist die Stiftung Erich und Irmgard Schneider (51.129,00 Euro). Zudem besteht aus der **Sonderrücklage „Kommunaler Versorgungsrücklagen-Fonds“** ein Anteilswert zum 31.12.2013 in Höhe von 4.211.236,29 Euro bei der Rheinischen Versorgungskasse Köln, ein Zuwachs von 494.143,56 Euro gegenüber dem Vorjahr. Als nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge wurde die Anteilserhöhung unter dem Ertragskonto 46622 erfasst. Hinzu kommt eine Einlage „VHS im Wandel“ i. H. v. 10.000 €.

1.3.6 Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten d. öff. Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	31.12.2013	5.660.199,14 €
	31.12.2012	0,00 €

Diese Ausleihungen beinhalten gewährte Liquiditätskredite des Eigenbetriebes 83 Koblenz Touristik (3.322.122,74 Euro) und des Eigenbetriebes 70 Kommunaler Servicebetrieb Koblenz (2.338.076,40 Euro).



1.3.8 Sonstige Ausleihungen	31.12.2013	59.316,46 €
	31.12.2012	140.113,03 €

Diese Ausleihungen beinhalten vier Darlehensverträge mit Dritten im Rahmen von Bau-
sanierungs- bzw. Modernisierungsvorhaben. Die Veränderungen im Zeitablauf resultieren
aus Darlehenstilgungen gem. den vertraglich vereinbarten Tilgungsplänen sowie außer-
planmäßigen Tilgungen.

2 Umlaufvermögen	31.12.2013	29.380.419,17 €
	31.12.2012	36.474.366,87 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Vorräte	6.721.924,61	8.591.842,70
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	19.925.930,18	26.375.331,49
Kasse, Bankguthaben und Schecks	2.732.564,38	1.507.192,68
	<u>29.380.419,17</u>	<u>36.474.366,87</u>

2.1 Vorräte	31.12.2013	6.721.924,61 €
	31.12.2012	8.591.842,70 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	67.228,97	354.180,50
Fertige Erzeugnisse, Leistungen u. Waren	6.654.695,64	8.237.662,20
	<u>6.721.924,61</u>	<u>8.591.842,70</u>

2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	31.12.2013	67.228,97 €
	31.12.2012	354.180,50 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Rohstoffe	0,00	182.881,58
Hilfsstoffe	46.029,34	146.657,55
Betriebsstoffe	21.199,63	24.641,37
	<u>67.228,97</u>	<u>354.180,50</u>



Der Rückgang bei den Rohstoffen sowie den Hilfsstoffen begründet sich in dem Verkauf der Bestände der Ämter 65 (Hochbauamt) und 66 (Tiefbauamt) an den Kommunalen Servicebetrieb (EB 70) im Rahmen der Einrichtung des Zentralen Betriebshofes. Ansonsten handelt es sich hier im Wesentlichen um die Bestände der Feuerwehr und der verschiedenen städtischen Lager.

2.1.3 Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren	31.12.2013	6.654.695,64 €
	31.12.2012	8.237.662,20 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Waren	345.827,89	343.007,71
Grundstücke	6.308.867,75	7.888.697,49
Gebäude	0,00	5.957,00
	<u>6.654.695,64</u>	<u>8.237.662,20</u>

Der Buchwert der Grundstücke zum 31.12.2013 liegt rund 1,58 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Grund für diesen Rückgang sind im Wesentlichen Grundstücksverkäufe in Höhe von insgesamt rd. 2,6 Mio. €. Dem stehen Zugänge aus dem Umlegungsverfahren Bubenheim in Höhe von rd. 800.000 € entgegen.

Die Auflösung der Position Gebäude resultiert aus dem Verkauf des einzigen unter dieser Position noch geführten Gebäudes „Am Markt 267“.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	31.12.2013	19.925.930,18 €
	31.12.2012	26.375.331,49 €

Zusammensetzung:	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Öffentlich- rechtliche Forderungen	18.761.540,96	19.474.188,55
Privatrechtliche Forderungen	3.007.942,57	2.507.096,89
Forderungen gg. verbundene Unternehmen	3.809.315,58	3.641.149,49
Forderungen gg. Beteiligungsunternehmen	43.648,06	6.054,83
Forderungen gg. Sondervermögen, u.a.	511.794,22	1.168.202,92
Forderungen gg. sonst. öffentl. Bereich	178.293,36	101.994,68
Sonstige Vermögensgegenstände	4.008.042,76	8.893.671,44
Wertberichtigung Forderungen	<u>-10.394.647,33</u>	<u>- 9.417.027,31</u>
	19.925.930,18	26.375.331,49

Die gesetzlich vorgeschriebenen Einzelwertberichtigungen gem. § 35 GemHVO wurden in 2012 erstmals in fast ausreichendem Maße vorgenommen. Gegenüber dem Vorjahr ist abermals ein deutlicher Anstieg der Einzelwertberichtigungen festzustellen. Die anfänglichen Schwierigkeiten nach der Umstellung auf die kaufmännische Buchführung



(Doppik) sind somit für den Bereich der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen weitestgehend korrigiert worden. Für bestimmte Bereiche werden Forderungen als Summe von Einzelwertberichtigungen über einen Betrag korrigiert.

2.2.1 Öffentlich- rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	31.12.2013	18.761.540,96 €
	31.12.2012	19.474.188,55 €

Zusammensetzung:	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Gebührenforderungen	1.305.689,08	1.559.291,22
Beitragsforderungen	911.947,87	1.322.486,73
Steuerforderungen	11.845.106,52	10.958.549,64
Forderungen aus Transferleistungen	1.787.464,93	952.909,18
Öffentlich-Rechtliche Forderungen	2.911.332,56	4.680.951,78
	<u>18.761.540,96</u>	<u>19.474.188,55</u>

Um dem allgemeinen Ausfallrisiko Rechnung zu tragen, wurde eine detaillierte Pauschalwertberichtigung gebildet. Die Pauschalwertberichtigung unter Berücksichtigung der Einzelwertberichtigungen wurde wie folgt ermittelt:

	Forderungshöhe (nach EWB) EUR	%	Wertberichtigung EUR
Gebührenforderungen	1.043.990,34	20,00	208.798,07
Beitragsforderungen	859.867,71	20,00	171.973,54
Steuerforderungen	7.667.088,06	41,60	3.188.856,66
Forderungen aus Transferleistungen	1.787.464,93	0,00	0,00
Öffentlich-Rechtliche Forderungen	2.327.815,34	20,00	465.563,07
	<u>13.686.226,38</u>		<u>4.035.191,34</u>

Die Pauschalwertberichtigung deckt das Kreditrisiko, eventuelle Skontoabzüge sowie Mahn- und Beitreibungskosten und Zinsverluste ab. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung wird bei Aufstellung des Jahresabschlusses vorgenommen. Mögliche Änderungen aufgrund von Prüfungsfeststellungen werden nicht vorgenommen. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ist auf den Anstieg der Steuerforderungen zurückzuführen.

Der Ausweis der Pauschalwertberichtigung erfolgt unter der gesonderten Position 2.2.8 „Wertberichtigung Forderungen“.

2.2.2 Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	31.12.2013	3.007.942,57 €
	31.12.2012	2.507.096,89 €

Die privatrechtlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten überwiegend Forderungen aus dem Verkauf von Grundstücken, übergegangenen Unterhaltsansprüchen sowie die Rückzahlung gewährter Hilfen. In 2013 wurden diese Forderungen



unter der Berücksichtigung der Einzelwertberichtigungen in Höhe von rd. 16,0% bzw. 481.012,37 € pauschal wertberichtigt.

Der Ausweis der Pauschalwertberichtigung erfolgt unter der gesonderten Position 2.2.8 „Wertberichtigung Forderungen“.

2.2.3 Forderungen gegen verbundene Unternehmen	31.12.2013	3.809.315,58 €
	31.12.2012	3.641.149,49 €

Zusammensetzung:	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH	3.672.100,16	3.526.773,56
Wirtschaftsförderungsgesellschaft	18.395,49	44.452,03
Stadtwerke Koblenz GmbH	38.453,18	38.805,94
Sporthalle Oberwerth GmbH	21.880,25	16.543,16
Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH	24.928,77	14.574,80
Koblenzer Entsorgungs- und Versorgung GMBH	33.507,56	0,00
Energieversorgung Mittelrhein GmbH	50,17	0,00
	<u>3.809.315,58</u>	<u>3.641.149,49</u>

Ausgewiesen werden hier die zum Stichtag noch nicht abgerechneten Leistungen, die verschiedene Ämter der Stadt für die jeweilige Gesellschaft erbracht haben.

Die Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt (29. Januar 2015) bis auf 40.146,27 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

2.2.4 Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	31.12.2013	43.648,06 €
	31.12.2012	6.054,83 €

Zusammensetzung:	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH	43.303,05	4.854,83
KEVAG	345,01	1.200,00
	<u>43.648,06</u>	<u>6.054,83</u>

Die Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt (29. Januar 2015) bis auf 345,01 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

2.2.5 Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, AöR, rechtsfähige kommunale Stiftungen	31.12.2013	511.794,22 €
	31.12.2012	1.168.202,92 €

Die Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts und Kommunale Stiftungen setzen sich wie folgt zusammen:



Zusammensetzung:	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Entsorgungsbetrieb	84.892,63	0,00
Koblenz Touristik	424.297,91	1.040.621,35
Grünflächen- und Bestattungswesen	2.392,75	7.088,93
Kommunales Gebietsrechenzentrum	210,93	120.492,64
Stadtentwässerung	0,00	0,00
Sonstige	0,00	0,00
	<u>511.794,22</u>	<u>1.168.202,92</u>

Die Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt (31. Oktober 2014) bis auf 2.392,75 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

2.2.6 Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	31.12.2013	178.293,36 €
	31.12.2012	101.994,68 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Zusammensetzung:	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Landkreise, Verbandsgemeinden, Fraktionen	7.847,08	53.201,66
Zinsen Sonderkasse Eigenbetriebe	136.402,81	0,00
Land Rheinland-Pfalz	13.169,70	345,08
Bund	8.593,54	10.496,22
DLP-Konten	1.682,70	22.426,05
Sonstiges	10.597,53	15.525,67
	<u>178.293,36</u>	<u>101.994,68</u>

Die Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt (31. Oktober 2014) bis auf 14.773,59 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

2.2.7 Sonstige Vermögensgegenstände	31.12.2013	4.008.042,76 €
	31.12.2012	8.893.671,44 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Beamtenbezüge Januar Folgejahr	1.217.784,96	1.189.603,13
Forderungen aus Abwicklung für Eigenbetriebe	797.855,37	1.462.696,15
Umsatzsteuer „Forum Confluentes“	0,00	3.924.186,41
Umsatzsteuerabwicklung	1.326.179,33	266.290,17
Ansprüche aus Dienstherrwechsel nach § 107 BeamtVG	547.902,00	512.202,00
DLP-Konten	54.908,85	212.932,82
Auszahlungen Maßnahmen Amt 62	0,00	1.201.629,42
Baudispensgebühren	34.981,14	29.835,97
Sonstiges	28.431,11	94.295,37
	4.008.042,76	8.893.671,44

2.2.8 Wertberichtigung Forderungen	31.12.2013	- 10.394.647,33 €
	31.12.2012	- 9.417.027,31 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Einzelwertberichtigung	5.878.447,33	5.336.527,31
Pauschalwertberichtigung	4.516.200,00	4.080.500,00
	10.394.647,33	9.417.027,31

Für das Ausfallrisiko in den Bereichen **Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen** und **Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 4.516.200,00 € gebildet. Die Pauschalwertberichtigung korrigiert somit ca. 27,0 % der zum Bilanzstichtag bestehenden (wertberichtigten) Forderungen und ist der Höhe nach ausreichend. Der Erhöhung der Pauschalwertberichtigung ist durch den Anstieg der Forderungen begründet. Einzelwertberichtigungen wurden in 2013 insgesamt 5.878.447,33 €.

2.4 Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der EZB, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	31.12.2013	2.732.564,38 €
	31.12.2012	1.507.192,68 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Kassenbestand	39.504,20	40.385,43
Guthaben bei Kreditinstituten	2.693.060,18	1.466.807,25
	2.732.564,38	1.507.192,68



■ Kassenbestand

Innerhalb der Stadt Koblenz werden bei insgesamt 22 Ämtern Barkassen (Handvorschüsse) geführt. Der Kassenbestand ist durch Kassenaufnahmeprotokolle nachgewiesen.

■ Guthaben bei Kreditinstituten

Zusammensetzung:	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Sparkasse Koblenz	2.241.970,72	1.298.638,28
Postbank Köln	157.052,12	127.526,79
Deutsche Bank Koblenz	7.033,23	19.788,83
Commerzbank Koblenz	360,30	9.874,81
Deutsche Bundesbank Filiale Koblenz	765,34	4.348,67
Volksbank Mittelrhein	283.074,14	4.037,67
SEB Koblenz	834,99	1.357,94
LBBW Stuttgart	306,41	868,59
Hypovereinsbank Koblenz	1.662,93	365,67
	<u>2.693.060,18</u>	<u>1.466.807,25</u>

Für Kreditinstitute, bei denen ein Guthabenkonto geführt wird, lagen Kontoauszüge der jeweiligen Banken vor. Für die Prüfung der Geschäftsbeziehungen mit der Sparkasse Köln-Bonn, Sparkasse Koblenz, der Volksbank Mittelrhein und der Postbank Köln wurden jeweils Bankbestätigungen angefordert. Auffälligkeiten und Abweichungen zu den bilanzierten Beträgen ergaben sich keine. Die Bewertung erfolgte zum Nominalwert.

4 Rechnungsabgrenzungsposten	31.12.2013	5.815.596,73 €
	31.12.2012	3.395.276,46 €

Zusammensetzung:	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Monatsbezüge SGB XIII	1.777.254,35	1.464.120,71
EB 70 (Entsorgungsbetrieb)	2.038.101,46	0,00
SGB II –BA-Abrechnung	1.285.100,81	1.248.305,10
Versorgungsbezüge	634.150,00	624.930,00
Kunstversicherung Museen	33.982,68	33.456,95
Maschinelle Abgrenzungen	28.000,85	24.300,56
Diverse Rechnungen Amt 10	18.164,16	0,00
Amt 10 Audi Miete (2 Fahrzeuge)	327,97	122,35
Abgrenzung Mitgliedsbeitrag ADAC	40,79	40,79
Amt 10 Coaching/Beratung AHG Gesundheitsdienste	473,66	0,00
	<u>5.815.596,73</u>	<u>3.395.276,46</u>

Für Ausgaben, die vor dem Bilanzstichtag für einen Aufwand nach dem 31.12.2013 geleistet wurden, erfolgte eine Wertermittlung in Höhe von 5.815.596,73 €.



PASSIVA

1	Eigenkapital	31.12.2013	542.786.316,71 €
		31.12.2012	525.815.606,25 €

Das Eigenkapital setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Kapitalrücklage	633.865.516,81	629.905.035,66
Ergebnisvortrag	-104.089.429,41	-95.319.336,60
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	13.010.229,31	- 8.770.092,81
	<u>542.786.316,71</u>	<u>525.815.606,25</u>

■ Kapitalrücklage

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2012	629.905.035,66
Ergebnisneutrale Korrektur der Eröffnungsbilanz	<u>3.960.481,15</u>
Stand am 31.12.2013	633.865.516,81

Folgende Korrekturen zur Eröffnungsbilanz wurden ausweislich des Anhangs erfolgsneutral gegen das Eigenkapital vorgenommen:

	EUR
Korrekturen im Anlagevermögen	4.387.361,85
Korrekturen Sonderposten Zuwendungen und Beiträge	-368.002,00
Korrekturen Finanzbuchhaltung (Vbk. gegen Sondervermögen)	<u>-58.878,70</u>
	3.960.481,15

■ Ergebnisvortrag

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2012	-95.319.336,60
Jahresergebnis 2012	<u>-8.770.092,81</u>
Stand am 31.12.2013	-104.089.429,41

■ Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag

Ausgewiesen ist das Jahresergebnis der Ergebnisrechnung 2013.



2	Sonderposten	31.12.2013	209.707.520,39 €
		31.12.2012	197.332.953,72 €

Die Sonderposten setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Sonderposten zum Anlagevermögen	209.670.186,99	197.286.019,43
Sonderposten für den Gebührenaussgleich	37.333,40	46.934,29
	209.707.520,39	197.332.953,72

2.2	Sonderposten zum Anlagevermögen	31.12.2013	209.670.186,99 €
		31.12.2012	197.286.019,43 €

Die Sonderposten setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Sonderposten aus Zuwendungen	126.175.189,99	104.192.550,14
Sonderposten aus Beiträgen u.ä. Entgelten	22.311.141,41	23.338.403,41
Sonderposten aus Anzahlung Anlageverm.	61.183.855,59	69.755.065,88
	209.670.186,99	197.286.019,43

■ Sonderposten aus Zuwendungen

Die Stadt Koblenz hat im Berichtsjahr Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens erhalten, für die gem. § 38 Abs. 2 GemHVO Sonderposten zu bilden waren. Der Nachweis der Zuwendungen erfolgt durch die entsprechenden Fachämter. Die Zuwendungen sind den damit geförderten Vermögensgegenständen sachgerecht zuzuordnen.

Der Sonderposten aus Zuwendungen ist im Vergleich zum Vorjahr um rd. 21,1 % (rd. 22 Mio. €) angewachsen. Den größten Anteil bilden die Zuwendungen des Landes mit einer Steigerung von rd. 20,9 Mio. € auf nunmehr 88,2 Mio. €.

■ Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten

Für Ertragszuschüsse aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten Nutzungsberechtigter ist nach § 38 Abs. 4 Satz 1 GemHVO ein Sonderposten auf der Passivseite zu bilden. Hierunter fallen im Wesentlichen Erschließungskosten-, Ausbau- und Ausgleichsbeträge sowie Baukostenzuschüsse und Anschlusskostenerstattungen. Diese Werte wurden vom zuständigen Fachamt ermittelt und den einzelnen Vermögensgegenständen des Infrastrukturvermögens zugeordnet. Die Sonderposten aus dem Jahresabschluss 2012 wurden auf den 31.12.2013 fortgeschrieben, sofern keine Aktivierung des Vermögensge-

genstands im Berichtsjahr stattgefunden hat. Zugegangen sind im Berichtsjahr hauptsächlich Beiträge für Infrastrukturmaßnahmen.

■ **Sonderposten aus Anzahlungen zum Anlagevermögen**

In diesem Posten werden sämtliche Zuschüsse und Zuwendungen für im Bau befindliche Maßnahmen dargestellt, die noch nicht schlussgerechnet worden sind. Es handelt sich hierbei vorwiegend um den Bereich der Städtebauförderung (sog. Infrastrukturmaßnahmen). Im Berichtsjahr ist dieser Posten um rd. 8,57 Mio. € zurückgegangen. Sobald eine Baumaßnahme schlussgerechnet worden ist und das bezuschusste Anlagegut aktiviert wird, erfolgt eine Umbuchung der Sonderposten von dieser Position auf den „Sonderposten aus Zuwendungen“. Die Auflösung erfolgt analog der Nutzungsdauer des bezuschussten Anlagegutes.

2.4	Sonderposten für den Gebührenaussgleich	31.12.2013	37.333,40 €
		31.12.2012	46.934,29 €

Rückführung (Teil-Auflösung) der Rücklage „Kommunales Studieninstitut“.

3	Rückstellungen	31.12.2013	177.381.694,34 €
		31.12.2012	163.037.763,38 €

Die Rückstellungen setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Rückstellungen für Pensionen u.ä.	148.808.990,51	146.548.815,55
Steuerrückstellungen	8.818.793,00	100.000,00
Sonstige Rückstellungen	19.753.910,83	16.388.947,83
	177.381.694,34	163.037.763,38
		EUR
Stand am 31.12.2012		163.037.763,38
Auflösung / Inanspruchnahme		- 6.676.821,55
Zuführung		21.020.752,51
Stand am 31.12.2013		177.381.694,34



3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	31.12.2013	148.808.990,51 €
	31.12.2012	146.548.815,55 €

Der Bestand an Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen setzt sich folgendermaßen zusammen:

	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Pensionsrückstellungen	127.244.152,43	125.330.635,19
Rückstellung für Ehrensold	236.175,00	219.332,00
Beihilferückstellung	21.015.117,08	20.675.431,36
Rückstellung für Dienstherrenwechsel	313.546,00	323.417,00
	<u>148.808.990,51</u>	<u>146.548.815,55</u>

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2012	146.548.815,55
Auflösung / Inanspruchnahme	-9.871,00
Zuführung	<u>2.270.045,96</u>
Stand am 31.12.2013	148.808.990,51

■ Pensionsrückstellungen

Der Wert der nach § 36 Abs. 1 Ziffer 1 GemHVO zu bildenden Pensionsrückstellung in Höhe von 127.244.152,43 € wurde von der Rheinischen Versorgungskasse Köln (RVK) anhand der versicherungsmathematisch anerkannten Grundlage der „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Heubeck ermittelt. Der Teilwertberechnung wurde gem. § 6 a Abs. 3 EStG ein Zinssatz von z. Z. 6 % zugrunde gelegt.

Während die RVK für die Pensionäre bzw. deren Hinterbliebenen auf ihre eigenen Daten zurückgreifen konnte, wurden für den Bereich der aktiven Beamten die erforderlichen Berechnungsgrundlagen durch die Stadt Koblenz zur Verfügung gestellt.

Die bei den städtischen Eigenbetrieben beschäftigten Beamten sind in der Pensionsrückstellung der Stadt Koblenz erfasst. Eine Ausnahme bilden die Beamten des Eigenbetriebes Stadtentwässerung, für die in der Bilanz des Eigenbetriebs eine eigene Pensionsrückstellung gebildet wurde. An einer Vereinheitlichung der Regelung für alle Eigenbetriebe wird noch gearbeitet.

Gegenüber dem Jahresabschluss 2012 ist der Wert der Pensionsrückstellung um rd. 1,9 Mio. € angestiegen. Während sich die Rückstellung für die noch aktiven Beamten um ca. 1,6 Mio. € erhöhten, ergab sich bei den Pensionären ein Zuwachs von 0,3 Mio. €.

■ Rückstellung für Ehrensold

Nach § 36 Abs. 1 Ziffer 3 GemHVO sind Rückstellungen für Verpflichtungen aus der Zahlung von Ehrensold zu bilden. Seitens der RVK wurde diese Rückstellung nach an-



erkannten versicherungsmathematischen Verfahren für 15 aktive und ehemalige Ortsvorsteher berechnet. Die Berechnung hat der Rechnungsprüfung vorgelegen.

■ Beihilferückstellung

Für Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungs- und Rentenempfängern sind gem. § 36 Abs. 1 Ziffer 2 GemHVO Rückstellungen in Höhe eines prozentualen Zuschlags auf die Pensionsrückstellungen zu bilden. Der prozentuale Zuschlag in Höhe von 17,752 % wurde aus dem Verhältnis der durchschnittlichen Beihilfezahlungen an Versorgungsempfänger zu den durchschnittlichen Versorgungszahlungen der letzten drei Jahre ermittelt.

In den vergangenen Jahresabschlüssen wurde dieser Prozentsatz auf den zum jeweiligen Stichtag ermittelten Bestand der Pensionsrückstellung angewandt. Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses 2012 kam man jedoch zu dem Ergebnis, dass es realitätsnäher sei, die Zuführung zur Beihilferückstellung an der Zuführung zur Pensionsrückstellung zu orientieren.

Aufgrund des leicht gestiegenen prozentualen Zuschlags erhöhte sich der Rückstellungswert zum 31.12.2013 um den Zuführungsbetrag in Höhe von 339.685,72 € auf insgesamt 21.015.117,08 €.

■ Rückstellung für Dienstherrwechsel

Die nach § 36 Abs. 1 Ziffer 1 GemHVO von der RVK nach anerkannten versicherungsmathematischen Verfahren ermittelten Werte für die Pensionsrückstellung beinhalten auch die Rückstellungen der Mitarbeiter, die unter dem Personenkreis des § 107 b BVG zu subsumieren sind.

Die hieraus resultierende Erstattungsverpflichtung für acht Mitarbeiter/innen beläuft sich auf insgesamt 313.546 €.

3.2 Steuerrückstellungen	31.12.2013	8.818.793,00 €
	31.12.2012	100.000,00 €

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 31.12.2012	100.000,00
Auflösung / Inanspruchnahme	0,00
Zuführung	<u>8.718.793,00</u>
Stand am 31.12.2013	8.818.793,00

Diese Position erfasst alle Verbindlichkeiten aus Steuerschuldverhältnissen in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme.

Die Summe der Steuerrückstellungen resultiert hauptsächlich aus einer im Haushaltsjahr 2013 gebildeten Gewerbesteuerrückstellung für Januar 2014.



3.4 Sonstige Rückstellungen	31.12.2013	19.753.910,83 €
	31.12.2012	16.388.947,83 €

Der Bestand an sonstigen Rückstellungen setzt sich folgendermaßen zusammen:

	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Rückstellung für Instandhaltungen	1.167.433,54	3.192.500,00
Rückstellung ausstehende Rechnungen	12.704.289,64	5.802.623,67
Rückstellung für Dienstjubiläen	80.264,90	79.783,60
Altersteilzeitrückstellungen	232.824,56	89.459,94
Urlaubsrückstellungen Beamte	767.553,20	731.772,51
Urlaubsrückstellungen tarifl. Beschäftigte	1.250.987,66	1.188.530,66
Überstundenrückstellungen Beamte	755.341,08	764.517,57
Überstundenrückstellungen tarifl. Besch.	824.127,58	893.855,60
Prozesskostenrückstellungen	472.451,34	383.864,00
Rückstellung Evakuierungsmaßnahme	20.000,00	20.000,00
Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	899.225,81	1.038.600,00
Rückstellung Zentralplatz	203.440,28	203.440,28
Hangsicherung Rittersturz	216.413,24	2.000.000,00
Jahresabschlusskosten	159.558,00	0,00
	<u>19.753.910,83</u>	<u>16.388.947,83</u>

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR
Stand am 31.12.2012	16.388.947,83
Auflösung / Inanspruchnahme	- 6.666.950,55
Zuführung	<u>10.031.913,55</u>
Stand am 31.12.2013	19.753.910,83

■ Rückstellung für Instandhaltungen

Nach § 36 Abs. 1 Ziffer 5 GemHVO sind für unterlassene Aufwendungen von Instandhaltungen Rückstellungen zu bilden, wenn die Nachholung der Instandhaltung innerhalb der nächsten drei Haushaltsjahre hinreichend konkret beabsichtigt ist.

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 bestanden für folgende Maßnahmen Rückstellungen bzw. wurden neu gebildet:

Maßnahme	Rückstellungsbetrag / €
Instandsetzung STW Kolonnenweg	400.000,00
Sanierung Elektroleitungen	320.646,98
Decke Hilda Gymnasium	6.200,00
Instandhaltungsmaßnahme Forstbetriebshof	18.919,76
Erneuerung Bodenbeläge Rathaus I	25.000,00
Erneuerung Bodenbeläge Rathaus II	20.000,00
Mauersanierung Trenn-/Stützwand Garten Herlet	20.000,00
Energiesparende Maßnahmen Rathaus I	14.666,80
Wasserschaden BBS Wirtschaft	342.000,00
Summe	1.167.433,54

■ Rückstellung für ausstehende Rechnungen

Rückstellungen für ausstehende Rechnungen wurden aufgrund der Meldung der Fachämter ermittelt. Es bestehen Rückstellungen für folgende Sachverhalte:

Amt	Maßnahme	Betrag / €
Amt 05	Zinsen aus Vergleich Strabag	352.400,00
Amt 20	GewSt-Optimierung EB Koblenz-Touristik	9.975,45
Amt 31	Evakuierungsmaßnahme „Luftmine“	20.000,00
Amt 36	Passivhaus-Förderung, Erneuerung Thermostatventile, Untersuchung Hufeisennasenfledermaus, Lärmaktionsplanung, Beratungskosten, Workshop	87.569,88
Amt 40	Mehrleistung Sanierungsvertrag Wohnbau 2005-2007	7.048.197,32
Amt 45	Insbes. Restaurierungen, Reparaturen, Katalogkosten, Transportkosten	52.946,35
Amt 50	AOK RLP Abr. für Betreute nach §264 V 4.Quartal 2013/AZ Dezember 2013	194.560,00
Amt 52	Abrisskosten Stadtbad	1.300.000,00
Amt 61	Rückzahlung Fördergelder Flugfeld Karthause, Nachzahlung Kaufpreinsnachlass und Nachzahlung Kosten Rückbau Zentralplatz	1.785.619,72
Amt 62	Rückzahlung Baumbestand an Bund, Abbruch Tierheim, Bodenbefestigungen/Verkehrssicherungsmaßnahmen, Rückbau Schwimmbad Horchheim, Nutzviehhof und Wellblechhalle Metternich, Hangsicherung Rittersturz	805.545,10
Amt 66	Diverse bautechnische Prüfungen und Planungen, Straßenoberflächenentwässerung, Begrünung und Anwachspflege, Zinszahlungen an Land, diverse Straßenbauarbeiten	900.446,95
Amt 67	GRIS/Grünflächenunterhaltung	184.882,39
Amt 80	Rückzahlung an Strueg	402.000,00
Gesamt		13.144.143,16

Die Rückstellungen für Mehrleistungen aus dem Schulsanierungsvertrag wurden im Jahresabschluss 2013 erstmals gebildet. Der Betrag wird im JA 2014 in die Verbindlichkeiten umgliedert.

■ Rückstellungen für Dienstjubiläen

Die Stadt Koblenz hat für alle tarifvertraglich Beschäftigten eine Rückstellung für Zuwendungen anlässlich eines Dienstjubiläums zu bilden. Als Grundlage dienten die vom Fachamt vorgelegten Mitarbeiterlisten. Berechnet wurde die Rückstellung nach den vom



Bundesministerium für Finanzen in einem Rundschreiben vom 08.12.2008 an die obersten Finanzbehörden der Länder verfügten Vorgaben. Bei der Bewertung der Rückstellung wurde von dem zugebilligten Wahlrecht Gebrauch gemacht und das Pauschalwertverfahren gem. Ziffer 10 gewählt. Die Höhe des Teilwertes nach dem Pauschalwertverfahren wurde entsprechend der Richttafel „G“ von Prof. Klaus Heubeck mit einem Richtzinsfuß von 5,5 % richtig festgesetzt.

Eine stichprobenweise Prüfung der Rückstellungsberechnung führte zu keinen Beanstandungen.

■ Altersteilzeitrückstellungen

Zum Stichtag 31.12.2013 beläuft sich die Rückstellung für die Beamten auf 180.380,89 € und für die tariflich Beschäftigten auf 52.443,67 €. Zum 31.12.2013 waren für zwei Beamte und zwei tariflich Beschäftigte Altersteilzeitrückstellungen zu bilden.

Die Berechnung der Rückstellung wurde in Stichproben geprüft.

Berechnet wurde die Rückstellung nach der vom BFH bestätigten „alternativen Vorgehensweise“, die von der Annahme ausgeht, dass der Altersteilzeitberechtigte während der Beschäftigungsphase jährlich einen Anspruch für ein Jahr Freistellung in Höhe des gezahlten Altersteilzeitentgeltes erwirbt. Dieser Anspruch führt während der Beschäftigungsphase zu einer regelmäßigen Zuführung zur Rückstellung, während diese dann in der Freistellungsphase kontinuierlich aufgelöst wird.

■ Urlaubsrückstellungen Beamte und tariflich Beschäftigte

Gemäß § 36 GemHVO RLP sind für die von der Gemeinde zu gewährenden Urlaubszeiten der Bediensteten unter Fortzahlung des Arbeitslohns (Urlaubsentgelt) Rückstellungen zu bilden.

Grundlage der Bemessung der Urlaubsrückstellungen für Beamte und tariflich Beschäftigte ist die Anzahl der nicht in Anspruch genommenen Urlaubstage zum Stichtag 31.12.2013, die anhand der in den Ämtern geführten Urlaubskarteien für insgesamt 1.843 städtische Mitarbeiter ermittelt wurden.

Insgesamt beträgt die Anzahl der nicht genommenen Urlaubstage zum Stichtag 12.233. Der individuelle Stundensatz jedes Mitarbeiters errechnet sich auf Grundlage der Jahresarbeitszeit und des Jahresbruttoeinkommens. Im Durchschnitt ergibt sich eine Rückstellung für nicht in Anspruch genommenen Urlaub pro Mitarbeiter in Höhe von 1.095,25 € (Vorjahr: 1.028,55 €).

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2013 wurden folgende **Feststellungen** getroffen:

Die der Berechnung der Urlaubsrückstellungen zugrunde liegenden Arbeitstage werden im Jahresabschluss 2013 noch, wie bisher auch, mit 260,88 beziffert. Unter Berücksichtigung einschlägiger Vorschriften wird diese Zahl handelsbilanziell zum 31.12.2014 auf 220 Arbeitstage reduziert, da sich der Auffassung der Mittelrheinischen Treuhand GmbH angeschlossen wird, die ausstehende Urlaubstage zum Bilanzstichtag als Pflicht zur Freizeitgewährung im Folgejahr ansieht. Der gegenteiligen Auffassung, dass nicht in



Anspruch genommene Urlaubstage als Geldschuld am Bilanzstichtag anzusehen sind, kann mithin nicht entsprochen werden. Die Höhe würde sich in vorgenanntem Falle danach bestimmen, welches Urlaubsentgelt der Arbeitgeber hätte aufwenden müssen, wenn er seiner Zahlungsverpflichtung bereits am Bilanzstichtag nachgekommen wäre.

Ferner bleibt festzustellen, dass die Berechnungsformel für Urlaubsrückstellungen für Teilzeitkräfte dahingehend falsch ist, dass der Multiplikator (Stunden eines Urlaubstages) bei den entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf Teilzeitbasis nicht an die Arbeitsteilzeit angepasst wurde. Der Stundensatz der betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde somit mit der Stundenzahl eines Arbeitstages auf Vollzeit multipliziert.

Hinsichtlich der Rückstellungen für die Künstler des Amtes 46/Stadttheater wurde von dortiger Seite mitgeteilt, dass die Rückstellungssumme für 2013 um rd. 147 T€ zu verringern sei. Grund hierfür war die Anpassung der Resturlaubstage sowie die Abänderung der Tageweche der Künstler von 5 auf 7 Tage (Kalendertage).

Sämtliche o.g. Korrekturen werden zum Jahresabschluss 2014 vorgenommen.

■ **Überstundenrückstellungen Beamte und tariflich Beschäftigte**

Rückstellungen für Überstunden werden sowohl auf Grundlage der Werte der automatisierten Zeiterfassung als auch auf Grundlage der manuellen Werte (Meldung Fachämter) gebildet. Zum Stichtag bestanden für 1.843 Mitarbeiter 59.114 Überstunden.

Für die Berechnung des Wertes der Rückstellung wurde der auf Basis des Jahresbruttoeinkommens aus dem Lohnkonto und der Jahresarbeitszeit ermittelte individuelle Stundensatz jedes einzelnen Mitarbeiters gebildet und mit der Anzahl der jeweils geleisteten Überstunden multipliziert. Im Durchschnitt ergibt sich eine Rückstellung für geleistete Überstunden pro Mitarbeiter in Höhe von 857,01 € (Vorjahr: 888,25 €).

Neben weiteren zu vernachlässigenden Problemstellungen wurden für einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an der automatisierten Zeiterfassung teilnehmen, vom Fachamt falsche manuelle Zeitsalden gemeldet, was de facto dazu geführt hat, dass die vorhandenen automatisierte Zeitguthaben von nicht unerheblicher Höhe bei der Berechnung der Rückstellungen außer Acht gelassen wurden.

Entsprechende Korrekturen werden zum Jahresabschluss 2014 vorgenommen.

■ **Prozesskostenrückstellungen**

Prozesskostenrückstellungen wurden aufgrund der Meldungen der jeweiligen Fachämter gebildet. Zu Grunde liegen die geschätzten zukünftig zu erwartenden Prozesskosten. Als Schätzwert wurden ca. 10 % des zu erwartenden Streitwertes berücksichtigt.

■ Hangsicherung Rittersturz

Die Rückstellung für die Sicherung des Hanges am Rittersturz in Höhe von 2 Mio. € wurde in 2013 mit rd. 83.000 € in Anspruch genommen. Darüber hinaus wurden 1,7 Mio. € ertragswirksam aufgelöst und der Rest von rd. 217.000 nach 2014 übertragen. Der noch zur Verfügung stehende Betrag wird für weitere geologische Untersuchungen benötigt.

■ Jahresabschlusskosten

Für 2013 wurden erstmals Rückstellungen für die Kosten der Erstellung des Jahresabschlusses gebildet. Dabei wurden sowohl Kosten für den Einzelabschluss als auch für den in 2013 gesetzlich erstmals zu bildenden Gesamtabschluss berücksichtigt.

Die Kosten setzen sich insbesondere aus den Anteilen der den Jahresabschluss betreffenden Stellen der Finanz- und Anlagenbuchhaltung zusammen. Ferner wurden rund 43 T€ an Kosten für die Stadtwerke Koblenz zur Erstellung des Gesamtabschlusses 2013 als Rückstellung passiviert. Grundlage war ein Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der Stadt Koblenz und der Stadtwerke Koblenz GmbH aus 2009.

Die Finanzbuchhaltung teilt mit, dass die Summe in Höhe von exakt 43.183,40 € als Rückstellung zu passivieren sei, da sie als Restbetrag der vertraglichen Gesamtverbindlichkeit von 120.000,00 € zuzüglich Mehrwertsteuer wirtschaftlich dem Haushaltsjahr 2013 zuzuordnen sei. Für die Folgejahre 2014 und 2015 wurden weitere, separate Geschäftsbesorgungsverträge mit der Stadtwerke Koblenz GmbH zur Erstellung der Gesamtabschlüsse geschlossen.

4 Verbindlichkeiten	31.12.2013	449.097.006,40 €
	31.12.2012	481.863.563,18 €

Der Bestand an Verbindlichkeiten setzt sich folgendermaßen zusammen:

	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	385.727.887,78	417.852.597,50
Verbindlichkeiten kreditähnlicher Vorgängen	3.336.989,48	3.417.658,96
Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leist.	6.971.480,36	7.456.405,12
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	850,00	0,00
Verbindlichkeiten gg. verbund. Untern.	9.775.235,75	6.402.669,36
Verbindlichkeiten gg. Beteiligungsuntern.	9.133,85	18.026,17
Verbindlichkeiten gg. Sondervermögen u.a.	36.142.777,60	35.138.642,54
Verbindlichkeiten gg. sonst. öffentl. Bereich	4.483.924,31	2.277.556,68
Sonstige Verbindlichkeiten	2.648.727,27	9.300.006,85
	449.097.006,40	481.863.563,18

4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	31.12.2013	385.727.887,78 €
	31.12.2012	417.852.597,50 €

Der Bestand an Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen setzt sich folgendermaßen zusammen:

Zusammensetzung:	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
4.1.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	308.727.818,63	324.452.572,20
4.1.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	77.000.069,15	93.400.025,30
	<u>385.727.887,78</u>	<u>417.852.597,50</u>

4.2.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	31.12.2013	308.727.818,63 €
	31.12.2012	324.452.572,20 €

davon

- mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: **37.199.174,53 €**
Vorjahr: 27.319.947,50 €
- mit einer Restlaufzeit zwischen einem Jahr und fünf Jahren: **57.067.939,00 €**
Vorjahr: 61.329.287,85 €
- mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren: **214.460.705,10 €**
Vorjahr: 235.803.336,85 €
- durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert: 0,00 €
Vorjahr: 0,00

Zusammensetzung:	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Darlehen	304.734.277,95	320.203.238,40
Zinsabgrenzung	3.993.540,68	4.249.333,80
	<u>308.727.818,63</u>	<u>324.452.572,20</u>

■ Darlehen

	EUR
Entwicklung:	
Stand am 31.12.2012	320.203.238,40
Zugänge	12.936.528,91
Tilgungen	- 28.405.489,36
Stand am 31.12.2013	<u>304.734.277,95</u>

Die Zugänge enthalten ausschließlich drei Darlehen, deren Zinsbindungsfrist im Berichtsjahr ausgelaufen ist und die dementsprechend umgeschuldet worden sind. Die Tilgungen in Höhe von 28.405.489,36 € sind um diesen Betrag zu kürzen, so dass „planmäßige Tilgungsleistungen“ in Höhe von 15.468.960,45 € entstanden sind. Der Anstieg



der „planmäßigen Tilgungsleistungen“ um ca. 400 T€ resultiert im Wesentlichen aus der hohen Neuaufnahme im April 2012 und der damit in 2013 erstmalig anfallenden ganzjährigen Tilgungsleistung.

■ Zinsabgrenzung

Der Rückgang der Zinsabgrenzung ist auf die Umschuldung auf zinsgünstigere Darlehen und die Nichtaufnahme von neuen Darlehen zurückzuführen.

Eine Aufstellung der Darlehen ist aus dem beigefügten Anhang (**Anlage 4**) ersichtlich.

4.2.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	31.12.2013	77.000.069,15 €
	31.12.2012	93.400.025,30 €

Zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit bestanden zum Stichtag 31.12.2013 kurzfristige Darlehen in Höhe von 77.000.069,15 €. Kreditgeber waren die ING-DiBa AG (67.000.000 €) und die Allgemeine Beamtenbank (10.000.000 €). Ein Kontokorrentkonto bei der Sparkasse Koblenz war zum Stichtag mit 69,15 € belastet.

Die Bestände sind durch Kontoauszüge nachgewiesen.

4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	31.12.2013	3.336.989,48 €
	31.12.2012	3.417.658,96 €

In dieser Position werden Zahlungsverpflichtungen für Darlehen, die die Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH bei verschiedenen Banken aufgenommen hat, ausgewiesen. Die Darlehen dienen der Durchführung von Neubau- und Sanierungsmaßnahmen im Schul- und Jugendbereich. Sie betreffen originäre Aufgaben der Stadt Koblenz, die aber aufgrund der bestehenden Kreditlimitierung von der Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft durchgeführt wurden.

Die Darlehen sind in der Bilanz der Wohnungsbau enthalten. Die Stadt hat sich vertraglich zur Leistung von Zins- und Tilgungsleistungen sowie Verwaltungskosten verpflichtet; sie sind daher im Jahresabschluss als Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, zu bilanzieren.

Die Verbindlichkeiten, resultierend aus dem Schulbausanierungsvertrag, werden nunmehr bei Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausgewiesen.

Zusammensetzung:	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Sporthalle Max-von-Laue Gymnasium	1.288.470,00	1.318.090,00
Grundschule Niederberg	720.921,48	741.372,96
Speisesaal Diesterwegschule	543.840,00	556.200,00
Jugend- und Bürgerzentrum Karthause	528.000,00	540.000,00
Mensa Asterstein	255.758,00	261.996,00
Schulbausanierung	0,00	0,00
	<u>3.336.989,48</u>	<u>3.417.658,96</u>



4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	31.12.2013	6.971.480,36 €
	31.12.2012	7.456.405,12 €

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Zusammensetzung:	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
10 (9) Kreditoren über 100 T€	2.768.707,39	4.250.819,96
105 (88) Kreditoren zwischen 10 T€ und 100 T€	3.060.190,28	2.374.047,19
289 (231) Kreditoren zwischen 1 T€ und 10 T€	933.986,89	823.855,68
1.120 (914) Kreditoren unter 1 T€	221.246,31	202.450,35
Sicherheitseinbehalte	46.349,58	50.143,61
	<u>7.030.480,45</u>	<u>7.701.316,79</u>
abzüglich debitorische Kreditoren	<u>59.000,09</u>	<u>244.911,67</u>
	6.971.480,36	7.456.405,12

Die Verbindlichkeiten – ohne Sicherheitseinbehalte - waren zum Prüfungszeitpunkt (Oktober 2014) bis auf 26.989,45 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	31.12.2013	850,00 €
	31.12.2012	0,00 €

Die Verbindlichkeiten waren zum Prüfungszeitpunkt (Oktober 2014) beglichen.

4.7 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	31.12.2013	9.775.235,75 €
	31.12.2012	6.402.669,36 €

Zusammensetzung:	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Koblenzer Wohnbau GmbH	8.223.727,20	5.876.206,00
Energieversorgung Mittelrhein	493.894,86	501.185,81
Stadtwerke Koblenz GmbH	22.900,54	0,00
Buga GmbH	1.032.033,89	26.094,94
Sporthalle Oberwerth GmbH	935,17	33,93
Koblenzer Entsorgungs- und Verwaltungsgesellschaft	1.744,09	0,00
	<u>9.775.235,75</u>	<u>6.403.520,68</u>
abzüglich debitorische Kreditoren	<u>0,00</u>	<u>851,32</u>
	9.775.235,75	6.402.669,36



Die Verbindlichkeiten waren zum Prüfungszeitpunkt (Januar 2015) bis auf den Sanierungsvertrag Koblenzer Wohnbau GmbH (5.854.543,60 €) sowie Mehrleistungen auf den Sanierungsvertrag Koblenzer Wohnbau GmbH (2.252.949,75 €) ausgeglichen bzw. verrechnet.

4.8 Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	31.12.2013	9.133,85 €
	31.12.2012	18.026,17 €

Zusammensetzung:	Buchwert 31.12.2013 EUR	Buchwert 31.12.2012 EUR
Kemperhof Koblenz	430,62	0,00
KEVAG	0,00	41.291,50
Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH	308,98	16.734,38
Deponiezweckverband Eiterköpfe	0,00	84,08
KVG/Kraftwagen-Verkehr Koblenz	35.112,70	0,00
	<u>35.852,30</u>	<u>58.109,96</u>
abzüglich debitorische Kreditoren	26.718,45	40.083,79
	<u>9.133,85</u>	<u>18.026,17</u>

■ debitorische Kreditoren

Die Forderungen bestehen gegenüber dem Gemeinschaftsklinikum Koblenz - Mayen (26.718,45 €).

Die Verbindlichkeiten waren zum Prüfungszeitpunkt (Januar 2015) ausgeglichen bzw. verrechnet.

4.9 Verbindlichkeiten gg. Sondervermögen, Zweckverbänden, AöR, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	31.12.2013	36.142.777,60 €
	31.12.2012	35.138.642,54 €

Zusammensetzung:	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Stadtentwässerung	32.687.393,32	28.208.880,96
Koblenzer Entsorgungsbetrieb	0,00	2.904.967,63
Kommunales Gebietsrechenzentrum	2.367.702,42	2.297.343,96
Grünflächen und Bestattungswesen	1.006.161,39	993.789,85
Koblenz Touristik	0,00	282.805,79
Jagdgenossenschaft	60.602,76	71.173,97
Konto 3531000000	20.917,71	379.680,38
	<u>36.142.777,60</u>	<u>35.138.642,54</u>

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen handelt es sich fast ausschließlich um die Bestände der Sonderkassen der jeweiligen Eigenbetriebe. Die Eigenbetriebe führen die wesentlichen Kassengeschäfte über das Konto 240 der Stadtkasse, so dass die ausgewiesenen 36.142.777,60 € ähnlich einem Kassenkredit zu behandeln sind.



Gegenüber dem Koblenzer Entsorgungsbetrieb und der Koblenz Touristik bestanden infolge der hohen Investitionen (Baubetriebshof bzw. Rhein-Mosel-Halle) zum Stichtag 31.12.2013 keine Verbindlichkeiten (siehe hierzu Bilanzposition 1.3.6. „Sonstige Ausleihungen“).

Auf dem Konto 3531000000 werden weitere verschiedene Finanzbeziehungen zwischen der Stadt und ihren Eigenbetrieben bzw. Gesellschaften verbucht. Das Konto beinhaltet nicht nur Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, sondern auch Sonstige Verbindlichkeiten sowie interne Verrechnungen, die aber im Januar 2014 wieder korrigiert wurden. Die Zuordnung in der Finanzsoftware erfolgte bei der o.g Position.

Aufgrund der aktuellen Liquiditätslage der Stadt ist diese Position als eine langfristige Darlehensgewährung anzusehen. Zur Abwicklung des laufenden Zahlungsverkehrs werden je nach Betriebszweig bis zu fünf Konten verwendet.

Eine Abstimmung mit den Jahresabschlüssen der Eigenbetriebe ist erfolgt. Dieser Abgleich führt wie schon im Vorjahr zu der Feststellung, dass aufgrund zeitlicher Buchungunterschiede die Forderungen und Verbindlichkeiten der Eigenbetriebe mit denen der Stadt **nicht** übereinstimmen.

Mit Blick auf den in 2015 zu erstellenden Gesamtabschluss (Konzern) besteht weiterhin die Notwendigkeit, die Forderungen und Verbindlichkeiten innerhalb des Konzerns „Stadt Koblenz“ untereinander abzustimmen. Auf die gleich lautende Prüfungsbeurteilung im Vorjahresbericht wird verwiesen.

4.10 Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	31.12.2013	4.483.924,31 €
	31.12.2012	2.277.556,68 €

Zusammensetzung:	31.12.2013 EUR	31.12.2012 EUR
Statistisches Landesamt	1.246.469,32	0,00
Land Rheinland-Pfalz	1.151.692,67	823.788,75
Finanzamt	1.145.284,77	910.296,13
Interner Partner Stadt Koblenz	252.893,29	53.067,22
Sonstiges	173.641,39	95.163,42
Evangelische Kirchengemeinde	172.767,65	0,00
Rheinische Versorgungskasse	127.115,00	110.482,00
Deutsche Rentenversicherung	86.340,60	84.195,31
DLP-Konten	62.111,02	180.410,83
Bundesagentur für Arbeit	41.260,26	0,00
Kreisverwaltung Mayen-Koblenz	24.348,34	20.153,02
	<u>4.483.924,31</u>	<u>2.277.556,68</u>



■ Statistisches Landesamt

Gewerbsteuerumlage 4. Quartal 2013

■ Land Rheinland-Pfalz

Zinslose Darlehen für Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II (549.192,67 €) sowie Rückzahlung von Fördergeldern für die Maßnahmen „Römerstraße 5. BA“ (192.369,00 €) und Kurt-Schumacher-Brücke (410.131,00 €).

■ Finanzamt

Lohnsteuer Dezember 2013 (1.023.939,24 €) sowie Umsatzsteuer November und Dezember 2013 (121.345,53 €).

■ Interner Partner Stadt Koblenz

Dieser Partner beinhaltet Verrechnungen das Jahr 2013 betreffend, deren Zahlungen aber erst in 2014 erfolgten (z. Bsp. Zinsen Sonderkassen Eigenbetriebe).

■ Evangelische Kirchengemeinde

Zuschüsse für die Generalsanierung Kindertagesstätte „Bunte Welt“ (87.753,65 €) sowie Grundsanierung Außenspielgelände Kindergarten „Sonnenschein“ (85.014,00 €).

4.11 Sonstige Verbindlichkeiten	31.12.2013	2.648.727,27 €
	31.12.2012	9.300.006,85 €

Zusammensetzung:	31.12.2013	31.12.2012
	EUR	EUR
DLP-Konten, Parkzahlungen	1.589.543,82	7.189.909,50
Maßnahmen Amt 62	537.655,61	216.126,87
Steuerverbindlichkeiten	436.637,60	1.803.496,53
Sonstiges	84.890,24	90.473,95
	<u>2.648.727,27</u>	<u>9.300.006,85</u>

■ DLP-Konten, Parkzahlungen

Der Rückgang der Parkzahlungen ist durch die Abrechnung der Maßnahme Forum Mittelrhein Koblenz GmbH & Co. KG begründet.

Auf die entsprechenden Ausführungen zu dieser Thematik in den Prüfberichten 2010 bis 2012 wird verwiesen.

■ Maßnahmen Amt 62

Umlegungsverfahren Reiffenbergstraße und Gewerbegebiet Bubenheim sowie Grundstücksverkäufe Rübenach.



5	Rechnungsabgrenzungsposten	31.12.2013	1.300.793,78 €
		31.12.2012	545.771,45 €

Die Position der passiven Rechnungsabgrenzungsposten besteht zum großen Teil aus den bereits zum 31.12.2013 bezahlten großen und kleinen Abos des Stadttheaters für die Saison 2013/14. Weiterhin wurden die jahresübergreifenden Kurse der Volkshochschule ordnungsgemäß abgegrenzt.

Der starke Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist durch die Abgrenzung der Abrechnung der Sozialhilfe vom Land in Höhe von 712 T€ begründet.

Anlage 11 Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung

1. Steuern und ähnliche Abgaben

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Realsteuern	120.747.663,44	150.763.659,04
Gemeindeanteile an den Gemein- schaftssteuern	46.748.797,23	48.169.486,33
Sonstige Gemeindesteuern	1.999.538,46	3.146.566,88
Ausgleichsleistungen	4.751.175,01	4.787.273,79
	174.247.174,14	206.866.986,04

Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 194.991.300 € wies die Ergebnisrechnung bei den Erträgen aus Steuern und ähnlichen Abgaben knapp 11,9 Mio. € Mehreinnahmen aus. Zum Vorjahresergebnis beträgt die Steigerung rd. 32,6 Mio. €; dies entspricht einem Anstieg von 18,72 %.

■ Realsteuern

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Gewerbesteuer	102.614.390,05	131.413.925,90
Grundsteuer B	18.059.893,24	19.276.062,37
Grundsteuer A	73.380,15	73.670,77
	120.747.663,44	150.763.659,04

Die Erträge aus den Realsteuern hatten, wie im Vorjahr, insgesamt gesehen eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Sie stiegen zum Haushaltsansatz von 139.072.500 € um 11.691.159 € (8,4 %) und zum Vorjahresergebnis um rd. 30,016 Mio. € = 24,9 %.

Während die Erträge aus der Grundsteuer A bis auf einen geringen Betrag sowohl dem Haushaltsansatz als auch dem Vorjahresergebnis entsprachen, stiegen die Erträge aus der Grundsteuer B um ca. 6,7 % auf nunmehr rd. 19,28 Mio. € an. Nach der Anhebung des Hebesatzes (390 auf 400 %) zum 01.01.2012 stieg der Hebesatz zum 01.01.2013 auf nunmehr 420 % (+ 5,0 %) an.

Weiterhin gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen führten dazu, dass die Gewerbesteuererträge gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs um rd. 28,8 Mio. € verzeichnen konnten. Der derzeitige Gewerbesteuerhebesatzes beträgt 410 % und gilt seit 01.01.2011. Im Zeitverlauf haben sich die Gewerbesteuererträge in den letzten drei Jahren um rd. 45,3 Mio. € erhöht; dies entspricht in etwa einer Steigerung um 52,6 %.



■ Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Gem. Anteil an der Einkommenssteuer	38.414.493,46	39.669.715,61
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	8.334.303,77	8.499.770,72
	46.748.797,23	48.169.486,33

Der Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern erhöhte sich zum Vorjahr insgesamt betrachtet um rd. 1.421 T€ oder rd. 3,04 %.

Die positive Entwicklung bei den Erträgen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer wurde durch die gute Konjunkturlage und den damit verbunden höheren Einkommenssteuerzahlungen fortgesetzt. Die nach der Gewerbesteuer fiskalisch gesehen zweitbedeutsamste Steuereinnahme der Stadt hat sich zum Vorjahr um rd. 1,26 Mio. € oder 3,3 % erhöht. Gleiches gilt für den Gemeindeanteil aus der Umsatzsteuer, bei der - wie im Vorjahr - ein leichtes Plus verzeichnet werden konnte. Die Steigerung betrug rd. 165 T€ (2,0 %).

Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 48.713.300 € lagen die städtischen Anteile an den Gemeinschaftssteuern um rd. 544 T€ unter den geplanten Werten. Ursächlich hierfür war im Wesentlichen ein zu hoch bemessener Ansatz an den Anteilen aus der Einkommenssteuer.

■ Sonstige Gemeindesteuern

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Sonstige Steuern (Vergnügungssteuer)	1.547.279,03	2.448.823,43
Hundesteuer	402.430,47	415.225,10
Jagdsteuer	10.078,04	10.062,35
Zweitwohnungssteuer	39.750,92	272.456,00
	1.999.538,46	3.146.566,88

Die sonstigen Gemeindesteuern erhöhten sich zu 2012 um rd. 1.147 T€ = 57,4 %.

Ein deutlicher Zuwachs an Spielgeräten durch neue Spielstätten führte zu einem merklichen Anstieg von 901 T€ bei den Erträgen aus der Vergnügungssteuer.

Die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer begann zum 01.06.2012 und brachte im Berichtsjahr Einnahmen in Höhe von ca. 273 T€. Von diesen Einnahmen sind T€ 83 dem Vorjahr zuzuordnen.

Der Haushaltsansatz bei den Sonstigen Gemeindesteuern von insgesamt 2.643.000 € wurde insbesondere durch höhere Erträge bei der Vergnügungssteuer erreicht. Zu dieser Steuerart lagen aufgrund der neuen Berechnungsmethode (ab 01.01.2012) keine belastbaren Erfahrungswerte vor.



■ Ausgleichsleistungen

Zusammensetzung:

	2012 EUR	2013 EUR
Familienausgleichsleistungen	4.003.892,84	3.972.273,79
Grundsicherung für Arbeitssuchende	747.282,17	815.000,00
	4.751.175,01	4.787.273,79

Die Erträge aus den Ausgleichsleistungen übersteigen den Haushaltsvoranschlag von 4.562.500 € um rd. 225 T€, so dass insbesondere im Bereich der Familienausgleichsleistungen eine Anpassung der Haushaltsansätze erfolgen sollte.

Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Anstieg um rd. 36 T€ zu verzeichnen. Während sich die Familienausgleichsleistungen, hierbei handelt es sich um die Beteiligung der Kommunen an den Umsatzsteuermehreinnahmen des Landes nach § 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen dem Bund und den Ländern, um rd. 32 T€ reduzierten, erhöhte sich die Leistungsbeteiligung an den Personalkosten des Job-Centers für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende um ca. 68 T€.

2. Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge

Zusammensetzung:

	2012 EUR	2013 EUR
Schlüsselzuweisungen	12.356.902,00	12.172.162,00
Sonstige allgemeine Zuweisungen	2.321.508,00	2.933.308,00
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	10.353.491,81	11.295.085,24
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	3.723.200,73	4.632.907,16
Schuldendiensthilfen	5.223,61	5.223,61
	28.760.326,15	31.038.686,01

Im Vergleich **zum Haushaltsansatz** von 32.401.337 € weist die Ergebnisrechnung bei den Erträgen aus Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonstigen Transfererträgen ein Minus von knapp 1.363 T€ aus. Gegenüber dem Vorjahr ist ein deutlicher Anstieg in Höhe von 2.278 T€ (7,9 %) festzustellen, der durch die folgenden Erläuterungen dargestellt wird.

■ Schlüsselzuweisungen

Zusammensetzung:

	2012 EUR	2013 EUR
Schlüsselzuweisung B2 (§ 9 (2) Ziffer 2 LFAG)	5.955.781,00	5.730.624,00
Schlüsselzuweisung B1 (§ 9 (2) Ziffer 1 LFAG)	4.920.758,00	4.974.394,00
Investitionsschlüsselzuweisung (§ 10 LFAG)	1.480.363,00	1.467.144,00
	12.356.902,00	12.172.162,00



Im Berichtsjahr erzielte die Stadt Koblenz aus der Schlüsselzuweisung (B1) nach § 9 (2) Ziffer 1 LFAG im Vergleich zum Vorjahr nahezu unveränderte Erträge in Höhe von rd. 4,97 Mio. €. Der Berechnungsmaßstab liegt zurzeit bei 46 € pro Einwohner. Die geringfügige Steigerung beruht auf einer um 1.166 Einwohner höheren Bevölkerungsmesszahl.

Da die Bedarfsmesszahl die Finanzkraftmesszahl überschritt, gewährte das Land auch im Berichtsjahr eine Schlüsselzuweisungen nach § 9 (2) Ziffer 2 LFAG. Mit 5.730.624 € liegt diese im Berichtsjahr geringfügig unter dem Vorjahresbetrag.

Zudem bewilligte es Investitionsschlüsselzuweisungen nach § 10 LFAG, die im Finanzhaushalt zur Verminderung des Saldos der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit verwendet werden sollen. Die Zahlung ist ebenfalls abhängig von der Differenz zwischen Finanzbedarf und Finanzkraft der Kommune.

■ Sonstige allgemeine Zuweisungen

Die Sonstigen allgemeinen Zuweisungen beinhalten die Zahlung des Landes im Rahmen der Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds.

■ Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Land Rheinland-Pfalz	9.448.881,60	10.267.413,32
Sparkasse	409.200,00	554.700,00
Bund	40.353,28	43.399,78
Rechtsfähige Stiftungen	146.848,80	146.977,29
Sonstige	308.208,13	282.594,85
	10.353.491,81	11.295.085,24

Die Erträge erhöhten sich **zum Vorjahr** um saldiert rd. 942T€ (9,1 %). Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen höhere Zuweisungen für Schulen. Hervorzuheben sind die in diesem Jahr abgerechneten Zuweisungen aus dem Konjunkturpaket II für konsumtive Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Realschule plus (474 T€), der Förderschulen mit rd. 220 T€ und der Berufsbildenden Schulen (155 T€).

Die Zuweisungen und Zuschüsse des Landes beinhalten u. a den Zuschuss für das Theater (5.073 T€; 2012: 4.981 T€; 2011: 4.913 T€; die Schülerbeförderung (2.039 T€; 2012: 1.841 T€; 2011: 1.671 T€;) sowie die allgemeine Straßenzuweisungen (830 T€; 2012: 834 T€; 2011: 835 T€). Darüber hinaus erhielt die Stadt Koblenz weitere Zuweisungen vom Land bspw. für ihre Kultur- und Bildungseinrichtungen wie VHS, Musikschule, Stadtbibliothek, die Bundesgartenschau sowie für den öffentlichen Personennahverkehr.

Gegenüber **dem Budget** (13.125.330 €) reduzierten sich die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse um rd. 1.830 T€. Dies begründet sich hauptsächlich durch die verzögerte Einnahme von Landeszuschüssen / -zuwendungen für Schulsanierungsmaßnahmen.



■ Erträge aus der Auflösung der Sonderposten

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten erhöhten sich **zum Vorjahr** um rd. 910 T€. Der Anstieg ist vor allem auf die Abrechnung der Maßnahme „Europabrücke, 1. BA“ Ende 2012 zurückzuführen, die sich in 2013 erstmalig vollständig niederschlägt.

3. Erträge der sozialen Sicherung

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen	930.718,45	944.290,06
Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen	3.370.445,74	3.401.775,89
Kostenbeteiligung/Kostenerstattung nach SGB XII u. a. sozialer Leistungen	18.677.185,42	18.570.245,50
Kostenbeteiligung/-erstattung SGB VIII und anderer Jugendhilfe	18.813.092,13	17.788.531,06
Kostenerstattungen von anderen Sozialhilfeträgern	61.313,40	291.904,58
Leistungsbeteiligung nach dem SGB II	8.690.801,06	8.249.026,57
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung	3.847.860,20	8.229.419,43
	54.391.416,40	57.475.193,09

Die Erträge aus der sozialen Sicherung waren im Haushaltsplan mit insgesamt 58.315.415 € veranschlagt, so dass ausweislich der Ergebnisrechnung ein Minus von rd. 0,84 Mio. € = 1,4 % entstand. Insgesamt wurden 27 Konten bebucht, wobei sich das Ergebnis rechnerisch aus der Saldierung der Mehrerträge von rd. 1.931 T€ abzüglich der Mindererträge von 2.771 T€ ergibt.

Nach der Einführung der kommunalen Doppik zum 01.01.2009 ist bei den Erträgen aus der sozialen Sicherung nunmehr zum vierten Mal wieder ein aussagefähiger Vergleich mit den Ergebnissen des Vorjahres möglich. Insgesamt betrachtet haben sich die Erträge um 3,1 Mio. € = 5,7 % erhöht, wobei die wesentliche Steigerung im Bereich der Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung (+ 4.381.559 €) anfiel. Demgegenüber stand eine deutliche Reduzierung bei der Kostenbeteiligung/-erstattung SGB VIII und anderer Jugendhilfe (- 1.024.561 €).

Insgesamt betrachtet weisen die Erträge aus der sozialen Sicherung seit Einführung des neuen kommunalen Rechnungswesens zum 01.01.2009 mit einem Plus von rd. 19,644 Mio. € oder 51,9 % eine durchaus positive Entwicklung aus.



■ Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz	236.802,07	136.170,13
Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete	383.837,55	436.056,27
Leistungen von Sozialleistungsträgern	148.828,93	155.029,90
Rückzahlungen	91.831,23	123.424,87
Sonstige	69.418,67	93.608,89
	930.718,45	944.290,06

Die Erträge aus dem Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen entsprachen im Wesentlichen dem Ur-Budget von 980.500 €.

Trotz einer leichten Steigerung gegenüber dem Vorjahr weisen diese Erträge mittelfristig allerdings einen negativen Trend auf. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Ergebnis um rd. 14 T€ erhöht; zum Jahr 2010 mit Erträgen von rd. 1.176 T€ beträgt der Rückgang rd. 231 T€. Über die Jahre betrachtet haben sich insbesondere die Erträge aus den Kostenbeiträgen und Aufwendungsersatz sowie aus den Leistungen anderer Sozialleistungsträger reduziert. Zu nennen sind hier insbesondere der Aufwendungsersatz und die Leistungen anderer Sozialleistungsträger für die Kriegsopferversorge, die durch Übertragung dieser Aufgabe auf die Landkreise gänzlich entfallen sind.

Darüber hinaus reduzierten sich die Kostenbeiträge des im Produkt 3511 budgetierten Projektes „Stärken vor Ort“, das zwischenzeitlich ausgelaufen ist.

■ Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Kostenbeiträge u. Aufwendungsersatz	466.584,93	672.732,11
Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete	336.453,61	395.021,17
Leistungen von Sozialleistungsträgern	2.179.338,78	2.012.510,92
Rückzahlungen	298.340,41	267.841,49
Sonstige	89.728,01	53.670,20
	3.370.445,74	3.401.775,89

Die Erträge aus dem Ersatz von sozialen Leistungen innerhalb von Einrichtungen lagen um rund 243 T€ (+ 7,7 %) über dem Ur-Budget von 3.158.000 €.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Erträge aus Ersätzen für soziale Leistungen in Einrichtungen um rd. 31 T€. Während im Bereich der Kostenbeiträge ein Anstieg von ca. 206 T€ zu verzeichnen war, reduzierten sich die Leistungen von Sozialleistungsträgern um 167 T€. Dieser Ertragsrückgang fiel hauptsächlich bei den Leistungen von Sozialleistungsträgern im Produkt 3111 an, bei denen bspw. die Hilfen zum Lebensunterhalt, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die Hilfen zur Gesundheit und zur Eingliederung für behinderte Menschen und die Hilfe



zur Pflege abgebildet werden. Demgegenüber ergibt sich im gleichen Produkt ein Anstieg der Kostenbeiträge in Höhe von 195 T€.

Im Gegensatz hierzu haben sich die nicht unter den Einzelpositionen zu subsumierenden Erträge bei der Sammelposition „Sonstige“ zum Vorjahr um rd. 36 T€ reduziert.

■ Kostenbeteiligung und -erstattung SGB XII und anderer sozialer Leistungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Land RLP	18.646.774,21	18.514.045,59
Landkreise	18.112,89	28.241,80
Gemeinden	6.726,15	2.870,40
Sonstige	5.572,17	25.087,71
	18.677.185,42	18.570.245,50

Im Budget waren 18.172.700 € an Erträgen an Kostenbeteiligungen und –erstattungen nach SGB XII veranschlagt; mithin ergibt sich zum Voranschlag ein Plus von rd. 397.545 € oder 2,2 %. Im Vergleich zum Vorjahresergebnis haben sich die Kostenbeteiligungen und Kostenerstattungen **saldiert** um rd. 107 T€ bzw. 0,6 % reduziert.

Die Kostenbeteiligung und –erstattung des Landes nach SGB XII wird maßgeblich durch die hierfür in Zeile 17 ausgewiesenen Mittel für die soziale Sicherung beeinflusst. Gegenüber dem Vorjahr ist bei der Kostenerstattung des Landes ein leichter Rückgang in Höhe von 133 T€ zu verzeichnen. Das SGB XII beinhaltet die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die Hilfe zur Gesundheit, die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, die Hilfe zur Pflege sowie die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten.

■ Kostenbeteiligung u. -erstattung im Bereich SGB VIII und anderer Jugendhilfe

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Land RLP	16.637.201,06	14.780.215,50
Örtlicher Träger	60.041,15	0,00
Landkreise	540.890,01	522.354,25
Gemeinden	414.115,31	231.989,45
Sonstige	1.160.844,60	2.253.971,86
	18.813.092,13	17.788.531,06

Für das Jahr 2013 waren im Haushalt insgesamt 19.083.600 € veranschlagt, so dass ein Minderertrag von rd. 1,295 Mio. € erzielt wurde.

Die größten Abweichungen zum Urbudget sind bei den Kostenbeteiligungen und –erstattungen durch den überörtlichen Träger sowie bei den Sonstigen festzustellen. Bei einem Ansatz von 16.782.100 € bzw. 1.617.500 € sind zum einen niedrigere Erträge von 2.002 T€ bzw. Mehrerträge in Höhe von 636 T€ zu verzeichnen.



Die Entwicklung der in der Aufstellung zusammengefassten Erträge ist weiterhin recht positiv zu bewerten. Nach dem starken Anstieg im Vorjahr haben sich die Erträge wieder konsolidiert.

Nachdem in den letzten drei Jahren ein Plus von insgesamt 8,468 Mio. € verzeichnet werden konnte, sanken die Erträge im Berichtsjahr erstmals seit Einführung der Doppik um rd. 1,025 Mio. €. Die Gesamtsteigerung in den letzten vier Jahren seit Einführung der Doppik trägt zusammen mithin rd. 7,463 Mio. € und erreicht eine Quote von 72,3 %.

Der Anstieg bei den Sonstigen ist durch periodenfremde Einnahmen im Rahmen des Produktes 3611 „Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen“ begründet. Hier wurden für die Jahre 2008 bis 2012 rund 718 T€ für die Erstattung von Aufwendungen für Pendlerkinder vereinnahmt.

■ Kostenerstattung von anderen Sozialleistungsträgern

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Landkreise	61.358,40	269.044,56
Gemeinden	0,00	15.892,19
Land	- 45,00	6.967,83
	61.313,40	291.904,58

Die Erträge erhöhten sich zum Vorjahresergebnis um rd. 260 T€. Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 70 T€ ergab sich ebenfalls ein deutlicher Anstieg. Grund hierfür war ein zu niedriger Budgetansatz bei den Kostenerstattungen von Landkreisen und Gemeinden für Aufwendungen an Hilfen zum Lebensunterhalt, an Hilfen zur Gesundheit, an Hilfen zur Pflege, für die Grundsicherung im Alter und weitere Hilfearten. Die Planansätze sind für diesen Bereich im Vorfeld schwer zu ermitteln.

■ Leistungsbeteiligung nach dem SGB II

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Unterkunft und Heizung § 46 SGB II, Leistungsbeteiligung für § 28 SGB II	8.535.751,26	8.097.490,29
Rückzahlung Bundesanstalt	155.049,80	151.536,28
	8.690.801,06	8.249.026,57

Die Erträge aus Leistungsbeteiligung nach dem SGB II waren im Haushalt mit 8.765.615 € veranschlagt; der Fehlbetrag beträgt mithin rd. 516.588 €.

Die Erträge setzen sich aus den Ausgleichsleistungen des Bundes und des Landes zusammen. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein Rückgang in Höhe von rd. 442 T€.

Bei der zum zweiten Mal erfolgten Leistungsbeteiligung nach § 28 SGB II handelt es sich um die Kostenbeteiligung des Bundes an den Bildungs- und Teilhabeleistungen, die sich gegenüber dem Vorjahr um rund 329 T€ reduziert hat.

■ Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Zuweisungen/Zuschüsse für laufende Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung durch Sonstige	3.847.860,20	8.229.419,43

Der Haushalt für das Jahr 2013 sah für die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung durch Sonstige 8.085.000 € vor, so dass sich gemessenen am Volumen ein geringfügiges Plus ergab. Im Vergleich zum Vorjahr ist mehr als eine Verdoppelung des Ertrages festzustellen, der darauf zurückzuführen ist, dass die prozentuale Beteiligung des Bundes an den Kosten der Grundsicherung in 2012 von bisher 45 % auf 75 % angehoben wurde. In den nächsten Jahren ist mit einer weiteren deutlichen Ertragssteigerung zu rechnen, da sich die prozentuale Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung ab 2014 auf 100 % erhöhen wird.

4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Verwaltungsgebühren	4.071.058,40	4.162.574,69
Benutzungsgebühren	4.790.686,88	4.621.897,78
Auflösung Sonderposten aus Beiträgen	989.063,91	992.933,32
Schülerbeförderungsentgelte	543.450,31	84.114,30
Sonstiges	131.334,29	140.976,86
	10.525.593,79	10.002.496,95

Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 10.117.747 € ergaben sich Mindererträge in Höhe von rd. 115 T€ (1,1 %). Zum Vorjahr reduzierten sich die Erlöse aus öffentlich-rechtlichen Entgelten um saldiert 523 T€ bzw. 5,0 %.

Während im Bereich der Verwaltungsgebühren gegenüber dem Vorjahr Mehreinnahmen in Höhe von 81 T€ zu verzeichnen waren, ergab sich bei den Benutzungsgebühren ein Rückgang in Höhe von rund 169 T€. Eine deutliche Reduzierung ergab sich beim Bürgeramt infolge gesunkener Fallzahlen, bedingt durch die Einführung des neuen Personalausweises. Haupteinnahmequelle der Benutzungsgebühren sind die Parkgebühren, die in 2013 durch die Erhöhung der Gebühren in 2012 in den Parkzonen 1 bis 8B (Innenstadt zwischen Rhein, Mosel, Eisenbahnstrecke und Markenbildchenweg) von 0,50/Std. auf 1,20 €/Std. bei gleichzeitiger Änderung der Taktung auf 20 Min. unverändert hohe Einnahmen in Höhe 2,95 Mio. € verzeichnen konnten.

Eine rückläufige Tendenz mit rd. 457 T€ weisen demgegenüber die Erträge aus der Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten auf. Ursächlich hierfür ist in erster Linie die durch Landesgesetz erfolgte Beitragsbefreiung für die Schüler der Sekundarstufe I (Klassen 5 – 10) ab dem Schuljahresbeginn 2012/2013. Die Stadt Koblenz erhielt



hierfür eine Teilkompensation durch einen sog. Mehrbetragsausgleich im Rahmen der Zuweisungen für die Schülerbeförderung. Mit dem vorliegenden Jahresabschluss 2013 werden die Auswirkungen erstmals für ein ganzes Kalenderjahr dargestellt. Beitragspflichtig sind aktuell nur noch die Schüler der Sekundarstufe II (Klassen 11 – 13) sowie die entsprechenden Bildungszweige der Berufsbildenden Schulen.

5. Privatrechtliche Leistungsentgelte

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Verkaufserlöse	1.045.348,68	682.876,52
Mieten und Pachten	1.505.147,99	1.435.989,88
Beteiligung Essenskosten durch Eltern sowie Zuschüsse des Bundes	278.849,51	492.458,32
Eintrittsgelder	2.045.724,03	2.437.401,10
Sonstiges	392.346,19	905.333,36
	5.267.416,40	5.954.059,18

Der Haushaltsansatz von 5.578.535,96 € wurde um rd. 375 T€ (6,7 %) übertroffen.

Nach dem rückläufigen Trend der vergangenen Jahre mit 5.415 T€ (2011) und 5.267 T€ (2012) lässt sich in diesem Jahr insgesamt betrachtet wieder eine Erhöhung bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten verzeichnen. Die Minderung der Erträge aus Verkaufserlöse um saldiert 362 T€ zu 2012 hält allerdings weiter an. Das Ergebnis wird maßgeblich durch die Erlössituation des komm. Forstbetriebes (Produkt 5551) beeinflusst. Der 2011 begonnene Rückgang der Erlöse aus dem Holzverkauf hat sich auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Das Ergebnis verringerte sich weiter und zwar über 800 T€ im Vorjahr auf rd. 563 T€ im Berichtsjahr.

Die Erträge aus Mieten und Pachten lagen mit rd. 69 T€ um 4,5 % unter dem Vorjahresergebnis. Das Rechnungsergebnis wird aus der Saldierung von 41 Einzelprodukten gebildet. Die im Vorjahr festzustellende außerordentliche Steigerung bei dem Produkt 5521 „Gewässerunterhaltung“ hatte durch die Abrechnung der Gebühren des Jahres 2011 in 2012 nur temporären Charakter. Die Erträge bei Produkt 5511 „Öffentliches Grün“ verringerten sich zum Vorjahr um rd. 145 T€ und basieren im Wesentlichen auf dem Übergang der Parkplatzbewirtschaftung der SGD-Parkplätze vom Kernhaushalt in den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes 67.

Die Beteiligungen an der Schulverpflegung belaufen sich auf 399 T€ (Vorjahr: 272 T€) durch die Eltern und 93 T€ (Vorjahr: 7 T€) durch den Bund. Die Steigerung der Erlöse ist auf die Einrichtung weiterer Ganztagschulen zurückzuführen.

Die positive Entwicklung der erzielten Eintrittsgelder hält weiterhin an. Die Erlössituation beim Stadttheater verbesserte sich um 301 T€, beim Mittelrhein-Museum um 42 T€, beim Ludwig-Museum um 19 T€ sowie bei der Volkshochschule um 11 T€.



6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Sondervermögen	2.793.747,35	3.782.420,74
Öffentlicher Bereich	3.395.320,72	2.838.931,27
Verbundenen Unternehmen	686.374,64	535.477,62
Private Unternehmen	883.266,18	886.383,51
Unternehmen, mit Beteiligungsverhältnis	3.615,51	3.128,68
Sonstige	53.785,21	65.459,44
	7.816.109,61	8.111.801,26

Zum Haushaltsansatz von 8.360.200 € verzeichnet die Ergebnisrechnung ein geringfügiges Minus von rd. 248.398 € = 3,0 %. Zum Vorjahr ist eine Erhöhung an Kostenerstattungen und –umlagen um saldiert rd. 296 T€ = 3,8 % zu verzeichnen.

■ Sondervermögen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Koblenzer Entsorgungsbetrieb	1.255.227,03	1.456.067,36
Stadtentwässerung	717.261,46	654.663,49
Grünflächen- und Bestattungswesen	358.489,99	340.909,19
Koblenz-Touristik	238.240,77	1.088.094,62
Kommunales Gebietsrechenzentrum	224.528,10	242.686,08
	2.793.747,35	3.782.420,74

Die mit den Eigenbetrieben (EB) verrechneten Kostenerstattungen und -umlagen erhöhten sich **zum Vorjahr** um saldiert rd. 988 T€; dies entspricht 35,4 %. Grund für die Erhöhung im Bereich des EB Koblenzer Entsorgungsbetriebes ist die erstmals im Berichtsjahr erfolgte Verrechnung der Personalkosten der Feuerwehr für den Einsatz des Ölspureinigungsfahrzeuges des EBs. Hinzu kommt die Zuordnung der Betriebszweige „Elektrowerkstatt“ und „Straßenunterhaltung“ zum Eigenbetrieb.

Die Erstattungen im Bereich des EB Koblenz-Touristik erhöhten sich auf Grund der erstmals im Berichtsjahr abgerechneten Miet- und Nebenkosten für das Forum Confluentes (236 T€) sowie die Erstattung für die Eintragung einer Baulast zur Ablösung der Stellplatzverpflichtung an der Rhein-Mosel-Halle sowie am Schloss (645 T€).

■ Öffentlicher Bereich

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Gemeinde und Gemeindeverbände	1.420.374,79	1.350.091,85
Land Rheinland-Pfalz	1.625.708,28	1.375.907,20
Bund	15.906,96	72.182,49
Europäische Union	7.542,00	25.171,48
Sonstige	325.788,69	15.578,25
	3.395.320,72	2.838.931,27

Die Verrechnungen im öffentlichen Bereich verringerten sich zum Vorjahr saldiert um rd. 556 T€ und resultieren im Wesentlichen aus gesunkenen Kostenerstattungen vom



Land und von den Gemeinden und Gemeindeverbänden. Die Reduzierung zum Vorjahr basiert auf geringeren Kostenerstattungen des Landes, vorrangig bei den Produkten 3515 „Lastenausgleich“ (151 T€) sowie 5441 „Bundesstraßen“ (113 T€). Die Minderung bei den „Sonstigen“ ergibt sich durch den Einmaleffekt, welcher durch die nach EU-Rechtsprechung angeordnete Rückforderung der Verbandsumlage von der Tierkörperbeseitigungsanstalt im Vorjahr entstanden ist.

7. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Bestandsveränderungen an fertigen Erzeugnissen	1.026,69	5.756,06
Bestandsveränderungen an Waren	-34.657,76	- 2.935,88
Bestandsveränderungen an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen	-595,55	-7.056,46
	-34.226,62	-4.236,28

Die fertigen und unfertigen Erzeugnisse sowie die für die Herstellung benötigten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind in der Bilanz beim Umlaufvermögen bilanziert. Die Ergebnisrechnung beinhaltet lediglich die Veränderungen zum Vorjahresergebnis. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Bestände zum Stichtag insgesamt betrachtet um rd. 4 T€ verringert. Ausschlaggebend hierfür war im Wesentlichen die Reduzierung der Rohholzbestände beim kommunalen Forstbetrieb.

8. Andere aktivierte Eigenleistungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Aktivierte Personalkosten	1.738.144,97	1.548.843,35
Sonstige andere aktiv. Eigenleistungen	28.321,44	0,00
	1.766.466,41	1.548.843,35

Bei der Position der anderen aktivierten Eigenleistungen werden im Wesentlichen die Leistungen der Mitarbeiter dargestellt, die diese im Haushaltsjahr 2013 für die Erstellung eigener aktivierungsfähiger Vermögensgegenstände erbracht haben. Mit der Aktivierung werden die entstandenen Kosten, bspw. für Gehälter und Material, in der Ergebnisrechnung neutralisiert und über die Jahre der Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes verteilt.

Im Haushaltsjahr 2013 fielen aktivierte Eigenleistungen von rd. 1.549 T€ an; zum Haushaltsansatz von rd. 1,152 Mio. € ist eine Steigerung um rd. 397 T€ zu verzeichnen. Der Ansatz wurde aufgrund rückläufiger Investitionstätigkeit im Nachtragshaushalt 2013 auf den besagten Wert reduziert.



Die Reduzierung zum Vorjahr beträgt rd. 218 T€ und resultiert zum Großteil aus dem um rund 99 T€ geringeren Betrag des Produktes 5411 „Gemeindestraßen“ sowie der um 40 T€ geringeren Summe des Produktes 5112 „Geoinformation“.

Die höchsten Erträge erzielten die Produkte 5411 „Gemeindestraßen“ (307 T€), 5521 „Gewässerunterhaltung“ (404 T€), 1148 „Technisches Gebäudemanagement“ (385 T€), 5711 „Kommunale Wirtschaftsförderung“ (150 T€) und 5441 „Bundesstraßen“ (126 T€).

9. Sonstige laufende Erträge

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Erträge aus der Veräußerung von Anlage- und Umlaufvermögen	512.994,26	4.891.528,03
Weitere sonstige laufende Erträge	13.369.476,99	11.258.680,06
Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge	22.374.905,12	12.207.702,39
Andere sonstige ordentliche Erträge	535.199,24	11.862.937,29
	36.792.575,61	40.220.847,77

Die sonstigen laufenden Erträge verzeichnen zum Haushaltsansatz von 17.933.283 € einen Anstieg um 22.287.565 € (124,3 %). Damit wurde der Ansatz wie in den Vorjahren deutlich überschritten (2010: + 12,9 Mio. € = 102 %; 2011 + 9,9 Mio. € = 75 %; 2012: +13,8 Mio. € = 60 %). Für das Jahr 2014 beläuft sich der Haushaltsansatz einschließlich Nachtrag auf 15.360.123 Euro.

Die Steigerung zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf den nicht zahlungswirksamen ordentlichen Erträgen, die nachstehend näher erläutert werden.

■ Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens und des Umlaufvermögens

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Gewinn aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	416.885,71	4.802.348,96
Gewinn aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen	8.018,31	5.104,00
Gewinn aus der Veräußerung von sonstigen Vermögensgegenständen	88.090,24	84.075,07
	512.994,26	4.891.528,03

Es handelt sich um zum Teil planmäßige Gewinne aus der Veräußerung von Anlagevermögen und sonstigen (un-)beweglichen Vermögensgegenständen.

Der im Nachtragshaushalt auf rd. 3,57 Mio. € erhöhte Ansatz wurde im Berichtsjahr deutlich überschritten, weil aus der Abrechnung des Verkaufes Grundstücke „Zentralplatz“ ein nicht geplanter Gewinn in Höhe von ca. 1,1 Mio. € verbucht wurde.



■ Weitere sonstige laufende Erträge

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Ordnungsrechtliche Erträge	2.418.163,24	2.717.075,32
Säumniszuschläge, Mahngebühren etc	456.463,75	382.090,51
Konzessionsabgaben	7.675.104,90	7.593.642,13
Verkauf von Angebotsunterlagen	34.203,06	8.976,65
Versicherungserstattungen	386.112,32	123.313,05
Jagdpacht	28.645,43	24.806,93
Baulandumlegung	2.337.054,86	361.606,24
Sonstige	33.729,43	47.169,23
	13.369.476,99	11.258.680,06

• Ordnungsrechtliche Erträge

Zum Planansatz von 2.453.000 € stiegen die ordnungsrechtlichen Erträge um 264.075 € (10,8 %) und zum Vorjahresergebnis um rd. 299 T€ = 12,4 %.

• Säumniszuschläge, Mahngebühren etc.

Von den Erträgen in Höhe von 382.091 € entfallen auf:

- Säumniszuschläge 78.130 €
- Mahngebühren 103.858 €
- Vollstreckungsgebühren 162.221 € und
- Erträge aus abgeschriebenem Forderungen 37.882 €.

Der Rückgang zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf gesunkenen Erträgen bei den Säumniszuschlägen.

• Konzessionsabgaben

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH (VWM) - Wasser -	1.659.504,90	1.726.642,13
Energieversorgung Mittelrhein GmbH (EVM) - Gas -	800.000,00	800.000,00
Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-AG (KEVAG) - Strom -	5.215.600,00	5.067.000,00
	7.675.104,90	7.593.642,13

Der Rückgang beträgt zum Haushaltsansatz 24.458 € und zum Vorjahresergebnis 81.463 €.

Die Richtigkeit der ausgewiesenen Konzessionsabgabe aus Strom, Gas und Wasser wurde durch einen Wirtschaftsprüfer testiert. Für die Konzessionsabgaben lagen die jeweiligen Prüftestate vor.

• Versicherungserstattungen

Die Erstattungen von **allen** Versicherungsleistungen werden über das Konto 462700 abgewickelt. Sie betragen im Berichtsjahr rd. 123 T€ und haben sich damit zum Vorjahr um rd. 263 T€ vermindert.

Die Verbuchung erfolgte insgesamt bei 44 Produkten des Haushaltes, wobei die Erstattungsleistungen des Versicherers bei den Produkten 1121 „Personal“ mit 22 T€, 5411 „Gemeindestraßen“ mit 21 T€, 5711 „Kommunale Wirtschaftsförderung“ mit 15 T€ und 5441 „Bundesstraßen“ mit 13 T€ von hervorgehobener Bedeutung sind.

• Baulandumlegung

Das Baulandumlegungsverfahren „Bubenheim“ ergab Erträge in Höhe von 362 T€ (siehe hierzu die Erläuterungen zur Bilanzposition „2.1.3 Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren“).

• Sonstige Erstattungen

Es handelt sich im Wesentlichen um Erstattungen überzahlter Fraktionszuschüsse, und die Ablieferung von Einnahmen aus Nebentätigkeiten.

■ Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen	2.771.638,75	294.563,43
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.409.263,50	4.307.365,33
Erhöhung Beteiligungen	8.460.689,11	7.399.514,16
Anpassung der Bilanz	8.680.592,80	80.669,48
Sonstige	52.720,96	125.589,99
	22.374.905,12	12.207.702,39

• Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen

Es handelt sich hierbei um die Korrektur der Einzelwertberichtigungen im Berichtsjahr.

• Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen

Insgesamt wurden folgende 54 Einzelrückstellungen aufgelöst:

	T€
Hangsicherung Rittersturz	1.700
Gülser Eisenbahnbrücke	1.700
Ausstehende Rechnungen (41)	593
Geschäftsunterlagen	140
Instandhaltung (7)	121
Altersteilzeit Angestellte	22
Prozesskosten	21
Dienstherrenwechsel §107 BeamtVG	10



• **Erhöhung Beteiligungen**

Die Position erfasst im Wesentlichen die Erhöhung des Anteilwertes des verbundenen Unternehmens Stadtwerke GmbH in Höhe von 6.802 Mio. €.

• **Anpassung der Bilanz**

Es handelt sich hierbei um die Anpassung der Restbuchwerte der bei Ziffer 4.3 bilanzierten Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen.

• **Sonstige**

Die Sonstigen nicht zahlungswirksamen ordentlichen Erträge i. H. v. 125.590 € sind im Wesentlichen durch die Anpassung der Forderung aus Ansprüchen aus Dienstherrenwechsel nach § 107 BeamtVg bedingt.

■ **Andere sonstige ordentliche Erträge**

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Andere sonstige ordentliche Erträge	535.199,24	11.862.937,29

Die „Andere sonstige ordentliche Erträge“ beinhalten die Erträge aus den Korrekturbuchungen zur Eröffnungsbilanz. Diesen Korrekturbuchungen zur Änderung der Eröffnungsbilanz in Höhe von ca. 11.500 T€ stehen Aufwendungen in gleicher Höhe auf dem Konto 569910000 (siehe Sonstige Aufwendungen) gegenüber.

Summe der lfd. Erträge aus		
10. Verwaltungstätigkeit (Summe 1 bis 9)	319.532.851,89	361.214.677,37

Insgesamt hat sich die Summe der ordentlichen Erträge zum Haushaltsansatz von 328.849.318 € um 32.365.359 € (9,84 %) auf 361.214.677,37 € erhöht. Zum Vorjahr ist eine Steigerung um 41.681.825,48 € oder 13,04 % zu verzeichnen.



11. Personalaufwendungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	369.087,21	441.570,96
Dienstbezüge und dergleichen	57.531.744,98	57.044.409,56
Beiträge zu Versorgungskassen	3.572.841,22	3.527.928,90
Beiträge z. gesetzl. Sozialversicherung	8.552.198,55	8.307.379,88
Beihilfen, Unterstützungsleistungen und dergleichen	2.456.024,20	2.554.596,01
Personalnebenaufwendungen	204.850,40	13.067,03
Zuführungen zu Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	35.330,00	2.270.045,96
Rückstellungszuführungen für nicht ge- nommenen Urlaub, Überstunden u. ä.	323.817,29	185.316,90
Pauschalierte Lohnsteuer	11.282,23	4.588,54
	73.057.176,08	74.348.903,74

Mit diesem Ergebnis haben sich die Personalaufwendungen gegenüber dem Haushaltsvoranschlag von 78.155.043 € um 3.806.139 € (4,9 %) vermindert.

Im Vergleich zum Vorjahresergebnis ist bei den Personalaufwendungen ein geringfügiger Anstieg um rd. 1,29 Mio. € festzustellen, für den im Wesentlichen die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen (+ 2,23 Mio. €) ursächlich sind. Demgegenüber haben sich die Dienstbezüge um rd. 0,49 Mio. € und die Personalnebenkosten um 0,2 Mio. € reduziert.

■ Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Ortsvorsteher	55.019,86	55.492,76
Rats- und Ausschussmitglieder	275.589,25	326.121,85
Sonstige	38.478,10	59.956,35
	369.087,21	441.570,96

Gegenüber dem Haushaltsvoranschlag in Höhe von 458.083 € sind Minderaufwendungen von 16.512 € zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Aufwendungen um 72.484 €.

■ Dienstbezüge und dergleichen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Bezüge der Beamten	16.755.420,90	16.790.336,32
Sonstige	2.985,51	2.943,53
Vergütungen der Arbeitnehmer	40.516.327,21	39.843.526,00
Sonstige Aufwendungen für Bedienstete	257.011,36	407.603,71
	57.531.744,98	57.044.409,56



Gegenüber dem Ansatz in Höhe von 58.981.381 € ergeben sich Minderaufwendungen von 1.936.972 €, die – wie in den letzten Jahren – auf zu hohe Haushaltsansätze zurückzuführen sind. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierten sich die Aufwendungen um rd. 487 T€, wobei dem Rückgang der „Vergütung für Arbeitnehmer“ mit rd. 673 T€ (1,7 %) eine Steigerung im Bereich der „Beamtenbezüge“ mit rd. 35 T€ (0,2 %) gegenüberstand.

■ Beiträge zu Versorgungskassen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Beamte	417.883,73	435.104,59
Arbeitnehmer	3.150.760,24	3.088.171,13
Sonstige	4.197,25	4.653,18
	3.572.841,22	3.527.928,90

Im Vergleich zum Haushaltsvoranschlag in Höhe von 3.579.800 € ist ein Rückgang um 51.871 € festzustellen.

Die Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Pflichtzuführungen zur Kommunalen Versorgungsrücklage gem. § 14a BBesG und haben sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig reduziert.

■ Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Beamte (u. a. Nachversicherung)	66.056,23	19.258,40
Arbeitnehmer	8.450.356,59	8.243.045,44
Sonstige	35.785,73	45.076,04
	8.552.198,55	8.307.379,88

Die tatsächlichen Aufwendungen haben sich gegenüber dem Haushaltsvoranschlag von 8.663.284 € um 355.904 € vermindert. Insbesondere durch gesunkene Leistungen an die gesetzliche Sozialversicherung für tariflich beschäftigte Arbeitnehmer von rd. 207 T€ reduzierten die Aufwendungen zum Vorjahr um knapp 245 T€.

■ Beihilfen, Unterstützungsleistungen und dergleichen

Mit 2.554.596,01 € haben sich die Beihilfeaufwendungen im Vergleich zum Vorjahresergebnis von 2.456.024,20 € um 98.572 € = 4,0 % erhöht. Gegenüber dem Haushaltsansatz von 2.749.975 € ist eine Minderanspruchnahme von rd. 195 T€ = 7,1 % zu verzeichnen.

■ Personalnebenaufwendungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Trennungsgeld, Fahrtkosten, Prämien, Leistungszulagen, Prämien	8.759,40	6.834,73
Dienstherrenwechsel	196.091,00	6.232,30
	204.850,40	13.067,03



Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 39.139 € ergeben sich Minderaufwendungen in Höhe von 26.072 €. Für den Wechsel von einem städtischen Beamten wurden Ausgleichszahlungen an den neuen Dienstherrn bezahlt.

■ Zuführungen zu Pensionsrückstellungen u. ä. Verpflichtungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Pensionsrückstellungen	0,00	1.913.517,24
Beihilferückstellungen	0,00	339.685,72
Sonstige (Ehrensold)	35.330,00	16.843,00
	35.330,00	2.270.045,96

Die Zuführung für den Ehrensold liegt um 11.902 € über dem Haushaltsvoranschlag von 4.941 €. Die Zuführungen zur Pensions- und Beihilferückstellung sind durch das Gutachten der Rheinischen Versorgungskasse begründet (siehe hierzu Erläuterungsteil zur Bilanzposition „3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“).

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen belaufen sich zum 31.12.2013 auf **148.808.991 €**.

■ Zuführungen zu Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub, Überstunden und ähnliches

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Beamte	133.531,67	157.144,16
Arbeitnehmer	123.270,92	27.691,44
Sonstige	67.014,70	481,30
	323.817,29	185.316,90

Für das Haushaltsjahr 2013 waren keine Zuführungen geplant, so dass sich Mehraufwendungen v. rd. 185 T€ ergaben.

Grundlage der Bemessung der Urlaubs- und Überstundenrückstellungen für Beamte und tariflich Beschäftigte ist die Anzahl der nicht genommenen Urlaubstage bzw. der geleisteten Überstunden zum 31.12.2013 mit den individuellen Stundensätzen des jeweiligen Mitarbeiters. Im Durchschnitt erhöhte sich die Rückstellung für nicht in Anspruch genommenen Urlaub pro Mitarbeiter von 1.028,55 € auf 1.095,25 € (6,5 %), während sich die Rückstellung für geleistete Überstunden von 888,25 € auf 857,01 € (3,5 %) reduzierte.

Unter der Rubrik „Sonstige“ wurde die Erhöhung der Rückstellung Dienstjubiläen mit insgesamt 481,30 € erfasst.

Die Rückstellungen belaufen sich zum Stichtag 31.12.2013 auf folgende Beträge:

Rückstellung für nicht genommenen Urlaub:	2.018.540,86 €	(2012: 1.920.303,17 €)
Überstundenrückstellung:	1.579.468,66 €	(2012: 1.658.373,17 €)
Rückstellung für Dienstjubiläen:	80.264,90 €	(2012: 79.783,60 €)
	3.678.274,42 €	3.658.459,94



12. Versorgungsaufwendungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Versorgungsaufwendungen	7.041.513,43	7.051.563,79

Die Versorgungsaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahresergebnis um rd. 10 T€ = 0,14 % erhöht. Im Vergleich zum Haushaltsvoranschlag (7.199.354 €) ergeben sich Minderaufwendungen in Höhe von rd. 148 T€ = 2,06 %.

13. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Aufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung	17.925.235,53	13.571.792,02
Kostenerstattungen an den Bund, das Land RLP sowie an verbundene Unternehmen und Eigenbetrieb	13.541.796,61	19.866.726,77
Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Abfall	9.612.013,42	9.373.418,73
Weitere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	9.439.874,72	9.405.556,15
Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.332.839,80	2.391.140,64
Aufwendungen für Fertigung, Vertrieb und Waren	630.015,62	527.944,23
	53.481.775,70	55.136.578,54

Im Vergleich zu den prognostizierten Aufwendungen von 61.593.843 € hat sich das Rechnungsergebnis um 6.457.265 € (10,5 %) reduziert.

Gegenüber dem Vorjahresergebnis von rd. 53,5 Mio. € haben sich die Aufwendungen im Berichtsjahr um saldiert rd. 1,655 Mio. € = 3,09 % erhöht, wobei insbesondere die höheren Kostenerstattungen an den EB 70 von rd. 6,8 Mio. € zu dieser Entwicklung beitrug.

Erwähnenswert sind allerdings auch die Reduzierungen bei den Aufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung (- 4.353 T€).

■ Aufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Unterhaltung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und -einrichtungen	9.224.693,93	10.402.259,10
Infrastrukturvermögen	7.135.931,15	1.502.478,16
Betriebs- und Geschäftsausstattung	463.531,85	433.351,92
Fahrzeugunterhaltung	451.696,08	326.110,70
Geringfügige Geräte	468.139,53	663.917,17
Bewirtschaftung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und -einrichtungen	76.999,63	61.781,50
Maschinen und technische Anlagen	83.902,58	76.624,17
Unterhaltung von Kunstgegenständen und Denkmälern	20.340,78	105.269,30
	17.925.235,53	13.571.792,02

Gegenüber **dem Ansatz** (20.324.803 €) haben sich die Aufwendungen um saldiert rd. 6.753 T€ (33,2 %) reduziert. Insofern ist die bereits im Vorjahr getroffene Feststellung, dass in einigen Bereichen die Haushaltsansätze nicht annähernd in Anspruch genommen wurden, zu wiederholen. Zu nennen sind hier insbesondere Minderaufwendungen in den Bereichen der Unterhaltung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und Gebäudeeinrichtung mit 2.935 T€ sowie der Unterhaltung des Infrastrukturvermögens mit 3.016 T€.

Im Rahmen der Erstellung des Nachtragsplans empfiehlt das Rechnungsprüfungsamt eine realistischere Planung seitens der Fachämter durchzuführen.

Im Vergleich **zum Vorjahr** reduzierten sich die Gesamtaufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken, Gebäuden und Maschinen etc. um saldiert rd. 4.354 T€. Dem Anstieg im Bereich der Unterhaltung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und -einrichtungen in Höhe von 1.178 T€ steht ein deutlicher Minderaufwand im Bereich der Unterhaltung des Infrastrukturvermögens (- 5.633 T€) gegenüber. Grund für die Erhöhung der Unterhaltungskosten für die Gebäude sind die zahlreichen Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Schulen. Erwähnenswert sind hier die Brandschutzsanierungen der Clemes-Brentano-Schule, des Eichendorff-, des Hilda- und des Gymnasiums auf dem Asterstein sowie die Fassadensanierung der BBS Wirtschaft. Der Rückgang im Bereich der Unterhaltung des Infrastrukturvermögens ist im Wesentlichen durch die Übernahme der Straßenunterhaltung durch den Eigenbetrieb 70 begründet (siehe hierzu den Anstieg im nachfolgenden Abschnitt „Kostenerstattungen“).

Die im Vorjahr gebildete Rückstellung (1.700 T€) für die Sanierung der Gülser Eisenbahnbrücke wurde nicht in Anspruch genommen und unter Position „Sonstige laufende Erträge“ ertragswirksam aufgelöst. Die Sanierung des Fußgängerweges im Bereich der Eisenbahnbrücke Güls war bereits im kamerale Haushaltssystem als Vorhaben eingeplant und wurde später nach mehrmaligen Übertragungen in die Folgejahre ausgebucht.



■ Kostenerstattungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	4.792.195,67	4.012.944,00
Eigenbetriebe	7.280.602,85	14.337.581,76
Sonstiger öffentlicher Bereich	1.061.318,67	1.085.078,21
Gemeinde und Gemeindeverbände	120.608,84	131.123,45
Private Unternehmen	166.211,84	182.591,43
Zweckverbände	102.703,00	102.703,00
Sonstiges	18.155,74	14.704,92
	13.541.796,61	19.866.726,77

Bei der Kontenart 525 „Kostenerstattungen“ standen im Haushaltsplan 2013 insgesamt 18.658.900 € für die anfallenden Aufwendungen zur Verfügung. Mithin ergaben sich bei der Haushaltsausführung Mehraufwendungen von saldiert 1.207.826 € (6,5 %).

Mehraufwendungen **zum Haushaltsansatz** waren in nahezu allen Bereichen zu verzeichnen. Erwähnenswert sind:

• die Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	2.694.594 €
• Eigenbetriebe Grünflächen und Bestattungen	678.238 €
	<u>3.372.832 €</u>

Beim Eigenbetrieb 70 ergaben sich Minderaufwendungen in Höhe von 2.037.045 €.

Im Vergleich **zum Vorjahr** ist ein nicht unerheblicher Anstieg um saldiert 6.325 T€ = 46,7 % festzustellen. Ursächlich hierfür ist eine deutliche Kostenerhöhung bei den Erstattungen an die Eigenbetriebe in Höhe von 7.057 T€. Die Ausgliederung und Übernahme der Straßenunterhaltung inkl. Straßenbeleuchtung an den Eigenbetrieb 70 führte im Bereich der Kostenerstattungen zu einem deutlichen Mehraufwand (siehe hierzu den Rückgang im Bereich der Straßenunterhaltung sowie den Rückgang der Stromkosten im Bereich der Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Abfall).

■ Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Abfall

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Stromkosten	2.418.209,28	1.809.291,51
Heizungskosten	2.495.334,88	2.548.190,78
Abwasserbeseitigung	2.259.392,49	2.647.235,78
Abfallentsorgung, Straßenreinigung und Winterdienst (Konto 5225000)	20.150,82	24.061,35
Eigenbetrieb 70 Abfallentsorgung etc. (Konten 522300, 522400 und 522517)	2.418.925,95	2.344.639,31
	9.612.013,42	9.373.418,73

Die Aufwendungen der Kontengruppe 522 für Energie, Wasser, Abwasser und Abfallentsorgung waren mit einem Gesamtansatz von 9.642.317 € kalkuliert. Der Minderbedarf belief sich saldiert auf rd. 268.899 € (2,8 %).

Der Minderaufwand gegenüber **dem Vorjahr** von saldiert rd. 239 T€ entfiel im Wesentlichen auf den Rückgang der Stromkosten. Mit Übernahme der Elektrowerkstatt durch den Entsorgungsbetrieb (EB 70) übernimmt dieser große Teile der in den Vorjahren angefallenen Stromkosten. Der Anstieg im Bereich der Abwasserbeseitigung resultiert im Wesentlichen aus der erstmaligen Abgrenzung der durch den Eigenbetrieb 85 erstellten Abrechnungen für den entsprechenden Berichtszeitraum (siehe Rückstellungen für ausstehende Rechnungen; T€ 318).

■ Weitere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Schülerbeförderungskosten	3.930.103,90	3.685.543,27
Sonstige bezogene Leistungen	2.489.480,66	2.595.031,70
Essenskosten	680.195,42	681.374,11
Labor- und Werkstättenbedarf	556.655,98	501.352,50
Lehr- und Unterrichtsmittel	630.336,30	655.900,19
Sonstiges	1.153.102,46	1.286.354,38
	9.439.874,72	9.405.556,15

Die Ist-Aufwendungen lagen um ca. 396 T€ unter dem Voranschlag von 9.801.423 €, wobei sich die Einsparungen auf alle Bereiche verteilten. Lediglich für die zum zweiten Mal im Aufwand verbuchten Steuerzahlungen an das Finanzamt Koblenz für das Stadion Oberwerth wurde zum wiederholten Mal kein Planansatz erstellt.

Im Vergleich zum Vorjahresergebnis reduzierten sich die Aufwendungen um saldiert rd. 34 T€. Während sich die Schülerbeförderungskosten um ca. 245 T€ verringerten, ergaben sich bei den „Sonstigen bezogenen Leistungen“ Mehraufwendungen in Höhe von 106 T€. Der Anstieg im Bereich „Sonstiges“ (+ 133 T€) ist im Wesentlichen auf die Beschaffung von Büchern für die neue Stadtbibliothek begründet.

■ Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Sonstige Aufwendungen für Sach- leistungen	36.574,58	23.062,60
Sonstige Aufwendungen für Dienst- leistungen	785.415,02	958.223,62
Sonstige Aufwendungen für Honorare	1.510.850,20	1.409.854,42
	2.332.839,80	2.391.140,64

Im Vergleich zum Gesamtansatz von 2.498.350 € sind Minderaufwendungen von saldiert rd. 107 T€ festzustellen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist ein leichter Anstieg und zwar saldiert um rd. 58 T€ zu verzeichnen. Während sich im Bereich der Sonstigen Aufwendungen für Dienstleistungen Mehrausgaben in Höhe von 173 T€ ergaben, konnte bei den Honoraraufwendungen 101 T€ eingespart werden.



■ Aufwendungen für Fertigung, Vertrieb und Waren

Hierunter fallen bspw. der Einkauf von Ausweisen, Führerscheinen, Katalogen etc. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Rückgang um 102 T€ zu verzeichnen.

14. Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO

Bei den Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 14 GemHVO handelt es sich um Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung der Verwaltung.

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	2.956.702,95	2.959.935,84
Abschreibungen auf unbebaute Grundstücke des Vorratsvermögens	1.361,23	2.435,93
Abschreibungen auf bebaute Grundstücke	3.942.374,97	4.008.631,15
Abschreibungen auf bebaute Grundstücke des Vorratsvermögens	0,00	0,00
Korrektur Abschreibungen auf das Infrastrukturvermögen	0,00	0,00
Abschreibungen auf das Infrastrukturvermögen	12.583.493,51	12.891.406,30
Abschreibungen auf Bauten auf fremdem Grund	115.253,00	128.753,98
Abschreibungen auf Kunstgegenstände, Denkmäler	11.552,60	23.175,84
Abschreibungen auf Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge und Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.288.593,43	2.306.999,08
Sonstige Abschreibungen u. außerplanmäßige Abschreibungen	0,00	1.064.565,64
	21.899.331,69	23.385.903,76

Die Summe der Abschreibungen wird im Anlagenspiegel mit 23.385.291,50 € angegeben. Der Unterschiedsbetrag von 612,26 € setzt sich aus Abschreibungen auf Vorräte (Gebäude) mit 363,99 € und Abschreibungen auf Vorräte (Grundstücke) mit 248,27 € zusammen.

Die Summe der Abschreibungen insgesamt erhöhte sich zum Vorjahr um rd. 1.487 T€ (6,79 %) und zum Haushaltsansatz um rd. 84 T€ (0,36%). Die im Prüfbericht 2012 angeregte Anpassung des Haushaltsansatzes wurde umgesetzt.

■ Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände

Zuwendungen und Investitionszuschüsse mit einer mehrjährigen Gegenleistungsverpflichtung oder einer mehrjährigen Zweckbindung wurden buchmäßig fortgeschrieben. Ebenso wurden die im Haushaltsjahr geleisteten Zuschüsse und Zuwendungen

gemäß der vereinbarten mehrjährigen Zweckbindung bzw. Gegenleistungsverpflichtung anteilig abgeschrieben.

Von den Abschreibungen entfallen auf:

Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	mit	127.585,84 €
Geleistete Zuwendungen / gezahlte Investitionszuschüsse	mit	2.832.350,00€

■ Abschreibungen auf unbebaute Grundstücke

Der gesamte Wert bezieht sich auf Parkanlagen und Spielplätze.

■ Abschreibungen auf bebaute Grundstücke

Die Abschreibungen der bebauten Grundstücke sind geprägt durch die Abschreibungen für Schulen mit rd. 2,4 Mio. €. Die weiteren Positionen bewegen sich auf dem Niveau des Vorjahres. Die Abschreibungen der bebauten Grundstücke entsprechen aus dem bereits vorstehend dargestellten Grund nicht dem im Anlagenverzeichnis genannten Betrag. Die Abweichung beträgt insgesamt 612,26 €.

■ Abschreibungen auf das Infrastrukturvermögen

Das Infrastrukturvermögen unterliegt bis auf den jeweiligen Grundstücksanteil der regelmäßigen bilanziellen Abschreibung. Der bedeutendste Teil der Aufwendungen entfällt auf den Bereich der Straßen mit rd. 10,2 Mio. €.

■ Abschreibungen auf Bauten auf fremdem Grund

Die Abschreibungen bei den Bauten auf fremden Grund und Boden wurden sowohl beim Stadion Oberwerth als auch bei den übrigen Sportstätten vorgenommen. Sie entsprechen den im Anlagespiegel aufgelisteten Beträgen. Die Steigerung zum Vorjahr resultiert vorwiegend aus der erstmaligen Abschreibung von Gartenanlagen im Rahmen der Buga-Aktivierungen.

■ Abschreibungen auf Kunstgegenstände, Denkmäler

Die Abschreibungen setzen sich aus den Abschreibungen für die Feste Franz und das Romanische Haus zusammen.

■ Abschreibungen auf Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge u. Betriebs- und Geschäftsausstattung

Es handelt sich um einen kumulierten Betrag der sich wie folgt zusammensetzt:

Bilanzposition 1.2.7	Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	1.014.025,82 €
Bilanzposition 1.2.8	Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>1.292.973,26 €</u>
		2.306.999,08 €

Die Abschreibungen beider Bilanzpositionen haben sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig erhöht (+18 T€).

Die bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung verbuchten geringwertigen Wirtschaftsgüter wurden im Jahr 2010 auf die Regelung des § 35 (3) Satz 2 GemHVO



umgestellt. Hierbei wurde von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, solche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten im Einzelnen den Wert von 410 € Netto nicht überschreiten, im Jahr ihrer Anschaffung oder Herstellung aufwandswirksam zu buchen. Die entsprechenden Vermögensgegenstände aus dem Jahr 2009 werden dagegen weiterhin planmäßig bis zum Zeitablauf abgeschrieben.

■ **Sonstige Abschreibungen u. außerplanmäßige Abschreibungen**

Hierbei handelt es sich um die nachträglich Erfassung der von der Buga-GmbH vorgenommenen Abschreibungen auf das von der GmbH geschaffene Vermögen.

Im Übrigen wird zu dem Bereich der Abschreibungen auf die Darstellungen im Anlagepiegel (Anlage 5) hingewiesen.

15. Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 15 GemHVO

Bei den Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 15 GemHVO handelt es sich um Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die üblichen Abschreibungen überschreiten. Im Berichtsjahr sind keine derartigen Abschreibungen angefallen.

16. Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transferaufwendungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke	2.051.317,96	1.967.284,85
Schuldendiensthilfen	180.290,82	77.569,01
Aufwendungen wegen Steuerbeteiligungen und dergleichen	17.569.052,40	23.306.222,86
Allgemeine Umlagen	5.723.691,81	5.168.629,36
	25.524.352,99	30.519.706,08

Während gegenüber dem Haushaltsansatz von 27.640.795 € rd. 2,879 Mio. € mehr verausgabt wurden, stiegen die Aufwendungen zum Vorjahr um 4.995.353 € = 19,6 % an.

■ **Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke**

Hierunter werden sämtliche Zuweisungen und Zuschüsse für die verbundenen Unternehmen, das Sondervermögen, die Eigenbetriebe sowie für den öffentlichen und privaten Bereich abgebildet. Gegenüber dem Voranschlag von 2.193.145 € konnten Einsparungen in Höhe von rd. 226 T€ realisiert werden.

Zum Vorjahr sanken die Aufwendungen saldiert um rd. 84 T€. Während im Vorjahr die Infrastrukturmaßnahme des Industriezweckverbandes A61 mit 450 T€ bezuschusst wurde, ergaben sich für das Berichtsjahr Zahlungen an die Strueg in Höhe von 401 T€ (siehe hierzu Bilanzposition „Sonstige Rückstellungen“).



■ Schuldendiensthilfen

Die Schuldendienstleistungen betreffen ausschließlich den privaten Bereich. Da die Hilfen in der Regel vertraglich festliegen, bewegt sich der Aufwand im Rahmen des Ansatzes von 81.750 €.

■ Aufwendungen wegen Steuerbeteiligungen und dgl.

Hinter dieser Kostenart verbirgt sich die zu zahlende Gewerbesteuerumlage. Bei einem Ansatz von 20.195.000 € fielen tatsächliche Aufwendungen von 23.306.222 € an; Mehraufwand mithin von 3.111.222 €. Im Vergleich zum Vorjahr (17.569.052 €) war die Umlage wegen der erheblich gestiegenen Gewerbesteuererträge (s. Ziffer 1 dieser Anlage) deutlich höher.

■ Allgemeine Umlagen

Die Allgemeinen Umlagen werden beherrscht durch die in die Finanzausgleichsmasse abzuführende Finanzausgleichsumlage mit einem Aufwand von 4.677.552 € und dem Finanzierungsanteil der Stadt Koblenz am Fond „Deutsche Einheit“ mit 486.809 €.

Während sich der Finanzierungsanteil am Fond „Deutsche Einheit“ gegenüber dem Vorjahr (rd. 468 T€) um 18 T€ erhöhte, betrug der Anstieg der Finanzausgleichsumlage rund 302.357 €. Hauptgrund für den Rückgang der Allgemeinen Umlagen ist die Bildung einer Rückstellung (einmalig) im Vorjahr in Höhe von 876 T€ hinsichtlich des Flugfeld Karthause.

Saldiert reduzierten sich die Aufwendungen zum Vorjahr um rd. 555 T€ bzw. 9,7 %.

17. Aufwendungen der sozialen Sicherung

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Leistungen nach SGB II	19.241.473,22	19.106.003,06
Leistungen nach SGB XII	48.502.772,53	50.456.959,19
Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB XII	242.142,96	286.055,71
Leistungen nach SGB VIII	13.177.638,27	13.145.855,25
Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB VIII	1.135.673,99	847.628,54
Sonstige Leistungen	4.497.742,73	5.777.906,02
Kostenbeteiligungen/-erstattungen für sonstige Leistungen	506.414,85	547.358,01
Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke sozialer Sicherung	25.247.931,25	26.226.809,34
	112.551.789,80	116.394.575,12

An Aufwendungen für die soziale Sicherung sah der Haushaltsplan 2013 bei der Kontengruppe 55 insgesamt Aufwendungen von 116.540.887 € vor. Mit dem vorstehend dargestellten Ergebnis ergab sich eine Reduzierung um rd. 146 T€.

Insgesamt gesehen erhöhten sich die Aufwendungen für die soziale Sicherung zum Vorjahr um saldiert 3.842.785 € = 3,41 %. Kostensteigerungen waren insbesondere bei den Leistungen nach SGB XII mit 1.954 T€, den Sonstigen Leistungen mit 1.280 T€



und den Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke der sozialen Sicherung mit 979 T€ festzustellen, währenddessen sich die Aufwendungen bei den Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB VIII um 288 T€ verringerten.

■ Leistungen nach SGB II

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Kosten der Unterkunft und Heizung	18.553.171,35	18.347.728,38
Einmalige Leistungen des kommunalen Trägers	257.756,16	256.597,34
Laufende Leistungen des kommunalen Trägers	297.816,32	336.104,77
Leistungen zur Eingliederung von Arbeitsuchenden	132.729,39	165.572,57
	19.241.473,22	19.106.003,06

Für die Leistungen nach dem SGB II waren 20.605.000 € veranschlagt, so dass eine Einsparung von rd. 1.499 T€ erzielt wurde. Mit diesem Ergebnis blieben die Leistungen insgesamt um rd. 135 T€ = 0,7 % hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Gleiches gilt für die Entwicklung der im Leistungsbezug befindlichen Bedarfsgemeinschaften und Leistungsbezieher. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften verringerte sich im Jahresdurchschnitt von 4.787 auf 4.619 und die der Leistungsbezieher von 9.319 auf 8.955.

■ Leistungen nach SGB XII

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Leistungen außerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung	2.081.285,72	2.141.291,00
Leistungen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung	14.673.192,77	16.410.652,85
Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung	28.524.364,81	28.937.671,30
Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger ohne eigene Kostenbeteiligung	309.606,77	276.716,52
Leistungen innerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung	2.908.158,45	2.657.935,18
Leistungen innerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger ohne eigene Kostenbeteiligung	1.549,26	27.931,18
Sonstige Leistungen	4.614,75	4.761,16
	48.502.772,53	50.456.959,19

Für die Leistungen nach dem SGB XII sah der Haushaltsansatz für das Jahr 2013 insgesamt 49.502.000 € vor. Somit weist der Jahresabschluss eine Abweichung von rd. 954.959 € oder 1,9 % aus.



Zum Vorjahr ergab sich bei den Leistungen nach dem SGB XII eine Steigerung um rd. 1.954.187 € oder 4,0 %. Kostensteigerungen waren insbesondere bei den Leistungen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung in Höhe von 1.737 T€ sowie bei den Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung in Höhe von 413 T€ festzustellen.

■ Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB XII

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Kostenbeteiligungen nach AGSGB XII an das Land	202.584,49	182.188,39
Kostenerstattung an andere Sozialhilfeträger	39.558,47	103.867,32
	242.142,96	286.055,71

Für die Aufwendungen an Kostenbeteiligungen und –erstattungen nach dem SGB XII waren im Haushalt 265.000 € veranschlagt; mithin ergeben sich Mehrkosten von rd. 21.055 € (rd. 8 %). Zum Vorjahr reduzierten sich die Kostenbeteiligungen nach dem AGSGB XII um rd. 20 T€, während sich die Kostenerstattungen an andere Sozialhilfeträger um rd. 64 T€ erhöhten.

■ Leistungen nach SGB VIII

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Leistungen außerhalb v. Einrichtungen, allgemein	2.369.371,19	2.527.017,50
Leistungen außerhalb v. Einrichtungen, Eingliederungshilfe	577.092,97	586.546,30
Sonstige Leistungen außerhalb von Einrichtungen, Eingliederungshilfe	16.814,28	16.229,59
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), allgemein	2.410.575,58	2.698.587,33
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), allgemein abrechnungsfähig	424.874,41	412.244,91
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), Eingliederungshilfe	116.000,40	172.142,84
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), Heimerziehung	6.952.072,78	6.430.621,35
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), betreute Wohnform	299.905,51	288.602,23
Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), betreute Wohnform abrechnungsfähig	10.931,15	13.863,20
	13.177.638,27	13.145.855,25



Die Aufwendungen für die Leistungen nach dem SGB VIII überstiegen den Haushaltsansatz von 12.606.689 € um rd. 539.166 € (rd. 4,3 %), wobei ein Großteil des Mehraufwandes mit rd. 443 T€ auf die Leistungen außerhalb von Einrichtungen – allgemein - entfiel. Weitere Mehrkosten fielen bei den Leistungen innerhalb von Einrichtungen (allgemein) mit 247 T€ an, während die Ansätze im Bereich der Sonstigen Leistungen außerhalb von Einrichtungen, Eingliederungshilfe um 323 T€ zu hoch geplant waren.

Im Vergleich zum Vorjahresergebnis weichen die Leistungen nach dem SGB VIII nur unwesentlich ab. Während bei den Leistungen außerhalb v. Einrichtungen, allgemein, T€ 158 und bei den Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), allgemein, 288 T€ mehr verausgabt wurden, ergaben sich bei den Leistungen innerhalb v. Einrichtungen (in voll- u. teilstationären Einrichtungen), Heimerziehung, Minderaufwendungen in Höhe von T€ 521. Saldiert ergeben sich insgesamt Minderaufwendungen von 32 T€.

Die Fallzahl- und auch die Kostenentwicklung im Bereich der erzieherischen Hilfen ist in den vergangenen Jahren stets Gegenstand von Diskussionen gewesen. Auch in 2013 sind die Fallzahlen in diesem Bereich erneut gestiegen.

Der Anstieg der Gesamtzahl der im Rahmen einer Erziehungs- oder Eingliederungshilfe betreuten jungen Menschen ist im vergangenen Jahr insbesondere auf Zunahmen bei den Hilfearten „Sozialpädagogische Familienhilfe“ (+ 24) und „Erziehungsbeistandschaften“ (+ 22) zurückzuführen. Im Bereich der Vollzeitpflege ist ein leichter Rückgang der Fallzahlen zu beobachten.

Es muss in diesem Zusammenhang erwähnt werden, dass allein 63 Heimunterbringungen im Verlauf des Jahres 2013 dem Produkt „Heimerziehung als Krisenintervention“ zugeordnet werden können und damit eine deutliche Steigerung gegenüber dem Jahr 2012 vorhanden ist.

*Quelle: Jahresbericht 2013 des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales der Stadt Koblenz

■ Kostenbeteiligung und -erstattungen nach SGB VIII

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Kostenbeteiligungen nach SGB VIII – außerhalb von Einrichtungen	41.224,60	41.992,54
Kostenerstattungen nach SGB VIII – innerhalb von Einrichtungen	1.069.295,53	697.328,61
Kostenerstattungen nach SGB VIII – außerhalb von Einrichtungen	25.153,86	108.307,39
	1.135.673,99	847.628,54

Die Aufwendungen für die Kostenbeteiligungen und –erstattungen nach dem SGB VIII erhöhten sich gegenüber dem Haushaltsvoranschlag von rund 627 T€ um rd. 221 T€. Zum Vorjahresergebnis reduzierten sich die Kosten um rd. 288 T€ oder 25,4 %.



■ Sonstige Leistungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Leistungen nach dem AsylbLG	1.758.763,95	3.017.346,52
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	1.515.571,18	1.486.482,53
Leistungen nach dem Landesblindengeldgesetz und Landespflegegeldgesetz	1.064.012,49	1.116.569,51
Sonstige	159.395,11	157.507,46
	4.497.742,73	5.777.906,02

Bei den Sonstigen Leistungen war zum Haushaltsansatz von 5.530.700 € ein moderater Anstieg um rd. 247 T€ (4,5 %) festzustellen. Gegenüber dem Vorjahr ist ein deutlicher Anstieg in Höhe von 1.280.163 € (28,5 %) zu verzeichnen. Während die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz weiterhin einen rückläufigen Trend zu verzeichnen haben (- 29 T€; Vorjahr: - 123 T€; Vorvorjahr: - 112 T€) ist bei den Leistungen nach dem AsylbLG ein ansteigender Verlauf festzustellen (+ 1.259 T€, Vorjahr: + 145 T€).

■ Kostenbeteiligungen und -erstattungen für sonstige Leistungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	264.998,79	272.008,86
Vollzug des Betreuungsgesetzes	75.714,00	77.202,00
Sonstige	165.702,06	198.147,15
	506.414,85	547.358,01

Die Aufwendungen für die Kostenbeteiligungen und –erstattungen für sonstige Leistungen entsprachen im Wesentlichen den Vorjahresergebnissen. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich im Bereich der Sonstigen Kostenbeteiligungen ein Anstieg in Höhe von ca. 33 T€.

■ Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke des Bereichs soziale Sicherung

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
an private Unternehmen	1.012,50	0,00
an übrige Bereiche	25.246.918,75	26.226.809,34
	25.247.931,25	26.226.809,34

Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke des Bereichs soziale Sicherung haben sich zum Vorjahr um rd. 979 T€ = 3,9 % erhöht. Gegenüber dem veranschlagten Bedarf von rd. 26.826 T€ ergaben sich Minderausgaben in Höhe von ca. 600 T€.

Die Kostenart 559 beinhaltet im Wesentlichen die Aufwendungen zur Förderung der freien Wohlfahrtspflege (Produkt 3311), von Kindern in Tageseinrichtungen (Produkt



3621) sowie von Sonstigen Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (Produkt 3631). Der Mehraufwand zum Vorjahr entfiel im Wesentlichen auf den Bereich der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und wird mit Gruppenerweiterungen als Folge des ab 01. August 2010 geltenden Rechtsanspruches der Kinder ab dem zweiten Lebensjahr auf einen Kindergartenplatz begründet.

18. Sonstige laufende Aufwendungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	756.735,66	738.058,57
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	8.142.634,82	8.757.741,12
Geschäftsaufwendungen	2.248.410,91	2.453.024,41
Aufwendungen für Beiträge, Versicherungen und Sonstiges	1.680.097,36	1.814.599,36
Verluste aus Abgang von Anlage- und Umlaufvermögen etc.	4.016.269,81	3.402.752,72
Aufwendungen für besondere Finanzauszahlungen	5,00	4.963,67
Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	941.532,76	1.558.776,16
Sonstige Steueraufwendungen	179.242,29	151.050,88
Sonstige laufende Aufwendungen der Verwaltungstätigkeit	10.584.108,17	21.087.448,09
	28.549.036,78	39.968.414,98

Die sonstigen laufenden Aufwendungen betragen 39.968.414,98 €; sie lagen damit deutlich über dem Haushaltsvoranschlag von 23.322.799 € um saldiert 16.645.616 €. Zum Vorjahr erhöhten sich die Aufwendungen um saldiert 11.419.378 €, wobei insbesondere die Abweichungen im Bereich „Sonstige laufende Verwaltungstätigkeit“ mit + 10.503 T€ erwähnenswert sind.

■ Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Aufwendungen für Aus- u. Fortbildung, Umschulung	191.620,93	192.576,23
Aufwendungen für übernommene Reisekosten für Dienstreisen und Dienstgänge	350.978,65	330.802,43
Aufwendungen für allgem. Betreuung von Bediensteten	32.745,55	42.877,87
Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	152.044,48	145.843,23
Sonstige Personalnebenaufwendungen	29.346,05	25.958,81
	756.735,66	738.058,57

Sowohl zum Haushaltsvoranschlag in Höhe von 998.746 € als auch zum Vorjahr ist eine Reduzierung der „Sonstigen Personal- und Versorgungsaufwendungen“ festzu-



stellen. Während der Rückgang gegenüber dem **Vorjahr** von geringer Bedeutung ist, wurden die Haushaltsansätze für Aus- und Fortbildungen (-142 T€) und dementsprechend für Reisekosten für Dienstreisen (- 92 T€) deutlich unterschritten.

■ Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	2.824.272,38	2.848.320,22
Leasing	13.280,97	22.179,03
Leiharbeit	157,27	0,00
Datenverarbeitung	4.084.523,16	4.033.481,06
Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Aufwendungen	448.118,49	1.061.425,67
Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme v. Rechten und Diensten	772.282,55	792.335,14
	8.142.634,82	8.757.741,12

Der Haushaltsansatz war mit 9.142.850 € abermals zu hoch bemessen. Die Einsparungen betrafen im Wesentlichen die Aufwendungen für Mieten, Pachten und Erbbauzinsen (- 82 T€) sowie die Datenverarbeitungskosten (- 403 T€), während für die Sachverständigen-, Gerichts- und ähnlichen Kosten überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 186 T€ angefallen sind. Das Rechnungsprüfungsamt regt an, dass die Fachämter in diesen Bereichen zukünftig realistischere Planzahlen ansetzen.

Zum Vorjahr erhöhten sich die Aufwendungen um saldiert rd. 615 T€ (7,55 %). Hervorzuheben sind die Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Aufwendungen, mit einem Anstieg um 613 T€ während sich im Bereich der anderen Positionen lediglich kleinere Veränderungen ergaben. Hauptursache für die Erhöhung sind die Aufwendungen für das Kostencontrolling hinsichtlich des Kulturbaus (T€ 317) sowie die erstmalige Bildung einer Rückstellung für interne Abschlusskosten (Einzelabschluss: 114 T€ und Gesamtabschluss: 46 T€).

■ Geschäftsaufwendungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Büromaterial	443.850,04	491.425,81
Fachliteratur, Zeitschriften	211.287,87	199.089,85
Porto und Versandkosten	488.626,60	488.702,49
Fernmelde- und Rundfunkgebühren	324.636,20	312.919,38
Öffentliche Bekanntmachungen	148.772,55	161.934,93
Öffentlichkeitsarbeit	348.391,84	359.670,85
Bankgebühren	53.057,33	59.337,70
Transportkosten	68.201,23	209.753,79
Sonstiges	161.587,25	170.189,61
	2.248.410,91	2.453.024,41

Im Vergleich zum Haushaltsvoranschlag in Höhe von 3.032.188 € ergeben sich Minderaufwendungen von 579.164 €. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Anstieg von 204.614 € = 9,1 % zu verzeichnen. Dieser ist im Wesentlichen bedingt durch den Umzug der Stadtbibliothek und des Mittelrhein-Museums in das Kulturgebäude.



■ Aufwendungen für Beiträge, Versicherungen und Sonstiges

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Versicherungsbeiträge	1.467.664,74	1.592.210,26
Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen und Vereinen	210.739,59	219.415,16
Sonstige	1.693,03	2.973,94
	1.680.097,36	1.814.599,36

Das Abschlussergebnis erhöhte sich durch den Anstieg der Versicherungsbeiträge um insgesamt 134.502 €. Der Haushaltsvoranschlag von 1.769.446 € wurde im Bereich der Versicherungsbeiträge um T€ 39 und im Bereich der Beiträge um T€ 6 überschritten.

■ Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und des Umlaufvermögens, Wertminderungen des Umlaufvermögens, Einstellungen in Sonderposten, Zuführungen zu Rückstellungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	866.850,52	2.167.373,07
Wertberichtigungen zu Forderungen	3.149.419,29	1.235.379,65
Einstellungen und Zuschreibungen in die Sonderposten	0,00	0,00
	4.016.269,81	3.402.752,72

Die tatsächlichen Aufwendungen weichen in einem erheblichen Maß von dem Haushaltsvoranschlag in Höhe von 5.833.905 € ab; zum Vorjahr reduzierten sie sich um rd. 614 T€.

Bei den Verlusten aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens in Höhe von 2.167.373 € handelt es sich weitgehend um Verluste aus den Abgängen bei den Sachanlagen.

Die Einzelwertberichtigungen haben sich per Saldo um T€ 542 erhöht, während die Pauschalwertberichtigung einen Anstieg in Höhe von T€ 436 zu verzeichnen hatte.

■ Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Kapitalertragssteuer für Dividendenausschüttung der Stadtwerke Koblenz	886.200,00	1.487.550,00
Gewerbesteuer u. Kapitalertragsteuer	37.448,10	67.500,00
Sonstige	17.884,66	3.726,16
	941.532,76	1.558.776,16

Während sich die tatsächlichen Aufwendungen gegenüber dem Haushaltsansatz um T€ 315 reduzierten, ergab sich zum Vorjahresergebnis ein Anstieg in Höhe von T€ 617.

Für die Dividendenausschüttung der Stadtwerke Koblenz an den Kernhaushalt ist Kapitalertragssteuer zzgl. Solidaritätszuschlag abzuführen. Der Aufwand hierfür betrug 1.488 T€.

■ Sonstige Steueraufwendungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Grundsteuer	167.775,79	139.224,62
Kraftfahrzeugsteuer	11.466,50	11.826,26
	179.242,29	151.050,88

Die tatsächlichen Aufwendungen verringerten sich zum Haushaltsansatz um rd. 49 T€; zum Vorjahresergebnis ist ein Rückgang um rd. 28 T€ zu verzeichnen, die auf eine Reduzierung bei der Grundsteuer zurückzuführen ist.

■ Sonstige laufende Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Zuwendungen an Fraktionen	283.498,11	317.729,49
Verfügunsmittel	2.219,70	3.437,75
Repräsentationen	61.363,59	14.252,35
Aufwendungen für Schadensfälle	240,22	400,00
Sonstige	10.236.786,55	20.751.628,50
	10.584.108,17	21.087.448,09

Die Aufwendungen der Kostenart 569 haben sich zum Ansatz um 20.684 T€ erhöht. Auch zum Vorjahr war ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen (+ 10.503 T€). Die unter der Sammelposition „Sonstige laufende Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit“ zusammengefassten Kosten enthalten im Wesentlichen den Aufwand aus der Abwicklung des Schulbausanierungsvertrages der Jahre 2005 bis 2007, für den im laufenden Jahr eine Rückstellung in Höhe von 7.048 T€ bilanziert wurde. Den Korrekturbuchungen zur Änderung der Eröffnungsbilanz in Höhe von ca. T€ 11.500 stehen Erträge in gleicher Höhe auf dem Konto 469910000 (siehe Sonstige Erträge) gegenüber.

19. Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe 11 bis 18)	322.104.976,47 €	346.805.646,01 €
--	-------------------------	-------------------------

Die Summe der ordentlichen Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit hat sich gegenüber dem Haushaltsvoranschlag von 337.754.395 € um saldiert 9.051.251 € auf 346.805.646 € erhöht.

Im Vergleich zum Vorjahresergebnis von 322.104.976 € haben sich die Gesamtaufwendungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit um saldiert 24.700.669 € = 7,7 %



erhöht, wobei die vorstehend erläuterten Mehraufwendungen im Wesentlichen durch einen Einmaleffekt im Bereich der periodenfremden Aufwendungen angefallen sind. Weitere Erhöhungen ergaben sich bei den Zuwendungen, Umlagen und sonstigen Transferaufwendungen mit 4.995 T€, bei den Sozialleistungen mit 3.843 T€, den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit 1.655 T€ und sowie den Abschreibungen mit 1.487 T€.

20. Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Saldo 10 und 19)	- 2.572.124,58 €	14.409.031,36 €
--	-------------------------	------------------------

Die Zeile 20 der Ergebnisrechnung stellt durch Saldierung der Zeilen 10 und 19 das laufende Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit der Kommune dar. Für das Jahr 2013 wird ein **Überschuss** von 14.409.031,36 € ausgewiesen (Haushaltsansatz: Fehlbetrag in Höhe von 8.905.076 €). Insofern ist gegenüber dem Planansatz eine Verbesserung von 23.314.107 € festzustellen.

21. Zins- und sonstige Finanzerträge

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Zinserträge für Kredite	66.171,25	122.377,63
Zinsen aus Stundungen und Verrentungen	19.160,39	3.126,59
Erträge aus verbundenen Unternehmen	5.950.000,00	9.850.051,80
Erträge aus Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts	130.098,76	105.544,56
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.157.295,51	3.901.353,20
	9.322.725,91	13.982.453,78

■ **Zinserträge für Kredite**

Es handelt sich im Wesentlichen um Zinserträge für Kredite von Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, von Banken, von Sparkassen sowie vom sonstigen Bereich.

■ **Erträge aus verbundenen Unternehmen**

Im Berichtsjahr ergaben sich Erträge aus verbundenen Unternehmen vor allem aus der Gewinnausschüttung der Stadtwerke Koblenz GmbH in Höhe von 9.400.000,00 € und der Aufbaugesellschaft von 450.000,00 €.

■ **Erträge aus Sondervermögen, Zweckverbänden und Anstalten des öffentlichen Rechts**

Diese Position erfasst die Erträge aus den nicht rechtsfähigen Stiftungen.

■ **Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge**

Bei diesen Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um Gewerbesteuernachzahlungen aufgrund von Nachveranlagungen inklusive Zinsen nach § 233 a AO (3.476.024,96 €), Avalprovisionen (101.881,12 €), Zinserträgen aus Derivaten für



Investitionen (52.844,88 €) sowie Zinserträgen aus Derivaten zur Liquiditätssicherung (216.760,73 €).

22. Zins- und sonstige Finanzaufwendungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Zinsaufwendungen an Sondervermögen	103.225,50	55.946,19
Zinsaufwendungen a. d. öffentl. Bereich	0,00	466.320,69
Zinsaufwendungen an den inländischen Geldmarkt	11.237.709,09	11.279.342,07
Zinsaufwendungen an den sonstigen inländischen Geldmarkt	685.678,08	866.419,55
Sonstige Zinsen Finanzaufwendungen	2.553.776,53	2.701.742,92
	14.580.389,20	15.369.771,42

Der Zins- und Finanzaufwand hat sich zum Vorjahr um 789.382 € = 5,4 % erhöht.

■ Zinsaufwendungen an Sondervermögen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Kommunales Gebietsrechenzentrum	4.878,75	2.451,68
Grünflächen- und Bestattungswesen	5.384,48	3.563,65
Koblenzer Entsorgungsbetrieb	14.346,65	2.508,04
Koblenz-Touristik	7.729,83	0,00
Stadtentwässerung	70.011,17	47.296,49
Jagdgenossenschaft	236,36	126,33
Koblenzer Wohnbau	638,26	0,00
	103.225,50	55.946,19

Die Zinsgutschriften für Guthaben der Eigenbetriebe und der Jagdgenossenschaft auf dem Konto 240 der Stadtkasse haben sich im Berichtsjahr um rd. 47 T€ reduziert, wobei die Bereiche Koblenz Touristik (- 8 T€), Koblenzer Entsorgungsbetrieb (- 12 T€) und Stadtentwässerung (- 23 T€) hervorzuheben sind.

■ Zinsaufwendungen an den öffentlichen Bereich

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Land Rheinland-Pfalz	0,00	466.320,69
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	0,00	0,00
	0,00	466.320,69

Für die Baumaßnahmen Kurt-Schumacher-Brücke, den Ausbau der B9 und die Auffahrt Mainzer Straße sind aufgrund von Überzahlungen seitens des Landes für die jeweilige Baumaßnahme Zinsen zu bezahlen.



■ Zinsaufwendungen an den inländischen Geldmarkt

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Zinsen für langfristige Darlehen	10.936.450,06	11.122.870,19
Zinsen für Liquiditätskredite	301.259,03	156.471,88
	11.237.709,09	11.279.342,07

Die Veränderung bei den Zinsen für langfristige Darlehen (+186 T€) ergibt sich als Folge der Großinvestition in 2012 (Anstieg aufgrund der erstmaligen, ganzjährigen Zinsbelastung 2013 für das Darlehen des Kulturbaus) sowie dem Rückgang von Zinsbelastungen aufgrund von Darlehensumschuldungen (günstigeres Zinsniveau). Gleichzeitig gingen die Zinsen im kurzfristigen Segment für Darlehen zur Liquiditätssicherung um rd. 145 T€ zurück. Grund hierfür sind ein weiterer Rückgang des Zinsniveaus sowie die unterjährig geringere Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten.

Zum Haushaltsvoranschlag von rd. 12.473 T€ konnten durch das nach wie vor sehr niedrige Zinsniveau mit 1.194 T€ = 9,6 % Einsparungen erzielt werden.

■ Zinsaufwendungen an den sonstigen inländischen Geldmarkt

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Zinsen an Versicherungsunternehmen	667.426,35	488.341,64
Sonstige	18.251,73	378.077,91
	685.678,08	866.419,55

Zinsen für langfristige Darlehen gegenüber Versicherungsunternehmen sowie Zinsen aus dem Vergleich mit der Strabag (siehe „Sonstige Rückstellungen“).

■ Sonstige Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Zusammensetzung:	2012 EUR	2013 EUR
Aus der Verzinsung sonstiger Steuernachforderungen	531.240,56	443.475,00
Sonstige wie Derivate für Investitionen und Liquidität	2.022.535,97	2.258.267,92
	2.553.776,53	2.701.742,92

Bei der Verzinsung sonstiger Steuernachforderungen handelt es sich um Erstattungszinsen nach § 233 a AO, die in der Regel bei Änderung des Gewerbesteuerbescheides zu Gunsten des Steuerpflichtigen fällig werden. Das Gros des Zinsaufwandes konzentriert sich auf diverse Steuerpflichtige, denen im Einzelfall bis zu 38 T€ erstattet wurden.

23. Finanzergebnis (Saldo aus 21 und 22)	- 5.257.663,29 €	- 1.387.317,64 €
---	-------------------------	-------------------------

Der Betrag von – 1.387.317,64 € spiegelt den Saldo zwischen den Finanzerträgen der Spalte 21 sowie den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen der Spalte 22 wider.



Während im Vorjahr ein Fehlbetrag von rd. 5.257 T€ hingenommen werden musste, weist das Ergebnis 2013 lediglich einen Fehlbetrag von 1.387 T€ aus. Die Ergebnisverbesserung beträgt mithin 3.870 T€ und ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Ausschüttungserträge durch die Stadtwerke (+ 3.800 T€) zurückzuführen.

24. Ordentliches Ergebnis (Summe 20 und 23)	- 7.829.787,87 €	13.021.713,72 €
--	-------------------------	------------------------

Das ordentliche Jahresergebnis wird aus dem laufenden Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Zeile 20) sowie dem Finanzergebnis (Zeile 23) gebildet und beläuft sich auf 13.021.713,72 €. Zum Vorjahr eine Verbesserung von rd. 20,85 Mio.€.

25. Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €
26. Außerordentliche Aufwendungen	940.304,94 €	11.484,41 €
27. Außerordentliche Ergebnis	- 940.304,94 €	- 11.484,41 €

Als außerordentliche Erträge bzw. Aufwendungen werden solche Geschäftsvorfälle definiert, die außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit einer Kommune liegen. Nachdem im Vorjahr beim „Außerordentlichen Ergebnis“ in Zeile 27 außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 940.304,94 € beim Produkt 5117 „Stadtentwicklung BUGA 2011“ verbucht wurden, ergaben sich in 2013 für den gleichen Sachverhalt wie im Vorjahr Aufwendungen in Höhe von 11.484,41 €.

Die außerordentlichen Aufwendungen beziehen sich vollständig auf die Reduzierung von Forderungen aufgrund des Rückerstattungsanspruches an die Bundesgartenschau Koblenz 2011 GmbH.

28. Jahresergebnis (Summe 24 und 27)	- 8.770.092,81 €	13.010.229,31 €
---	-------------------------	------------------------

Das Jahresergebnis ergibt sich in kreisfreien Städten aus der Summe des ordentlichen (Zeile 24) und des außerordentlichen Ergebnisses (Zeile 27). Das Jahresergebnis ist die entscheidende Größe für die Veränderung des Eigenkapitals, da hierin sämtlicher Werteverlust oder -zuwachs eines Haushaltsjahres abgebildet ist. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine **Verbesserung** in Höhe von **21.780.322,12 €**. Zum Haushaltsansatz einschließlich Nachtrag mit einem Fehlbetrag von 12.609.307 € beträgt die Verbesserung 25.619.536 €.





Anlage 12 Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse

Rechtliche Verhältnisse

Die Rechtsstellung der Stadt Koblenz ergibt sich aus der Gemeindeordnung für das Land Rheinland Pfalz in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. August 2014 (GVBl. S. 181).

Die Stadt Koblenz ist eine kreisfreie Gebietskörperschaft. Sie verwaltet ihr Gebiet nach den Grundsätzen der gemeindlichen Selbstverwaltung.

Die Aufsichtsbehörde ist die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion. Die obere Aufsichtsbehörde ist der Innenminister des Landes RLP.

Das Stadtgebiet gliedert sich in folgende Stadtbezirke:

- Altstadt
- Mitte
- Süd
- Oberwerth
- Karthause Nord
- Karthäuserhofgelände
- Karthause Flugfeld
- Goldgrube
- Rauental
- Moselweiß
- Stolzenfels
- Lay
- Lützel
- Metternich
- Neuendorf
- Wallersheim
- Kesselheim
- Güls
- Rübenach
- Bubenheim
- Ehrenbreitstein
- Niederberg
- Asterstein
- Pfaffendorf
- Pfaffendorfer Höhe
- Horchheim
- Horchheimer Höhe
- Arzheim
- Arenberg
- Immendorf

Der Hauptsitz der Stadtverwaltung befindet sich im Rathaus, Willi-Hörter-Platz 1, 56068 Koblenz. Daneben gibt es in 2013 noch folgende weitere Verwaltungssitze:

- Hochhaus am Bahnhof, Bahnhofstraße 47, 56068 Koblenz
- Ordnungsamt, Ludwig-Erhard-Straße 2, 56073 Koblenz
- Amt für Brand- u. Katastrophenschutz, Schlachthofstraße 2-12, 56073 Koblenz
- Schängel-Center, Rathauspassage 2, 56068 Koblenz
- Musikschule, Volkshochschule und KSI Hoevelstraße 6, 56073 Koblenz
- Stadtarchiv, Burgstraße 1, 56068 Koblenz
- Stadtbibliothek, Kornpfortstraße 15, 56068 Koblenz (bis 31.05.2013)
- Mittelrhein Museen, Florinsmarkt 15, 56068 Koblenz (bis 31.05.2013)
- Stadtbibliothek und Mittelrhein Museen, Zentralplatz 1, ab (01.06.2013)
- Ludwig Museum, Danziger Freiheit, 56068 Koblenz
- Stadttheater, Clemensstr. 1-5, 56068 Koblenz



Gemäß § 25 der Gemeindeordnung für das Land Rheinland-Pfalz (GemO) hat der Rat der Stadt Koblenz am 12. Juni 1974 die Hauptsatzung der Stadt Koblenz beschlossen. Die Fassung dieser Satzung wurde ergänzt durch die Satzung vom 19.07.1977 und zuletzt am 19.07.2010 geändert.

Organe und Vertretungsbefugnis

Die Bürgerinnen und Bürger nehmen durch die Wahl des Oberbürgermeisters, des Stadtrates, der Ortsbeiräte sowie durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (§ 17 a GemO) an der Verwaltung der Stadt teil. Organe der Stadt Koblenz sind nach § 28 GemO der Stadtrat sowie der Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister ist Herr Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig.

Die nach § 29 Abs. 1 GemO in allgemeiner, gleicher, geheimer, unmittelbarer und freier Wahl gewählte Zahl der Ratsmitglieder im Stadtrat beträgt nach § 29 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Rheinland-Pfalz (GemO) für Städte/ Gemeinden/Verbandsgemeinden mit mehr als 100.000 bis 150.000 Einwohnern 56. Diese verteilen sich zum Stand 30.09.2013 wie folgt auf Parteien und Wählergruppen:

CDU	18 Sitze
SPD	14 Sitze
Grüne	6 Sitze
BIZ	7 Sitze
FDP	5 Sitze
FBG	5 Sitze
Die Linke	1 Sitz

Die Wahlzeit der Stadtratsmitglieder beträgt 5 Jahre.

Die Mitglieder des Stadtrates zum 30.09.2013 sind:

Ratsmitglieder:

- Anna-Maria Schumann-Dreyer
- Peter Balmes
- Andreas Biebricher
- Leo Biewer
- Herbert Bocklet
- Eitel Bohn
- Vito Contento
- Bernd Coßmann
- Manfred Diehl
- Edith Hoernchen
- Heinz Honsdorf
- Julia Maria Kübler
- Stephan Otto
- Claudia Probst
- Wolfram Reinstädler
- Karl-Heinz Rosenbaum
- Detlev Pilger
- Hermann-Josef Schmidt
- Gerhard Voell
- Anita Weis
- Andrea Mehlbreuer
- Hans-Peter Ackermann
- Sabine Bäcker
- Uwe Diederichs-Seidel
- Harald Stölzgen
- Nils Wiechmann
- Dr. Michael Gross
- Paul Henchel
- Monika Hömberger
- Dr. Joachim Kneis
- Edgar Kühenthal
- Stephan Wefelscheid



- Monika Sauer
- Mark Scherhag
- Marion Lipinski-Naumann
- Christian Altmaier
- Manfred Bastian
- Heribert Heinrich
- Christiane Heinrich-Lotz
- Ute Hoffmann
- Ursula Hühnerfeld
- Gerhard Lehmkuhler
- Marion Mühlbauer
- Fritz Naumann
- Angela Keul-Göbel
- Birgit Hoernchen
- Michael Bordelle
- Peter Kaiser
- Dr. h.c. Friedhelm Pieper
- Torsten Schupp
- Manfred Gniffke
- Walter Baum
- Karin Herrmann
- Werner Rosenbaum
- Gundula Krebs
- Franz-Josef Klein

Der Stadtrat legt die Grundsätze für die Verwaltung der Stadt fest und entscheidet über alle grundlegenden Angelegenheiten der Stadt. Er kann die Beschlussfassung über bestimmte Angelegenheiten oder bestimmte Arten von Angelegenheiten auf die (Ober-)Bürgermeisterin / den (Ober-)Bürgermeister oder einen der Ausschüsse übertragen. Dies gilt nicht für die in § 32 Abs. 2 GemO RLP aufgeführten ausschließlichen Zuständigkeiten des Rates.

Der Stadtrat hat zur Vorbereitung der Beschlüsse folgende Ausschüsse gebildet:

- Ausschuss für allgemeine Bau- u. Liegenschaftsverwaltung
- Ausschuss für Bauleitpläne
- Ausschuss für Demographie und integrierte Stadtentwicklung
- Ausschuss für Hochschulfragen
- Bauherrenausschuss „Zentralplatz und Forum Mittelrhein“
- BUGA-Ausschuss
- Fachausschuss Frauen
- Fachbereichsausschuss IV
- Forstausschuss
- Haupt- und Finanzausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Kulturausschuss
- Personalausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Schulträgerausschuss
- Sozialausschuss
- Sport- und Bädereusschuss
- Stadtrechtsausschuss
- Umlegungsausschuss
- Umweltausschuss
- Werkausschuss „Grünflächen und Bestattungswesen“
- Werkausschuss „Koblenz Touristik“
- Werkausschuss „Koblenzer Entsorgungsbetrieb“
- Werkausschuss „Kommunales Gebietsrechenzentrum“
- Werkausschuss „Stadtentwässerung“
- Widerspruchsausschuss in Angelegenheiten d. Kriegsoferfürsorge
- Widerspruchsausschuss in Angelegenheiten der Sozialhilfe
- Wirtschaftsförderungsausschuss

Der Stadtrat überwacht die gesamte Verwaltung sowie die Geschäftsführung der Stadt.

Der Oberbürgermeister wird von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt in allgemeiner, gleicher, geheimer, unmittelbarer und freier Wahl auf die Dauer von acht Jahren gewählt. Er leitet die Stadtverwaltung und vertritt die Stadt nach außen.



Bezüge der Organe

Aufwandsentschädigung Ratsmitglieder:	250 €
Aufwandsentschädigung Fraktionsvorsitzende:	250 €
Sitzungsgeld je Sitzung	25 €
Aufwandsentschädigung Vorsitz d. Ausländerbeirats:	250 €
Aufwandsentschädigung des Behindertenbeauftragten:	250 €

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Am 31.12.2013 waren bei der Stadt Koblenz beschäftigt:

Beamte	448
Angestellte / Beschäftigte	1.197
Mitarbeiter/innen insgesamt	1.645
Bedienstete im Vorbereitungsdienst	25
Auszubildende	60
Auszubildende insgesamt	85

Steuerliche Verhältnisse

Betriebe gewerblicher Art (BgA)

Die Stadt ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts. BgA's von juristischen Personen des öffentlichen Rechts i. S. d. § 1 Abs 1 Nr. 6 KStG sind alle Einrichtungen, die einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen dienen und die sich innerhalb der Gesamtbetätigung der juristischen Person wirtschaftlich herausheben. Die Absicht Gewinn zu erzielen, und die Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr sind nicht erforderlich (§ 4 Abs. 1 KStG). Nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 i. V. m. § 4 KStG unterliegen BgA's von juristischen Personen des öffentlichen Rechts der unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht sowie der Gewerbesteuerpflicht gem. § 2 Abs. 1 GewStG.

Eine zum Bilanzstichtag bestehende Rückstellung in Höhe von 100.000 € resultiert aus einer nach Prüfung durch das Finanzamt festgestellten Steuernachforderung beim BgA Stadion Oberwerth.

Umsatzsteuer

Die Stadt Koblenz ist gem. § 18 Abs. 1 u. 2 UStG verpflichtet, Umsatzsteuervoranmeldungen abzugeben. Der Steueraufwand des Berichtsjahres wurde ermittelt und, sofern erforderlich, gem. § 39 Abs. 1 Nr. 8 GemHVO rückgestellt.

Wirtschaftliche Grundlagen

1. Allgemeine Angaben

Stadt:	Koblenz
Einwohnerzahl der Stadt:	109.922
Oberbürgermeister:	Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig
Anschrift der Stadtverwaltung:	Willi-Hörter-Platz 1, 56068 Koblenz



2. Stadtgebiet

Größe des Stadtgebietes 10.512,8 ha

Stadtgebiet nach Ortsteilen:

• Koblenz:	2.535,2 ha
• Moselweiß:	313,2 ha
• Lay:	249,5 ha
• Bisholder:	23,6 ha
• Güls:	795,4 ha
• Rübenach:	1.295,9 ha
• Metternich:	479,7 ha
• Bubenheim:	316,0 ha
• Kesselheim:	483,7 ha
• Wallersheim:	262,1 ha
• Neuendorf:	546,4 ha
• Neudorf:	33,1 ha
• Niederberg:	208,5 ha
• Immendorf:	252,9 ha
• Arenberg:	646,7 ha
• Ehrenbreitstein:	161,1 ha
• Arzheim:	486,8 ha
• Pfaffendorf:	402,9 ha
• Horchheim:	769,7 ha
• Stolzenfels:	250,3 ha

Stadtgebiet nach Nutzungsart:

• Gebäude- und Freifläche:	19,6 %
• Betriebsfläche:	1,1 %
• Erholungsfläche:	4,9 %
• Verkehrsfläche:	10,5 %
• Landw. genutzte Fläche:	23,7 %
• Waldfläche:	33,7 %
• Wasserfläche:	5,2 %
• Sonstige Flächen:	1,2 %

3. Bevölkerungsstruktur

Einwohner mit Hauptwohnsitz:	109.922 Einwohner, davon 52.969 männlich (48,2 %) 56.653 weiblich (51,8 %)
------------------------------	--

Einwohnerentwicklung:	Lebendgeborene 1.016 Sterbefälle 1.331 Geburten-/Sterbesaldo - 315
	Zuzüge 8.861 Fortzüge 7.520 Gesamtgewinn/-verlust + 1.341

Einwohnerstruktur:	< 18 Jahre 14,4 % 18 bis 35 Jahre 24,5 % 35 bis 65 Jahre 49,4 % > 65 Jahre 21,6 %
	ledig 43,3 % verheiratet 41,0 % geschieden 8,5 % verwitwet 7,1 %



4. Wirtschaft, Arbeit und Finanzen

Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter: 68.619

Aufteilung Arbeitsmarkt:	Land- und Forstwirtschaft	93
	Produzierendes Gewerbe	10.473
	Handel und Verkehr	17.261
	Dienstleistungsbereich	40.795
Berufspendler:	Berufseinpender	46.076
	Berufsauspendler	13.455
Gewerbeentwicklung:	Anmeldungen	1.255
	Abmeldungen	1.144
	Insolvenzen	201
Grundsteuer	Hebesatz Grundsteuer A: 340 v. H.	
	Hebesatz Grundsteuer B: 420 v. H.	
Gewerbsteuer (Hebesatz):	410 v. H.	

5. Beteiligungen

Beteiligungsstruktur der Stadt (Vermögenswerte zum 31.12.2013)

■ Verbundene Unternehmen

Stadtwerke Koblenz GmbH	100,0 %	136.023.834,64 €
Aufbaugesellschaft Koblenz mbH	100,0 %	3.178.088,00 €
Koblenzer Wohnbau GmbH	100,0 %	20.050.439,20 €
Sporthalle Oberwerth GmbH	100,0 %	51.276,19 €
Bundsgartenschau Koblenz 2011 GmbH	66,6 %	16.650,00 €

■ Beteiligungen

Gemeinschaftsklinikum Kemperh.-St.-Elisab.	50,00 %	5.120.000,00 €
TechnologieZentrum Koblenz GmbH	32,54 %	247.001,35 €
Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH	11,11 %	3.067,76 €
Volksbank Koblenz Mittelrhein e.G.	k.A.	300,00 €
EK02 GmbH	k.A.	11.264,40 €

■ Eigenbetriebe

Eigenbetrieb 17: Kommunales Gebietsrechenzentrum	1.161.786,75 €
Eigenbetrieb 67: Grünflächen- & Bestattungswesen	568.789,46 €
Eigenbetrieb 70: Koblenzer Entsorgungsbetrieb	3.582.814,30 €
Eigenbetrieb 83: Koblenz-Touristik	28.510.108,89 €
Eigenbetrieb 85: Stadtentwässerung	74.434.432,19 €



Anlage 13 Kennzahlenberechnung

Aufwandsdeckungsgrad	=	$\frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
Eigenkapitalquote 1	=	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
Eigenkapitalquote 2	=	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sopo Zuwendungen/Beiträge}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
Verschuldungsgrad	=	$\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{wirtschaftliches Eigenkapital}}$
Fehlbetragsquote	=	$\frac{\text{Negatives Jahresergebnis} \times -100}{(\text{Kapital- u. sonst. Rücklage} + \text{Ergebnisvortrag})}$
Anlagevermögensintensität	=	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
Infrastrukturquote	=	$\frac{\text{Infrastrukturvermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
Abschreibungsintensität	=	$\frac{\text{Bilanz. Abschreibungen auf Anlagevermögen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
Investitionsquote	=	$\frac{\text{Bruttoinvestitionen} \times 100}{\text{Abgänge u. Abschreibungen im Anlagevermögen}}$
Anlagendeckungsgrad 2	=	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sopo Zuwendungen/Beiträge} + \text{langfristiges Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$
Liquidität 2. Grades	=	$\frac{\text{Liquide Mittel} + \text{Kurzfristige Forderungen} \times 100}{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten}}$
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	=	$\frac{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$
Zinslastquote	=	$\frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
Steuerquote	=	$\frac{\text{Steuererträge} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
Zuwendungsquote	=	$\frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
Personalintensität	=	$\frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
Sach- u. Dienstleistungsintensität	=	$\frac{\text{Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
Transferaufwandsquote	=	$\frac{\text{Transferaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$





Rechnungsprüfungsamt der Stadt Koblenz

Hausanschrift: Willi-Hörter-Platz 1, 56068 Koblenz
Postanschrift: Postfach 20 15 51, 56015 Koblenz
Telefon: 0261 / 129-1452
Fax.: 0261 / 129-1450
Email: rechnungspruefungsamt@stadt.koblenz.de